Donnerstag, 13. November 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

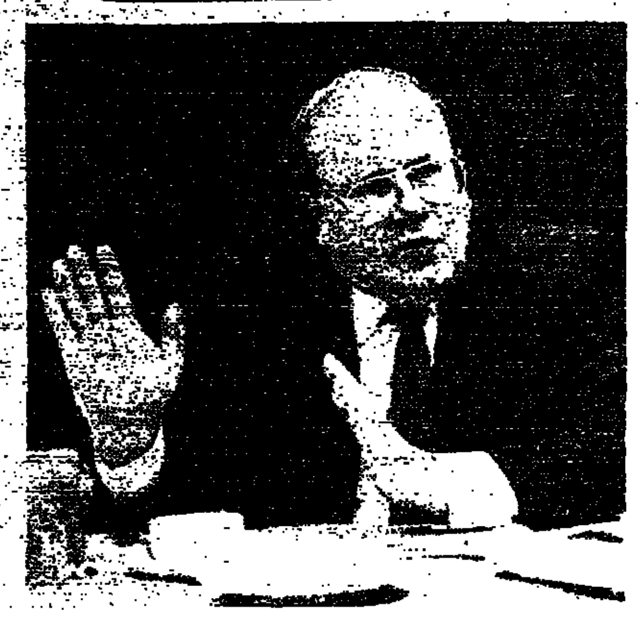
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 265 - 46. W. - Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

Heute in der WELT



Bangemann Gast der WELT-Redaktion

Durch die jüngsten Wahlen sieht sich der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann in seiner *Zwei-Lager-Theorie* von CDU/CSU und FDP sowie SPD und Grünen bestätigt. Das sagte Bangemann bei einem Gespräch mit der WELT-Redaktion. Die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Grünen seien bereits viel größer, als es durch den SPD-Kandidaten Johannes Rau nach außen hin erscheine. Seite 4

POLITIK

Fernsehen: „DDR"-Fernsehprogramme dürfen nach Auffassung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht in der Bundesrepublik nicht mehr über Kabel vertrieben werden. Ausgewogenheit und Gegendarstellung seien nicht durchzusetzen.

Berlinverkehr: Um die Attraktivität des Eisenbahnverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin zu steigern, soll die Bundesregierung nach einem Beschluß des Bundestags Gespräche mit der „DDR" führen.

Tarife: Die Arbeitgeber in der Metallindustrie wollen nach den Worten von Gesamtmetall-Geschäftsführer *Kirchner* einen Arbeitskampf vermeiden. Er bot den Gewerkschaften ein Spitzengespräch vor der „heißen Phase" der Tarifverhandlungen an.

„DDR": Gespräche über eine „Normalisierung" der Beziehungen haben die EG-Kommission und eine „DDR"-Delegation in Brüssel aufgenommen. Die „DDR" weigerte sich bislang, die EG-Kompetenz für die Handelspolitik anzuerkennen.

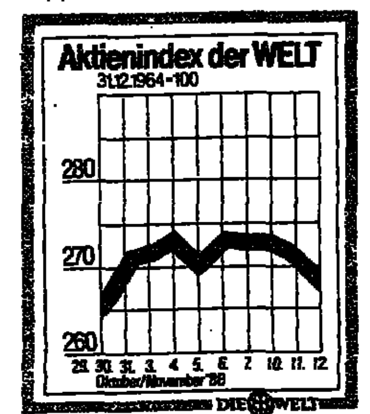
Berlin: Königin Elizabeth II. hat in ihrer Thronrede bestätigt, daß sie Ende Mai 1987 nach Berlin zur Teilnahme an der 750-Jahr-Feier kommen wird. Sie will eine Parade der dort stationierten britischen Soldaten abnehmen.

Agrément: Neuer Botschafter der Bundesrepublik in Belgien wird eine Frau. Die belgische Regierung hat der bisherigen Leiterin der Unterabteilung Vereinte Nationen, Renate Finke-Osiander, das Agrément erteilt. Sie wird Nachfolgerin von Christian Feit.

WIRTSCHAFT

Pfund Sterling: Für eine baldige Beteiligung Großbritanniens am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems hat sich Bundesbank-Präsident Pöhl erneut stark gemacht. Das EWS sei inzwischen zu einem entscheidenden Element in der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes geworden. (S. 13)

Börse: Erneut schwächer tendierten die Aktienmärkte. Am Rentenmarkt kam es bei öffentlichen Anleihen zu Veränderungen zwischen plus 0,20 und 0,40 DM. WELT-Aktienindex: 269,50 (272,40). BHF-Rentenindex: 105,953 (105,992). BHF-Performance-Index: 106,954 (106,963). Dollarmittelkurs: 2,0260 (2,0347). Goldpreis je Feinunze: 407,00 (406,00) Dollar.



KULTUR

„Macaroni": Dieser Streifen ist ein sehr menschlicher Film, mitten aus prallem neapolitanischem Leben gegriffen. Ein köstliches Gespann steht im Mittelpunkt: Robert (Jack Lemmon) und Antonio (Marcello Mastroianni). (S. 24)

Mary Wigman: Sie wurde anfangs verhöhnt, verlacht, verschrien. Sie stiftete eine neue Ästhetik. Und in Amerika ernannte man sie zur „Hohepriesterin" einer neuen Tanzbewegung: „German dance". Der 100. Geburtstag. (S. 25)

SPORT

Tennis: Bettina Bunge siegte in der ersten Runde des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers von Chicago mit 6:3, 6:2 über Terry Phelps (USA). Nächste Gegnerin ist Martina Navratilova. (S. 11)

Radsport: Der Frankfurter Dietrich Thurau und sein australischer Partner Danny Clark gewannen das 23. Münchner Sechstagerennen vor Urs Freuler und René Pijnen (Schweiz/Holland). (S. 11)

AUS ALLER WELT



Denkmäler: Die St. Bartholomae-Kirche in Manhattan (Foto) soll überbaut werden. – Nur noch Schmuckstück im Foyer eines Wolkenkratzers? Der Einfall pfiffiger Immobilien-Makler, die nicht abreißen dürfen, um neu zu bauen. Es gibt etliches, was da klein und fein, aber auch wenig profitabel zwischen East River und Hudson herumsteht. (S. 26)

Vermißte: Mehr als 40 Jahre nach dem Kriegsende werden noch immer Vermißten-Schicksale geklärt. Doch die Identifizierung geborgener Gefallener wird immer schwieriger. In diesem Jahr wurden 757 Funde registriert. (S. 26)

Umwelt – Forschung – Technik Seite 8
Leserbriefe und Personalien Seite 10
Fernsehen Seite 24
Wetter: Sehr mild Seite 26

Rau hält an seinem Wahlziel fest

Gegensatz zu Brandt und Glotz / Der Kandidat stützt seine Hoffnung auf Nordrhein-Westfalen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat gestern in Bonn deutlich gemacht, daß für ihn trotz der Niederlagen in Bayern und Hamburg unverändert „das Wahlziel ist, einen anderen *Bundeskanzler zu kriegen*", bei der Bundestagswahl am 25. Januar die absolute Mehrheit zu erreichen. Er sei jedenfalls „nicht entmutigt", sondern gehe „mit großer Zuversicht" in die Wahlauseinandersetzung.

Während der Parteivorsitzende Brandt und Bundesgeschäftsführer Glotz noch in der Wahlnacht von Hamburg öffentlich die Losung ausgegeben hatten, jetzt könne es nur noch darum gehen, eine „absolute *Mehrheit der Konservativen*" zu verhindern, sagte Rau jetzt: „Ich will gewinnen. Das ist offen. Wir können das packen", auch wenn zur Zeit „das Ziel der absoluten Mehrheit noch weiter entfernt ist".

Fast *beschwörend formulierte er* die Sätze: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren. *Ich kämpfe* darum. *Willy Brandt* kämpft mit *mir* darum, Jochen Vogel und Peter Glotz tun das genauso, daß wir am 25. Januar die Bundestagswahl gewinnen." Allerdings sei es „nach Bayern und nach Hamburg noch schwerer geworden. Wir müssen mehr arbeiten".

Rau bemühte sich darum, die Diskussion in den Spitzen-Gremien seiner Partei vom Montag, den Rücktritt seines Vertrauten *Wolfgang* Clement und die Reibereien in der Wahlkampfleitung herunterzuspielen. Wie das nach einer solchen Niederlage sei, habe er im Präsidium am Morgen gefragt: „Freunde, glaubt ihr, daß es *richtig ist, daß ich das mache, daß ich* das so mache", welche Arbeitsteilung könnte es geben, „um zu optimieren", und „ist die Bezeichnung Kanzlerkandidat so richtig, die wir seit 1961 haben". Aber er habe „nicht darüber gesprochen", die Kandidatur aufzugeben.

Für die SPD gehe es nach den letzten Niederlagen jetzt darum: „weniger Sitzungen und mehr Versammlungen, weniger Gremienarbeit, mehr Gespräche mit den Bürgern, mehr Zuwendung zu den einzelnen Gruppen und Zielgruppen", mit einem Wort, mehr um die Menschen zu werben. „Ich bin unersättlich, was Stimmen angeht, und mein Hunger und Durst nach Stimmen ist durch die Wahlergebnisse in Bayern und Hamburg größer geworden." Und unverändert: „Ich glaube, daß das, was wir politisch vertreten, im Interesse der Mehrheit der Menschen ist."

„Die Meßlatte ist hoch", räumte der Kandidat ein, und die Sozialdemokraten müßten nun die Zielgruppenarbeit „inhaltlich straffen und sprachlich zuspitzen". Insofern nahm Rau die Forderungen von Parteivorstand und -präsidium positiv auf. Aber er grenzte zugleich auch ab: Es dürfe nicht darum gehen, „einen Wahlkampf zu führen, der Verbalinjurien mit Argumenten verwechselt." Auch die Forderungen danach, *daß er selbst schärfer mit dem politischen* Gegner ins Gericht gehen müsse, drängte er zurück: Er werde „sehr deutlich und sehr artikuliert" sagen, „um welche Alternative es geht". Aber er lasse sich auch weiterhin nicht „verbiegen".

Die „Phase der konzeptionellen Vorarbeiten" in der SPD sei nun vorbei, „es geht jetzt um die Umsetzung". Auf vier Feldern will Rau in den kommenden Wochen bis zur *Wahl die Unterschiede zur Regierungskoalition* besonders herausstellen: „Wir wollen eine zweite Phase der Entspannungspolitik. Wir wollen soziale Gerechtigkeit zu einem zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung machen. Wir wollen keine ausgebeutete und vergiftete Umwelt hinnehmen und darum unsere Umweltpolitik verdeutlichen. Und wir wollen schließlich auch die perso*nelle Alternative zwischen* dem gegenwärtigen Amtsinhaber und dem Herausforderer deutlich machen. Themen straffen, personelle Alternativen verdeutlichen – darum wird es jetzt gehen."

Und noch etwas stellte der Kanzlerkandidat der SPD heraus: In seinem „Stammland", in Nordrhein-Westfalen, sollen flankierend besondere Wahlkampfanstrengungen unter Leitung seines Geschäftsführers Bodo Hombach unternommen werden, um das dortige Wählerpotential möglichst weitgehend auszuschöpfen. „Denn wir müssen in Nordrhein-Westfalen kräftig zulegen, wie Bayern und Hamburg gezeigt haben." Der als stellvertretender Bundesgeschäftsführer und Parteisprecher zurückgetretene, „mein persönlicher Freund *Wolfgang Clement*" *habe zugesagt*, ihm in den kommenden Wochen „persönlich weiter zur Verfügung zu stehen".

Um seinen Anspruch zu untermauern, die absolute Mehrheit im Bund zu erreichen, verwies Rau auch noch einmal auf sein in Offenburg beschlossenes „Regierungsprogramm", das „realistisch" sei und dessen „Elemente jetzt den Bürgern zu verdeutlichen" seien. Auch an seiner Absage an die Grünen ließ er keinen Zweifel, die Partei habe diese Haltung im übrigen vor seiner Nominierung gekannt.



„Wer nicht kämpft, hat schon verloren": Johannes Rau auf dem Weg zur Pressekonferenz FOTO: POLY PRESS

DER KOMMENTAR

Wieder im Ring

PETER PHILIPPS

Wie ein angeschlagener Boxer, den *ein* gnädiger Runden-Gong vor dem Auszählen gerettet hat, ist Johannes Rau gestern in Bonn wieder in den Ring geklettert. Er hat die Handschuhe angezogen, will weiter um den Titel kämpfen und nicht aufgeben. Er will außerdem auch nicht auf diejenigen hören, die sich von (verbalen) Schlägen unter die Gürtellinie mehr Erfolg erhoffen.

Doch das Problem des Fighters, der sich da *mit scheinbar neuen Kräften* präsentiert, ist das Drumherum: Seine Anhänger geben ihm nicht als Kampfrichter ihre Stimmen, sondern haben es sich auf den Zuschauerrängen bequem gemacht, betrachten alles als ein großartiges Spektakel. Und in seiner eigenen Ecke haben seine Betreuer Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz schon ihre Losung verkündet, daß ihr Champion eigentlich nur heil über die Runden zu kommen braucht. Der Titel sei ohnehin nicht mehr zu erringen.

Wie will die SPD eigentlich auf diese Weise *überhaupt noch* jemanden mobilisieren? Wenn es Rau nicht schnellstens gelingt, seine Parteispitze geschlossen hinter sich zu versammeln und mit einer Sprache zu sprechen, dann wird die rechte Gerade am 25. Januar noch schmerzhafter als in Hamburg einschlagen. Einfach, weil die Anhänger zuhause bleiben.

BGAG gibt Schiesser kein „Schmerzensgeld"

Konzertierte Aktion bei der Bildung einer Auffanggesellschaft?

DW. **Frankfurt/Bonn**

Der Berliner Brotfabrikant Horst Schiesser und die Gewerkschafts-Holding BGAG haben sich über die Modalitäten des Rückkaufs der Neuen Heimat für eine Mark geeinigt. Wie die BGAG gestern in Frankfurt mitteilte, liegt hierüber ein „notariell beurkundetes, unwiderrufliches Angebot" vor. Schiesser habe auch „das Amt des Vorsitzenden des Aufsichtsrats bei der Neue Heimat Gemeinnützig niedergelegt". Mit sofortiger Wirkung sei auch Jürgen Havenstein aus der Geschäftsführung ausgeschieden.

Differenzen gibt es aber offensichtlich über die Höhe der Entschädigung für Schiesser. BGAG-Sprecher Stanzick sagte in einem Interview des WDR, es gebe kein „Schmerzensgeld" für den Berliner Unternehmer. Dessen Rückkauf-Angebot beinhalte im Falle wirtschaftlicher Schäden lediglich eine Kreditlinie von höchstens 25 Millionen Mark, die ihm die BGAG zu marktüblichen Konditionen bereitstelle. Darüber hinaus sollen Schiesser die Kosten nach Vorlage von Belegen erstattet werden, die kaum über die Millionen-Grenze hinausgehen dürften.

Schiesser macht dagegen Ansprüche von weit mehr als 30 Millionen Mark gegen die Gewerkschafts-Holding geltend. Wie aus Gewerkschaftskreisen zu erfahren war, soll es sich dabei ausschließlich um Kosten handeln, die dem Brotfabrikanten durch sein sechswöchiges Engagement bei der NH entstanden seien.

Bis gestern nachmittag war immer noch unklar, wer außer der BGAG in die neuzugründende Auffanggesellschaft für die Neue Heimat einsteigt und die noch offenen 49 Prozent des maroden Konzerns übernehmen soll. Der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Schroeder-Hohenwarth, erklärte dazu, die Bildung *einer Auffanggesellschaft bedeute* einen Zeitgewinn und die Möglichkeit einer „Konzertierten Aktion" von Gläubigerbanken der BGAG und vielleicht der öffentlichen Hand.

Der als möglicher Treuhänder ins Spiel gebrachte Bankier Heinz Sippel war bis gestern nachmittag nach eigener Auskunft noch nicht angesprochen worden. Der ehemalige Chef der Hessischen Landesbank erklärte aber dazu: „Ich würde zu einem Gespräch nicht nein sagen."

Vor der heutigen Aufsichtsratssitzung *bei der BGAG ist das weitere* Schicksal des Vorstandsvorsitzenden Alfons Lappas umstritten. Während die IG Bau, Steine, Erden ihre Forderung nach einer Entlassung bekräftigte, sehen andere Gewerkschafter keinen triftigen Grund für eine Kündigung. Über eine Pensionierung bei vollen Bezügen von 735 000 Mark pro Jahr werde die Mitgliedschaft aber auch nicht begeistert sein, hieß es.

Der Gewerkschaftsmanager wird heute auch vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages aussagen.

Fall Sandoz: Wallmann richtet Fragen an Bern

Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Chemiekonzerns

ULRICH REITZ, **Zürich**

Die Bundesregierung konzentriert ihre Kritik im Zusammenhang mit der Rheinverschmutzung nach dem Großbrand bei Sandoz offenbar nicht mehr nur auf das Schweizer Unternehmen selbst, sondern auch auf die Regierung des Nachbarstaates. Unmittelbar vor Beginn einer Konferenz der Rhein-Anliegerstaaten in Zürich sagte Bundesumweltminister Wall*mann, es müsse geprüft werden, ob* die Sicherheitsauflagen für die chemische Industrie in der Schweiz ausreichten. Wallmann: „Es kann nicht angehen, daß von der Schweiz den Unternehmen geringere Auflagen, die mit weniger Kosten verbunden sind, gemacht werden, als wir sie machen".

Während der Konferenz erklärte er dann: „Ich bitte um Verständnis, wenn ich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger meines Landes die Frage *stellen muß, ob generell die Unfallvorrichtungen* von chemischen Werken in der Schweiz den dringend nötigen Anforderungen noch entsprechen." Bei dem Treffen der Umweltminister Frankreichs, der Bundesrepublik, der Niederlande und Luxemburgs sowie von EG-Umwelt-Kommissar Clinton Davis spielte auch eine Rolle, ob sich die Sicherheitsstandards in Europa vereinheitlichen lassen. Darauf will Wallmann dringen und regte deshalb an:

- Anwendung der Grundsätze und Forderungen der Seveso-Richtlinie der EG oder vergleichbarer Regelungen in allen Rhein-Anliegerstaaten.
- Sofortige Überprüfung aller größeren und mittleren Lager chemischer Roh-, Halb- und Fertigprodukte – im Einzugsbereich des Rheins mit dem Ziel der Feststellung und Verringerung von Risiken, die bei Brand und Brandbekämpfung entstehen können.
- Einrichtung von Rückhaltebecken *für Störfälle mit wassergefährdenden* Stoffen und für Löschwasser.
- Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Rhein-Anliegerstaaten.
- Überprüfung und erforderlichenfalls Verbesserung des internationalen Warn- und Alarmplans Rhein.

Die Schweizer Behörden führen die Kritik an ihrer Informationspolitik auf ein Mißverständnis zurück. Gleichzeitig haben sie jedoch zugegeben, daß der „Warn- und Alarmplan *Rhein anfänglich nicht in der vorgesehenen* Art funktionierte".

Im Zusammenhang mit dem Großbrand bei Sandoz haben das Linksbündnis progressive Organisationen Basel (POB) und die Grünen des Kantons Basel-Land Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen des Chemiekonzerns gestellt. In der Begründung nehmen die Kläger Bezug auf den gestern von den Grünen in Bonn veröffentlichten Bericht der Zürich-Versicherung nach dem schon 1961 gravierende *Sicherheitsmängel* bei Sandoz festgestellt worden waren.

Olympiasieger sind entrüstet

DW. **Bonn**

Heftigen Widerspruch hat Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimmverbandes, mit seiner Alternative „Olympiasieger oder lebenstüchtiger Mensch" ausgelöst, in der er seine Gedanken zu einem möglichen Verzicht auf den Leistungssport zusammenfaßte. In einer Umfrage der WELT unter Olympiasiegern aus der Bundesrepublik Deutschland wurde diese Formulierung als Unverschämtheit bezeichnet. Rosi Mittermaier, 1976 Doppel-Olympiasiegerin im alpinen Skisport: „*Solch einen Blödsinn habe ich noch nie gehört*". Im Streit zwischen Harm Beyer und der Deutschen Sporthilfe zeichnet sich eine Entspannung der Lage ab. Für kommenden Dienstag haben Beyer und Vertreter der Stiftung ein „sachliches Gespräch" vereinbart. Den deutschen Schwimmern soll ab 1. Dezember die Unterstützung gestrichen werden.

Seite 11: „Sind Sie lebensuntüchtig?"

Bonn bietet Ländern Mitsprache bei Europa-Fragen an

Co. **Bonn**

Die Bundesregierung hat sich auf Vorschlag des Bundesrates bereit erklärt, die Beteiligung der Bundesländer an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft gesetzlich zu regeln. Eine entsprechende Vorlage zum Ratifizierungsgesetz über die „*Einheitliche Europäische Akte*" ist dem Bundestag zugegangen.

Danach erklärt sich die Regierung bereit, „in die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften Landesbeamte aufzunehmen, um die Unterrichtung der Länder weiter zu verbessern". Vor EG-Beschlüssen, die ganz oder teilweise Gesetzgebungsmaterien der Länder betreffen oder deren wesentliche Interessen berühren, soll dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Auf Verlangen sollen Vertreter der Länder zu den Verhandlungen in den Beratungsgremien der EG-Kommission und des Rates hinzugezogen werden, „soweit der Bundesregierung dies möglich ist". Einzelheiten soll eine Vereinbarung mit den Ländern regeln.

Jetzt auch Zwangsumtausch in Jugoslawien?

DW. **Belgrad**

Jugoslawien wird möglicherweise dem Vorbild anderer kommunistisch regierter Länder folgen und den Zwangsumtausch einführen. Besucher wären dann gezwungen, bei der Einreise für jeden Aufenthaltstag einen bestimmten Mindestbetrag ausländischer Währung in jugoslawische *Dinare einzutauschen*.

Nach Informationen der Zeitung „Politika" ist dem Parlament in Belgrad ein entsprechender Gesetzentwurf zugeleitet worden. Ziel sei, eine bessere Kontrolle über Devisentransaktionen zu erreichen, den Schwarzumtausch einzudämmen und die Deviseneinnahmen des Staates zu erhöhen.

Die jugoslawische Zeitung „Vercernje *Novosti*" *hat gestern die* Pläne der Regierung, den Zwangsumtausch einzuführen, kritisiert. Solch eine gesetzliche Regelung würde „viel mehr Schaden als Nutzen mit sich bringen", da die Touristen solch eine Umtauschpflicht als „bürokratische Mißhandlung" auffassen würden und lieber in andere Urlaubsländer fahren.

SPD in Düsseldorf verhindert Debatte über Ibbenbüren

breu. **Düsseldorf**

Mit ihrer absoluten Mehrheit hat die Landtagsfraktion der nordrhein-westfälischen SPD *gestern eine* Debatte über das umstrittene Kraftwerk Ibbenbüren in der Sitzung des Umwelt- und Wirtschaftsausschusses des Landtags verhindert. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) hatte vorher seine Bereitschaft erklärt, Fragen der FDP zu diesem Thema in der Ausschußsitzung zu beantworten.

Die FDP wollte die Frage geklärt wissen, warum die Regierung Rau keine rechtlichen Vorkehrungen für den Fall getroffen habe, daß die Entstickung des Kraftwerks nicht, wie von Rau angekündigt, bereits Ende 1987 möglich sei. Statt der von den Umweltministern vereinbarten Jahres-Höchstmenge von 1700 Tonnen Stickoxid in Ibbenbüren werden bis mindestens Ende 1988 pro Jahr 16 860 Tonnen der giftigen Stickoxide emittiert. Die FDP erklärte, sie verstehe, daß der SPD das Thema Ibbenbüren unangenehm sei. Doch könne eine weitere öffentliche Debatte auf diese Weise nicht verhindert werden.

Fischsterben in der Oder nach Verschmutzung durch Heizöl

Prag warnt Warschau und Ost-Berlin vor Katastrophe

DW. **Prag/Berlin**

Nach dem Rhein droht jetzt der Oder eine ökologische Katastrophe. Wie die tschechoslowakische Parteizeitung „Rude Pravo" gestern berichtete, fließt bereits seit Sonntag tonnenweise Heizöl über einen Nebenfluß in die Oder, ohne daß der Ursprung der Verschmutzung bisher ausgemacht werden konnte. Das Heizöl sei für Fische und Wasservögel tödlich, hieß es.

Der Ölfilm war von einem Polizisten in der Nähe von Mährisch-Ostrau an der Grenze zwischen Nordmähren und Schlesien auf dem Oder-Nebenfluß Ostrawitza entdeckt worden. Die Herkunft des stark schwefelhaltigen Heizöls sei noch unbekannt, schrieb das Parteiblatt. In der Zeitung „Mlada Fronta" hieß es, es werde versucht, das Heizöl abzufangen. Ein Fischsterben habe bereits begonnen.

Die Prager Regierung habe die Behörden Polens und der „DDR" über die „*ernste Situation*" *informiert*, teilte „Rude Pravo" weiter mit. Die Menge des ausgeflossenen Heizöls wurde bereits am Dienstag auf 20 Tonnen geschätzt.

Unterdessen hat das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine düstere Prognose für die Lösung der „ohnehin schon dramatischen Umweltprobleme" in der Tschechoslowakei veröffentlicht. 1982 seien in der CSSR 3,3 Millionen Tonnen Schwefeldioxid ausgestoßen worden. Eine Reduzierung sei nicht zu erwarten, da der Energieverbrauch ansteige und Maßnahmen zur Entschwefelung nur unzureichend vorankämen. Die Wirkung der gesteigerten Erdgaseinfuhren aus der Sowjetunion wird in der Studie zurückhaltend beurteilt.

Ob das Ziel, bis 1990 rund 25 Milliarden Kilowattstunden (28 Prozent des Strombedarfs) in Atomkraftwer*ken zu produzieren*, realisierbar sei, müsse nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bezweifelt werden. Die Prüfung von Sicherheitseinrichtungen werde den Ausbau der Atomtechnik verzögern und den Betrieb *von Kraftwerken auf* Braun- und Steinkohlebasis länger als geplant notwendig machen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Frankreich wird erpreßbar

Von Peter Ruge

Die Pariser Presse jubelt: Zwei französische Geiseln sind frei, jetzt bestehe Hoffnung für die anderen sechs verschleppten Landsleute im Nahen Osten.

Bravo, Monsieur Chirac, klingt es zwischen manchen Zeilen. Ihre dubiose Orient-Politik, für die Ihnen die Europäer bereits am Zeuge flickten, ist gerechtfertigt. Sie gaben sich blind gegenüber den von den Briten vorgelegten Beweisen für eine Verstrickung Syriens in Terrorakte. Sie hörten weg, als der mit Ihnen verbündete Irak aufbegehrte, daß Sie insgeheim Waffen an den Iran um den Preis der Normalität lieferten. Sie tönten groß von Vergeltung, als nahöstliche Bombenleger im September die französische Hauptstadt erschütterten, doch insgeheim sandten Sie Emissäre aus, um zu verhandeln. Und was schließlich in der Politik zählt, sind Resultate.

Noch vor drei Monaten, als Unschuldige durch den Bombenterror in Paris starben, da lag Frankreichs Stolz am Boden. Da war sich die ansonsten auf ihre Unabhängigkeit bedachte V. Republik nicht zu schade, nach europäischer Hilfe, nach Solidarität zu rufen: Gemeinsam nur könne diese „internationale Pest" abgewehrt werden. Doch vor drei Tagen, in London, war davon nichts mehr zu spüren. Halbherzig folgte Außenminister Raimond den Sanktionsbeschlüssen gegen Syrien, denn Damaskus avisierte termingerecht die mögliche Geiselbefreiung.

Davor ist Chirac in die Knie gegangen. Was ist davon übrig geblieben, daß er dem Terror den Krieg erklärte? Die Verbeugung vor Syrien, der Dank an Präsident Assad.

Da er jetzt den Beweis liefert, daß der französischen Regierung das Leben der Geiseln mehr Wert ist als das möglicherweise zu erbringende nationale Opfer eines Verschleppten, ist Frankreich erpreßbar geworden. Nun ist der Bann gebrochen: Für die „Krieger Gottes" und mit ihnen für alle Gruppen im Orient, ihren Zielen mit weiteren Geiseln ein günstiges Klima zu verschaffen. Die Preise in Nahost dürften steigen, solange Frankreich seine Präsenz im Nahen Osten wichtiger nimmt als eine europäische Solidarität gegenüber dem internationalen Terrorismus.

General „gewürdigt"

Von Rüdiger Moniac

In den Annalen der Bundeswehrgeschichte ist ein Vorgang wie der um den General Sommerhoff wohl beispiellos. Dieser Drei-Sterne-General hat es hinnehmen müssen, daß sein direkter Disziplinarvorgesetzter, der Inspekteur der Luftwaffe, sein Verhalten gegenüber einem Fahnenjunker der Feldjägertruppe im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens dienstrechtlich aufklärte und „würdigte". Was das konkret heißt, wird der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Das verbietet die Wehrdisziplinarordnung ausdrücklich.

Gemunkelt wird, Eimler habe Sommerhoff einen Verweis erteilt. Wäre es so, hätte der Amtschef der Luftwaffe zu einem Mittel im Katalog der „einfachen Disziplinarmaßnahmen" gegriffen. Ein Verweis ist „der förmliche Tadel eines bestimmten pflichtwidrigen Verhaltens des Soldaten".

Was war geschehen? Sommerhoff führte in seinem Aktenkoffer eine Handfeuerwaffe zum persönlichen Schutz bei sich, als ihn ein Wachposten beim Passieren der Hauptwache des Bundesverteidigungsministeriums im Dienstwagen zur Seite winkte und einer routinemäßigen Sicherheitskontrolle unterzog. Dazu war der Posten berechtigt. Was sich dabei abspielte, ist der Öffentlichkeit nicht genau bekannt. Man weiß nur, daß Sommerhoff der Aufforderung, auch den Aktenkoffer zu öffnen, so nachkam, daß sich der Posten durch das Vorweisen der Waffe bedroht fühlte und daraufhin Meldung erstattete.

Ob der Posten sich in jeder Phase korrekt verhielt, ist ebenfalls nicht bekannt. Jedenfalls hat der General offensichtlich seinem Vorgesetzten Anlaß gegeben, sein Verhalten „dienstrechtlich zu würdigen". Der Fall ist deshalb so gravierend, weil einer der höchsten Vorgesetzten in der Bundeswehr offenbar glaubte, wegen seines Dienstgrades Sonderrechte zu genießen. Tatsächlich aber hat jeder Vorgesetzte laut Soldatengesetz „in seiner Haltung und Pflichterfüllung ein Beispiel zu geben". Die Vorgesetzten müssen wissen, wie schwer heute unter der terroristischen Bedrohung für die Soldaten der Wachdienst ist. Deren Pflichterfüllung verdient Lob und verlangt von allen, durch Kontrollen bedingte Erschwernisse geduldig hinzunehmen.

Skurriles in Belgrad

Carl Gustaf Ströhm

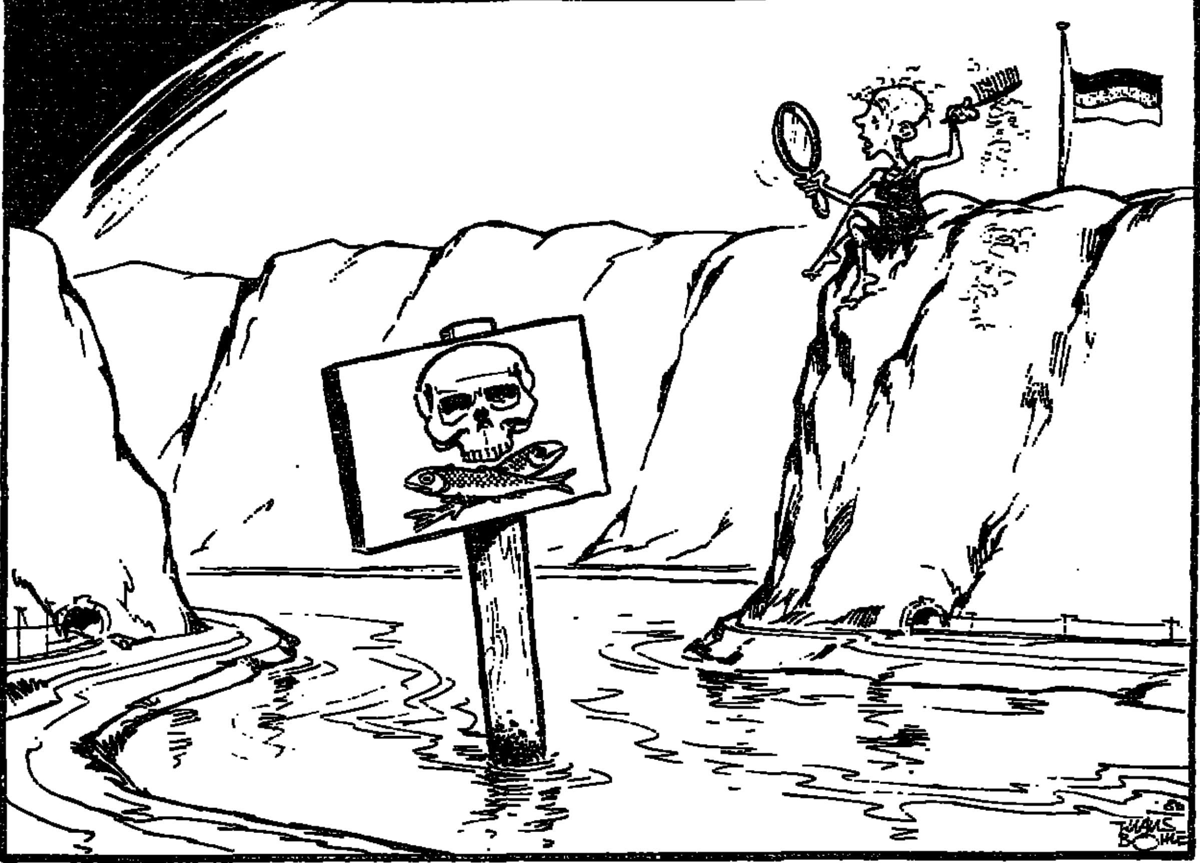
Aus Jugoslawien kommen in letzter Zeit wenig gute Nachrichten. Da gibt es nach wie vor schwere Konflikte zwischen Serben und Albanern im Kosovo. Die Belgrader Akademie warnt vor der politischen Desintegration des Gesamtstaates. Die Partei wiederum spricht von Konterrevolution und Nationalismus. Doch die schlimmste Nachricht, die uns jetzt aus Belgrad erreicht, hat unmittelbar nichts mit Politik und Ideologie zu tun. Oder doch?

Dem Belgrader Parlament liegt ein Gesetzentwurf über die Einführung eines Zwangsumtausches für alle Ausländer vor, welche die jugoslawische Grenze überschreiten.

Was das in der Praxis bedeutet, liegt auf der Hand, wenn man an jene Regime denkt, die der Belgrader Regierung als Vorbild gedient haben mögen: etwa die Tschechoslowakei und die „DDR". Ebenso wie diese will nun auch Jugoslawien den „schwarzen" Devisenumtausch und den sogenannten Privat-Clearing stoppen. Bisher ist, nach Meinung Belgrader Regierungskreise, zu viel harte Valuta in die privaten Taschen jugoslawischer Zimmervermieter oder Händler geflossen – und nicht, wie es sein sollte, in die Kassen der Nationalbank.

Diese Funktionäre vergessen dabei zunächst, daß Jugoslawien – mag es auch kommunistisch regiert werden – nicht zum Ostblock gehört. Zwangsumtausch an den Grenzen müßte angesichts des dichten Verkehrs zu noch chaotischeren Verhältnissen führen, als sie ohnedies bereits in den Sommermonaten – etwa an der Gastarbeiterroute – anzutreffen sind. Eine gewaltige zusätzliche Bürokratie wäre notwendig. Die Zeiten, in denen sich eine Familie einfach ans Auto setzte, um Urlaub an der jugoslawischen Adria zu verbringen, wären vorbei. Wer länger oder kürzer bliebe als vorausgeplant, müßte komplizierte bürokratische Prozeduren in Kauf nehmen. Kurzum: Jugoslawien würde schwerer zugänglich und gegenüber Europa würde eine Barriere aufgerichtet.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen: Auch dieser skurrile Versuch, die Inflation und Wirtschaftskrise durch mehr Bürokratie statt durch Marktwirtschaft zu bekämpfen, wird Jugoslawien mehr schaden als nützen.



Ich weiß nicht, was soll es bedeuten . . . KLAUS BÖHLE

Profit in Rhein-Kultur?

Von Joachim Neander

Die von Tag zu Tag böser klingenden Nachrichten aus der Welt der schweizerischen Chemieindustrie verführen zu ein paar grundsätzlichen Betrachtungen. Was ist falsch am Ganzen, wenn große, angesehene Unternehmen sich offenbar bedenkenlos über Bestimmungen hinwegsetzen und einige womöglich – was bisher freilich konkret nicht bewiesen ist – in abgefeimter Weise eine Katastrophe dazu benutzen, um rasch eigene Gift-Problemchen mit darin wegzuschwemmen?

Umfragen zeigen, daß vermutlich die meisten Menschen die Ursache dafür im allgemeinen Profitdenken suchen werden. Die Gier nach immer mehr Umsatz, immer mehr Erfolg und Gewinn dränge Menschen und Unternehmen schon aus Gründen der scharfen Konkurrenz zwangsläufig in einen Konflikt mit Anstand und Gesetz. Die doppelte Moral, ja die offene Unmoral scheint zum allgemeinen Prinzip erhoben. Da liegt es nahe, unser ganzes System einer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung an den Pranger zu stellen, das scheinbar so allmächtige Profitdenken durch irgend etwas anderes zu ersetzen.

Aber hier wird etwas verwechselt. Eine freiheitliche Ordnung erhebt das Streben nach Profit ja nicht zur Weltanschauung. Sie nutzt nur den von der Natur gegebenen Egoismus der meisten Menschen, um mehr Dynamik und wirtschaftliche Vernunft ins Geschehen einzubringen. Sie verfährt nach der empirisch gewonnenen Regel, daß Freiheit zwar auch ein Risiko in sich birgt, im Ganzen aber anderen Prinzipien stets überlegen sein muß, weil zum Beispiel auch die Einhaltung bestehender Gesetze auf lange Sicht wirtschaftlich vernünftig und damit erfolgreich sein müsse.

Daß das nicht nur leere Theorie ist, zeigt ein Blick auf die Gegenseite. In der sozialistischen Staatswirtschaft sind das Profitdenken und der menschliche Egoismus nicht etwa außer Kraft gesetzt. Wo der einzelne an sture Normen und das Unternehmen an teilweise unsinnige Pläne gebunden ist, verlagert sich das Gewinnstreben bekanntlich sehr schnell in die Grauzonen der Korruption und Vetternwirtschaft – nur mit dem gewaltigen Unterschied, daß die Gesamtwirtschaft und die Allgemeinheit daraus nicht den geringsten Impuls oder Nutzen ziehen. Was an spärlichen Berichten über Korruptionsprozesse im Osten zu uns dringt, wo der Geldumschlag beinahe offizieller Bestandteil des Händedrucks ist, erweckt jedenfalls nicht den Eindruck, als sei die Moral im Wirtschaftsleben drüben höher entwickelt als bei uns.

Aber das ist natürlich kein Trost. Eine freiheitliche Gesellschaft ohne durchsetzbare moralische Grundsätze hätte auch ökonomisch keinen Bestand. Wie also solche Grundsätze wahren? Für die meisten heißt das Zauberwort Kontrolle. Sie stellen sich einen Staat vor, der seinen Bürgern und Unternehmen zwar Freiheiten läßt, die Nutzung dieser Freiheit aber nicht nur durch strenge Gesetze, sondern auch durch ständige Kontrolle ihrer Einhaltung begrenzt.

Aber das ist leichter gesagt als getan. Die ungeheuer komplexe, fast täglichen Neuerungen unterworfene Realität der modernen Technik läßt sich nur schwer in Gesetzestext fassen. Beratung und Verabschiedung dauern oft Jahre. Mitunter ist das Produkt überholt, wenn es endlich fertig ist. Entsprechend schwer hat es eine Kontrolle. Ohne fachlich fundiertes und im Grunde auch vertrauensvolles Zusammenspiel zwischen Kontrolleur und Kontrolliertem geht es nicht. Der eine lernt vom anderen.



Entnahme von Rheinwasser zur Prüfung: Auch das System auf dem Prüfstand? FOTO: AP

Dies weckt freilich Mißtrauen. Die WELT hat am 11. November über die tiefgreifenden Differenzen innerhalb der Justiz und Rechtswissenschaft in der Frage berichtet, wer in diesen Grauzonen der Zweifel den Vorrang haben solle, die Verwaltung oder der Staatsanwalt. Die Mehrheit der Bürger wird vermutlich dem Staatsanwalt den Vorzug geben. Hier kann man Strenge, Unbestechlichkeit und Konsequenz erwarten. Die Vorgänge um die Katastrophe von Basel, wo Anordnungen und Bestimmungen der Fachbehörde offenbar ohne strafrechtliche Folgen für das Unternehmen umgangen oder verschleppt worden sind, scheinen diese Ansicht zu bestätigen.

Dennoch hat eine solche Sicht und Bewertung der Dinge auch ihre Gefährlichkeit – vielleicht gerade, weil sie relativ populär ist. Wenn der Bürger sich mit der Zeit daran gewöhnen würde, die gesamte Wirtschaft inklusive der sie kontrollierenden Fachbehörden zunächst einmal als potentiell korrupte, nur auf den eigenen Vorteil ausgehende Gesetzesbrecher zu betrachten, denen im Zweifel alles zuzutrauen und nur noch mit der Strafjustiz beizukommen ist, dann hätte das ganze freiheitliche System seine innere Berechtigung verloren. Ähnliche Ansichten von Wirtschaft herrschen ja in weiten Bereichen des Ostblocks vor.

Das Vertrauen der Bevölkerung darf sich nicht nur auf Staatsanwälte und staatliche Kontrolleure richten. Es muß auch für Menschen gelten, für Menschen, die nicht egoistischer oder weniger anständig sind als jeder andere, für Unternehmer, Manager, Ingenieure, Arbeiter. Es wird sehr viel von den Unternehmen und Unternehmern selbst abhängen, wieviel von diesem Vertrauen ihnen entgegengebracht wird. Aber es gibt Anhaltspunkte dafür, daß der große, auch ökonomische Erfolg der Deutschen nach dem Kriege sich nicht nur auf Findigkeit, Dynamik und Cleverness gegründet hat, sondern auch auf ein trotz mancher Einschränkung immer noch hohes Maß an einfach bürgerlichen Tugenden bei allen Beteiligten. Das war und ist guter Grund.

IM GESPRÄCH Hermann Lutz

Wir alle leiden darunter

Von Harald Günter

Am 11. November wurde im Mannheimer „Rosengarten" eine alte Tradition der Arbeiterbewegung gebrochen. Nie zuvor nämlich hatte eine Einzelgewerkschaft des DGB einen Christdemokraten als Vormann. Nun hat ihn die GdP: Hermann Lutz.

AchtundvierzigJahre ist er alt, seit zwanzig Jahren CDU-Mann, Landesvorstandsmitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Rheinland-Pfalz, Leiter des Landesarbeitskreises der Christlich-Sozialen im DGB. Und nun hat er trotz seines Parteibuchs den Genossen Günter Schröder an der Spitze der 165 000 Mitglieder starken Polizeigewerkschaft beerbt.

Oder etwa gerade deshalb? Es ist ein offenes Geheimnis, daß die vergleichsweise konservative Basis die Nähe ihres bisherigen Bundesvorsitzenden zur SPD, seinen Konfrontationskurs gegenüber der Bonner Koalition mit zunehmender Unzufriedenheit verfolgt hatte. Da war nun, wie Hermann Lutz selbst glaubt, eine „Integrationsfigur" gefragt, die Gewerkschaftsarbeit „nicht nach Rot und Schwarz sortiert". Dafür will der gebürtige Erfurter fortan stehen.

„Ich hätte mir gewünscht, unter anderen Voraussetzungen gewählt zu werden", sagte Hermann Lutz kurz nach der Abstimmung. Verständlich: Ein paar treue Bataillone waren dem scheidenden Bundesvorsitzenden noch geblieben. Sie sorgten dafür, daß Lutz über 135 von 203 Delegiertenstimmen nicht hinauskam. Unter anderen Voraussetzungen, gibt der untersetzte, drahtige Mann zu, wäre ihm das zu wenig gewesen. Hans Janßen läßt grüßen.

Aber die Voraussetzungen sind nun mal nicht anders. Und gewünscht hat sich Hermann Lutz seinen Karrieresprung nach fünfjährigem Stellvertreterdasein so sehr, daß er am Rednerpult vor lauter Freude vergaß, die Wahl formell anzunehmen. Lutz, der bisher die Tarifpolitik der GdP besorgt hatte, ist ein Funktionär, dem die Arbeit „Spaß macht", den es auch freut, sich „mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen".



Erster Gewerkschaftschef mit CDU-Parteibuch: Lutz (rechts, mit Vorgänger Schröder) FOTO: DPA

Was ihm noch Spaß macht? Rock-Oldies aus den fünfziger und sechziger Jahren, Wandern, Heimwerken, Wein, Karneval, Geselligkeit. Daß er, der diplomierte Verwaltungsbeamte und Fachhochschuldozent, in ersten Zeitungsporträts als spröder Intellektueller geschildert wurde, störte ihn mehr als sein erschreckend niedriger Bekanntheitsgrad außerhalb des GdP-Führungszirkels.

Auf Hermann Lutz wartet keine leichte Aufgabe. Er muß nicht nur aus dem Schatten seines Vorgängers treten und Ressentiments in den eigenen Reihen überwinden. Er hat auch die Suppe mit auszulöffeln, die der gesamten Gewerkschaftsbewegung von der Neuen Heimat eingebrockt wurde. „Wir alle", sagt der neue GdP-Chef, „leiden darunter."

Aber er setzt auf die Selbstreinigungskräfte der Organisation. Fehler müßten als Fehler bezeichnet, Schuld anerkannt und nicht auf andere abgewälzt werden. Jene schließlich, die Verantwortung für den Niedergang der Gemeinwirtschaftsideale tragen, müßten sich zu dieser Verantwortung bekennen und „nötigenfalls die Konsequenzen ziehen".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Darmstädter Echo

Es sieht die Lage der SPD düster:

Tatsächlich haben die Landtagswahlen von Bayern und Hamburg einen Trend bestätigt und verstärkt, den Meinungsumfragen schon zuvor erkannt hatten: weg von der SPD. Aber die Parteien reagieren nun derart heftig darauf, als schrieben wir schon den 25. Januar und die Hälfte der Stimmen sei ausgezählt.

Mannheimer MORGEN

Hier hält man nicht viel von der neuen Strategie der SPD:

Wer einem Kanzlerkandidaten bescheinigt, er könne die Mehrheit nicht hinter sich bringen, degradiert ihn zur lahmen Ente. Es muß der SPD-Führung schwergefallen sein, ihrem Kandidaten Johannes Rau diesen Tort anzutun. Sie hat es getan, um sich aus einer Glaubwürdigkeitskrise zu befreien. Ein mißlungener Kraftakt.

The Washington Post

Sie glaubt, daß Präsident Reagan sich in die Ecke manövriert habe:

Reagan manövriert sich mit seiner Iran-Politik immer weiter in die Ecke. Dabei handelt es sich derzeit gar nicht so sehr um eine Iran-Politik als vielmehr um eine Politik, die seine Iran-Politik verschleiern soll.

The New York Times

Sie kritisiert den Präsidenten scharf:

Für Alliierte wie für Feinde bedeutet die Haltung Präsident Reagans, daß die harschen Worte Washingtons hinsichtlich des Terrorismus reine Lippenbekenntnisse sind. Wenn Reagan den Fehler nicht zugibt und wieder eine feste Anti-Terrorismus-Politik betreibt, kann die Iran-Episode den USA ernsthaften Schaden zufügen.

Basler Zeitung

Sie [illegible] die Informationspolitik des Chemiekonzerns Sandoz:

In Anbetracht einer Bevölkerung, die in ihrer Betroffenheit hilflos den Gerüchten und Stimmungsmachern ausgeliefert wird, ist das konzertierte Schweigen der Sandoz ebenso unverständlich wie folgenschwer ... Mit dem heute in seinen negativen Auswirkungen noch gar nicht abzuschätzenden Verzicht, sich glaubwürdig darzustellen, von möglichen Fehlern und Unterlassungen zu sprechen und damit Kompetenz und Willen im Hinblick auf Verbesserungen anzudeuten, hat sich Sandoz damit abgefunden, von anderen dargestellt zu werden. Zum Schaden nicht nur der eigenen Firma, sondern zum Schaden des Chemiestandorts Basel, der ohne das Vertrauen der Bevölkerung gar nicht existenzfähig sein kann.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung schreibt zur Freilassung der Geiseln:

Es ist beunruhigend, daß dabei zugleich neue und immer höhere Preise ermöglicht werden, wenn es darum geht, für die anderen zu verhandeln. Damit ist die Tür für alle Unternehmer der Terror-Branche – und davon gibt es Legionen in Libanon – geöffnet. Sie könnten jetzt logischerweise schließen, daß einige Kalaschnikow-Gewehre und ein guter alter Mercedes für den Transport der Geiseln es einigen von ihnen erlauben, eine große Macht zu beugen.

Die Wiedervereinigung als Mittel zu mehr Sicherheit?

Zu den Gedanken des Abgeordneten Bernhard Friedmann / Von Herbert Kremp

Das Signal von Reykjavik beunruhigt die Bundesregierung. Reagan erscheint plötzlich in der Gestalt eines Fundamentalisten, der die Welt von Atomwaffen befreien möchte. Die Abschaffung aller ballistischen strategischen Waffen (also außer Marschflugkörpern und Bombern), die europäische Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen (es blieben noch je einhundert in Asien und in den USA) und eine eventuelle Null-Lösung für Kurzstrecken-Systeme bedeuten in der Summe die Schaffung von Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Kohl hat in Washington die Interessen Europas vorgetragen und seinen durchaus kritischen Disput mit Reagan unter die Maxime gestellt, daß Kriege in Europa nicht führbar werden dürften.

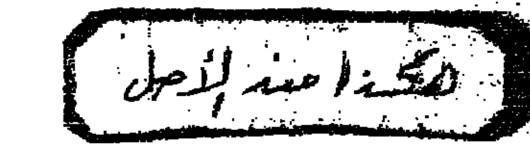
Das klingt so dramatisch, wie es ist. Die Europäer können heilfroh sein, daß in Reykjavik infolge der sowjetischen Forderung, das ganze Paket mit dem Verzicht auf SDI zu frankieren, der Akkord nicht zustande kam. SDI stützt die Vision Reagans, die Welt jedenfalls von atomaren Angriffswaffen zu befreien. Die USA könnten wieder unverwundbar werden, wie sie es vor der Raketen-Technologie waren. Im Gespräch mit Kohl ging Reagan auf die Forderung, die Abrüstrung der ballistischen strategischen Raketen mit konventioneller Abrüstung zu verknüpfen, nicht ein. Er stimmte nur zu, die Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen in Europa mit einer Regelung für die Kurzstrecken-Systeme zu verbinden.

Das ist etwas, aber nicht viel. Es bleibt der Eindruck, daß die USA zu Abrüstungen bereit sein könnten, die über europäische Sicherheitsinteressen hinweggehen. Die Europäer werden aus innenpolitischen Gründen nicht in der Lage sein, für konventionelle Rüstung wesentlich mehr auszugeben. Der vollständig demokratisch gewordene Kongreß wird aber bei den nächsten Budgetberatungen auf diese Forderung zurückkommen. Die These des CDU-Haushaltsexperten Bernhard Friedmann, daß beide Weltmächte nach neuen Sicherheitsstrukturen suchten und vor allem die Deutschen über tragfähige Sicherheitskonzepte nachzudenken hätten, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Abgeordnete erinnert an eine alte Wahrheit: Sicherheit und Sicherheitskonzepte beruhen nicht nur auf militärischen Faktoren. Diese sind zwar unverzichtbar wichtige Teilstücke, doch ergibt ihre Summe nicht das Ganze. Aus der Verrechnung von Waffen allein resultiert keine Sicherheit, die politische Dauer verspricht. Ohne Politik bleibt die Verrechnung bare Statistik.

Das hören diejenigen nicht gern, die mit weniger Waffen mehr Frieden schaffen wollen – als ob da ein Zusammenhang bestünde. Frieden als lebensgerechte politische Ordnung ergibt sich erst aus der Verrechnung von Rüstungen, Krisenherden, Menschenrechten, Freiheiten. Auf diesen fundamentalen Zusammenhang macht der Abgeordnete Friedmann seine Raketen zählende Umgebung aufmerksam. Seine entscheidende These, daß jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitskonzept in die operative Politik eingeführt werden sollte, klingt überraschend und ruft reflexhaft die Opposition aller hervor, die in der „Vermengung" von politischen und strategischen Themen ein Hindernis für den „Abrüstungs-Dialog" erblicken.

Friedmann ist genau entgegengesetzter Ansicht, und er hat insofern recht, als die Beseitigung der Spannungsursache die Behandlung von Spannungsfolgen erleichtern könnte. Möglicherweise erinnert er sich auch an die sechziger Jahre, als bei Genfer Konferenzen ein Junktim zwischen Abrüstung und deutscher Frage hergestellt wurde. Für die Deutschen sprang dabei nichts heraus, aber in der Abrüstung kamen die Mächte auch nach Auflösung des Junktims nicht weiter. Die entscheidende Frage lautet, ob die Wiedervereinigung Deutschlands den Sicherheitsvorstellungen der Sowjetunion, Ostmitteleuropas, der beiden Teile Deutschlands und Westeuropas entgegenkommen, ja, in eine Garantie der europäischen Sicherheit umgewidmet werden könnte. Wobei von vornherein bezweifelt werden muß, ob Moskau überhaupt bereit ist, in einer Veränderung der politischen Struktur Europas ein Element erstrebenswerter Sicherheit zu erblicken.

Friedmann stellt sich kein neutralisiertes Deutschland vor, wohl aber eines (mit geteilt gewähltem Parlament), das selbst zu bestimmen hätte, wo bündnispolitisch sein Platz ist. Dem Atlantikpakt sollte es nach den Maßstäben östlicher, westlicher und eigener Sicherheitsinteressen verbunden sein; die Sowjetunion hätte von dem neuen Deutschland wirtschaftlich viel zu erwarten. So weit die Rohskizze für eine mitteleuropäische Lösung der deutschen Frage. Die Konturen verlieren sich im Ungewissen, aber mit einem müssen wir und die Verbündeten in Zukunft rechnen: Dieser Art sind die Ideen, die mit der Veränderung geltender Strategie-Konzepte zwangsläufig auftauchen. Die politische Grundsatz-Diskussion beginnt wieder. Sie wird die nächste Regierung Kohl tief beschäftigen.



„Ich bin Johannes Rau und nicht Heiner Geißler“

Nein, ein ganz anderer, aggressiver SPD-Kanzlerkandidat war dies nicht, der sich gestern nach der Hamburger Wahlniederlage der Presse in Bonn präsentierte. Doch immerhin schimmert durch den „Bruder Johannes“ so etwas wie ein „Ritter Johannes“ durch.

Von PETER PHILIPPS

Er kam in seinem Kampfanzug, in dem er schon zur Kandidatenrede in Ahlen vor knapp einem Jahr angetreten war: dunkelblau, Nadelstreifen mit Weste. Er zog ein wie ein Gladiator vor die hungrige Meute der Bonner Bundespressekonferenz, umringt von Fotografen und Kamerateams, den Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sowie den amtierenden Parteisprecher Eduard Heussen im Gefolge.

„Hic Rhodos, hic salta“ war sein Motto: die kämpferische Botschaft, daß er festhält an seinem Kanzler-Ziel, trotz Hamburg und Bayern, trotz der Verzagten in den eigenen Reihen – dies mußte er überzeugend darbieten, sollten nicht die Daumen auf den Rängen endgültig nach unten zeigen.

Schon zu Beginn der 90 Minuten war an seiner gepreßten Stimme zu hören, daß er zielstrebiger, konzentrierter als sonst jeweils auf den Kern von Frage und Antwort zusteuerte. Seine typischen Bonmots, seine augenzwinkernden Scherze erlaubte sich der Gebeutelte diesmal erst nach einer gewissen Anlaufzeit, seltener als sonst – und eben ohne Augenzwinkern, kurz, trocken.

Es war nicht der predigende „Bruder Johannes“, der ins ungeliebte Bonn gekommen war, sondern der Fighter: Wie immer, wenn er mit dem Rücken an der Wand steht, wird er stark. Dies erweckt oft den Verdacht, daß er sich bewußt erst einmal in die Ecke manövriert. Und er rief die Erkenntnis aus dem Sport in Erinnerung: Angeschlagene Boxer dürfen nicht unterschätzt werden.

„Wer nicht kämpft, der hat schon verloren“, lautete seine Botschaft an die eigene Basis, aber auch an die Mit-Parteiführer. Und: „Wir können das packen“, auch wenn nach den Debakeln von Bayern und Hamburg die absolute Mehrheit als Ziel in noch viel weiterer Ferne schimmert.

Wie gesagt: Präziser, stärker auf den Punkt „zugespitzt“, wie er selbst mit Autorenhinweis ein Glotz-Zitat aufnimmt, sind seine Sätze. Aber auch zumindest um Nuancen schärfer. Und dennoch: „Ich bin Johannes Rau und nicht Heiner Geißler“, der scharfzüngige CDU-Generalsekretär. Dies habe er auch in der Präsidiumssitzung am Montag noch einmal in Erinnerung gerufen.

Sicher, da gebe es „welche, die sagen zu mir, du mußt mehr auf den Putz hauen. Dann sage ich, das kann ich nicht. Ich will weiter werben, ich will weiter Menschen zu gewinnen suchen.“ So ähnlich muß wohl auch die Diskussion im Präsidium verlaufen sein. „Also sagte ich: Ihr könnt mich so haben, wie ich bin. Anders bin ich nicht zu kriegen. Wollt Ihr mich? Da haben die sich geäußert.“

Der Kandidat hat sich warmgelaufen. Die anfängliche leichte Röte der Nervosität im Gesicht ist abgeklungen. Fordernd, drängend ist die Stimme, wenig zu spüren von dem einnehmenden Plauderton. Unruhe, Gespanntheit lassen sich an dem Spiel der Finger mit der Brille registrieren. Das Glas mit Mineralwasser muß nachgefüllt werden. Johannes Rau ist wie auf dem Sprung, bei jeder Frage voll konzentriert, wendet den Kopf wie witternd zu den Fragestellern, reagiert schlagfertig. Die steile Falte an der Nasenwurzel wirkt heute wie eingekerbt, er gönnt sich keine Entspannung. Wie er selbst sagt: „Ich bin im Moment hellwach.“



Im Tief interessanter denn je: Johannes Rau und Peter Glotz gestern vor der Bundespressekonferenz FOTO: POLY-PRESS

Die Enttäuschung über den Abgang seines „persönlichen Freundes“ Wolfgang Clement aus der Bonner Baracke drückt er unverhohlen aus. Der neben ihm sitzende Peter Glotz, der nun, befreit von Clement und dem nordrhein-westfälischen Landesgeschäftsführer Bodo Hombach, allein die Fäden der Wahlkampfplanung in den Händen hält, blickt ungerührt mit Pokerface vor sich hin. Er wird, wie Rau auf Fragen formuliert, mit Hombach „darüber sprechen, welche Möglichkeiten Bodo Hombach einbringen kann in den nächsten zehneinhalb Wochen“.

Aus „Bruder Johannes“ ist mehr ein „Ritter Johannes“ geworden, aber einer mit einem „Stammland“, wie er selbstbewußt mit Blick auf Nordrhein-Westfalen und in Erinnerung an dortige große Wahlerfolge sagt. Und einer, der sich „auf niemanden mehr stützt als auf Willy Brandt und Jochen Vogel“. Bei diesen Worten hat er die geballten Fäuste mit leicht geöffneten Armen auf den Tisch gelegt und sieht sie abwechselnd an – so, als ob jede der Fäuste für einen der beiden Mitstreiter steht.

Entspannung gestattet er sich nur zweimal und auch nur kurz: Als er sich für die Glückwünsche des Auditoriums zur Geburt seiner zweiten Tochter bedankt. „Sie heißt Laura-Helene, und sie ist wunderschön.“ Da ist es wieder, das bekannte breite Lächeln. Und es kommt noch einmal.

Eine Frage gibt Peter Glotz die Gelegenheit, ins Geschehen einzugreifen. Mit herabhängenden Mundwinkeln und unbewegtem Gesicht hatte er bis dahin danebengesessen. Nun strafft er sich, antwortet zungenflink wie immer – und macht mit einem Versprecher aus noch bevorstehenden knapp elf Wochen plötzlich elf Monate Wahlkampf. „Der kann auch nicht genug kriegen“ – Johannes Rau lehnt sich ob des kurzen Lacherfolgs behaglich zurück.

Wenn er seine selbstformulierten Botschaften an diesem Tag über die Rampe bringt, geht die Stimme ein wenig in die Höhe, kommen die Worte schnell, zupackend. Aber schon am Klang, auch an der leicht zögernden Formulierung läßt sich erkennen, wenn er sich auf dünnem Eis bewegt: Vor allem, wenn er immer wieder versucht, Brandts und Glotz' noch in der Wahlnacht öffentlich gewordene Neudefinition des Wahlziels mit semantischen Verschlingungen wieder einzufangen. Die hätten doch nur gesagt, „jetzt geht es sogar darum, die absolute Mehrheit der Konservativen zu verhindern“. Er habe das „nicht als Knüppel empfunden“, aber auf die Frage, ob er dies als „hilfreich“ empfunden habe, bleibt Rau die Antwort schuldig.

Die Indios ringen um ihr Land und eine Zukunft

Brasilien wählt ein neues Parlament, das dem Land eine neue Verfassung geben wird. Eine besonders wichtige Wahl für die Reste der Ureinwohner, der Indios, denn diesmal dürfen auch die Analaphabeten wählen. Und die Indios wollen sich nicht weiter von den Weißen zurückdrängen lassen.

Von WERNER THOMAS

Der Wahlkampfslogan des Kandidaten Marcos Terena klingt rassistisch: „Wählt nicht weiß, wählt einen Indio.“ Der junge Mann erläutert jedoch: „Es geht ums Überleben. Wir wollen Brasilien und der Welt demonstrieren, daß diese seit 486 Jahren verfolgten Menschen ein Recht auf Freiheit, Würde und Respekt haben.“

Terena (33) ist einer von sieben Indianern, unter ihnen drei Häuptlinge, die sich bei den Wahlen am kommenden Samstag um ein Kongreßmandat bewerben. Bisher gibt es nur einen Indio-Abgeordneten in Brasilia, Mario Juruna, ehemaliger Häuptling des Xavante-Stammes. Er kandidiert erneut.

Nur noch 220 000 sind übriggeblieben

Diese Wahl findet aus zwei Gründen eine größere Resonanz unter der indianischen Bevölkerung: Der nächste Kongreß wird eine neue Verfassung schreiben, die auch ihre Interessen berühren wird. Zum ersten Mal dürfen die 20 Millionen Analphabeten an einer Wahl für das Bundesparlament teilnehmen. Die meisten Indios können weder lesen noch schreiben.

Terenas Warnungen vor einem Aussterben seines Volkes sind nicht übertrieben. Als die ersten Portugiesen im Jahr 1500 brasilianischen Boden betraten, gab es vier bis sechs Millionen Indios. Verfolgung und Krankheiten dezimierten sie auf 220 000, fast alle leben in der riesigen Amazonas-Region. Die dynamische Entwicklung der lateinamerikanischen Führungsnation gefährdet jedoch auch die Überlebenden.

Romero Juca Filho, der Präsident der staatlichen Indianer-Schutzbehörde Funai in Brasilia, sagt: „Es geht um das Land. Ohne Land haben die Indios keine Zukunft. Das Land ist die Wurzel der indianischen Kultur.“ Das verhängnisvollste Problem seien die landlosen Siedler, die sich überall ausbreiten – trotz der Dekrete und manchmal sogar mit staatlicher Hilfe. 1980 deklarierte Funai ein Gebiet von fast 70 000 Hektar im Staat Para zum Territorium des Gaviao-Stammes. Kurze Zeit später siedelte Paras Agrarreform-Behörde weiße Landarbeiterfamilien auf dem gleichen Areal an.

Diese Gegend wurde durch den Bau einer Eisenbahnstrecke zur Atlantikküste erschlossen und wirkt deshalb wie ein Magnet auf die Menschen der nordöstlichen Armutszonen. Oft unterstützt die katholische Kirche durch Mitglieder der „pastoralen Landkommission“ die neuen Siedler und provoziert Konflikte mit Funai. José Ferreira Campos, ein Funai-Vertreter in Para, kritisiert seine eigene Behörde, die sich nicht energisch genug verteidige: Wenn ich ein Indio wäre, hätte ich diese Eisenbahnstrecke längst blockiert.“

Juca Filho sieht mehr als 30 Stämme durch weiße Siedler gefährdet, besonders jene Indianer, die noch nie der „Zivilisation“ begegnet sind. Der Funai-Beamte Sydney Possuelo schätzt aufgrund seiner 20jährigen Amazonas-Erfahrungen, daß noch etwa 45 unbekannte Stämme mit mehr als 1800 Menschen existieren. Possuelo: „Es ist unsere Aufgabe, Kontakte herzustellen, bevor Fremde in diese Regionen vordringen.“

Viele Vertreter der Schutzbehörde befürchten, daß sie einen erfolglosen Kampf führen, wenn die neue Verfassung nicht die Rechte der Ureinwohner des Landes garantiert. Die Erschließung des Amazonas-Dschungels verläuft in einem rasanten Tempo. In den letzten Wochen erregten die Pläne der Sarney-Regierung zur Besiedlung der nördlichen Grenzzonen Aufsehen. Funai-Funktionäre äußerten Bedenken.

Mario Juruna war der erste prominente Indio, der eine landweite Aufklärungsarbeit leistete. Bereits in den siebziger Jahren reiste der damalige Häuptling nach Brasilia, um die Politiker und die Öffentlichkeit über das Schicksal seines schrumpfenden Volkes zu informieren – und anzuklagen. Er spricht eine offene Sprache, er provoziert und polemisiert gern. Schon seine äußere Erscheinung machte ihn zum Medien-Star: Der Mann aus dem Dschungel hat langes Haar, das bis zum Rücken reicht. Holzschmuck ziert die Ohrläppchen. Heute trägt er allerdings Anzug und Krawatte.

Leonel Brizola, der sozialistische Gouverneur von Rio de Janeiro, ermöglichte Juruna eine politische Karriere. 1982 offerierte er ihm eine Kongreß-Kandidatur für seine „Demokratische Arbeiterpartei“ (PDT) in Rio. Der exotische Bewerber gewann und gehört seither zu den umstrittensten Parlamentariern.

Ein Faktotum, das in Brasilien jeder kennt

Vor drei Jahren wurde der Abgeordnete vom Kongreß gerügt, weil er Minister mit öffentlichen Korruptionsvorwürfen beleidigt hatte, die sich nicht beweisen ließen. Gelegentlich brachte er Brizola in Verlegenheit, indem er die Presse über vertrauliche Gespräche informierte. Juruna gilt als Faktotum. Dennoch genießt er eine landweite Popularität und wird wahrscheinlich die Wiederwahl schaffen.

Neben dem 41jährigen Kongreßvertreter ist Marcos Terena der bekannteste Indio-Kandidat, der sich ebenfalls für die PDT bewirbt, in der Hauptstadt Brasilia. Er war der erste indianische Hubschrauber-Pilot und arbeitete einst als Funai-Berater. Auch ihn hofieren die Medien, obgleich er weniger aggressiv in Erscheinung tritt.

Juruna brachte, wie könnte es anders sein, eine kontroverse Note in den Wahlkampf der sechs anderen Indios. Er warf ihnen den höheren Bildungsgrad – zwei Kandidaten studieren – und die Tätigkeit in Staatsdiensten vor. „Sie leben mit dem weißen Mann zusammen, trinken Milch und essen Kuchen.“

Eine trotzige Begeisterung im „Schwabinger Bräu“

Von PETER SCHMALZ

Ein Abend, daß einem Wahlkämpfer das Herz aufgehen muß vor Freude und Stolz über die eigene Zugkraft. Wann schon in dem eher lustlos absolvierten bayerischen Wahlkampf war von überfüllten Sälen zu berichten, von Jubel für den Hauptredner, von minutenlangem Stakkato-Beifall?

All das erlebte Johannes Rau an diesem Dienstagabend im „Schwabinger Bräu“ zu München – als wären die vernichtenden Niederlagen von Bayern und Hamburg für seine Partei nichts gewesen als nur ein böser Traum. Lange vor Beginn sind Stühle und Fenstersimse besetzt, schmissige Dixie-Töne geleiten den Gast aus Nordrhein-Westfalen in den Saal, hinter dem Rednerpult hängt ein weißes Tuch mit einem roten Siegeszeichen, einem großen V, und draußen brüllen Zuspätgekommene vor den verschlossenen Türen: „Wir wollen rein.“

Ist's Solidarität mit dem arg gebeutelten Genossen, oder war nur die Neugierde, einen Verlierer zu betrachten, der Antrieb für diesen Besuch? Oder war's gar die skandallüsterne Hoffnung, an diesem Abend aus dem Mund des offenbar schon vor dem Endspurt gescheiterten Kandidaten das resignierende Wort zu hören: „Ich gebe auf.“

Der Realitätssinn über die Wahlchancen am 25. Januar scheint die Mehrheit der knapp 2000 im verräucherten Saal zumindest nicht verlassen zu haben, sonst wäre der Beifall nicht so mager, als eine Vorrednerin zu Johannes Rau sagt: „Wir brauchen eine sozialdemokratische Bundesregierung mit dir als Bundeskanzler.“

Peter Glotz dagegen, Bundesgeschäftsführer und als Direktkandidat in diesem traditionell roten Münchner Norden schon vor vier Jahren überraschender Verlierer, erntet für seine energischen Worte, man müsse Helmut Kohl, diesem „pfälzischen Elefanten im chinesischen Porzellanladen“, klarmachen, „daß die deutschen Sozialdemokraten angreifen werden“ den Zwischenruf: „Wird aber auch Zeit.“

Dann bietet er noch mit lauter, kämpferischer Stimme die sicher richtige Erkenntnis, wer kämpfe, könne verlieren, aber wer nicht kämpfe, habe schon verloren, und überläßt Johannes Rau das Rednerpult, auf daß dieser beweise, wie er nun kämpfen wolle unter den veränderten Bedingungen, wie er die Kritiker aus den eigenen Reihen zu kontern vermag, die ihm einen „Gefühlsdusel-Wahlkampf“ vorwerfen.

Und Rau gibt die Antwort in der Art, daß die Volksweisheit, wonach eben keiner aus seiner Haut kann, bestätigt wird. Er habe gestern und heute 180 Leitartikel lesen können „mit lauter Anfragen, Rückfragen, Ratschlägen: Was machen Sie denn jetzt auf dem niedrigen Sockel der Zustimmung von Wählern, wie ändern Sie denn jetzt Ihre Strategie?“ Doch er scheint trotzig gewillt zu sein, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten und die Rolle des „Menschenfischers“ auch künftig zu spielen. „Ich antworte ganz einfach“, sagt er. „Wenn es zu wenige Menschen sind, die uns wählen, dann arbeiten wir noch mehr, um mehr Menschen zu gewinnen, immer mehr Menschen. Unersättlich werden wir um die Menschen werben, damit sie ja sagen zu einer Politik der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit.“

Man muß schon genau hinhören, um die feinen Unterschiede herauszufiltern zu jenem Johannes Rau, der wenige Tage vor der Bayernwahl in München war. Auch damals war er „unersättlich“, damals aber noch, „was Mehrheiten anbetrifft“. Davon ist jetzt keine Rede mehr: statt Mehrheiten nun Menschen.

Vor der bayerischen Wahl strahlte er noch Zuversicht über einen eigenen Sieg aus, wischte Zweifel lächelnd beiseite, sah in der „Neuen Heimat“ keine Gefahr: „Das spielt bis dahin keine Rolle mehr.“ An diesem Abend im „Schwabinger Bräu“ muß er zugeben, das Werben um Menschen sei „nicht leicht im entstandenen Meinungsklima“, dafür müsse die SPD, „diese alte, diese bewährte, diese in vielen Kämpfen erprobte und an manchen Niederlagen gewachsene Partei“ etwas tun. „Was denn?“ stellt sich der Redner die Frage gleich selber und anwortet sich: „Sie muß aufhören, mit sich selber beschäftigt zu sein, damit sie wieder Zeit hat für die Bürger draußen. Sie muß aufhören, über sich selber nachzudenken, damit die Menschen spüren: Da ist die Adresse für Bürgersorgen.“ Liegt es denn wirklich nur am Vorurteil, wenn einem bei Diktion und Tonfall das Wort „pastoral“ in den Sinn kommt und man dem Redner ein wenig jenes kämpferischen Geistes wünscht, den Franz Josef Strauß alljährlich am Freitag nach Aschermittwoch im gleichen Saal versprüht?

Rau spricht noch viel von der solidarischen Gesellschaft, „die ich meine“, und von den Menschen, die er fragen wolle, ob sie ihm nicht zustimmen, er wirbt für seine Ergänzungsabgabe, er spricht vom Umweltschutz (und bekommt den Zwischenruf „Ibbenbüren“), und er will sich nicht festlegen auf einen Zeitplan zum Ausstieg aus der Kernenergie.

Und dann am Ende sagt er noch, er sei hierhergekommen, „um Sie zu fragen, ob Sie das nicht in den nächsten 75 Tagen mit weitertragen möchten, nach draußen bringen“. „Weg mit dem Schleier der Resignation“, fordert der Kandidat, „weg mit diesen kalkulierten wahlstrategischen Überlegungen. Ich finde zu viele Leute, die, wenn sie sagen, ich bin Sozialdemokrat, sich dabei auf die Schuhspitzen gucken, als wollten sie sagen: Entschuldigen Sie vielmals.“

Nein, zurückgetreten ist er nicht an diesem Münchner Abend, aber er kann auch keine Zusicherung mitnehmen, wie tragfähig diese trotzige Begeisterungswelle in den eigenen Reihen sein wird.

Schulstreit in Hessen eskaliert. Frankfurt klagt

Nea./DW. Wiesbaden

In Hessen hat sich die Auseinandersetzung um die Einführung der Pflichtförderstufen an allen Schulen verschärft. Diese hatte die rot-grüne Koalition im Landtag gegen den Willen der Oppositionsparteien CDU und FDP beschlossen. Jetzt will Kultusminister Karl Schneider (SPD) den Vollzug des Förderstufenabschlußgesetzes in den Städten Frankfurt und Fulda sowie im Landkreis Fulda *mit Rechtsverordnungen* durchsetzen.

Schneider erklärte gestern, nachdem sich die drei von der Union regierten Kommunen „verweigert" hätten, sei er nun gesetzlich verpflichtet, anstelle der Schulträger selbst zu entscheiden, an welchen Schulen und in welchen Bezirken die Förderstufe zum 1. August 1987 eingerichtet werde. Dabei warf er den Kommunen vor, sich „eklatant im Widerstand zu dem geltenden Recht zu verhalten".

Der CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Kanther bezeichnete die *Rechtsverordnung Schneiders* als „erneute Kampfansage gegen das Elternrecht". Die hessischen Bürger hätten die „realistische und greifbare Möglichkeit", die sozialdemokratische Politik des „ideologischen Zwangs im Schulwesen" bei der Landtagswahl im Herbst kommenden Jahres abzulösen. Das Vorgehen des Kultusministers sei schon deshalb nicht zu verantworten, weil der Staatsgerichtshof in wenigen Wochen über die Zulässigkeit des Förderstufenabschlußgesetzes entscheide.

Die Forderung der Christdemokraten, der Minister solle dieses Urteil abwarten, wies Schneider mit der Begründung zurück, die eingereichten Klagen hätte keine aufschiebende Wirkung. „Spätestens der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts, die Verfassungsbeschwerden der CDU-Schulträger gar nicht erst zur Entscheidung anzunehmen, hätte ihnen die Dürftigkeit ihrer Argumente verdeutlichen müssen."

Der Frankfurter Schuldezernent Heinz Mihm (CDU) kündigte der WELT an, die Stadt werde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eine Normenkontrollklage gegen die Rechtsverordnung des Ministers einlegen. Die Verordnung enthalte „rechtswidrige Eingriffe in den Bestand vorhandener Schulen und in die Kompetenzen des Schulträgers".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Neuer GdP-Chef betont Kontinuität mit Vorgänger

Lutz: Wenn Breit Pflichten verletzt hat, muß er zurücktreten

HARALD GÜNTER, Mannheim

Mit einem klaren Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft und der Forderung nach mehr „demokratischen *Strukturen in der Polizei*" hat der neugewählte GdP-Vorsitzende Hermann Lutz (48) gestern dem dreitägigen *Bundeskongreß der Polizeigewerkschaft* in Mannheim seinen Stempel aufgedrückt. Lutz, der seit knapp *20 Jahren Mitglied der CDU* ist, suchte damit auch Befürchtungen über eine mögliche „Wende" in der Arbeit des Vorstands zu zerstreuen. „In der Sache", betonte er, stehe er in der Kontinuität seines Amtsvorgängers Günter Schröder und werde „keinen Fluchtweg in ein dem einen oder anderen wünschenswert erscheinendes Wohlverhalten" zulassen.

Am Vorabend war Lutz mit 135 von 203 Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden der GdP gewählt worden. 59 Delegierte, überwiegend Mitglieder des nordrhein-westfälischen Heimatbezirks von Günter Schröder, hatten in geheimer Abstimmung gegen dessen langjährigen Stellvertreter votiert. Zuvor hatte der scheidende GdP-Chef in einer mit Spannung erwarteten Abschiedsrede seine umstrittenen Äußerungen zur drohenden Verhaftung des BGAG-Managers Lappas auf dem Hamburger IG-Metall-Kongreß verteidigt. Schröder schilderte die aufgeladene Stimmung unter den 2000 Gewerkschaftern und sagte, er *habe verhindern wollen, daß* die Versammlung außer Kontrolle gerät und „Polizisten in einer Amtshandlung behindert oder angefaßt werden". Dies sei ihm auch gelungen.

Schröder hatte, wie mehrfach berichtet, den Metaller-Kongreß für „ähnlich immun wie ein Parlament" erklärt *und seinen Lehrer mit den* Worten zitiert, daß „1933 sich nie wiederholen wird". Darauf sah er sich massiver Kritik in der Öffentlichkeit und in den eigenen Reihen ausgesetzt. Acht von zwölf Landesbezirken der GdP, angeführt von Berlin und Baden-Württemberg, forderten darauf seinen Kopf. „Ich kämpfe nicht gegen meine Organisation", erklärte Schröder dazu in Mannheim. Seine umstrittenen Äußerungen seien allerdings aus dem Zusammenhang gerissen und „falsch interpretiert" worden. *Schröder machte deutlich, daß* er den Einsatz der Kripo-Kollegen in Hamburg nicht mit Gestapo-Methoden habe vergleichen wollen, bekannte sich aber gleichzeitig „zu dem, was ich gesagt habe". Unter großem Beifall meinte er, er hätte sich gewünscht, daß der in Hamburg anwesende Bürgermeister Klaus von Dohnanyi ans Rednerpult getreten wäre und gesagt hätte, daß die Verhaftung eines Gewerkschafters aus einem Gewerkschaftskongreß heraus „in dieser Stadt so nicht" in Frage komme.

In seinem letzten Rechenschaftsbericht hatte Günter Schröder Kritik an der vom Bundeskabinett beschlossenen Einführung einer Kronzeugenregelung in die Strafprozeßordnung geübt. Es sei für Polizeibeamte eine „schier unerträgliche Vorstellung, daß im schlimmsten Fall Mörder frei *herumlaufen, weil sie sich zum Kron*zeugen haben machen lassen".

Lutz forderte nach dem „Hin und Her" um die Neue Heimat personelle Konsequenzen. Wenn Aufsichtsrats*mitglieder wie der DGB-Vorsitzende* Breit ihre Aufsichtspflicht verletzt hätten, müßten sie abtreten, sagte Lutz nach einem Bericht der „Bild"-Zeitung. Im Verlauf ihrer Beratungen übten die Delegierten des GdP-Kongresses scharfe Kritik an der Behandlung des Themas Neue Heimat durch die DGB-Führung. Es wurde beschlossen, keinerlei Leistungen aus der Kasse der Polizeigewerkschaft zur Sanierung der NH zu erbringen.

Nimmt Syrien Einfluß auf Berliner Terror-Prozeß?

Gerüchte um „Krankheit" des Hindawi-Bruders Hasi

WERNER KAHL, Berlin/Bonn

Sollen durch eine „politische Krankheit" eines der arabischen Angeklagten in dem am Montag beginnenden Prozeß um Bombenterror in Berlin Sanktionen der Bundesregierung gegen Syrien diplomatisch verhindert werden? Auf diese Entwicklung wurde gestern aus Kreisen von Prozeßbeteiligten gegenüber der WELT hingewiesen. Das Auswärtige Amt in Bonn hatte kürzlich zu erkennen gegeben, daß bei der Entschei*dung über die künftigen Beziehun*gen zu Syrien der Ausgang des Schwurgerichtsprozesses in Berlin eine Rolle spielen werde.

Anlaß für die Spekulationen boten in den letzten Tagen Meldungen aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit, wonach sich dort der Angeklagte Ahmad Hasi in einem psychischen Zustand befinde, in dem er „den ganzen Tag über Stimmen" höre. Dies könnte Fragen nach seiner Verhandlungs- und – nachträglich – auch seiner Schuldfähigkeit zur Tatzeit aufwerfen. Von anderer Seite erfuhr die WELT, bei Gesprächen mit Besuchern habe Hasi nicht zu erkennen *gegeben, daß er unter mysteriösen* „Stimmen" leide. Justizsprecher Kähne lehnte auf Anfrage eine Stel*lungnahme* ab.

Aus dem In- und Ausland werden zu dem Prozeß zahlreiche Korrespondenten erwartet. Das Interesse richtet sich auf die Rolle, die syrische Stellen – nach eigenen Angaben der Angeklagten – in Ost-Berlin und Syrien spielten. Die Staatsanwaltschaft wird am Montag den 35jährigen jordanischen Staatsangehörigen Hasi gemeinsam mit dem 39jährigen Jordanier Farouk Salameh des versuchten Mordes und Sprengstoffanschlages anklagen. Bei dem Anschlag am 29. *März dieses Jahres auf das Büro der* Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin-Kreuzberg erlitten neun Personen Verletzungen. Den Anschlag hatte Hasis Bruder, der kürzlich in London zu 45 Jahren Haft verurteilte Nezar Hindawi, inszeniert. Hindawi hatte die Absicht, so die Staatsanwaltschaft, eine Organisation zum Kampf gegen Israel, die USA und König Hussein von Jordanien aufzubauen. In Libyen habe er 1985 seinen Bruder Hasi und dessen Bekannten Salameh, die beide in West-Berlin lebten, angeworben. Anfang 1986 hielt sich Hindawi gemeinsam mit Salameh in Syrien auf. Dort wurde ihnen die Funktionsweise einer Bombe mit Zündvorrichtung erläutert. Es habe sich um die Konstruktion jener *Bombe gehandelt, die in diesem* Frühjahr für den Anschlag aus der Botschaft Syriens nach West-Berlin *geschmuggelt worden sei.*

Durch die von den Beschuldigten unabhängig voneinander abgelegten Geständnisse waren die deutschen Sicherheitsbehörden auf die syrische *Spur in Berlin aufmerksam geworden.* Davor beschäftigten die Polizei Anschläge syrischer Geheimdienste *in der Bundesrepublik* gegen innenpolitische Gegner von Staatschef Assad. In Aachen hatten Agenten den Auftrag, den *Muslim-Führer* Issam al Attar zu töten. Der Anschlag mißlang, weil Attar nicht in seinem Haus angetroffen wurde. Die Agenten erschossen daraufhin die Ehefrau Banan al Attar. Aus politischer Opportunität verzichtete die deutsche Justiz auf Strafverfolgung. Festgenommene Syrer wurden ohne Prozeß ausgewiesen.

Erwartet Syrien jetzt in Berlin eine Einstellung des Verfahrens wegen „Stimmen"-Beeinflussung Ahmad Hasis? Falls das Gericht einen Sachverständigen bestellt, will sich der Angeklagte dem Vernehmen nach *von einem Orientalen untersuchen* lassen, weil nur dieser den psychischen Zustand eines Arabers beurteilen könne.

Bangemann setzt auf entwurzelte Stammwähler

DIETHART GOOS, Bonn

„Die Sozialdemokraten treiben den Grünen die Hasen in die Küche." *Dem FDP-Vorsitzenden, Bun*deswirtschaftsminister Martin Bangemann, fällt es beim Besuch der WELT-Zentralredaktion nicht schwer, der Redakteursversammlung den Sinn dieses schwäbischen Sprichworts zu erläutern. Im bayerischen Wahlkampf und auch vor der Hamburger Bürgerschaftswahl habe die SPD mit ihrem Konzept geworben, in zehn Jahren auf Kernenergie zu verzichten. „Dann kamen die Grünen und erklärten, den Ausstieg machen wir sofort, und schon waren ihnen Stimmen von SPD-Wählern zugeflogen."

Für die klassischen Parteien sei *bei den beiden letzten Wahlen diese* Tatsache ganz deutlich geworden: „Viele Wähler fallen auf das Geschwätz der *Grünen herein. Das ist* so in Sachen Kernenergie und in Hamburg war es dazu ihre Behauptung, sie wollten eine saubere Elbe. Wer will das eigentlich nicht?" Bangemanns Rezept ist eindeutig: „Man muß gegen diese Strategie deutlich und hart Front machen und den Wählern ganz klar sagen, was die Grünen wirklich wollen. Das hat die SPD *sträflich versäumt und dafür* in Bayern und Hamburg ihre Quittung erhalten."

Mit der jüngsten politischen Entwicklung ist für den FDP-Vorsitzenden seine *Zwei-Lager-Theorie von der* derzeitigen Koalition und Opposition, die er bei einem Besuch der *WELT* im Herbst letzten Jahres entwickelt hatte, bestätigt worden. „In allen fundamentalen Fragen der Politik bestehen zwischen beiden Lagern gravierende Unterschiede. Man muß erkennen, daß die Ge*meinsamkeiten* zwischen Roten und Grünen erheblich größer sind als es durch den *SPD-Spitzenkandidaten Rau* nach außen hin erscheinen mag. Wäre nicht er der Kandidat, würde die SPD viel radikaler auftreten."

Nach den bitteren Niederlagen in Bayern und Hamburg hat die SPD nach Überzeugung Bangemanns die Bundestagswahl schon jetzt verloren. „Keine andere Partei hat mit ihrer Wahlkampfstrategie je einen solchen Reinfall erlebt wie die Sozialdemokraten. *Erst wollte sie die absolute* Mehrheit. Doch die ist erwiesenermaßen unerreichbar. Dann kam der Slogan ‚Versöhnen statt spalten'. Doch auch damit findet Kandidat Rau keinen Widerhall in der Wählerschaft." Ist daher im letzten Moment ein überhasteter Kurswechsel in Sicht? „Ich glaube nicht, daß die SPD jetzt mit anderen Personen sowie einer anderen Strategie und *Taktik noch etwas erreichen kann.*"

Wo sich die SPD vom Traum der absoluten Mehrheit verabschieden mußte, beginnt die Union und besonders die CSU davon zu reden, diese als Wahlziel ansteuern zu wollen. Hat die FDP davor Angst? Bangemann bleibt auch bei dieser Frage gelassen. „Die Floating Vote, also die Zahl der Wechselwähler, wird immer größer; zugleich sinkt *gegenüber früher die Zahl fester* Stammwähler. Daher geht die Union mit solchen Planspielen ein ungewöhnlich hohes Risiko ein. Immerhin erklären etwa 70 Prozent der CDU-Wähler, wie Wahlanalysen ergeben haben, sie könnten sich vorstellen, auch mal für die FDP zu stimmen. Das unterstreicht unsere Position in der Koalition."

Und auch daran erinnert Bangemann: „Im Oktober 1982 hat die FDP die neue Koalition zustandegebracht und wir wollen weiter ihren Erfolg." Vom Gerede über eine Große Koalition läßt sich der FDP-Vorsitzende nicht erschüttern. „Die *kann man theoretisch* immer bilden. Doch wird die SPD in Hamburg voraussichtlich unfähig sein, eine *Große Koalition mit der CDU* einzugehen. Denn daran würde sie zerbrechen."

*Das Verhältnis zum Koalitions*partner ist aus Bangemanns Sicht gut. Doch er fügt diese feinsinnige Einschränkung hinzu: „Keiner sollte im gemeinsamen Lager zu dicht vor dem Zelt des Partners Feuer legen. Das hat besonders die CSU noch immer nicht begriffen. Denn deren Qualm zieht uns immer wieder in die Nase."

Im Bundestagswahlkampf setzen die Liberalen auf ihre eigenständige Rolle in der Koalition und wieder auf die schon früher praktizierte *Zweitstimmen-Kampagne.* Leihstimmen aus dem Unionslager will Bangemann gar nicht erst einkalkulieren. „*Unionspolitiker* werden diesmal nicht auf die Möglichkeit des Stimmensplitting hinweisen. Das brauchen wir auch nicht. Der Wähler ist viel intelligenter, als ihm immer wieder unterstellt wird."



Feuer nicht vor Nachbars Zelt legen: Martin Bangemann FOTO: SVEN SIMON

Bevor es mit dem Wahlkampf *richtig losgeht, muß* Bangemann mit Präsidium, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion Ende nächster Woche noch in Mainz den FDP-Bundesparteitag überstehen. Der seit 21 Monaten amtierende Chef-Liberale sieht diese heikle Aufgabe auch vor dem Hintergrund der Kronzeugen-Debatte realistisch: „Parteitage sind bei uns wie bei anderen emotional. Die Emotio*nen sind ein Teil des Problems* in der FDP, mit dem ich zu kämpfen habe. Das wird auch in Mainz so sein."

Betroffen ist Bangemann vom Vorwurf aus den eigenen Reihen, mit der Kronzeugen-Regelung würden liberale Grundpositionen der Rechtspolitik aufgegeben, oder „das liberale Eingemachte verhökert". Das sei absolut unzutreffend. „In den anderen Parteien wird in Sachen Kronzeugen-Regelung nur zugestimmt oder abgelehnt. Bei uns wird diskutiert und solche Diskussionen sind notwendig." Es sei schwierig gewesen, Widerstände zu überwinden. Doch dann habe es in den FDP-Führungsgremien große Übereinstimmung gegeben. „*Im* Bundesvorstand gab es Anfang der Woche beim Votum über die Kronzeugen-Regelung schließlich über 30 Befürworter, nur vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen."

Studie: Deutsche für die Einheit

hrk. Berlin

Bei den Deutschen spielt der Gedanke an eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands bei höherem *Alter auch eine stärkere Rolle.* Lediglich bei der jüngeren Generation zwischen 14 und 29 Jahren ist dieses Thema „weniger ausgeprägt".

Dies belegen verschiedene Untersuchungsergebnisse, die jetzt Berlins Bevollmächtigter beim Bund, Staatssekretär Gerd Langguth (CDU) in einer Studie für die Hans-Seidel-Stiftung veröffentlichte. Danach sprachen sich zum Beispiel 1984 rund 48 *Prozent der Gesamtbevölkerung* – legt man einen repräsentativen Querschnitt zugrunde – für einen gesamtdeutschen Staat nach westlichem Vorbild aus.

Auch die 14- bis 29jährigen wünschen ein derartiges Modell, falls sich eine politische Entwicklung in diese Richtung abzeichnet. Für ein neutrales Deutschland sprachen sich dabei 22 Prozent der gesamten Bevölke*rung und 34 Prozent der 14- bis* 29jährigen aus. Einen gewissen Stolz, Deutscher zu sein, bekundeten nach einer Umfrage aus diesem Jahr 53 Prozent der 18- bis 24jährigen. Bei den über 25jährigen erklärten sogar 69 Prozent, sie seien „sehr stolz".

Langguth schreibt, es könne davon ausgegangen werden, daß die jungen Deutschen „mit der Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik relativ *zufrieden und auch recht zukunftsop*timistisch orientiert sind".

Ein weiterer Aspekt zu Berlin: 80 Prozent der West-Berliner – darunter 66 Prozent der Jüngeren – sind sich sicher, daß die Stadt ohne die alliierten Schutzmächte in den vergangenen 40 Jahren „keine Überlebenschance" gehabt hätte.

„Seelenmassage" für Buwitt per Telefon

hrk. Berlin

Mit einer überraschenden Erklärung, in der er Berlins umstrittenen CDU-Fraktionschef Dankward Buwitt sein „volles Vertrauen" aussprach, rettete der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen am Dienstag den Kopf der Regierungsfraktion: Zur Verblüffung der anwesenden 63 Abgeordneten verzichtete Diepgen vor einer Abstimmung über *Buwitts Bleiben im Amt auf seine* zuvor mehrfach geäußerte geharnischte Kritik an Buwitts laxem Umgang mit einer Heizungsrechnung und ihren politischen Begleitumständen.

Die offenbar verunsicherte CDU-Fraktion – zwischen Mitleid mit dem öffentlich arg gebeutelten Buwitt, Loyalität zu Diepgen und Rücksichtnahme auf den öffentlichen Druck *schwankend – sprach Buwitt darauf*hin mit großer Mehrheit das Vertrauen aus. Dennoch fiel das Votum für Buwitt *nicht* einhellig aus: 55 Abgeordnete stimmten mit Ja, vier mit Nein, vier enthielten sich. Die Affäre um den Fraktionschef war ins Rollen gekommen, als sich herausstellte, daß Buwitt ein stadtbekanntes Ingenieurbüro mit einer Quasi-Monopolstellung damit beauftragt hatte, eine Heizung einzubauen. Die Anlage wies Mängel auf. Buwitt zahlte nie und erhielt auch, offenbar bis heute, keine Rechnung. Die offene Summe zahlte er jetzt auf ein Sperrkonto ein.

Den eigentlichen, bis heute offenen politischen Kern der Angelegenheit stellten nicht Buwitts private Saumseligkeiten im Umgang mit Handwerkern, sondern seine Aufsichtsfunktion dar: Als Mitglied des Verwaltungsrats der Wohnungsbaukreditanstalt sollte er den beauftragten Unternehmer – Nachbar der Familie Buwitt – politisch kontrollieren.

In der Sitzung setzte sich rund ein halbes Dutzend Sprecher kritisch mit Buwitt auseinander. Diepgen und CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky plädierten – ebenso wie Repräsentanten des rechten „Beton"-Führungskreises – für ihn. Die anwesenden CDU-Senatoren, die der „politischen Hygiene" wegen überwiegend Buwitts Rücktritt forderten, meldeten sich nicht zu Wort.

Umstritten ist weiterhin, wieweit ein in der Sitzung vorgetragenes entlastendes Gutachten, das die „Unterbringung" der Buwitt-Rechnung in einem anderen Bauvorhaben verneint, von Belang ist. Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiter.

Vor der Sitzung, so berichteten Abgeordnete, sei vom CDU-Führungskreis per Telefon „Seelenmassage" zugunsten Buwitts vorgenommmen worden. Kritiker zeigten sich mit dem *Ausgang der Affäre unzufrieden:* „*Im* Grunde ist nichts vom Tisch", sagte ein einflußreicher Christdemokrat.

„Umweltdaten zentral sammeln"

AP, Wiesbaden

Für den Aufbau eines „statistischen Umweltberichtssystems", das die bereits vorhandenen Einzelstatistiken über die Umwelt harmonisiert und zusammenführt, hat sich der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, in Wiesbaden aus*gesprochen. Wie der Präsident beton*te, seien meistens Großereignisse wie die Reaktorkatastrophe von *Tschernobyl oder die Rheinvergiftung* durch Sandoz Anstöße für umweltpolitische Überlegungen. Oft sei es aber die Summe der vielen, für sich kleinen Ereignisse, die auf die Umwelt den schädlicheren Einfluß ausüben.

„Pfarrer dürfen nicht politisieren"

idea, Hannover

Scharfe Kritik an politisierenden Pfarrern hat der frühere Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber geübt. In einem Forumsgespräch zum Thema „Die Zukunft der Volkskirche" in Hannover bezeichnete er es als „Irrsinn, wenn ein Pfarrer versucht, seine *Gemeinde von der Kanzel aus auf* eine einheitliche politische Linie zu bringen". Ein solches Verhalten trage zur „*Erosion der Volkskirche*" bei und erhöhe die Bereitschaft zum Kirchenaustritt. Wenn Gespräche nichts nützen, müsse die Kirchenleitung die Betroffenen „aus dem Dienst der Gemeinde herausnehmen".

Startschuß für RIAS-Fernsehen

rtr. Berlin

Eine neue Fernsehanstalt, RIAS-TV, ist in Berlin offiziell gegründet worden. Das teilten die amerikanische Botschaft in Bonn und die US-Mission in Berlin gestern mit. Das Startkapital für RIAS-TV (Radio im amerikanischen Sektor-Television) wird von der *amerikanischen* Regierung und der Bundesregierung in Bonn zur Verfügung gestellt. Mit dem *Sendebeginn des Fernsehprogramms* ist nach Angaben eines RIAS-Sprechers nicht vor 1988 zu rechnen. In einer Satzung verpflichtet sich die Fernsehanstalt, an den „Grundsätzen der freien Information" festzuhalten.

Hartes Ringen der US-Bischöfe um Kompromiß

wth. **Washington**

Die „Affäre Hunthausen" bleibt das zentrale Thema der in Washington tagenden katholischen Bischofskonferenz. Eine vierstündige Sitzung hinter verschlossenen Türen endete gestern ohne sichtbares Ergebnis. Die 300 Teilnehmer befinden sich offensichtlich in einem Dilemma. Sie suchen nach einer Formel in diesem Konflikt, die ein gewisses Maß an Verständnis für den umstrittenen Erzbischof von Seattle, Hunthausen, zeigt und zugleich nicht den Vatikan vor den Kopf stößt.

Erzbischof Hunthausen ist seit Jahren als entschiedener Gegner der nuklearen Aufrüstung hervorgetreten und erregte seit *einiger Zeit das Miß*fallen des Vatikans mit seiner liberalen Einstellung in Fragen der Sexualethik, was Rom veranlaßte, ihm einen Teil seiner pastoralen Befugnisse zu entziehen. *Die Affäre hat*, wie es der scheidende Vorsitzende der Bischofskonferenz, Malone, sagte, die wachsende Entfremdung zwischen Rom und der amerikanischen Kirche sichtbar gemacht.

Der bisherige Verlauf der Washingtoner Konferenz ließ erkennen, daß sich die US-Bischöfe Signale nach Rom senden wollen, daß man entschlossen ist, einen gemäßigten Kurs einzuschlagen. Sichtbares Zeichen dafür war die Wahl des um Ausgleich bemühten Erzbischofs John May aus *St. Louis als neuen Präsidenten der* Bischofskonferenz.

Inzwischen wird bei einigen Bischöfen deutliches Mißfallen darüber laut, daß der Fall Hunthausen die Aufmerksamkeit von allen anderen wichtigen Themen ablenkt. Dazu gehört vor allem der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe zum Thema „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle", der seit drei Jahren von dieser Konferenz diskutiert wird und dessen dritter Entwurf heute endgültig verabschiedet werden soll.

*Der Hirtenbrief soll nach den Wor*ten von Erzbischof Weakland die Kluft zwischen Arm und Reich in den USA beklagen. Er fordert direktere Eingriffe der Regierung in die Mechanismen der Wirtschaft und ist kritisch gegenüber dem Kapitalismus.

Die bisherigen Entwürfe dieses Hirtenbriefes sind von der konservativen Laien-Kommission der katholischen Kirche der USA unter Führung des ehemaligen amerikanischen Finanzministers William Simon scharf kritisiert worden. Simon nannte die *Behauptung Weaklands, daß Kapitalismus und Katholizismus* miteinander unvereinbar seien, „lächerlich".

Spaniens Sozialisten geben sich jetzt als Gentlemen

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Seit Isabel Preyssler, eine der elegantesten – und intelligentesten – Erscheinungen auf dem Madrider Parkett, den Präsidenten der Außenhandelsbank, Miguel Boyer, nicht nur liebt, sondern auch zu managen scheint, rumort es an der Spitze der sozialistischen Regierungspartei. Der *eher verschlossene Bankier als Su*perminister der ersten Regierung Gonzalez, Initiator der liberalen, keineswegs sozialistischen Wirtschaftspolitik, erscheint ein Jahr nach seinem *Rücktritt* mächtiger denn je.

Vor zwei internationalen Gremien, eines in New York, das andere in Paris, forderte er noch mehr Liberalisierung der spanischen Wirtschaft – auch auf dem Kapitalsektor: „Der Staat jedenfalls ist der schlechteste Unternehmer."

Das öffentliche Auftreten des mächtigen *Ex-Ministers und die ge*meinsamen Plauderstunden von Bankiers und Politikern aller Couleurs am *Kamin* im rosa-weißen Salon der schönen Eurasierin Isabel Preyssler bringt nun die Parteilinke auf den *Plan*: „Der neoliberale Irrsinn ist der größte Betrug an unserer sozialistischen Identität", schimpft der Chef der parteieigenen Gewerkschaft, UGT, Nicolas Redondo. Und die innerhalb der Partei organisierte „Sozialistische Linke" um Pablo Castellano, einem der obersten *Richter des Landes, warnt vor einem Massen*auftritt betont ideologisch orientierter Genossen, die nicht gewillt seien, den „Sozialismus light" mitzumachen. Der stämmige Gewerkschaftsboß gehört zu den letzten Parteigenossen, die Rollkragenpullover und Lederjacke noch nicht mit dem Maßanzug der neuen Herren des Landes vertauschten.

Manöver der Linken

Die Nachrichtenmagazine Spa*niens – es gibt mehrere davon – sehen* in Miguel Boyer bereits den Mann der Zukunft. Aber nicht als Sozialist, sondern an der Spitze einer neuen liberalen Partei, die mit ihm als Lokomotive das Zentrum aus der gegenwärtigen Lethargie reißen könnte.

„Ich fühle mich aber im Schoße der Sozialistischen Partei sehr wohl", *konterte Boyer das höchst durchsich*tige Manöver der Parteilinken. Ihm macht es nichts aus, daß die „Klempner" der Partei, linke Funktionäre und Gewerkschafter, im marxisti*schen Hinterstübchen* über die „Beautiful People" an der Spitze murren. Schließlich ließ sich Carmen Romero, *immerhin die Frau des Ministerpräsi*denten, mit Vergnügen auf die Liste der elegantesten zehn Frauen des Landes setzen.

Gegen Felipe Gonzalez aber, den allmächtigen Chef und nach wie vor Verfechter der Wirtschaftspolitik Boyers, wagen die „Klempner" nicht anzutreten. Zu groß ist sein Prestige. So sammeln sie sich hinter dem Vizepräsidenten und Linksaußen der Regierungsmannschaft, Alfonso Guerra. Aber auch der Vize hat seinen Cordanzug längst abgelegt und erscheint ebenfalls in seriösem Grau.

Es geht um Macht

Wie der Anzug, so der Inhalt. Im internen Streit an der Spitze von Partei und Regierung *stehen* sich in Wahrheit reine Pragmatiker gegenüber. Ideologisches konzentriert man im wesentlichen auf Justiz (bevorstehende Freigabe der Abtreibung) und Erziehung (Gleichschaltung der Schulen). Es geht eigentlich nur um Machtpositionen. Gegenüber stehen sich unter anderem: Boyeristen mit Wirtschaft und Banken im Hintergrund und Guerristen mit den Gewerkschaften als Fußvolk.

Allem Anschein nach verlieren die Gewerkschaften jedoch an Bedeutung, seit sich Alfonso Guerra eine neue Streitmacht aufbaute. Seine Garde du Corps stellen die Staatssekretäre, mit denen er zwei Tage vor jeder Kabinettssitzung die Traktandenliste der Regierung bestimmt. Hatten die Sozialisten in ihrer ersten *Legislaturperiode die Spitzen* der staatlichen Verwaltung ausgewechselt, so wartet jetzt die Meute der „Cachorros" (junge Hunde, bei uns etwa junge Dachse), die vom Sozialismus nur noch das Parteibuch kennen, auf lukrative Posten im zweiten und dritten Rang. Sie setzen auf Alfonso Guerra.

Aber auch des Vizes Bäume werden beschnitten. Die Gewalt über das allmächtige Fernsehen, vier Jahre hindurch sein persönliches Machtinstrument, wurde ihm jetzt entzogen. Felipe González setzte Guerras wichtigsten Mann, Fernseh- und Radiochef Calvino, ab und hievte die energische Regisseuse erst rebellischer, *dann elegischer Filme, Pilar Miro, auf* dessen Stuhl. Die ehemalige Generaldirektorin im Kultusministerium verfügt über einen direkten Draht zum Regierungschef – und zum König. Schließlich saß Pilar einst neben dem Prinzen auf der gleichen Bank der Madrider Universität. (SAD)

Der Kreml umwirbt Den Haag

Avancen in den Niederlanden vor Lubbers' Moskau-Reise Wieder gegen SDI und USA

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

Als erster westlicher Regierungschef nach dem jüngsten Gipfeltreffen von Reykjavik wird der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers in der kommenden Woche nach Moskau reisen. Lubbers wird von Außenminister Hans van den Broek begleitet. Im Mittelpunkt der Gespräche mit der sowjetischen Führung *soll neben* bilateralen Fragen und dem Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen vor allem der Stand des Ost-West-Verhältnisses nach Reykjavik stehen. Dem Lubbers-Besuch, so meint *man in* Den Haag, komme daher eine besondere Bedeutung zu.

Dies scheint auch die sowjetische Seite so zu sehen. Öffentliches Aufsehen erregte jetzt im *Vorfeld* dieser Reise ein Interview des sowjetischen Botschafters in Den Haag, A. Blatow. Darin umwarb der russische Diplomat die Haager Führung und schlug unter anderem vor, nach Beendigung der in der kommenden Woche stattfindenden Gespräche zwischen Lubbers und Gorbatschow in Moskau ein gemeinsames Kommuniqué zu veröffentlichen. Dabei sollen die Punkte, vor allem bei Abrüstungsfragen, festgehalten werden, in denen beide Regierungen im Prinzip übereinstimmen. „Natürlich", so Blatow wörtlich, „geht es dabei keineswegs um bilaterale Abkommen oder Lösungen". Vielmehr solle die Parallelität der Denkweisen beider Regierungen herausgehoben werden.

Ziel Moskaus bei diesem ungewöhnlichen Vorstoß scheint also zu *sein, erstmals öffentlich darzustellen* und zu unterstreichen, daß es selbst in einigen zentralen Abrüstungsfragen mit dem NATO-Mitglied Niederlande weitgehende Übereinstimmungen gibt. *Im Visier hat der Kreml hier* offensichtlich und in erster Linie die SDI-kritische Haltung Den Haags, das sich an dem geplanten amerikanischen Raketenabwehrsystem im Weltraum (SDI) bisher nicht beteiligen will. Eine weitgehende Annäherung der Positionen beider Regierungen, so Blatow, gebe es zwischen Moskau und Den Haag auch bei der von beiden Ländern gestellten Forderung nach einem Atomwaffentest-stopp. „Hier liegen wir tatsächlich sehr eng beieinander".

Allerdings scheint man im Haag an einem solchen gemeinsamen Abschlußkommunique in Moskau verständlicherweise kein großes Interesse zu haben. Man würde sich innerhalb der westlichen Verteidigungsallianz auf eine neue Extratour begeben. Da man aber auch gleichzeitig den Gesprächsverlauf und das Klima der bevorstehenden Visite vorab nicht belasten will, hüllt sich die Regierung in Schweigen.

Nur Außenminister Hans van den *Broek definierte bisher eines seiner* Gesprächsziele. Der Minister sagte kürzlich nach einer Unterredung mit seinem amerikanischen Amtskollegen Shultz, Den Haag werde in Mos*kau auf jeden Fall dafür plädieren*, daß die Sowjets das von ihnen geschaffene Verhandlungsjunktim zwischen SDI und den europäischen Mittelstreckenraketen wieder fallen lassen. Nur dann könne es Verhandlungserfolge bei Abrüstungsgesprächen geben, meint van den Broek.

Der Besuch der niederländischen Regierungsdelegation soll auch die Handelsbeziehungen intensivieren helfen. Beide Seiten denken dabei an den Ausbau in der Agro- und Landmaschinenindustrie und an die Elektronik. Moskau ist vor allem an einer Kooperation mit dem Elektronik-Riesen Philips interessiert.

Mania erneut im Kampf gegen Rebellen

Waffenstillstand aufgehoben / Weiter Putschgerüchte / Unterstützung für Frau Aquino von links

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Das vorläufige Scheitern der Friedensgespräche der philippinischen Regierung mit der kommunistischen Guerrilla hat Generalstabschef Fidel Ramos zum Anlaß genommen eine schärfere Gangart gegen die Rebellen anzuschlagen. Ramos erteilte seinen Truppeneinheiten in den Regionen Bicol und Bulacan den Befehl, die „Terroristen der kommunistischen Neuen Volksarmee aufzuspüren, zu stellen und zu neutralisieren".

Die philippinischen Streitkräfte haben damit erstmals offiziell ihre seit Beginn der Friedensverhandlungen verfolgte defensive Taktik aufgegeben. Dennoch handelt es sich hier nur um eine begrenzte Aktion die eine politische Regelung immer noch ermöglicht, wenn die Verhandlungspartner wie vereinbart in der nächsten Woche noch einmal zusammen*treffen. Der Einsatzbefehl gegen* die Guerrilla wurde sicher mit Zustimmung von Corazon Aquino gegeben, die vor ihrer Abreise nach Japan den kommunistischen Verhandlungsführern für den Fall des Scheiterns der Gespräche die Rückkehr zur militärischen Auseinandersetzung angekündigt hatte. Der Einsatzbefehl von Ramos kam inmitten von Gerüchten über einen unmittelbar bevorstehenden Staatsstreich durch militärische Kräfte, die sich um Verteidigungsmi*nister Enrile gesammelt haben*. Ramos sprach sich entschieden gegen einen Putsch aus, der mit ehrgeizigen und eigennützigen Interessen motiviert sei. Einen Staatsstreich „zur Rettung der Republik vor skrupellosen Politikern" könne er vielleicht unterstützen. Der Generalstabschef, der in der Hauptstadt umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen hatte, vertrat ferner die Auffassung, daß die Putschgerüchte zwar zur angespannten Situation im Lande geführt, jedoch auch dazu beigetra*gen hätten, die auseinanderstreben*den Kräfte im Militär und der Regierung wieder zusammenzuführen.

Die Zuversicht wurde von der in *Japan weilenden Staatspräsidentin* offensichtlich nicht geteilt. Von Tokio aus richtete Frau Aquino mehrfach ernste Warnungen an die Adresse jener „selbsternannten Heilsbringer" die sich mit Putschgedanken trügen und kündigte für den Fall eines Staatsstreiches die erneute Mobilisierung von „Peoples Power" an. Unterdessen erhielt Corazon Aquino Unterstützung von der „Volkspartei" (Partido Ng Bayan), der enge Verbindungen zur verbotenen philippini*schen kommunistischen Partei* zugeschrieben werden und nach einigen Angaben von 1,5 Millionen Filipinos unterstützt wird.

Die wachsende Unterstützung von links für die heute nach Mania zurückkehrende Corazon Aquino wird die unzufriedenen Militärs um Verteidigungsminister Enrile sicher nicht abschrecken können, *sondern ihnen* eher noch mehr Vorwand liefern, gegen die – ihrer Ansicht nach – linkslastige Regierung vorzugehen.

Der Verteidigungsminister der in den vergangenen Wochen und Monaten tagtäglich in öffentlichen Auftritten gegen die Politik von Corazon Aquino zu Felde gezogen war, hüllte *sich in den letzten beiden Tagen* in ungewöhnliches Schweigen. Enrile sagte offizielle Veranstaltungen ab und traf mit seinen engsten Mitarbeitern zu langen Gesprächen zusammen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte lediglich: „Er redet nur nicht mehr".

Sowjet-Zeitung druckt Interview mit Adelmann

rr, **Moskau**

Die sowjetische Tageszeitung „Sowjetskaja Rossija" hat gestern ein Interview mit dem Vorsitzenden der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Kenneth Adelmann, abgedruckt. Damit erhielten die Bürger der Sowjetunion die seltene Gelegenheit, sich über die amerikanische Position in eigenen Medien zu informieren.

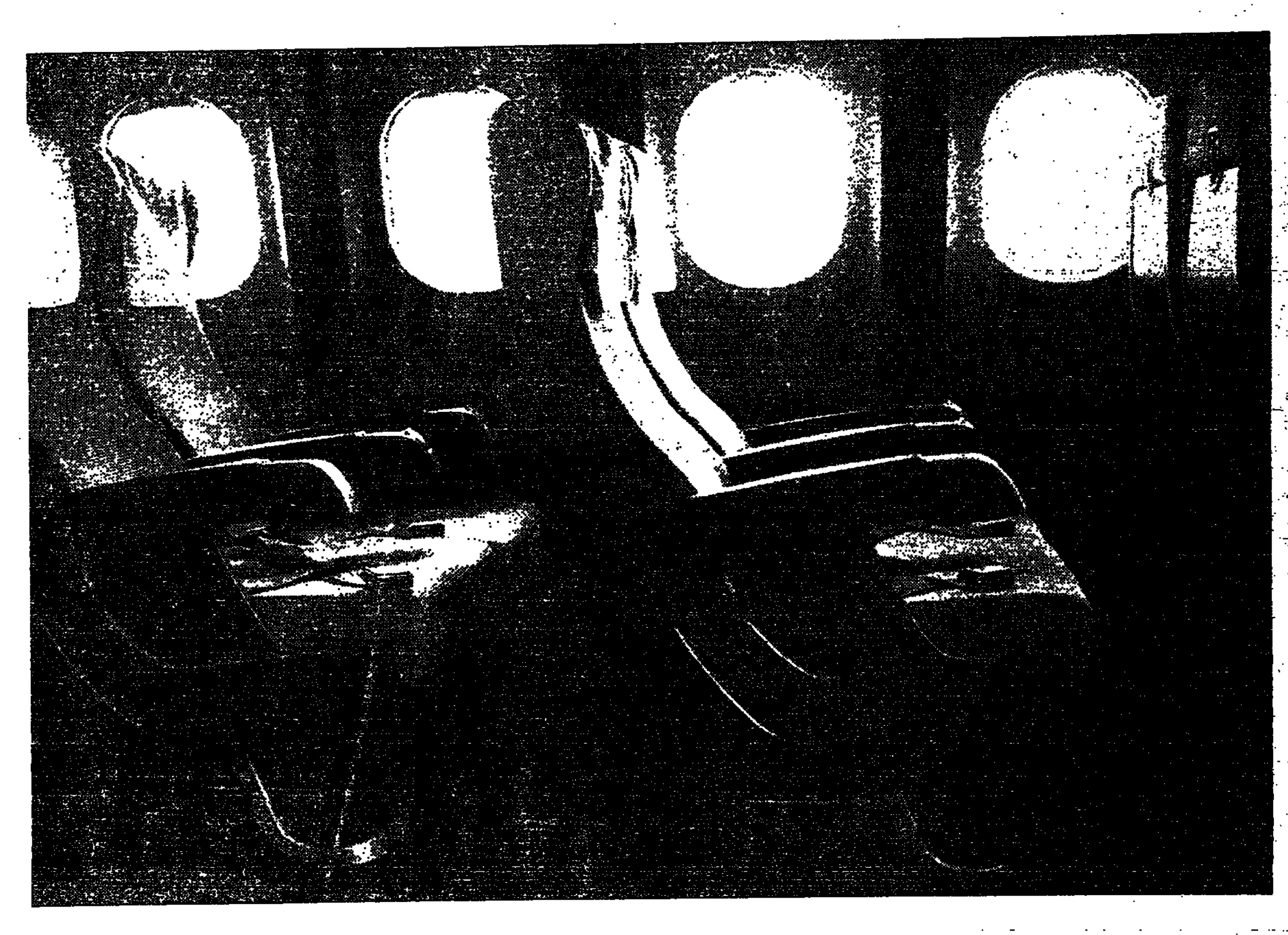
Auf die Frage, wie es nach dem Gipfel von Reykjavik mit den gegenseitigen Beziehungen weitergehen könne, antwortete Adelmann, die Sowjetunion müsse die Menschenrechte stärker beachten und ihre Unterstützung für Militärregime in der ganzen Welt einstellen. Er widersprach ferner der sowjetischen Darstellung, das amerikanische SDI-Projekt habe einen Durchbruch bei dem Gipfeltreffen verhindert und verwies auf Bemühungen Moskaus, ein ähnliches Abwehrsystem zu errichten. Er betonte, *daß bestimmte Elemente der in* Reykjavik behandelten Vorschläge zum Abbau der strategischen Waffen von Reagan und nicht von Gorbatschow stammten.

Dem Interview war ein Kommentar des Leiters des Moskauer Nordamerika Institutes, Georgij Arbatow, angefügt. Darin wurden die Aussagen Adelmanns wieder in das für die Sowjetunion richtige Licht gerückt.

Experten für sowjetische Medienpolitik bemerkten, daß die „Sowjetskaja Rossija" seit Amtsantritt *Gorbatschows mehrfach durch eine* gewisse Offenheit aufgefallen ist. Unter anderem druckte das Blatt wiederholt kritische Leserbriefe ab. So kamen beispielsweise Leser zu Wort, die ihrem Unmut über verzerrende amtliche Darstellungen von Unglücken Luft machten.

Lufthansa heute:

Weil der Geschäftsmann von heute mit Abstand besser fliegt.



Seit 1. November 1986 sieht das Angebot der Lufthansa in Europa für Geschäftsreisende so aus:

1. Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

2. In der neuen Business Class erwarten Sie nunmehr 86 cm Beinfreiheit. In neuen und bequemeren Sitzen.

3. Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Normaltarif schon bei der Buchung reservieren.

4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.



„Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Ost und West“

Null-Lösung brächte einseitige Vorteile für Osteuropa / Amerika blickt nach Asien

Von B. FRIEDMANN

Unverkennbar haben die beiden Großmächte in Reykjavik nach neuen Sicherheitsstrukturen gesucht. Ob mit Erfolg oder nicht, ist dabei zweitrangig. Die dort wieder aufgetischte Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen wird von vielen, denen die Überrüstung Sorgen bereitet, begrüßt. Was aber wäre die Folge für Europa? Der Abbau aller in West- und Osteuropa stationierten atomar bestückten Mittelstreckenraketen würde selbstverständlich den Kurzstreckenraketen größere Bedeutung verschaffen. Sie konzentrieren sich in Osteuropa. Der Westen hat kaum etwas Vergleichbares dagegenzusetzen. Zugunsten der Sicherheit müßten deshalb auch die Kurzstreckenraketen „wegverhandelt“ werden. Wäre der Osten dazu bereit? Wohl kaum, denn er bekäme nichts aus seiner Sicht Entsprechendes für den Verzicht geboten. Im Sinne bisherigen Denkens wäre ein Nachrüsten bei Kurzstreckenraketen auf westlicher Seite für manche die logische Folge.

Also ein „neuer“ NATO-Doppelbeschluß für Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite? Ein solcher Doppelbeschluß wäre politisch nur schwer durchsetzbar und falls doch, bliebe die politisch bedeutsame Erkenntnis, daß ein Atomkrieg künftig auf Europa begrenzbar wäre. Amerika würde nicht mehr unbedingt mit seiner eigenen Sicherheit für Europa bürgen. Die konventionelle Überlegenheit des Ostblocks würde sich politisch-psychologisch noch mehr auswirken. Unweigerlich stellt sich deshalb die Frage, ob der Westen mehr Geld als bisher für seine Verteidigung auszugeben bereit und in der Lage ist.

Der deutsche Verteidigungshaushalt liegt jetzt bei 51 Milliarden Mark. Dank weiterer Ausgaben im Zusammenhang mit der Verteidigung kann man gut und gerne von jährlich 60 Milliarden Mark sprechen. Ich halte es weder wirtschaftlich noch politisch für „machbar“, diesen Betrag zu verdoppeln oder zu verdreifachen. Schon eine Steigerung um zehn oder zwanzig Prozent in nächster Zeit bedürfte einer enormen Kraftanstrengung.

Die Auflockerung der atomaren Abschreckung und die Erkenntnis, daß eine beliebige Steigerung der Ausgaben für konventionelle Verteidigung unmöglich und schwerlich *wünschbar ist, muß vor dem Hinter*grund einiger bedeutsamer Entwicklungen gesehen werden. SDI beispielsweise dient, wenn auch vor allem aus technischen Gründen, zumindest in der Definitions- und Entwicklungsphase primär amerikanischen und nicht europäischen Interessen. Das gewaltige Haushaltsdefizit in den USA erzwingt Einsparungen auch beim amerikanischen Verteidigungshaushalt. Hinzu kommt eine Bewußtseinsänderung in den USA, die zugespitzt in der Frage mündet, weshalb 240 Millionen Amerikaner 320 Millionen Europäer verteidigen sollen. Die Frage wird in den USA immer lauter gestellt, weshalb *400 000 junge Amerikaner heute noch* in Europa sein müssen. Man darf



Bernhard Friedmann FOTO: DIE WELT

nicht übersehen, daß die USA nicht nur an Europa, sondern zunehmend auch an Asien denken. Ich bin der Meinung, daß Europa dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen darf. Was ist zu tun?

Nach meiner Überzeugung muß jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitskonzept in die operative Politik eingeführt werden. Ein wiedervereinigtes, freies Deutschland wäre die beste Sicherheitsgarantie für den Osten wie für den Westen. Dabei ist für mich sicher, daß dieses wiedervereinigte Deutschland aus freien und geheimen Wahlen hervorgehen muß, wobei die Bundesrepublik und die DDR getrennt ein gemeinsames Parlament zu wählen hätten. Damit würde die bevölkerungsmäßig kleinere DDR von der größeren Bundesrepublik nicht überstimmt. Sicherlich wären in einem *solchen* Parlament auch Kommunisten vertreten. Die Demokratie erscheint mir aber gefestigt genug. Ein solchermaßen wiedervereinigtes Deutschland *hätte bündnispolitisch* selbst seinen Platz zu bestimmen. Ein neutralisiertes Deutschland schwebt mir keinesfalls vor. Schon jetzt gibt es innerhalb der NATO verschiedene Formen der Mitgliedschaft. Sollte es nicht möglich sein, einen Status mit dem westlichen *Bündnis* zu vereinbaren, der den Sicherheitsbelangen eines wiedervereinigten Deutschlands entspricht? Man wird mir entgegenhalten, daß die östliche Vormacht unter solchen Vorzeichen nicht zur Freigabe der DDR bereit sei. Das beginne *schon damit, daß der Ostblock* wirtschaftlich auf die DDR angewiesen sei. Aber könnte ein wiedervereinigtes Deutschland dem Osten nicht noch mehr bieten, als die DDR für sich allein? Man wird sagen, daß im Falle der Wiedervereinigung der War*schauer Pakt in Unruhe versetzt wür*de. Andere Ostblockstaaten, so mag man mir entgegenhalten, könnten ebenfalls die Entlassung aus dem Warschauer Pakt verlangen. Aber ist deren Situation wirklich mit der DDR vergleichbar? Deutsche wollen wie*der zusammenfinden!*

Kein anderes Ostblockland ist wie Deutschland gespalten. Diese Sondersituation kann den anderen verdeutlicht und ihnen durch Sondervereinbarungen akzeptabel gemacht werden. Da ist das Argument, daß der Osten noch nie ein Land aus seinem Besitz freigegeben hätte. Stimmt das? Österreich ist ein Gegenbeispiel. Und im übrigen: Auch in der UdSSR gibt es Überlegungen, wie man von der Überrüstung herunterkommen kann. Die Bevölkerung des Ostens verlangt immer nachdrücklicher einen höheren Lebensstandard.

Wesentlich ist, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Sicherheitsinteressen aller, also seiner eigenen wie die des Westens und des Ostens, be*rücksichtigt. Dem kommt entgegen,* daß in den neuerlichen Abrüstungsgesprächen erstmals die Atomwaffen Frankreichs und Englands nicht in der Diskussion sind. Für mich heißt dies, daß parallel zur Wiedervereinigung der Gedanke der europäischen *Verteidigungsgemeinschaft an* Bedeutung gewinnt. Und nicht zu vergessen: Bei einem wiedervereinigten Deutschland, das ja nur im allseitigen Einvernehmen zustande kommen kann, wären auch die Grenzen zum Osten durchlässiger.

Bernhard Friedmann ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, und er betreut schwerpunktmäßig den Verteidigungshaushalt. In dieser Eigenschaft ist er auch Vorsitzender des sogenannten Bewilligungsausschusses für Verteidigungsausgaben.

„Staaten isolieren, die den Terroristen helfen“

Israelisch-Deutsche Gesellschaft: Auch Beziehungen abbrechen

BERNT CONRAD, Bonn

Politiker aus Israel und der Bundesrepublik Deutschland haben dazu aufgerufen, „arabische Staaten und andere Länder“ zu isolieren, die Terroristen aktive Hilfeleistungen und Unterschlupf gewähren. „Jede Desinformationspolitik arabischer und anderer Regierungen, sowie die Bagatellisierung des Terrorismus muß entschieden zurückgewiesen werden“, heißt es in einer Resolution, die gestern zum Abschluß der X. Deutsch-Israelischen Konferenz auf der Margaretenhöhe bei Bonn beschlossen wurde.

Der frühere israelische Botschafter in Bonn und jetzige Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Asher Ben-Nathan, erläuterte: „Unter Isolierung verstehen wir Abbruch der Beziehungen, wirtschaftliche Maßnahmen, Maßnahmen der Sicherheit, Beschränkung des Verkehrs, Kontrolle des Luftverkehrs – alles, was dem Terrorismus Einhalt gebieten kann.“

Die Konferenzteilnehmer begrüßten die jüngsten, gegen Syrien gerichteten Beschlüsse der EG-Außenminister als einen „ersten Schritt der gemeinsamen *Solidarität* betroffener Länder im Kampf gegen den Terror“. Ben-Nathan ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß es den Israelis lieber gewesen wäre, wenn sich die EG-Partner der britischen Regierung angeschlossen und die diplomatischen Beziehungen mit Syrien abgebrochen hätten. Schließlich gebe es klare Beweise, daß Syrien an dem Attentatsversuch auf eine israelische Verkehrsmaschine in London beteiligt gewesen sei.

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Erik Blumenfeld, wies darauf hin, daß auch andere Länder, wie Libyen und Iran, die Terroristen unterstützten. Es gebe ferner ein großes Land, das mit Desinformation zu tun habe und eine Rolle im *Nahen Osten spiele, nämlich die So*wjetunion.

Die Deutsch-Israelische Konferenz begrüßte die Bemühungen Israels um direkte Verhandlungen, da nur auf diesem Wege der israelisch-arabische Konflikt gelöst werden könne. Die EG-Mitgliedsstaaten wurden gebeten, eine solche Politik nachhaltig zu unterstützen. „Arabischer Terrorismus, der mit dem internationalen Terrorismus eng verbunden ist“, versuche mit seinen Anschlägen jedoch immer wieder, jeden Ansatz von Frie*densverhandlungen zu verhindern.*

Der Deutsche Bundestag wurde von den Konferenzteilnehmern aufgefordert, „eine *gesetzgeberische* Initiative einzuleiten, wie schon in anderen europäischen Ländern und den USA seit Jahren geschehen, damit deutschen *Unternehmen die* Möglichkeit gegeben wird, arabische Boykottforderungen als gesetzeswidrig zurückweisen zu können“. Nach Angaben Blumenfelds wird das Fehlen eines solchen Gesetzes seit Jahren von israelischer Seite kritisiert. Der *neue Anlauf werde von allen Fraktio*nen unterstützt werden.

Die *Konferenz* verlangte ferner einen entschiedenen Kampf gegen jeden Antisemitismus, „auch unter dem Deckmantel des Antizionismus“. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft und *die Israelisch-Deut*sche Gesellschaft wollen ein gemeinsames Komitee gründen, „das antisemitische Äußerungen festhält, um gezielt und in geeigneter Weise die Öffentlichkeit darüber zu informieren“. In der Abschlußresolution wurde der Vorschlag unterstützt, arabischen Studenten aus Israel Stipendien zu gewähren.

Scheitert CSU-Initiative an Niedersachsens FDP?

Hannover gegen Gesetzesvorstoß zur inneren Sicherheit

MICHAEL JACH, Hannover

Die im Bundesrat eingebrachten Anträge Bayerns auf Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts durch Wiedereinführung eines Landfriedensbruch-Paragraphen, Neueinführung des Haftgrundes „Wiederholungsgefahr“ sowie Erhebung der sogenannten passiven Bewaffnung von *Demonstranten zum Straftatbestand* (bisher Ordnungswidrigkeit) haben kaum noch eine Chance auf Durchsetzung. Dies ist die Konsequenz aus dem jetzt nach längerem Tauziehen gefaßten Beschluß der niedersächsischen CDU/FDP-Koalition, den Ge*setzesforderungen der Münchner* CSU-Regierung in der Länderkammer nicht zuzustimmen.

Von vornherein einig waren die niedersächsischen Koalitionspartner in der Ablehnung eines neuen Landfriedensbruch-Paragraphen sowie des von der CSU gewünschten zusätzlichen Haftgrundes. Landesjustizminister Walter Remmers (CDU) würde es dagegen begrüßen, wenn das Tragen etwa von Sturzhelmen oder Schutzschilden bei Demonstrationen – „passive Bewaffnung“ – unter Strafe gestellt würde. Indessen mußte die Union sich nach wochenlangen Bemühungen im hannoverschen Koalitionsausschuß dem Willen der FDP beugen: „Unnötige Kriminalisierung“, erklärt der freidemokratische Landtags-Fraktionschef Martin Hildebrandt, sei abzulehnen.

Vor drei Wochen noch hatte Innenminister Wilfried Hasselmann (CDU) sich zuversichtlich gezeigt, daß es gelingen werde, insbesondere den rechtspolitischen FDP-Fraktionssprecher Rudolf Fischer umzustimmen. Vor dem Koalitionsausschuß wurden eigens leitende Polizeibeamte aufgeboten, um die gewaltbegünstigende Funktion der passiven Bewaffnung durch Erfahrungsberichte eindringlich darzulegen. Fischer indes, der in Hannover als landespolitischer Exponent der „Baum-Hirsch-Linie“ der parteiliberalen Innen- und Justizpolitik gilt, setzte seinen Standpunkt auch fraktionsintern durch.

Die hannoversche Koalition gibt es nun als „Kompromißlösung“ aus, daß passive Bewaffnung weiterhin lediglich als Ordnungswidrigkeit zu ahnden ist. Immerhin, so heißt es, sei damit doch der Polizei die Möglichkeit gegeben, zu Demonstrationen an*reisende Personen bereits auf den* Anmarschwegen zu kontrollieren und zu entwaffen.

Während des Ringens hinter verschlossenen Türen waren die niedersächsischen Regierungspartner auffallend um Unauffälligkeit bemüht. Gilt es doch in der Landeshauptstadt seit der Koalitionsbildung vom Sommer dieses Jahres als ausgemacht, daß allfällige Konflikte im CDU/FDP-Bündnis, das mit nur einer Landtagsstimme Mehrheit regiert, sich vorzugsweise an innen- und rechtspolitischen Differenzen entzünden müßten. Die FDP hütet sich freilich, auch nur den Anschein von Pressionen auf den Partner CDU zu erwecken – und umgekehrt.

In einem derartigen Bindungsklima findet sich *folgerichtig* kein CDU-Fraktions- oder gar Regierungsmitglied, das nicht „Verständnis“ für den kleineren Partner herauskehrte. Der nämlich, so heißt es aus Hasselmann-inspirierter Quelle, fühle sich durch die von der Bundes-FDP immerhin bejahte Kronzeugen-Regelung in seinem liberalen Selbstgefühl „hinreichend belastet ...“

„Hängepartien der SPD werden wir nicht dulden“

Perschau sucht weiter das Gespräch mit dem Wähler „vor Ort“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg – diese Lebenserfahrung wird Hartmut Perschau, dem Gewinner der Bürgerschaftswahl vom 9. November, in diesen Tagen in einem Ausmaß zuteil, das er selbst nicht für möglich gehalten hätte. Wo er sich zeigt, ob beim Mittagessen im Ratsweinkeller des Rathauses oder in den Straßen der Hansestadt, gratulieren ihm Wähler, die ihm persönlich unbekannt sind, und sein „Kurswert“ als Gesprächs- und Interviewpartner für Manager und Medienvertreter ist seit dem letzten Sonntagabend, punkt 19 Uhr, mit Rasanz gestiegen.

Wie hat der CDU-Spitzenmann diesen Erfolg verarbeitet? Wer ihn gut kennt und seit dem Sonntag erlebt hat, dem fällt die Antwort leicht: Der große Vertrauensbeweis der Wähler hat ihn nicht aus der Façon gebracht – weder innerlich noch äußerlich. Perschau ist ein politischer Profi mit eiserner Selbstdisziplin, und der ist er geblieben. Das hohe Maß an Mitverantwortung für den künftigen Weg der Hansestadt empfindet er jetzt besonders klar, und dieser Gesichtspunkt bestimmt sein Handeln und Auftreten. Eine frühere Neigung zu monologisierender Langatmigkeit ist wie weggeblasen; seine Antworten sind präzise und eher knapp. „Unser Angebot für eine konstruktive Zusammenarbeit steht. Die Sozialdemokraten müssen sich entscheiden.“

In diesen beiden Sätzen liegt das Fazit der Lage nach der Wahl: Die CDU hat der SPD eine große Koalition vorgeschlagen und wartet nun auf die Antwort der derzeitigen Regierungspartei, die nach Perschaus Eindruck als Folge des Desasters vom Sonntag „durch den Wind ist“: Dieser Befund trifft zu: Der SPD-Landesvorstand, die neue Bürgerschaftsfraktion, die Kreisverbände – in allen Gliederungen und Gremien der Hamburger Sozialdemokratie wird derzeit um Wege aus der tiefen Krise gerungen, deren Ausmaß am 9. November für die Genossen so schmerzlich deutlich geworden ist. Eine große Koalition mit der CDU, das kristallisiert sich immer mehr heraus, wäre angesichts der empörten Ablehnung einer solchen Lösung durch den linken Flügel eine lebensgefährliche Zerreißprobe für die Partei. Umgekehrt gilt das auch für eine Zusammenarbeit mit der GAL, der Bürgermeister Klaus von Dohnanyi schon vor der Wahl für seine Person eine beinharte Absage erteilt hatte. Aber auch die Linken haben sehr wohl begriffen, was ein Rot-Grünes-Bündnis für den Wirtschaftsstandort Hamburg bedeuten würde. Selbst im SPD-Kreis Nord, der fest in der Hand der Linken ist, deutet derzeit nichts darauf hin, daß es in der Bezirksversammlung zu einer engen Zusammenarbeit zwischen SPD und GAL kommt. Beide Parteien zusammen haben 23 Mandate erreicht, die CDU 17. Auch die Linken wissen, daß jedes Bündnis mit einer der beiden bisherigen Oppositionsparteien politisches Dynamit enthält, und demzufolge zeichnet sich ein pragmatischer Kurs ab: Zeit für intensive politische Sacharbeit gewinnen, verloren gegangenes Vertrauen in der Wählerschaft wieder *herstellen, dann Neuwahlen.*

Perschau sieht diese Strategie der Spitzengenossen um Klaus von Dohnanyi. Er wird ihnen dabei nicht behilflich sein. Der 28. November ist insoweit ein wichtiges Datum. An diesem Tag wollen die Sozialdemokraten auf einem Landesparteitag darüber beraten und beschließen, was geschehen soll. Dann wird Klarheit darüber herrschen, was die SPD selbst will – und kann. Perschau läßt keinen Zweifel daran, daß die CDU für eines nicht zur Verfügung steht: „Wir werden keine politischen Hängepartien der SPD zu Lasten unserer Stadt akzeptieren“. Dementsprechend hält er sein Pulver trocken. Der erfolgreiche Wahlkampfapparat *der Union bleibt, und der Spitzenkan*didat wird sich nicht mit politischen Spielereien verzetteln, wie die CDU sie nach ihrem Wahlerfolg vom Juni 1982 in der Form von parlamentarischen Rücktrittsforderungen an die Adresse des Senats und dem Vorschlag eines „Bürgersenats“ veranstaltete. Stattdessen wird Perschau mit derselben Intensität wie vor dem 9. November das Gepräch mit dem Wähler „vor Ort“ suchen. Seine Devise heißt, so am kommenden Wochen*ende: „Rauf auf die Wochenmärkte.“*

Neigung bei SPD zu Neuwahlen in Hamburg steigt

hs. Hamburg

Die Schockwirkung der Wahlkatastrophe ist bei der Hamburger SPD noch nicht gewichen, doch Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat vorläufig innerparteilich wieder festen Boden unter den Füßen. „Wir gehen davon aus, daß unser Ergebnis ohne Klaus von Dohnanyi noch schlimmer hätte ausfallen können“, sagte SPD-Landesgeschäftsführer Peter Walter der WELT. Die Senatsmitglieder stellten sich einmütig hinter den Ersten Bürgermeister. In der Hamburger Parteiführung wird jetzt die Losung ausgegeben: „Wir brauchen Distanz“. Bausenator Eugen Wagner betonte: „Wir brauchen Zeit, Zeit, Zeit. Desto klarer werden nachher unsere Beschlüsse.“

Auf den unteren Ebenen wurden Beschlüsse allerdings schon gefaßt: Sie spiegeln – wie etwa bei der Delegiertenversammlung des linken Kreisverbandes Altona – Ratlosigkeit wider. Eine Koalition mit der CDU – so heißt es darin – komme „aus inhaltlichen Gründen“ nicht in Betracht, das Tolerierungs-Papier der GAL biete keine Grundlage, „auch wegen der fehlenden Klärung des Verhältnisses der GAL zur Gewalt“.

In der Tat ist die Variante 2 (Vereinbarung mit den Grün-Alternativen), bis in den linken Parteiflügel hinein kein Thema in der SPD. Zulauf erhält die dritte Variante – Neuwahlen in der zweiten Jahreshälfte 1987. „Irgendwann muß die Partei klare Verhältnisse schaffen“, sagte Hamburgs ehemaliger Bürgermeister, Hans-Ulrich Klose, der WELT, nach dessen Meinung ein Minderheits-Senat „nur so lange gut geht, bis über den neuen Haushalt entschieden wird.“

Eine vierte denkbare Möglichkeit über die Spitzengenossen nachden*ken, lautet: Verwaltungsentscheidun*gen treffen, die sachlich geboten sind – so wie es in Metropolen in Süddeutschland möglich ist. Dabei könne sich allerdings der Senat „keine sozialdemokratischen Extravaganzen“ erlauben. Auf diese Weise könne auch ein Haushalt durchgebracht werden, „gegen den die CDU nicht stimmen müßte“.

Perschau und Dohnanyi wollen sich Anfang kommender Woche zu einer „lockeren Verabredung“ treffen.

Das aktuelle Fachbuch

Moderne Trends mit kleinen Fehlern

In einem Fach, in dem sich das Wissen alle zehn Jahre verdoppelt, sind Erkenntnisse oft schon überholt, bevor sie Eingang in die Lehrbücher finden. Dies ist nur eine der Schwierigkeiten, mit denen die Autoren des Übersichtsbandes „Trends der modernen Biologie" es zu tun hatten.

Das Buch bietet Kurzübersichten aus 20 Teildisziplinen (unterteilt in allgemeine und angewandte Biologie, Biologie und Medizin sowie Didaktik). Leider wird das Buch in vielen Kapiteln seinem Anspruch nicht gerecht. Weder gelingt es, die Trends – das heißt die entscheidenden Fragen, die sich heute stellen und auf Beantwortung warten – vorzustellen, noch sind die Texte so allgemein verständlich, daß sie auch für Laien nützlich sind. Zu loben sind jedoch die ausführlichen Hinweise auf Literatur, Institute, Forschungsorganisationen und Fachgesellschaften. Kü.

„Trends der modernen Biologie in der Bundesrepublik Deutschland", hrsg. von Ulrich Winkler, Wiss. Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1986, 200 S., 19,80 DM.

Von Heilpflanzen und Meditation

Seit Jahrhunderten gilt Tibet als herausragendes Land auf dem Gebiet der Medizin und der Arzneipflanzen. Es ist eines der ältesten naturheilkundlichen Systeme der Welt und vielleicht die älteste ganzheitliche, das heißt Körper, Seele und Geist umfassende Medizin. Diese „psychosomatische" Theorie der Gesundheit stellt eine einzigartige Kombination von naturheilkundlichen Heilmitteln mit psychotherapeutischen Methoden sowie Praktiken der Geisteshaltung und Meditation dar.

Die Autorin, die mit Unterstützung des Dalai Lama viele Jahre lang die medizinische Kunst der Tibetaner studierte, verschafft mit diesem Buch Zugang zu einem durch die lange Isolation des Landes und die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Westen bisher kaum bekannten Wissen. zyl.

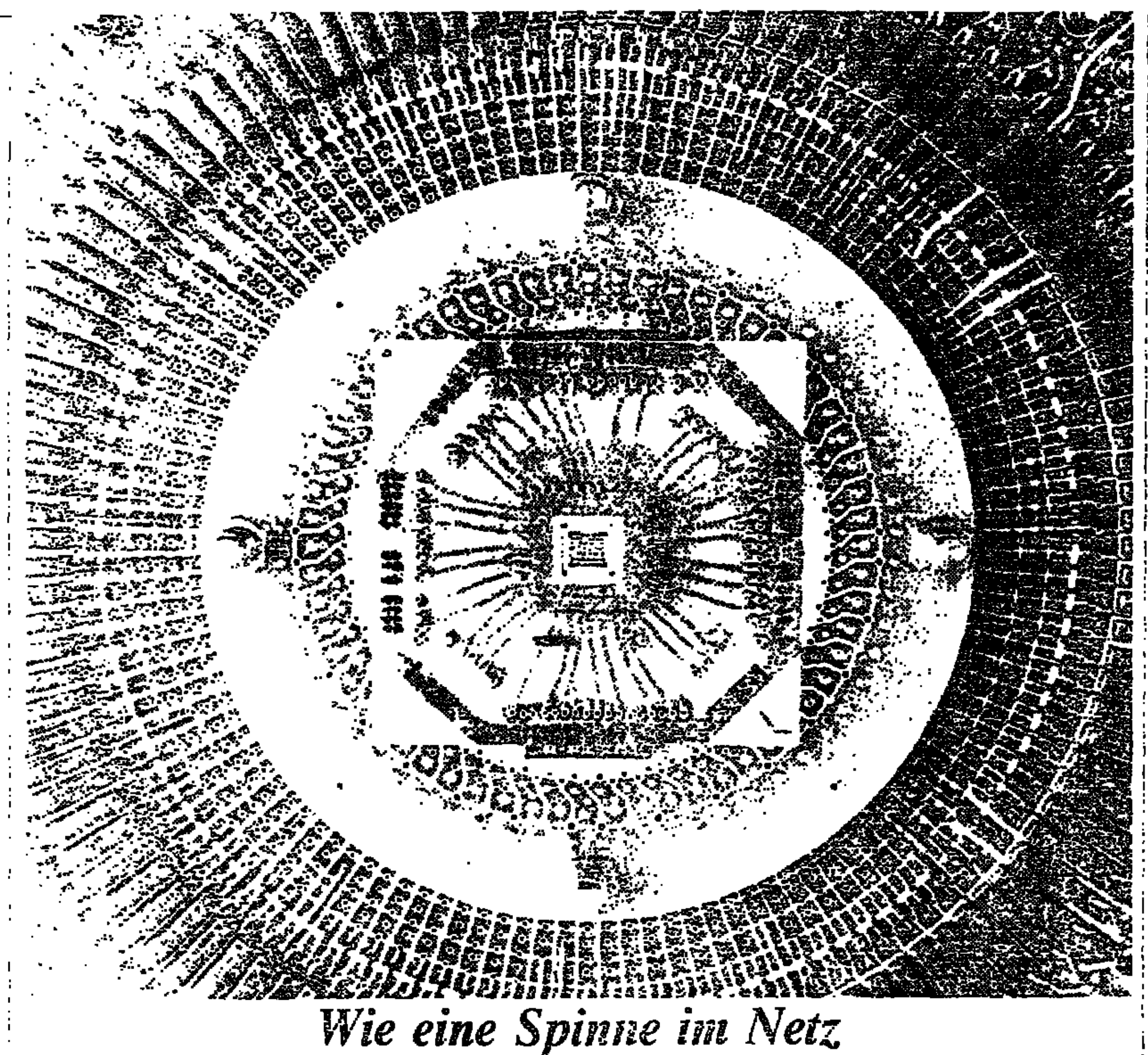
„Tibetische Heilkunst", von Terry Clifford, Otto Wilhelm Barth Verlag, München 1986, 320 Seiten, 36 DM.

Giftdepot im Wintergarten

Von der Hochgebirgswiese bis hinein in die gute Stube sind wir von Pflanzen umgeben, von denen zahlreiche Vertreter giftig sind. Diejenigen, die täglich mit ihnen umgehen, sind sich dieser Gefährdung oftmals gar nicht bewußt. Dabei ist so mancher Hautausschlag, der im Büro bei der Blumenpflege oder beim Heckenschneiden im Garten erworben wurde, nicht auf den Einfluß von Chemikalien, sondern auf pflanzliche Giftstoffe zurückzuführen.

Die Autoren haben Wirkstoffe, Vergiftungssymptomatik und Therapie zu über 700 Giften, Giftpflanzen und Giftpilzen mit ihren neuesten Daten zusammengestellt. Wenn als Zielgruppen auch primär Ärzte, Apotheker und Pharmakologen angesprochen sind, ist das Werk auch für toxikologische Laien ein nachschlagefreundliches Kompendium. D. T.

„Giftpflanzen – Pflanzengifte: Vorkommen – Wirkung – Therapie", von Lutz Roth, Max Daunderer und Kurt Kormann, 3. erweiterte Auflage, ecomed Verlag, Landsberg 1986, 1034 Seiten, 125 DM.



Wie eine Spinne im Netz

Logikbausteine, sprich hochintegrierte Schaltungen, können mit diesem jetzt vorgestellten Prüfboard bereits von Studenten der Elektronik auf Herz und Nieren gecheckt werden. Neben Fertigungsfehlern wird mit Hilfe der Apparatur auch die Zeit registriert, welche die Signale benötigen, um die Schaltung zu durchlaufen. Aus diesem Grund weist das Board eine kreisrunde Form auf, die gleiche Kabellängen und Verbindungen garantiert. WERKFOTO

Licht-Skalpell mit Feingefühl

Von deutschen Ingenieuren entwickeltes Lasersystem hält Einzug in die Mikrochirurgie

Von ARNO NÖLDECHEN

Obwohl der Kohlendioxid-Laser als chirurgisches Instrument seit den frühen siebziger Jahren bekannt ist, hielt er nur zögernd Einzug in die europäischen Kliniken. Einer der Gründe dafür ist, daß sich die ersten Geräte, die auf den Markt kamen, für die Anwender nicht als ausreichend zuverlässig und bedienungsfreundlich erwiesen.

In einer Reihe experimenteller und klinischer Studien ist mittlerweile der Wert des Lasers für die Behandlung bestimmter Erkrankungen (z. B. Netzhautablösung, Tumoren im Rachenraum) herausgearbeitet worden. Einer routinemäßigen Anwendung im klinischen Alltag dürfte in Zukunft noch weniger im Wege stehen, nachdem es jetzt einer deutschen Firma gelungen ist, die technischen Vorteile des Kohlendioxid-Lasersystems zu verbessern.

Gasmoleküle geben ihre Energie als Infrarotlicht ab

Die Kohlendioxid-Laser zählen zu den „molekularen Lasern": Kohlendioxid-Moleküle werden energetisch so angeregt, daß sie beim Zurückfallen auf ein niedrigeres Energie-Niveau diese als Licht-Quanten wieder abgeben; und zwar in einem Bereich von 10,6 Mikrometer (0,000 001 Meter). Dabei handelt es sich um Licht im langwelligen Infrarot-Bereich; es ist also für das menschliche Auge nicht sichtbar, das gerade noch „Rot-Licht" einer Wellenlänge von etwa 0,7 Mikrometer erfassen kann. Alle anderen Infrarotstrahlen werden von uns als Wärmestrahlung registriert.

Kohlendioxid-Laser hatten bisher jedoch den Nachteil, daß sie im Betrieb laufend mit Kohlendioxid versorgt werden mußten. Im Gegensatz dazu kamen andere Gas-Laser (Helium-Neon-Laser) ohne Gasnachlieferung aus, da sie mit einem völlig gekapselten System arbeiten.

In dem Bereich der Gasversorgung haben deutsche Laser-Ingenieure nun einen entscheidenden Durchbruch erzielt: Ihr neuer Kohlendioxid-Laser kommt über 200 Betriebsstunden mit einer einzigen Gasfüllung aus. Das ist ein großer Fortschritt, der sich in niedrigeren Betriebs- und Wartungskosten niederschlägt.

Aber auch im Operationssaal macht sich dies als Arbeitserleichterung bemerkbar: Eine laufende Überwachung entfällt, so daß der Laser rund um die Uhr für wichtige Operationen zur Verfügung steht.

Die Arbeitsleistung des neuen CO_2-Lasers liegt bei 80 Watt. Zwar führt die erforderliche Kühlung und die Laserstrahl-Lenkung über Spiegelsysteme zu einem Energieverlust, dem Chirurgen stehen aber immerhin am Ausgang des Handstücks noch rund 75 Prozent dieser Leistung zur Verfügung. Das ist ein vergleichsweise hoher Wert, der durch technische Verbesserungen der sogenannten Spiegelarme erreicht wurde.

Dieser umständlich erscheinende Übertragungsweg des Infrarot-Lichts ist erforderlich, da Infrarot der Wellenlänge von 10,6 Mikrometer von den einfacher zu handhabenden Glasfasern nahezu völlig absorbiert wird. Man muß deshalb mit speziellen Spiegeln und „geraden" Übertragungsstrecken arbeiten. Zwar laufen seit gut einem Jahrzehnt Versuche, innenverspiegelte Hohlfasern einzusetzen, aber es gelang weder japanischen noch amerikanischen Glasfaser-Spezialisten, hier praxisgerechte Lösungen zu finden.

Der Gas-Laser gibt Lichtpulse hoher Energie ab. Außerdem besitzt er den Vorzug aller Laser, kontinuierliches Licht zu liefern. Ein Vorteil, der ein gleichmäßiges Arbeiten erlaubt. Beides kommt den Chirurgen zugute: Je nachdem, in welchem Gewebe sie arbeiten müssen, können sie die Leistung äußerst feinfühlig variieren. Das ist gerade bei mikrochirurgischen Operationen in schwer zugänglichen Körperhöhlen von Vorteil.

Die Eigenheit des Laserlichts von 10,6 Mikrometer liegt in der sehr großen Absorptionsfähigkeit von Wasser. Da alle Gewebe einen sehr hohen Wassergehalt besitzen, sind je nach Laserlicht-Energie regelrechte Verdampfungen oder extreme Verbrennungen des Gewebes zu beobachten. Beides ist beim Operieren erwünscht: Da das getroffene Gewebe „versiegelt" wird, erzielt der Chirurg eine sofortige Blutstillung. Außerdem wird die Ausbreitung von Tumorzellen erschwert.

Präzises Operieren bei geringem Energiebedarf

Eine empfindliche Leistungsregulierung steuert die Energie, die in der jeweiligen Situation erforderlich ist. Daher sind selbst Schneidtiefen von einigen Millimetern heute auch bei relativ geringen Energieleistungen zu erreichen.

Die Entwicklung des geschlossenen Kohlendioxid-Lasersystems war nur möglich, weil die beständigen Verspiegelungen mit neuartigen Werkstoffen und Techniken hergestellt werden konnten. So arbeitet das System mit einer neuentwickelten hochfrequenten Anregung, speziellen Elektroden und besonders geformten Resonatoren.

Der Absatz von Kohlendioxid-Lasern entwickelt sich auf dem internationalen Gerätemarkt fast explosionsartig. Ihr weltweiter Verkauf wird in diesem Jahr 350 Millionen Mark übersteigen. Neben der Fertigungstechnik und dem Lasereinsatz in der Nachrichten- und Konsum-Elektronik ist der Medizin-Laser ein schnell wachsendes Absatzsegment. Mit zahlreichen Neuentwicklungen haben bundesdeutsche Firmen gute Aussichten, sich im scharfen internationalen Wettbewerb durchzusetzen.

Propeller in der Nase, Wind unter den Flügeln

Ein Berliner Ingenieur baut einen neuartigen Motorsegler

Von ANGELA GRÜTZMANN

Die Berliner bauen wieder Flugzeuge. Für diese die Fachwelt überraschende Nachricht sorgt der 47jährige Dr. Reiner Stemme. Der Physiker und leidenschaftliche Hobbyflieger entwickelte ein Hochleistungs-Motorsegelflugzeug mit einem neuartigen Antriebssystem. „Wir haben die positiven Komponenten des antriebslosen Segelflugzeugs kompromißlos mit den Vorteilen des Motorflugs verbunden", berichtet der Luftfahrt-Tüftler. Er erhielt inzwischen von den Alliierten die Genehmigung zur Serienfertigung.

Die Produktion soll noch in diesem Jahr beginnen. Schon jetzt haben 36 potentielle Kunden eine Option auf das rund 165 000 Mark teure Fluggerät erworben, dessen Prototyp am 6. Juli 1986 in Braunschweig erstmals in die Luft ging. Für den Flugzeugbau in Berlin wurden damit neue Horizonte eröffnet.

Optimale Verbindung von Segel- und Motorflugzeug

Auf dem ehemaligen AEG-Gelände im Berliner Bezirk Wedding, dem Technologie- und Innovations-Park (TIP), sind Reiner Stemme und seine derzeit acht Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen zu Hause. Unübersehbarer Mittelpunkt, um den sich alles dreht, ist die „S 10": Ein elegantes, computerentwickeltes Fluggerät, das gleichermaßen ein vollwertiges Segel- als auch Motorflugzeug ist und beide Vorteile optimal miteinander verbindet. Der Wechsel vom Segel- zum Motorflugzeug ist jederzeit innerhalb von sechs Sekunden möglich.

Die beiden Sitze im Cockpit sind nebeneinander angeordnet, ohne daß dadurch große Einbußen bei der Aerodynamik in Kauf genommen werden mußten. Die Bewegungsfreiheit und die Kommunikation zwischen den Piloten wird dadurch jedenfalls erheblich verbessert. Ein Handgriff genügt, um die „Nase" des Flugzeugrumpfes vorzuschieben und den zusammengeklappten Propeller auszufahren. Er wird, und das ist die patentierte Neuheit, von einer Fernwelle angetrieben, die zu einem hinter der Kanzel aufgehängten Zweiliter-Limbach-Motor führt. Die Tanks in den Flügeln fassen 120 Liter Treibstoff. Die Reisegeschwindigkeit mit Motor beträgt 200 km/h, die Reichweite bis zu 2000 Kilometer. Das ist beispielsweise die Strecke von Hamburg bis Korsika.

Das Antriebssystem besteht aus dem Motor im Mittelteil des Rumpfes, einer Antriebswelle, einem Keilriemengetriebe und dem Propeller im Bug. Die Verwendung einer langen Welle und einer Untersetzung bringt zwar ein etwas erhöhtes Gewicht mit sich. Dieser Nachteil wird aber dadurch wettgemacht, daß man verbrauchs- und gewichtsoptimierte Motoren einbauen kann. Deren eigentlich zu hohe Drehzahl wird durch das Getriebe vermindert. Dadurch wird der Wirkungsgrad der Schraube gesteigert und das Geräusch vermindert.

Begonnen hat alles 1978. Damals ertappte sich der gelernte Physiker bei der Aufsicht über die Schularbeiten seiner Kinder beim Flugzeugmalen. Den Segelflieger ärgerte all das, was diesen Sport immer wieder unberechenbar macht: die Abhängigkeit vom Wetter und von Schleppfahrzeugen, die langen Warteschlangen und die unerläßliche Hilfe von Familienangehörigen oder Freunden.

So nahm die „S 10" erste Formen an, wuchs von der Idee zum Projekt. „Verschiedene Erfordernisse, beispielsweise in der Getriebetechnologie, waren damals noch nicht soweit, um das Konzept zu realisieren", erinnert sich der Firmenchef. Ende 1984 warf dann der damalige Geschäftsführer des VDI Düsseldorf seine Bedenken endgültig über Bord, stellte die Sicherheit des bisherigen Berufslebens mutig beiseite und wagte mit der Gründung der Stemme GmbH & Co. KG in Berlin den Sprung in die Selbständigkeit.

Die beiden Berliner Universitäten standen dem Projekt hilfreich zur Seite. Sie sicherten die technische Beratung bei Spezialproblemen, halfen unkonventionell bei kleineren Forschungsaufgaben, gestatteten die Benutzung der technischen Anlagen und Computer. Die anfängliche Skepsis in den Amtsstuben ist gewichen, ein langes Prüfungsverfahren bei der Bewilligung von Darlehen erfolgreich zu Ende gegangen.

Der Vorteil gegenüber den im Wettbewerb befindlichen Motorseglern ist eindeutig. Der weiß glänzende, doppelsitzige Segler mit der großen Plexiglaskuppel kann mit seinen groß dimensionierten Flügeln – 18,3 Quadratmeter verteilen sich auf 22 Meter Spannweite – selbst schwache Aufwinde nutzen. Der Gleitwinkel beträgt 1:44. Das bedeutet in einer Höhe von 1000 Metern eine Reichweite von 44 Kilometern.

Die Neuentwicklung trifft auf einen breiten Markt

Ein großes Seitenruder und ein langer Leitwerksträger sorgen ebenso wie das gefederte Doppelfahrwerk und eine Bodenfreiheit von 1,70 Meter für ein „gutes Handling". Die „S 10", die in einer Rekordzeit von vierzehn Monaten entwickelt, gebaut und getestet wurde, erfüllt alle an sie gestellten Erwartungen.

Ein solches Hochleistungs-Motorsegelflugzeug stößt auf einen großen Markt. Ihn teilen sich bisher international mit etwa 90 Prozent drei deutsche und ein österreichischer Hersteller. Weltweit werden jährlich mit steigender Tendenz rund 200 Motorsegelflugzeuge neu zugelassen, davon allein die Hälfte in der Bundesrepublik. Jeder zweite Käufer ist Privatmann. Ein vergleichbares Flugzeug zur „S 10" existiert zur Zeit nicht. Schon ab Mitte nächsten Jahres sollen zwei Flugzeuge pro Monat die Berliner Werkshallen verlassen.

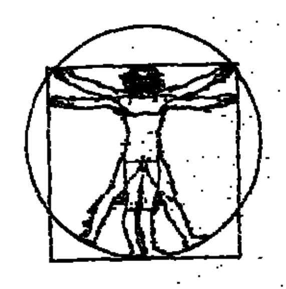


Reiner Stemme im Cockpit seiner Erfindung: An der Nase der S 10 ist die aufklappbare Propelleröffnung zu erkennen FOTO: CHRISTIAN IRRGANG

NOTIZEN

Illegale Funkanlagen

Düsseldorf (dpa) – CB-Funkanlagen und schnurlose Telefone, die nicht den offiziellen „Segen" der Bundespost haben, sind generell verboten. Darauf hat gestern die Oberpostdirektion Düsseldorf hingewiesen. Im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsfest erinnerte die Post daran, daß auf dem Gabenteller CB-Funkanlagen und schnurlose Telefongeräte ohne amtliches Prüfzeichen nichts zu suchen haben. Der Besitz derartiger, meist aus Fernost



stammender Anlagen ist – im Gegensatz zu amerikanischen Gepflogenheiten – seit Juli dieses Jahres gesetzlich strikt verboten, weil, so die Post, damit in der Nachbarschaft der Fernsehempfang gestört werden könne.

Unterschrift der Zukunft

St. Augustin (dpa) – Eine digitale „*elektronische Unterschrift*" hat jetzt das Institut für Systemtechnik der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) in St. Augustin bei Bonn vorgeschlagen. Eine Folge von Nullen und Einsen, so die Wissenschaftler, könnte die fälschungssichere Unterschrift der Zukunft darstellen. Zur Verwirklichung gehören eine Identifikationsnummer und eine „intelligente" Chipkarte, die zur Unterschrift „aktiviert" werden muß. Im Zeitalter der Bildschirmtextkommunikation sei eine neue Unterschriftsform notwendig, weil so die Echtheit elektronischer Texte, wie Verträge und Bestellungen, garantiert werden könnte. Damit könnte auch die unberechtigte Systemnutzung verhindern werden.

Fund im Treibeis

Bonn/Bremen (dpa) – Ein Hubschrauber des deutschen Forschungsschiffs „Polarstern" hat die seit Monaten verschollene sowjetische Forschungs-Station Drushnaya auf einer treibenden Eisinsel in der Antarktis ausgemacht. Die Station, in der bislang in jedem Südsommer bis zu 100 sowjetische Wissenschaftler und Techniker arbeiteten, befindet sich auf der mittleren von drei riesigen Eisinseln, die sich Mitte dieses Jahres vom Filchner-Schelfeis gelöst hatten und langsam in die Weddell-See driften. Die mit teuren technischen Geräten ausgerüstete Polarstation war zur Zeit des Unglücks unbesetzt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Das Ende einer Millionen-Erbschaft" – Matthias Glaubrecht beschreibt die Zerstörung der tropischen Wälder.

*

Neuentdeckte Ähnlichkeiten von Krankheitserregern bei Mensch und Pflanzen schildert Rolf H. Latusseck.

*

„Privatdetektiv in der Kopfschmerztablette". Wie Giftbeimischungen sichtbar werden. – Von Arno Nöldechen.

Deutscher Wein verdient Vertrauen. Unser Deutscher Wein.



Briefe an DIE WELT

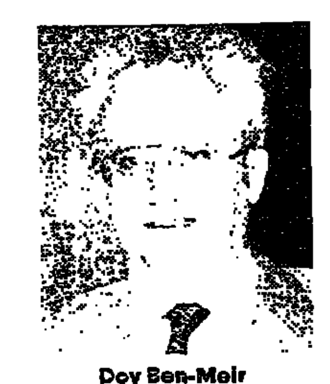
DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Vorwand für Politiker

„Ein Bruch mit Damaskus kommt für Londons Partner nicht in Frage"; WELT vom 10. November

Die Phantasie der Menschen versucht oft einfache Dinge zu komplizieren. Wenn etwas wie das syrische Attentat auf die El-Al-Maschine in London, was nicht der erste Versuch war, scheitert, zündet dies sofort die Vorstellungen einiger Menschen an, die glauben, daß die Dinge nicht so einfach liegen können, und daß die Leute vom israelischen Geheimdienst Mossad einen teuflischen Plan entwickelt haben könnten, wie aus dem Film „Der Spion, der aus der Kälte kam".

Dies kann bei schlichten Geistern *verständlich und sogar annehmbar* sein. Aber wenn sich Politiker hinter den mysteriösen Vorstellungen schlichter Geister verstecken wollen, um politische Ziele, wie die Rechtfertigung des Verkaufs französischer Waffen an Syrien im Werte von 500 Millionen Dollar, dann ist das unentschuldbar. Es erinnert uns an die sehr dunklen Tage der Propaganda, die



Dov Ben-Meir

diese Taktik zynisch für andere politische Ziele verwendete.

Dov Ben-Meir,
Arbeiterpartei, Vizepräsident der Knesset und Bürgermeister von Tel Aviv/Israel

Fortbildung im Betrieb

„Lebenslanges Lernen im Betrieb"; WELT vom 4. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

„lebenslanges Lernen im Betrieb" ist keine neue Forderung, sondern gerade in der mittelständischen Wirtschaft eine allen Arbeitnehmern geläufige Lebensnotwendigkeit.

Daß hier die Großunternehmen mit ihren Möglichkeiten an großzügiger Personalvorausplanung und Kapitaleinsatz für Fortbildung den mittelständischen Betrieben überlegen sind, ist eine in Ihrem Bericht bestätigte Tatsache.

Um die Chancen der Beschäftigten in der mittelständischen Wirtschaft zu verbessern, müssen Gesetzgeber und Bundesanstalt für Arbeit in Verbindung mit den Tarifvertragsparteien Finanzierungsmöglichkeiten schaffen, die zugleich Anreiz und Verpflichtung für Betrieb und Arbeitnehmer sind. Mit ständig neuen außer- und überbetrieblichen Fortbildungsstätten, die *ohnehin keinen* Bezug zur realen Arbeitswelt haben, sind in den Betrieben keine neuen Arbeitsplätze zu schaffen und auch keine bestehenden zu sichern.

Der Mittelstand, welcher nicht nur die Mehrzahl der Arbeitsplätze in der Wirtschaft stellt, sondern darüber hinaus über leistungsfähige Arbeitskräfte verfügt, sollte in die Lage versetzt werden, der Zukunft zu begegnen.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Strack,
Holtland

Gleiche Sprache

„Frankfurts Juden zeigen ihr neues Selbstbewußtsein"; WELT vom 4. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Artikel war sehr interessant und erfreulich. Ich möchte jedoch auf einen Punkt hinweisen, der mir nicht unwichtig erscheint.

Da so mancher Deutscher heutzutage überhaupt keinen Juden kennt, scheint der Glaube um sich zu greifen, daß die Sprache der Juden schlechthin das Jiddische sei und gewesen wäre. *Ihr Artikel leistet diesem* Glauben auch Vorschub indem er Herrn Friedmann zitiert: „Hier kannst Du Jude sein, jiddisch reden ..."

Die in Deutschland verbliebenen Juden aber haben das alles nicht mitgemacht. Die deutschen, österreichischen und böhmischen Juden haben niemals eine andere Sprache gesprochen als die der sie umgebenden deutschen Bevölkerung. Jiddisch war ihnen genauso fremd, wie jedem anderen Deutschen, Österreicher oder Böhmen. Ihre Sprache war Bayrisch oder Österreichisch oder Hessisch oder Kölsch oder was immer.

So wie sie sprachen, dachten sie auch. Sie waren Deutsche, Österreicher oder Böhmen, nur waren sie dies bei Beibehaltung ihrer jüdischen Konfession. Sie waren kein fremdes Volk, so wie die Nazis es dargestellt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Leighton,
Bensheim

„Moralisten"

„Die Vermummten kommen mit ‚Feuer und Flamme'"; WELT vom 10. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie lange noch will unser Staat dem Treiben dieser selbsternannten „Moralisten" so hilf- und auch teilweise tatenlos zusehen? Es ist doch längst keine Frage mehr, wie man selbst *zu Atomenergie oder -politik* steht, sondern wie man zu unserem demokratischen Gemeinwesen steht.

Angesichts dessen, was sich derzeit Woche für Woche auf unseren Straßen und Plätzen abspielt, ist der warnende Vergleich mit der Zeit der Weimarer Republik alles andere als absurd. Auch wenn einige unserer Politiker diese Form der „Meinungsäußerung" beschönigend und den Ernst der Lage verkennend mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit für vereinbar halten mögen.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Kremser,
Regensburg

Wort des Tages

„Freiheit bedeutet Verantwortung; das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten."

George Bernard Shaw, irischer Autor (1856–1950)

Die Schöne?

In der Serie über die Mafia gibt Friedrich Meichsner verschiedene Etymologie-Vorschläge zu dem Begriff. Ich vermisse dabei die mir seit Jahrzehnten vertraute Herleitung von „Mafia" aus einer angeblichen arabischen Wurzel, welche „die Schöne" bedeuten und mit dem uralten hebräischen Städtenamen „Jaffa" stammverwandt sein soll, den auch jeder Nichtisraeli zumindest aus der Bezeichnung „Jaffa-Orangen" kennt. Es soll sich damals um eine in der Tat sehr „schöne", nämlich kühne und achtbare Geheimgesellschaft gehandelt haben, die während einer sarazenischen Invasion und Besatzung entstand und wirklich ehrbare Ziele anpeilte.

Dr. phil. Salcia Landmann,
St. Gallen/Schweiz

Andere Normen

Die päpstliche Kongregation bedauert in ihrer Erklärung „üble Nachrede und gewalttätige Aktionen" gegen homosexuell liebende Menschen. Sind die Verfasser sich denn nicht im klaren darüber, daß sie selber in schlimmer Weise diskriminieren und somit genau das fördern, was sie angeblich verurteilen?

Spätestens jetzt müssen die reformwilligen und fortschrittlichen Gläubigen und Kirchenangehörigen erkennen, daß sie bestenfalls liberales Feigenblatt eines starren, konservativen Systems sind. Die Bürger werden zunehmend mündiger und lassen sich längst nicht mehr ihr Privatleben vorschreiben. Formen der Partnerschaft und Sexualität werden auch dann gelebt, wenn der kirchliche Segen ausbleibt. Die Kirchenoberen reagieren auf diesen Machtverlust durch krampfhaftes Festhalten an vollkommen unhaltbar gewordenen Sexualnormen.

Die Millionen homo- und bisexuell orientierten Kirchensteuerzahler werden sich erneut fragen müssen, ob in einer solchen Kirche noch der richtige Platz für sie ist.

Wolfgang Christiaens,
Düsseldorf 1
Sekretär der Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung

Personen

GEBURTSTAG

Alexander Evertz, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e. V.", begeht heute seinen 80. Geburtstag. Der gebürtige Solinger wurde nach dem Studium der Theologie in Tübingen, Leipzig und Jena 1936 Pfarrer in Zeulenroda in Thüringen, aber schon zwei Jahre später auf Druck vom NS-Regime als „kirchlich nicht tragbar" aus dem Pfarramt entlassen. 1939 in die Hannoversche Landeskirche übernommen, war er von 1942 bis 1945 Soldat. Ab 1955 war er als Pfarrer der Westfälischen Landeskirche in Dortmund an der Melanchthon-Kirche. Aus seinem eigenen Erleben heraus wurde er 1966 Mitbegründer der „Notgemeinschaft", deren Ziel eine bibelgebundene Kirche ist. Für dieses Ziel hat sich Evertz, der ein verbindliches Wesen mit einer klaren, unmißverständlichen Diktion verbindet, in zahlreichen Büchern und Zeitungsartikeln eingesetzt,



Alexander Evertz

von „Der Abfall der Evangelischen Kirche vom Vaterland" (1964) bis „Kirche und Volk. Ein Ja zum Vaterland" (1985).

VERANSTALTUNG

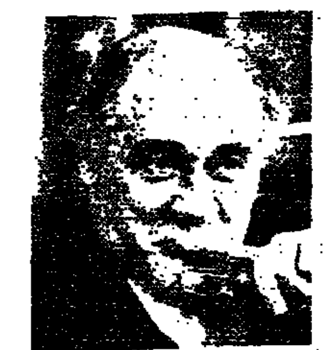
Bei einem festlichen Diner, das Spaniens Botschafter **Eduardo Fonzillas** in seiner Residenz in Bad Godesberg gab, war es nur wenigen vergönnt, aktuelle weltpolitische Aspekte mit einem amerikanischen Stargast, mit **Henry Kissinger**, zu erörtern. Der Botschafter und seine Frau **Beatrix** als Gastgeber hatten zu Ehren von Wirtschaftsminister **Martin Bangemann** Repräsentanten aus Wirtschaft und Industrie eingeladen. Kissinger, der sich auf einer Europareise befindet, knüpfte unter dem spanischen Dach weitere Kontakte zur deutschen Industrie. Die Bonner Gäste bei Fonzillas ließen sich bis spät in die Nacht von der Faszination des früheren amerikanischen Außenministers und heutigen Weltreisenden einfangen. Mit an der spanischen Tafel saßen **Gahl Burt**, Frau des US-Botschafters, der zur Zeit in den USA weilt, der frühere Finanzminister **Hans Matthöfer** (SPD), Ministerialdirektor **Jürgen Ruhfus**, der VW-Vorstandsvorsitzende Dr. **Carl Horst Hahn**, der Krupp-Vorstandsvorsitzende Dr. **Wilhelm Scheider**, der Allianz-Vorstandsvorsitzende Dr. **Wolfgang Schieren**, der Vorsitzende der Geschäftsführung von Henkel in Düsseldorf Dr. **Helmut Sihler**, der persönlich haftende Gesellschafter der Bank Trinkaus & Burkhardt **Herbert Jacobi**, das Vorstandsmitglied der Dresdner Bank **Jürgen Sarrazin**, das Vorstandsmitglied von Daimler-Benz Dr. **Gerhard Liener**, das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank **Hilmar Kopper**, der Godesberger Industrielle **Diethelm Doll**, der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa **Heinz Ruhnau** und Kölns Oberbürgermeister **Norbert Burger**.

EHRUNGEN

Dem langjährigen Bundesverfassungsrichter **Theodor Ritterspach** ist vom Fachbereich Recht und Wirtschaft der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz für seine Verdienste um die Rechtsprechung des Karlsruher Zwillingsgerichts und die rechtsvergleichende Vermittlung der italienischen Verfassungsgerichtsbarkeit der Dr. jur. h. c. verliehen worden. Der 82jährige Jurist, der nach dem Krieg zunächst im bayerischen Kultusministerium und später im Bundesinnenministerium tätig war, gehörte dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts von 1951 bis 1975 an. Viele der Entscheidungen des Grundrechtssenates in dieser Zeit tragen die Handschrift dieser großen Richterpersönlichkeit.

*

Höchste karnevalistische Weihen winken dem Generalintendanten der Bayerischen Staatstheater **August Everding**. Aachens Karnevalsverein (AKV) will den Professor und Vater von vier Söhnen am 14. Februar als Ritter in den „Orden wider den tierischen Ernst" aufnehmen. Der AKV wollte im Wahljahr 1987 keinesfalls einen Politiker damit auszeichnen. Der Vereinsvorstand ließ verlauten, daß auch die Laudatio auf den neuen Ritter nicht von seinem Vorgänger, dem SPD-Kanzlerkandidaten **Johannes Rau**, gehalten wird. Der künftige Ritter August trägt außer nationalen und internationalen



August Everding

Auszeichnungen auch den Karl-Valentin-Orden, weil er „zielstrebig um die Ecke denken" kann. Dem AKV empfahl sich der 58jährige gebürtige Bottroper durch ein gerütteltes Maß an Selbstironie. Er bezeichnete sich selbst als einen „rastlosen Kissinger der Bühnenwelt". Er findet, seinen Status habe sich „vom einstmals königlichen Beamten zum Fußabstreicher" entwickelt. Er werde „idealistisch eingestuft und materiell beurteilt".

GESTORBEN

Der frühere Bundesschatzmeister der FDP, **Hans Wolfgang Rubin**, ist am Montag im Alter von 73 Jahren in seiner Heimatstadt Essen gestorben. FDP-Chef **Martin Bangemann** würdigte Rubin, dessen Tod erst am Mittwoch bekannt wurde, als einen großen Liberalen, der die Entwicklung der FDP von ihren frühesten Anfängen mitgestaltet und sich große Verdienste um die Partei erworben habe. Rubin, Mitbegründer der FDP und der Friedrich-Naumann-Stiftung, war von 1952 bis 1974 Schatzmeister der Partei. Fast dreißig Jahre gehörte er dem FDP-Bundesvorstand an. Bangemann hob auch hervor, daß Rubin einer der wichtigsten Wegbereiter der liberalen Ost- und Deutschlandpolitik gewesen sei. Als erster FDP-Politiker habe er 1967 öffentlich die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit Polen gefordert.

WELT-Umfrage zur Kritik des Schwimmer-Präsidenten Harm Beyer

Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes, hat mit Worten zugeschlagen. Er kritisierte massiv die Stiftung Deutsche Sporthilfe: „Die Sporthilfe als Sozialwerk? Vergiß es. Heute geht es ganz einfach um Bezahlung bestimmter Leistungen durch Geld und Sachleistungen." Und er hat laut über den Ausstieg seines Verbandes aus dem Leistungssport nachgedacht. Mit der provokativ formulierten Alternative: „Olympiasieger oder lebenstüchtiger Mensch". Harm Beyer, im Privatberuf Richter in Hamburg, hat damit eine Diskussion entfacht, die gleich in zwei Fällen an die Substanz des deutschen Hochleistungssports gehen könnte.

Fall 1 – Der Streit mit der Sporthilfe: Der geschäftsführende Vorstand der Stiftung hat am Dienstag (die WELT berichtete) die Förderungszahlungen mit Wirkung zum 1. Dezember vorläufig gestoppt. Ein Streit, unter dem jetzt die Athleten leiden müssen? Josef Neckermann, der Chef der Sporthilfe, stellte gestern noch einmal klar: „Für uns gibt es nur einen Partner, und der heißt Sportler. Wir tun nichts gegen oder auf dem Rücken der Sportler." Die WELT berichtet über Stimmung und Reaktionen im Lager der Spitzenschwimmer. Aktivensprecher Dirk Korthals versucht, gemeinsame Maßnahmen zu erreichen. Aber die meisten schweigen – auch Olympiasieger Michael Groß.

Fall 2 – Sind Olympiasieger lebensuntüchtige Menschen? Josef Neckermann, selbst Goldmedaillengewinner im Dressurreiten: „Ich sehe es als Diffamierung unserer Leistungssportler an, wenn wir behaupten, daß Goldmedaillengewinner keine wirklich hervorragenden Menschen werden könnten. Ich glaube, daß man mir als ehemaligem aktiven Leistungssportler nicht vorwerfen kann, kein lebensfähiger Mensch geworden zu sein." So denken alle Olympiasieger, denen die WELT in einer Umfrage die Frage gestellt hat: Sind Sie lebensuntüchtig? Ihre einmütige Reaktion – zwischen anfänglichem Gelächter und Empörung: „Quatsch". – „Unsinn". – „Beleidigung".

Spitzenfunktionäre des Sports haben Sporthilfe und Harm Beyer zu einem sachlichen Gespräch aufgefordert. Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK): „Ich sehe keinen Anlaß zur Dramatisierung. Ein solcher Gedankenaustausch ist doch, auch wenn er sehr hart zu sein scheint, meist nützlich." NOK-Generalsekretär Walther Tröger: „Ich halte die Auseinandersetzung in der Sache für notwendig, in der Form verfehlt." Gestern haben Harm Beyer und Josef Neckermann „ein klärendes Gespräch" für den nächsten Dienstag fest vereinbart. Die Überzeugung von Willi Daume: „Schwimm-Verband und Sporthilfe werden sich wieder arrangieren."

Sind Sie lebensuntüchtig, Frau Meyfarth?

■ Das ist die Situation bei den Schwimmern
■ Dirk Korthals: Präsident sollte zurücktreten

JÖRG STRATMANN, Bonn

Jetzt droht im Deutschen Schwimm-Verband sogar der sportliche Boykott. „Wenn die Sporthilfe uns von Dezember an nicht mehr unterstützt, sehe ich schwarz für die Zukunft", sagte Aktivensprecher Dirk Korthals (24) aus Bochum in einem Gespräch mit der WELT. „Ich fürchte, daß kaum ein Mitglied der Nationalmannschaft beim Europacup Mitte Dezember in Malmö starten wird".

Korthals' Kritik konzentriert sich auf Harm Beyer. Er glaube zwar nicht, „daß uns die Sporthilfe im Stich läßt", aber er sei entsetzt und enttäuscht über den Verlauf der Dinge, sagte der Aktivensprecher. Vor allem fühle er sich von Beyer hintergangen. „Bei unserem Treffen von Aktiven und Funktionären in Frankfurt hatten wir kürzlich auch über seine Kritik am Sozialwerk Sporthilfe gesprochen", fuhr Korthals fort, „dabei hatten wir Aktive sogar zugegeben, daß im einen oder anderen Fall ein Sportler vielleicht zuviel Unterstützung bekomme." So sei Beyers Einwand in Einzelfällen berechtigt, aber er kritisiere pauschal die Unterstützung aller Athleten. Man habe sich geeinigt, diese Dinge intern weiter zu besprechen. Aber Beyer habe sie dann doch wieder in die Öffentlichkeit getragen.

„Ich verstehe Beyer nicht", sagte Korthals, „und ich kann auch seiner Argumentation nicht mehr folgen. Ich bin sonst sehr zurückhaltend, aber dies alles regt mich auf. Ich werde weiterkämpfen. Das beste wäre tatsächlich, Harm Beyer würde zurücktreten."

Die Ankündigung der Stiftung Deutsche Sporthilfe, nach der wiederholten Kritik Beyers an der Praxis ihrer Unterstützung die Förderungszahlungen an die Spitzenschwimmer mit Wirkung vom 1. Dezember „vorsorglich zu unterbrechen", hat bei den Betroffenen für die verständliche und normale Reaktion gesorgt.

„Wenn es so weit geht, sehe ich keine Möglichkeiten mehr, meinen Sport weiter zu betreiben", sagte Hamburgs Spitzenschwimmer Stefan Pfeiffer der WELT. Auch wenn er zur Zeit seinen Wehrdienst in der Bundeswehr-Sportschule Warendorf ableiste und optimal trainieren könne, würden sich seine Leistungen in einem solchen Fall rapide verschlechtern. „Denn das Geld der Sporthilfe ist schon richtig angelegt. Ich gebe es so aus, wie es vorgesehen ist, als Zuschuß für die Verpflegung oder für die Fahrtkosten", ergänzte der 20jährige. „Wenn 400 gefördert werden, und einer bekommt vielleicht zu viel, wäre die Förderung trotzdem nicht verfehlt."

Sein 19 Jahre alter Vereinskamerad Peter Bermel meinte: „Es würde viele geben, die dann mit dem Schwimmen aufhören müßten." Gerade in den mit geringeren Mitteln geförderten B- und C-Kadern. „Dieser verdammte Streit kann doch nicht auf dem Rükken der Schwimmer ausgetragen werden." Einem Boykott würde er sich anschließen.

„Ich erhalte 850 Mark Unterstützung. Davon lebe ich. Und davon finanziere ich mein Studium", sagte Dirk Korthals. „Wenn das Geld ausbleibt, stehe ich auf dem Schlauch." Noch gestern wollte er per Telefon seine Kolleginnen und Kollegen der Nationalmannschaft zu einer gemeinsamen Erklärung bewegen. Doch die hielten vorerst still.

Michael Groß, Olympiasieger und Weltmeister aus Offenbach, hält sich zurück. Er wolle sich zu der ganzen Problematik nicht äußern, ließ er verlauten. Der Dormagener Europameisterschafts-Zweite Rolf Beab, den ein Versiegen der Förderung als Familienvater und Student besonders hart träfe, sagt ebenfalls nicht viel. „Ich glaube", so wurde er zitiert, „das ist im Moment das Beste, was man machen kann." Von Beabs Vereinskameraden Stephan Güsgen bekam Korthals die Empfehlung, alle weiteren Schritte mit der Nationalmannschaft abzusprechen.

Stefan Pfeiffer und Peter Bermel brachen immerhin eine Lanze für Wilhelm Schmidt und Jürgen Kozel, die vor einigen Tagen von ihren Ämtern als Vizepräsident und Schwimmwart zurückgetreten waren. „Sie waren für uns die besten Ansprechpartner des Präsidiums", sagte Bermel. Pfeiffer: „Ich glaube, daß Harm Beyer das, was er kritisiert, gar nicht beurteilen kann. Schmidt konnte das besser."

Es sei sehr schwer, „das wieder klarzubiegen", meinte Dirk Korthals. Wenn Harm Beyer allerdings Fehler eingestehe und sich künftig an Absprachen halte, „sind auch wir Schwimmer zu Kompromissen bereit." Auch in der Frage eines Starts beim Europacup, den die DSV-Herren zu verteidigen haben.

■ Die klaren, fast einhelligen Antworten der Goldmedaillengewinner
■ Rosi Mittermaier: „Solch einen Blödsinn habe ich noch nicht gehört"

DW. Bonn

Von Heide Rosendahl bis Alwin Schockemöhle – sie sind alle einer Meinung: Harm Beyers Alternative „Olympiasieger oder lebenstüchtiger Mensch" stellt sich nicht. Die WELT-Umfrage unter Olympiasiegern führt zu einem eindeutigen Ergenis: Gerade der Leistungssport fördere die Persönlichkeit, er ist eine große Hilfe dabei, das Leben nach dem Ende der aktiven Laufbahn zu meistern. Das sind die Antworten von Athleten, die zwischen 1972 in München und 1984 in Los Angeles Goldmedaillen bei Olympischen Spielen gewannen:

● **Heide Rosendahl**, 1972 Olympiasiegerin im Weitsprung und mit der Sprintstaffel (nach kurzem Gelächter): „Das ist eine Diskriminierung. Hat Harm Beyer selbst Leistungssport betrieben? Hält er den Michael Groß für einen lebensuntüchtigen Menschen? Ich kann nicht vertragen, wenn jemand derartige Rundumschläge verteilt. Leistungssport ist etwas rundum Positives. Vielleicht sollten wir uns da etwas mehr die USA als Vorbild nehmen. Dort ist der Hochleistungssport ein Ideal, das erstrebenswert ist. Den Wettkampf-Streß habe ich gerne auf mich genommen. Das Gefühl, eine mir selbst gestellte Aufgabe auch bewältigen zu können, hilft mir heute noch immer. Leistungssport fördert die Persönlichkeit."

● **Cornelia Hanisch**, 1984 Mannschafts-Olympiasiegerin im Florettfechten: „Die Bemerkung ist im Grunde genommen eine Frechheit. Ich verstehe Herrn Beyer nicht. Sicherlich muß man ständig darüber diskutieren, welche Unterstützung ein Sportler bekommt oder bekommen sollte. Aber so kann man die Diskussion nicht angehen. Die Anforderungen im Leistungssport sind ungeheuer gewachsen, und es nicht einzusehen, daß ein Spitzenathlet seinen Sport unter miserablen Bedingungen betreiben soll. Und daß die Sporthilfe ein Modell ist, sieht man daran, daß andere Länder diesem Beispiel nacheifern."

● **Annegret Richter**, 1976 Olympiasiegerin im 100-m-Lauf: „Das ist Quatsch. Die Alternative aufzustellen, ‚entweder Direktor oder lebensuntüchtig', ist ja wohl genauso blödsinnig. Das hieße ja, daß Leistung bringen, in welchem Beruf auch immer, dazu führen würde, das Leben nicht zu meistern."

● **Klaus Wolfermann**, 1972 Olympiasieger im Speerwerfen: „Da keilt jemand so durch die Gegend, wie es nicht sein soll. So kann man sich nicht zu dem Thema äußern. Wir können nicht vom Leistungs- oder Breitensport abrücken. Das Bild, das durch die Äußerungen Beyers im Lande entsteht, ist falsch. Es wird bei der Förderung von Sportlern immer Probleme geben, darüber muß man sprechen. Den Weg eines Spitzensportlers zu gehen, muß jeder selbst entscheiden. Wenn er dabei an einer Grenze ankommt, ist es sein eigener



„Das ist eine Unverschämtheit" – Ulrike Meyfarth, Olympiasiegerin von 1982 und 1984. FOTO: DIE WELT

Wille, ob er weitergeht oder nicht. Wenn mir das passiert wäre, was die Schwimmer jetzt erleben, wäre ich in ein anderes Land gegangen. Ich wollte meinen Sport betreiben."

● **Ulrike Meyfarth**, 1972 und 1984 Olympiasiegerin im Hochsprung (nach einer belustigten Frage an eine Arbeitskollegin: „Anne, bin ich lebenstüchtig? – Sie sagt ja!"): „Das ist eine bodenlose Unverschämtheit. Wenn Herr Beyer feststellt, der Sport, den er vertritt, bringe lebensuntüchtige Menschen hervor, dann trägt auch er die Verantwortung dafür und sollte schleunigst als Präsident zurücktreten. So kann und darf nicht diskutiert werden. Gott sei Dank ist es bei uns jedem selbst überlassen, ob er Leistungssport betreiben will oder nicht."

● **Rosi Mittermaier**, 1976 Olympiasiegerin im Abfahrtslauf und im Spezialslalom: „Solch einen Blödsinn habe ich überhaupt noch nicht gehört. Alles, was ich heute bin und habe, verdanke ich dem Sport. Gerade jetzt, wenn ich an meine aktive Zeit zurückdenke, begreife ich erst so richtig, was der Leistungssport mir gegeben hat. Ich kenne viele Olympiasieger, das sind alles Menschen, die sich im Leben behaupten. Selbstverständlich mag es für einige Leistungssportler schwer sein, nach Abschluß ihrer Karriere im Berufsleben Fuß zu fassen. Aber gerade sie haben ja zu kämpfen gelernt. Wer, wenn nicht sie, hätte denn in einem hohen Maße gelernt, ein Ziel, das sie sich gesteckt haben, auch zu erreichen."

● **Rolf Milser**, 1984 Olympiasieger im Gewichtheben: „Totaler Blödsinn. Selbstverständlich hat ein Hochleistungssportler in unserer Zeit kaum mehr die Möglichkeit, an etwas anderes zu denken als an seinen Sport. Aber das ist in jedem anderen Beruf nicht anders. Wenn einer damit zufrieden ist, in unserer Leistungsgesellschaft einfach mitzuschwimmen und damit zufrieden ist, dann ist das seine Sache. Ein Leistungssportler, der es sich zum Ziel gesetzt hat, Olympiasieger zu werden, hat einen solchen Menschen schon weit überholt. Ob China oder Südamerika, ich bin in der Welt herumgekommen – durch den Sport. Lieber einmal dagewesen, als zehnmal darüber gelesen oder gehört. Mein Sport hat mir Lebenserfahrung gegeben, Disziplin gelehrt und meinen Horizont erweitert. Ist das denn nichts?"

● **Alwin Schockemöhle**, 1976 Olympiasieger in der Einzelwertung der Springreiter: „Ich habe an mir noch nicht feststellen können, daß ich lebensuntüchtig bin. Einem Olympiasieger, der sich halbwegs vernünftig benimmt, öffnen sich im Gegenteil so viele Türen, daß er aus seinem Leben mehr machen kann als die weitaus meisten anderen Menschen. Überall muß Leistung gebracht werden. Ich kenne genug Olympiasieger, um sagen zu können, daß sie auch nach ihrer sportlichen Laufbahn im Beruf etwas leisten und diese Leistung auch zu einem guten Preis verkaufen."

SPORT-NACHRICHTEN

15 000 Karten für Berlin

Berlin (sid) – 15 000 Karten dürfen für den ersten Weltcup-Parallel-Slalom in Berlin am 28. Dezember verkauft werden. Diese Auflage erteilte der Berliner Senat dem Ski-Verband Berlin, nachdem in jüngster Zeit ökologische Bedenken gegen eine Großveranstaltung im Landschaftsschutzgebiet angemeldet wurden.

Norman neuer Weltmeister

Toulouse (dpa) – Der Neuseeländer Ross Norman besiegte im Endspiel der Squash-Weltmeisterschaften von Toulouse den Pakistani Jahangir Khan. Khan hat damit als Weltmeister der letzten fünf Jahre nach über 500 Turnierspielen die erste Niederlage erlitten.

Niederlage für Britsch

Berlin (sid) – Jürgen Britsch, Box-Vize-Meister der Bundesrepublik Deutschland im Federgewicht, unterlag zum Auftakt des Internationalen Boxturniers von Istanbul dem Rumänen Nikolae Talpos mit 1:4 Richterstimmen.

Bulgarischer Doppelerfolg

Sofia (dpa) – Durch Alexander Warbanow und Borislaw Gidikow kam es bei den 57. Gewichtheber-Weltmeisterschaften im Mittelgewicht zu einem bulgarischen Doppelerfolg. Warbanow siegte im Zweikampf mit 377,5 kg vor Gidikow (372,5). Dabei stellte Warbanow mit 215 kg im Stoßen und Gidikow mit 168,5 im Reißen jeweils einen Weltrekord auf.

Schiller sagte ab

München (dpa) – Peter Schiller vom Eishockey-Bundesligaklub Mannheimer ERC muß auf die Kanada-Reise der A-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland verzichten. Der Grund für Schillers Absage ist eine Muskelverletzung am rechten Fuß.

Piontek bleibt Trainer

Kopenhagen/Preßburg (dpa) – Sepp Piontek wird Dänemarks Fußball-Nationalmannschaft auch weiterhin betreuen. Piontek einigte sich mit dem dänischen Fußball-Verband auf eine Vertragsverlängerung bis zum 30. Juni 1990.

WM in Stuttgart

Rom (dpa) – Die Kunstturn-Weltmeisterschaften 1989 finden in Stuttgart statt. Das beschloß der Kongreß des Internationalen Turnerbundes in Rom. Die weiteren Bewerber waren Barcelona, Algier und Indianapolis.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in London, 1. Runde: Kriek (USA) – Sanchez (Spanien) 5:7, 6:4, 6:4, Depalmer (USA) – McNamee (Australien) 6:4, 6:3, Casal (Spanien) – Schapers (Holland) 2:6, 6:1, 7:5, Curren – Sadri (beide USA) 6:3, 6:2, Noah (Frankreich) – Canter (USA) 6:4, 6:4, Svensson (Schweden) – Smid (CSSR) 6:4, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** in Buenos Aires, 1. Runde: Steeb (Bundesrepublik Deutschland) – Vajda (CSSR) 6:3, 6:2. – **Damenturnier** in Chicago, 1. Runde: Bunge (Bundesrepublik Deutschland) – Phelps (USA) 6:3, 6:2, Potter (USA) – Fairbank (Südafrika) 6:3, 6:2, Moulton – Burgin (beide USA) 6:2, 6:7, 6:1, Rinaldi – White (beide USA) 7:6, 6:4, Sabatini (Argentinien) – Sawschenko (UdSSR) 6:0, 7:5.

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaften in Sofia, Mittelgewicht, 75 kg: 1. Warbanow 377,5 (165 Reißen/212,5 Stoßen), 2. Gidikow (beide Bulgarien) 167,5/205), 3. Socaci (Rumänien) 350 (157,5/192,5).

FUSSBALL

EM-Qualifikation „U 21": England – Jugoslawien 1:1, CSSR – Dänemark 1:1.

TENNIS

Bunge spielt in Bestform

dpa, **Chicago**

Bettina Bunge aus Aschaffenburg befindet sich eine Woche vor dem Tennis-Masters-Finales in New York weiter in ausgezeichneter Form. In der ersten Runde des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers von Chicago schlug sie Terry Phelps (USA), klar mit 6:3, 6:2. Bettina Bunge trifft nun auf die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova.

Die 23jährige Bettina Bunge, die sich in der vergangenen Woche als dritte Deutsche für das 16er-Feld beim Masters-Turnier qualifiziert hatte, verlor gegen Terry Phelps gleich im ersten Spiel ihren Aufschlag zu Null. Doch anschließend spielte sie in glänzender Form und ließ ihrer Gegnerin, die in der Weltrangliste einen Platz hinter ihr liegt, kaum noch eine Chance. „Ich merkte, daß Terry sehr nervös war", sagte sie. Die Amerikanerin hätte die Punkte aus dem Spiel für eine Masters-Teilnahme benötigt.

Bettina Bunge freut sich nun auf das Spiel gegen Martina Navratilova „Ich hoffe, daß ich so spiele, wie ich spielen kann", sagte sie , „es wird aber sicher sehr hart."

SIXDAYS

Sieg in der letzten Nacht

dpa, **München**

Der Frankfurter Dietrich Thurau und sein australischer Partner Danny Clark gewannen in der Nacht zum Mittwoch das 23. Münchner Sechstagerennen. Auch die Organisatoren in der Olympiahalle zogen erfreut Bilanz. Insgesamt 95 000 Zuschauer wurden gezählt, soviel wie noch nie.

Der 32jährige Thurau und der drei Jahre ältere Clark erhielten zwei Autos als Prämien und waren auch in der Gesamtwertung der Dernyrennen erfolgreich. Allerdings sicherten sich beide den Gesamtsieg erst nach einem spannend verlaufenen 75minütigen Finale. Bis dahin hatten Urs Freuler und Rene Pijnen (Schweiz/Niederlande) vor ihrem dritten Erfolg gestanden.

Über den Sieg und die Plazierung entschied die Schlußwertung. Dank des schnellen Australiers gewannen Thurau/Clark vor Freuler/Pijnen und Josef Kristen (Köln) und Roman Hermann (Liechtenstein). Für den Frankfurter war es der 22. Sieg. Clark feierte seinen dritten Erfolg in München und insgesamt seinen 37. Sechstagesieg.

„Die Brutalität hat sich nicht verringert“

UNO-Bericht zu Afghanistan / Bevölkerung steht hinter Rebellen

DW. New York/Moskau

Von einer immer stärkeren Verletzung der Menschenrechte in Afghanistan spricht der neueste Bericht der Vereinten Nationen, der von dem österreichischen Juristen Professor Felix Ermacora erarbeitet und jetzt in New York veröffentlicht wurde. Ohne sie beim Namen zu nennen, macht der Autor die Sowjetunion für diese Entwicklung verantwortlich. Die Präsenz ausländischer Truppen und ihre Teilnahme an dem Konflikt in Afghanistan, so Ermacora, sei der „direkte Grund für unduldbare Leiden“ der Menschen. Die Brutalität der Auseinandersetzungen zwischen den moslemischen Rebellen und den das Regime in Kabul stützenden afghanischen und sowjetischen Soldaten habe sich nicht verringert. Die Widerstandskämpfer hätten die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.



Berichterstatter für Afghanistan: Felix Ermacora FOTO: CAMERA PRESS

Ermacora hob den Umstand hervor, daß die Flüchtlinge – mehr als fünf Millionen Menschen sind bis heute in die Nachbarländer Pakistan und Iran geflohen – weder im Innoch im Ausland repräsentiert seien. Dies stehe im Gegensatz zu dem Selbstbestimmungsrecht, wie es in der internationalen Menschenrechtskonvention verankert sei. Der Österreicher formulierte deshalb erstmals den Vorschlag, daß die Flüchtlinge in den afghanischen Gebieten, die nicht von Kabul kontrolliert werden, Delegierte zu einem Rat wählten, der die Flüchtlinge repräsentieren solle.

Als Voraussetzung für eine Lösung des Flüchtlingsproblems nennt er den völligen Rückzug der „fremden Truppen“. Die UNO-Vollversammlung hat diesen Rückzug bereits am 5. November in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution gefordert.

Ermacora stützt sich in dem Bericht auf die Aussagen von Flüchtlingen und einen Besuch im Nachbarland Pakistan. Die Regierung in Kabul hat nach seinen Angaben ein Angebot zur Zusammenarbeit nicht beantwortet. Auch in den vergangenen Jahren hatte das kommunistische Regime eine Erkundung der Verhältnisse vor Ort nicht zugelassen.

In dem Bericht wird der Regierung in Kabul vorgeworfen, ihre Aktionen gegen Opposition und Zivilbevölkerung verschärft zu haben. Dörfer würden bombardiert, Kolonnen mit Flüchtlingen auf dem Weg nach Pakistan angegriffen und Häuser willkürlich durchsucht. Außerdem seien Folterungen durch die afghanische Geheimpolizei an der Tagesordnung. Ermacora prangerte auch den immer häufigeren Einsatz von schweren Waffen durch die afghanisch-sowjetischen Truppenverbände an. Der Einsatz von als Spielzeug getarnten Sprengkörpern habe viele Opfer unter der Zivilbevölkerung – vor allem bei Kindern – gefordert.

Der Sonder-Berichterstatter der UNO-Kommission für Afghanistan ist der Ansicht, daß Kabul eine „Säuberung der an Pakistan und Iran angrenzenden Provinzen zur Herstellung einer Sicherheitszone entlang der Grenzen“ betreibe. Diese Strategie werde durch eine Intensivierung von Luftangriffen verdeutlicht. Andererseits häuften sich Versuche der Regierung, Stammesrivalitäten im Lande zu schüren.

Obwohl die Situation in Afghanistan nach dem Bericht „weiterhin eine Quelle größter Sorge ist“, verzeichnet er auch positive Ansätze. So habe die im Mai umgebildete Regierung unter Parteichef Nadschibullah sich offener für Kontakte mit internationalen Hilforganisationen wie Unicef und Rotes Kreuz gezeigt.

Ermacora forderte die UNO-Vollversammlung auf, an alle Staaten einen dringenden Appell zu richten, damit diese ihre humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge verstärken. Zugleich empfahl er ihr und den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die Programme insbesondere für Flüchtlingskinder auszubauen. Außerdem trat er dafür ein, die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) zu ermutigen, das Kulturerbe Afghanistans zu retten und die Einhaltung der Haager Konvention über den Schutz von Kulturgütern im Kriegsfalle zu gewährleisten.

Ein Sprecher des Moskauer Verteidigungsministeriums dementierte gestern eine Meldung der „Washington Times“, nach der die Sowjetunion vor kurzem zwei neue Divisionen nach Afghanistan entsandt hätte. In dem von der amtlichen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Dementi heißt es, die *Darstellung* der US-Zeitung sei eine „böswillige Falschmeldung“. Tass ruft dabei in Erinnerung, daß die Rote Armee vor wenigen Wochen 8000 Mann aus Afghanistan abgezogen habe. Nach westlichen Schätzungen hatte die Sowjetunion bis dahin rund 120 000 Soldaten in dem südlichen Nachbarland eingesetzt.

RGW-Kommuniqué kann Streit im sozialistischen Lager nicht verdecken

System der Preisbildung und Rolle des Rubels bringen „Bruderländer“ gegen Moskau auf

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Das Kommuniqué zum Abschluß des zweitägigen Treffens der Parteiführer aus den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau ist dürr und verschweigt die Problematik und die Spannungen, die unter den einzelnen Mitgliedsländern herrschen.

In dem Papier, das gestern in allen sowjetischen Zeitungen veröffentlicht wurde, heißt es nur, die Parteichefs hätten grundlegende Probleme einer verbesserten Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft und Möglichkeiten einer „vollständigeren Entfaltung der schöpferischen Potentiale des Sozialismus“ diskutiert. Im Vordergrund der Diskussionen hätten neue, progressive Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gestanden. Gemeinsam wolle man die Moskauer Positionen von Reykjavik sowie künftige Anstrengungen zur Abschaffung von Atomwaffen und die Verringerung von konventioneller Bewaffnung unterstützen. Das Treffen sei, so wurde floskelhaft formuliert, in *„herzlicher und offener* Atmosphäre“ des gegenseitigen Verstehens und der Einigung in allen Fragen verlaufen.

Verfall des Ölpreises

Das hervorgehobene Wort Einigung deutet jedoch auf harte Auseinandersetzungen zwischen den angereisten Parteiführern hin: Todor Schiwkow (Bulgarien), Erich Honekker (*„DDR“*), *Wojciech* Jaruzelski (Polen), *Nicolai* Ceausescu (Rumänien), Janos Kadar (Ungarn), Gustav Husak (CSSR), Fidel Castro (Kuba) und Truong Shinh (Vietnam) und Shambyn Batmunch (Mongolei).

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Erörterungen standen sicherlich der Verfall des Ölpreises und das System der Preisbildung überhaupt. Schon seit längerem fordern die Teilnehmerstaaten eine Reform der Preisbildung. Insbesondere geht es den „Bruderländern“, die von Moskau wegen steigender Rüstungsausgaben immer stärker zur Kasse gebeten werden, um die dubiose Rolle des Rubels, der innerhalb des RGW das Zahlungsmittel darstellt. Der Rubel, der sich am Dollarkurs orientiert, ist bis heute nicht konvertibel. Die Austauschverhältnisse mit den einzelnen nationalen Währungen innerhalb der RGW-Mitgliedstaaten neigen sich immer mehr zu Lasten der Ostblock-Staaten.

Von tiefgreifenden Querelen innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zeugte auch die kürzlich in Bukarest auf der Ebene der Ministerpräsidenten abgehaltene 42. Tagung des RGW. Insbesondere die Pläne zur Steigerung der Stromproduktion führten offensichtlich zu Streitigkeiten. Es wurde ein Programm verabschiedet, das vorsieht, die Kapazitäten *in den RGW-Ländern bis zum* Jahrhundertwende von derzeit acht Millionen Kilowatt auf 50 Millionen zu erhöhen – allerdings „mit Ausnahme der Sowjetunion“. Der Anteil der nuklearen Energiegewinnung an der gesamten *Stromerzeugung* werde dann nahezu 40 Prozent mehr ausmachen, während ihn die Sowjetunion von gegenwärtig elf auf 30 Prozent zu steigern trachte. Der Graben der Unstimmigkeit zwischen Moskau und den restlichen „Bruderländern“ muß so tief gewesen sein, daß der Kreml die RGW-Parteichefs nach Moskau beorderte.

Orden für Parteichefs

Westliche Wirtschaftskreise sehen daher die jüngste Umbildung der Regierungsorgane in der UdSSR auch im Lichte dieser RGW-Tagung. So wurden Anfang dieser Woche vier *dem Ministerrat zugeordnete Büros* beziehungsweise Kommissionen neu gebildet. Neben einem Büro für soziale Entwicklung wurde eine Organisation für Maschinenbau, eine Organisation für Brennstoff- und Energiefragen *sowie eine außenwirtschaftliche* Kommission gebildet.

Fidel Castro, der erstmals wieder persönlich in Moskau auftrat – sonst schickt er seinen Bruder Raoul – erhielt von Generalsekretär Gorbatschow zu seinem 60. Geburtstag den Lenin-Orden. Der bulgarische Parteichef Schiwkow wurde zu seinem 75. Geburtstag mit dem Orden der Oktoberrevolution geehrt. Ob diese *Ehrungen helfen können*, die Zerwürfnisse innerhalb der „sozialistischen Gemeinschaft“ zu überwinden, scheint mehr als fraglich. Das knappe Abschlußkommuniqué der jüngsten RGW-Tagung läßt jedenfalls anderes *vermuten*.

Schewardnadses Kritik eine Pflichtübung?

SPD will „Newsweek“-Streit wieder zur Sprache bringen

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die Bundesregierung hält die Affäre um das umstrittene Kanzler-Zitat in der Zeitschrift „Newsweek“ für erledigt. Weiteren Versuchen der SPD, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen, will sie energisch entgegentreten. In der auf Drängen der SPD für heute morgen angesetzten Aktuellen Stunde des Bundestages wird diese Linie von den Rednern der Regierung mit Nachdruck vertreten werden.

Die Sachlage ist nach Ansicht maßgeblicher Koalitionspolitiker geklärt: Bundeskanzler Kohl habe am 6. November im Bundestag, wie zuvor schon am 3. November in seinem WELT-Interview, bedauert, daß fälschlich der Eindruck entstanden sei, er habe den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow mit Goebbels verglichen. Er habe sich davon distanziert, jede Absicht einer Beleidigung bestritten und seinen guten Willen gegenüber der Sowjetunion und gegenüber Gorbatschow betont. Mehr könne er nicht tun. Deshalb sei die Angelegenheit nunmehr für Bonn erledigt.

In Regierungskreisen hofft man, daß dies auch für Moskau gilt. Allerdings hat der sowjetische Außenminister Schewardnadse noch am Montag in einer Pressekonferenz scharfe Kritik an dem „Newsweek“-Interview des Kanzlers geäußert: „Die UdSSR fühlt sich zutiefst beleidigt. Wir sind sehr empört über den Ausfall des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland.“

In Bonn hält man es jedoch für möglich, daß es sich dabei um eine Art Pflichtübung gehandelt hat, der Schewardnadse – da er nun einmal öffentlich darauf angesprochen worden war – nicht ausweichen konnte. Immerhin hat sich der Sowjetpolitiker, *dem Bundesaußenminister* Genscher in der vergangenen Woche in Wien die Haltung Kohls erläutert hatte, die künftige Haltung Moskaus bewußt offen gelassen. Zu der Frage, welche Auswirkungen das Kohl-Interview *auf die deutsch-sowjetischen* Beziehungen haben werde, sagte er: „Das ist schwer zu prophezeien.“

Auch die Absage einer Bonn-Reise mehrerer sowjetischer Journalisten wird in Regierungskreisen nicht überbewertet, da so etwas lange beschlossen und nicht kurzfristig entschieden werde. So schnell würden die Weichen in Moskau nach den Erläuterungen des Kanzlers nicht neu gestellt. Bonn jedenfalls wolle nunmehr gegenüber Moskau wieder zur Tagesordnung übergehen.

Die SPD hingegen muß mit Attakken der Koalitionsparteien rechnen. Ihr wird die Frage gestellt werden, wessen Interessen sie eigentlich vertrete, wenn sie weiterhin einen Streit am Leben erhalten wolle, zu dem von der Sache her nichts mehr zu sagen sei. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rühe hatte schon in der vergangenen Woche im Bundestag der SPD zugerufen: „Wollen Sie es eigentlich der Sowjetunion erleichtern, oder wollen sie es ihr in Wirklichkeit nicht erschweren, diesen *Vorgang abzuschließen?*“

Trotz Karlsruher Urteil wieder „Sitzblockaden“

AP, **Bonn**

Mit einer neuen gewaltfreien Blokkade will die „Friedensbewegung“ am Donnerstag und Freitag kommender Woche die Bauarbeiten an den Stellungen für Marschflugkörper (Cruise Missile) stören. Nach der Niederlage der „Friedensbewegung“ vor dem Bundesverfassungsgericht kündigten Sprecher des Koordinierungsausschusses gestern an, man wolle mit dieser neuen Aktion bei Hasselbach im Hunsrück die Arbeiten „wenn möglich verhindern“.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am Dienstag mit vier zu vier Stimmen entschieden, daß Sitzblokkaden generell strafbar sein können. Der Koordinierungsausschuß meinte, das Urteil habe gezeigt, „daß trotz *monatelanger Diskussion selbst bei* Verfassungsrichtern keine Mehrheit gefunden werden konnte, die an der bisherigen Rechtsauffassung festhalten will, daß gewaltfreie Sitzblockaden generell gewalttätig und verwerflich sind“. Damit sei auch die Unausweichlichkeit der Verurteilung wegen Nötigung in Frage gestellt.

Anschlag auf den Papst war schon 1979 geplant

AFP, **Rom**

Papst Johannes Paul II. sollte offensichtlich bereits bei seinem Besuch in Istanbul im November 1979 von dem türkischen Attentäter Mehmet Ali Agca ermordet werden, doch scheiterte dieser Plan damals. Das geht aus einem gestern veröffentlichten Bericht bevor, in dem das Urteil vom 29. März des Schwurgerichts in Rom begründet wird. In dem Prozeß um die Hintergründe des Papst-Attentats vom 13. Mai 1981 hatte Ali Agca, der bereits zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, ein Jahr Gefängnis wegen Einführung einer Waffe nach Italien erhalten. Die je drei mitangeklagten Bulgaren und Türken wurden freigesprochen.

In dem 1200 Seiten umfassenden Text *wird von den Richtern eine* bulgarische Verwicklung in das Papst-Attentat vom 13. April 1981 auf dem Petersplatz nach wie vor nicht ausgeschlossen. Als Grund heißt es, Ali Agca habe die in dem Prozeß angeklagten Bulgaren, die wegen *Mangels* an Beweisen freigesprochen worden waren, gut gekannt.

Warschau geht wieder verstärkt gegen Kirche vor

AFP/AP, **Warschau**

Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban hat die Bischöfe seines Landes scharf angegriffen und insbesondere den Sprecher des Episkopats, Pater Alozjy Orszulik, der „Anstiftung zum Verbrechen und der Verbreitung von Fehlinformationen“ beschuldigt.

Seine Vorwürfe bezogen sich auf einen Artikel, den der Pater in der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ veröffentlichen wollte und den Urban verboten hatte. Darin hatte Orszulik bedauert, daß „zahlreiche Organisationen und katholische Verbände“ seit 1945 aufgelöst worden seien. Außerdem hatte er zur „Bildung von Verbänden in den Gemeinden“ aufgefordert.

Polnische Bereitschaftspolizei löste gestern in Warschau eine Demonstration von mehreren Tausend Anhängern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ auf. Die Menge war auf dem Weg zum Grabmal des *Unbekannten Soldaten*, um dort am polnischen Unabhängigkeitstag Kränze niederzulegen.

Verteidigungshaushalt um 470 Millionen Mark gekürzt

„Beförderungsstau“ bei Zivilverwaltung soll gelockert werden

rmc. **Bonn**

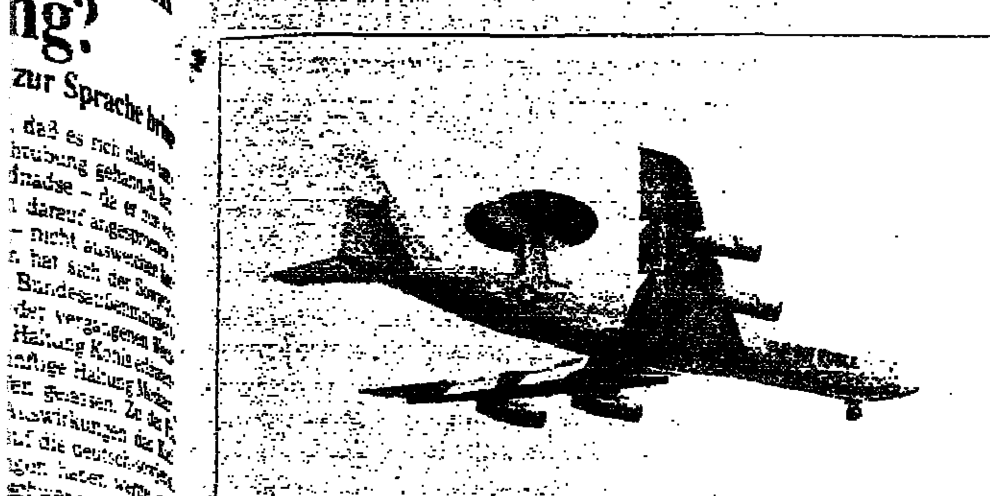
Der von der Bundesregierung vorgelegte *Verteidigungshaushalt* des kommenden Jahres ist bei den Beratungen im Haushaltsausschuß des Bundestages um 470 Millionen Mark gekürzt worden. Damit werden sich 1987 die Bundesausgaben für die Verteidigung auf rund 50,83 Milliarden Mark belaufen und eine nominale Steigerung gegenüber dem Soll dieses Jahres von knapp zwei Prozentpunkten ergeben.

Nach Angaben des CDU-Haushaltsexperten Bernhard Friedmann werden die Kürzungen die Substanz des Verteidigungshaushaltes nicht wesentlich verändern. Wichtiger sind nach seiner Ansicht finanzielle Umschichtungen im Gesamtplafond, die unter anderem den Bau des dritten Flottendienstbootes für die Marine ermöglichen und den Bau von drei zivilen Containerschiffen, deren Nutzung für den Krisenfall zur Versor*gung Europas* über den Nordatlantik vorgesehen ist.

Für das Flottendienstboot, das neben zwei anderen auf einer Flensburger Werft gebaut werden soll, sind im *nächsten Jahr 34 Millionen Mark* aus dem Titel für die Benzinversorgung der Truppe abgezweigt worden. Zum Bau der drei Containerschiffe auf einer Kieler Werft sind 1987 als Zuschuß aus dem Verteidigungsetat 75 Millionen Mark eingeplant.

Eine Bremer Werft möchte zwei weitere Schiffe dieser Art in Auftrag nehmen, um auf diese Weise die angespannte Arbeitsplatzsituation an der Küste zu verbessern. Nach Angaben von Friedmann ist noch offen, ob der dafür erforderliche Zuschuß von 50 Millionen Mark ebenfalls aus dem Verteidigungshaushalt genommen werden kann.

Mit einem für die Verabschiedung des Bundeshaushalts 1987 vorgesehenen Entschließungsantrag will die Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auffordern, bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept zur Lockerung des Beförderungsstaus bei der zivilen Verwaltung der Bundeswehr vorzulegen.



Boeing hat beim Countdown für die Mitte Dezember erwartete Vergabe des lukrativen Auftrags für ein fliegendes Frühwarnsystem für die Royal Air Force das beste Angebot seiner Geschichte gemacht. (S. 14) FOTO: ROLAND WITSCHEL/DPA

WELTWIRTSCHAFT

USA: Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten wird 1991 noch 100 Mrd. Dollar übersteigen und damit weit von dem für das betreffende Jahr vom Gramm-Rudman-Gesetz vorgeschriebenen Ausgleich bleiben. (S. 15)

Italien: Für den gesamten Bereich der italienischen Staatsbetriebe wird die Übernahme von Alfa Romeo durch Fiat nicht ohne Folgen bleiben. (S. 15)

Brüssel: Mit der Paraphierung eines Textil-Abkommens mit Uruguay hat die EG-Kommission in dieser Woche eine Serie bilateraler Verhandlungen zur Ausfüllung des neuen Multifaserabkommens beendet. (S. 14)

Emissionen: Fast täglich wird die Pariser Börse mit neuen Übernahmeangeboten konfrontiert, für die bereits von zahlreichen Unternehmen eine „Kriegskasse" unterhalten wird. (S. 15)

Ägypten: Nachdrücklich hat sich Hosni Mubarak in einer Rede zur Parlamentseröffnung gegen ausländische Versuche verwahrt, Einfluß auf wirtschaftspolitische Entscheidungen des Landes zu nehmen.

Giganten-Abnahme: Obwohl jetzt Iran den größten Tanker der Welt, den „Seawise Giant" abgenommen hat, beklagt die Genfer Welthandelsorganisation Unctad die weltweite Schiffahrtskrise. (S. 14)

FÜR DEN ANLEGER

Spanien: Ein Sekundärmarkt, das heißt ein Markt für Aktien, die im Freiverkehr gehandelt werden, wird in Madrid eröffnet. (S. 15)

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 269,50 (272,40); Chemie: 161,18 (163,31); Elektro: 334,81 (337,06); Auto: 705,74 (714,25); Maschinenbau: 153,68 (153,81); Versorgung: 163,98 (165,95); Banken: 387,99 (394,12); Warenhäuser: 181,27 (182,89); Bauwirtschaft: 531,75 (539,19); Konsumgüter: 178,52 (179,80); Versicherung: 1360,54 (1368,49); Stahl: 135,71 (138,56).

Kursgewinner:	DM	+ %
Bremer Vulkan	123,80	6,54
Veith Pirelli	724,00	4,93
Rheinmetall	372,00	4,49
Toray Ind.	7,25	4,32
Seiyu Ltd.	15,00	4,17

Kursverlierer:	DM	– %
Banco de Vizcaya	96,00	4,95
Aach.u.Münch. V.	2200,0	4,76
Escada Vz.	950,00	4,71
Dt.Eff.u.Wechs.	590,00	4,66
Nisshin Steel	2,05	4,75

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Leichter

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Basel: Zwei unterschiedliche Haftungs- und Anspruchsgrundlagen konkurrieren im Versicherungsschaden des schweizerischen Chemieriesen Sandoz, der für die Rheinverschmutzung verantwortlich ist. (S. 16)

Ergebnisbelastung: Mit einem Wertberichtigungsbedarf, der „die aus früheren Jahren gewohnten Beträge" übersteigen wird, rechnet die Deutsche Hypothekenbank AG für das laufende Geschäftsjahr. (S. 16)

Inbetriebnahme: Das modernste Biotechnikum Europas ist jetzt im oberschwäbischen Biberach von der Dr. Karl Thomae GmbH in Betrieb genommen worden. (S. 16)

Extrusionsanlagen: Für 1986 erwartet die Reifenhäuser GmbH & Co. KG eine Umsatzsteigerung von zwölf Prozent auf 250 Mill. DM sowie einen Gruppenumsatz von rund 300 Mill. DM. (S. 17)

Steinkohle: In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat die Ruhrkohle AG, Essen, neun Prozent weniger Steinkohle verkauft als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

VEW: Die Aktionäre der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG können für 1986 mit etwa dem gleichen Ergebnis wie im Vorjahr rechnen. (S. 16)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	11. 11. 86	10. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	153,50	151,25	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	73,00	71,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	126,00	124,50	104,00	236,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Sozialrecht: Ausgesprochen gering ist die Zahl der Anträge auf Witwerrente nach dem Tode einer rentenversicherten Frau. (S. 17)

Coca-Cola-Urteil: Die Aufforderung zu einem Geschmackstest konkurrierender Getränke ist nicht in jedem Falle wettbewerbswidrig. (S. 16)

Großhandel: In der Bundesrepublik waren die Verkaufspreise im Oktober um 8,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Streit: Die privaten Krankenversicherer haben an die Beamten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) appelliert, sich nicht von den „Gesetzlichen" irreführen zu lassen. (S. 17)

WER SAGT'S DENN?

Ein Vorstand, der die Abschreibungen nicht verdient, muß damit rechnen, daß seine Verdienste abgeschrieben werden.

Aus dem Hause Preussag

Zunahme der Krankenhausfälle löst erschrockene Reaktionen aus

Jedoch geringere Verweildauer in Kliniken – Kostenanstieg im stationären Bereich

THOMAS LINKE, Bonn

Die Nachricht löste in Bonn Unruhe aus; erschrocken reagierte der Verband der Angestellten-Krankenkassen: Die Zahl der Krankenhausfälle steigt nach einer Infratest-Hochrechnung in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um eine halbe Million von 12,12 Millionen im Jahr 1985 auf 12,62 Millionen (die WELT berichtete gestern in einem Teil ihrer Auflage).

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft teilte diese unerwartete Entwicklung wenige Tage vor der Sitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen in Bonn mit. Am kommenden Montag wollen Bundesarbeitsminister, Ärzte, Zahnärzte, Vertreter der Krankenkassen, die Arzneimittelbranche und die Krankenhäuser zu ihrer diesjährigen Herbstsitzung zusammenkommen.

„Wir konnten diese Zahl erst selbst nicht glauben," hatte der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Klaus Prößdorf, bei der Vorlage der Infratest-Hochrechnung erklärt. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wollte sich so kurz vor der Konzertierten Aktion „nicht zu Themen äußern, die dann behandelt werden sollen". Die Tagesordnung der Konzertierten Aktion enthält als ersten und wichtigsten Punkt die finanzielle Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Jahre 1986. Die weiteren Punkte – Sicherung der Pflegebedürftigkeit oder Probleme im Zusammenhang mit der Gewährung von Krankenhauspflege in Kur- oder Spezialeinrichtungen – treten in der Bedeutung momentan hinter die Frage der Finanzsituation zurück.

Das Arbeitsministerium rechnet in diesem Jahr mit einem Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 1,5 Milliarden Mark. Verschiedene Kassen haben für die nächsten Monate wieder steigende Beiträge vorausgesagt. *Grund: Die Ausgaben der Krankenkassen steigen weiterhin schneller als das Arbeitseinkommen.* Im ersten Halbjahr 1986 haben sich die Leistungsausgaben je Mitglied um 4,4 Prozent erhöht. Die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter stiegen aber nur um 3,1 Prozent.

Ein Vergleich der einzelnen Leistungsanbieter zeigt jedoch sehr unterschiedliche Ausgabenzuwächse. Die Zahlungen für ärztliche Behandlung stiegen nur um 2,1 Prozent – die für Heil- und Hilfsmittel immerhin um 8,5 Prozent. Hauptverantwortlich für den Kostenanstieg waren im ersten Halbjahr jedoch die Ausgaben für den stationären Bereich. Für die Krankenhäuser gibt die Gesetzliche Krankenversicherung rund ein Drittel ihrer Ausgaben aus, so daß der Anstieg im ersten Halbjahr um 6,6 Prozent stark ins Gewicht fiel.

Im Ergebnis für das ganze Jahr 1986 wollen die Krankenhäuser beim Ausgabenanstieg jedoch unter dem Trend aus dem ersten Halbjahr bleiben. Hochgerechnet für 1986 erwartet die DKG einen Ausgabenanstieg im stationären Sektor in Höhe von 5,52 Prozent. *Daß sich trotz der exorbitanten Fallzahlsteigerung eine Abschwächung des Ausgabentrends ergibt,* liegt an einer kürzeren Verweildauer, die um 0,7 Tage auf jetzt 13,2 Tage im Durchschnitt zurückging. „Diese Zahlen zeigen, daß bei der Verweildauer noch Luft ist, erklärte VdAK-Geschäftsführer Müller gegenüber der WELT.

Das Angebot dem Bedarf anpassen

Landwirtschaftsminister Kiechle für Senken der Agrarproduktion auf „vernünftiges Maß"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Voraussetzung für die dringende Reform der EG-Agrarpolitik ist die Absenkung der Produktion auf ein „vernünftiges Maß". Das hat Land*wirtschaftsminister Ignaz Kiechle* jetzt in Bonn bei der Vorstellung der Perspektiven für die nächsten Jahre noch einmal betont. Die Markt- und Preispolitik müsse Grundlage der bäuerlichen Einkommen bleiben. Eine Sicherung der Preise werde auf Dauer nur möglich sein, wenn Angebot und Nachfrage besser abgestimmt sind. Für notwendig hält Kiechle weiterhin gezielte Einkom*menshilfen, da der Spielraum für* Preisverbesserungen auf absehbare Zeit eng begrenzt ist.

Strittig sei in der Marktpolitik nicht, daß eingegriffen werden müsse, *sondern nur das Wie.* Den Vorstellungen der EG-Kommission für den Milchmarkt, die praktisch auch eine Preisenkung hinauslaufen, weil die *Überschüsse nicht mehr finanzierbar* sind, will Kiechle sein Gegenkonzept auf der nächsten Ratstagung in der kommenden Woche entgegensetzten. Er schlägt obligatorische und lineare Produktionskürzungen vor, wobei den Landwirten ihr entgangener Gewinn ersetzt werden soll. Seine Rechnung: Die Verwertung eines Liters Überschuß-Milch kostet 67 Pfennig, die Landwirte sollten 30 Pfennig Ausgleich bekommen, damit würde die Gemeinschaft noch Geld sparen. Gekürzt werden sollte die Produktion um zehn Millionen Tonnen oder zehn Prozent.

Nachdem die Mehrheit des Europäischen Parlaments sich in der Milchpoltik zu ähnlichen Vorschlägen wie Kiechle durchgerungen hat, ist der Minister optimistisch, daß er auch im Agrarrat Chancen hat voranzukommen. Bisher lehnt Frankreich solche Überlegungen entschieden ab.

Bei Rindfleisch kann sich Kiechle *mit dem Vorschlag anfreunden,* die Intervention einzuschränken und dafür den Landwirten eine Rindvieh-Prämie zu zahlen. Bei Getreide setzt er auf die Förderung alternativer Produktionen und auf Flächenstillegungen.

In der Strukturpolitik sollen nach Ansicht Kiechles die ökologischen Leistungen der Landwirtschaft stär*ker honoriert werden. In der Sozial*politik, die er als Einkommensstütze, nicht aber als Preisersatz sieht, sollte mehr als bisher selektiert werden. Unter Verbraucherpolitik versteht Kiechle die ausreichende Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln.

Nach Ansicht Kiechles müßte in der nächsten Legislaturperiode der Schutz der bäuerlichen Veredlungswirtschaft ausgebaut werden. So sollte die Einführung von Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung geprüft werden.

Pöhl: Ohne Pfund bleibt das EWS nur ein Torso

VWD, Frankfurt

Für eine baldige Beteiligung Großbritanniens am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems hat sich Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl erneut stark gemacht. Das EWS sei inzwischen zu einem entscheidenden Element in der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes geworden, wobei ein erheblicher Teil des deutschen Außenhandels inzwischen zu festen Wechselkursen abgewickelt werde. „Ohne das Pfund Sterling bleibt das EWS jedoch nur ein Torso."

Vielleicht wäre es zu den enormen *Pfund-Schwankungen in letzter Zeit* gar nicht erst gekommen, wenn England bereits am gemeinsamen Wechselkursmechanismus beteiligt wäre, meinte Pöhl auf einem Diskussionsabend mit dem Gouverneur der Bank von England, Robin Leigh-Pemberton, in der IHK-Frankfurt. Dabei sei mit britischer Beteiligung das EWS „nicht leichter, sondern eher schwerer zu managen". Auch die mit der *festen Wechselkurszone des EWS für* die deutsche Geldpolitik geschaffenen Probleme würden mit dem Hinzukommen des Pfundes eher noch verschärft. Trotzdem sollte jetzt zu einem geeigneten Zeitpunkt die britische EWS-Beteiligung ins Auge gefaßt werden. Pöhl unterstrich dies auch mit dem Hinweis auf die gemeinsame Philosophie auf währungspolitischem Gebiet, die sich inzwi*schen mit der Bank von England her*ausgebildet habe.

AUF EIN WORT



„Es darf nicht erst eine Kluft aufreißen zwischen den jungen, schon bisher informationstechnisch ausgebildeten Mitarbeitern und den darin unbewanderten Älteren – und die ‚Oldies' in diesem Sinne fangen schon bei 25 und 30 Jahren an."

Erhard Bouillon, Vorstandsmitglied der Hoechst AG, Frankfurt. FOTO: MANDIT JARI

Im Ruhrgebiet ist die Stimmung wieder gut

dpa/VWD, Gelsenkirchen

Die Entwicklung im Ruhrgebiet „bleibt insgesamt aufwärts gerichtet". Mehr als vier Fünftel der Unternehmen (84,3 Prozent nach 82 Pro*zent im Frühjahr) schätzten ihre Situ*ation als „befriedigend" oder besser ein. Dies ist ein Ergebnis der Herbstumfrage der fünf Industrie- und Handelskammern des Reviers, an der sich 1450 Firmen mit zusammen 590 000 Beschäftigten beteiligten.

Der Präsident der zur Zeit federführenden Kammer Münster, Hans Günter Borgmann, und Hauptgeschäftsführer Heinrich Altekamp *bescheinigten der Ruhrwirtschaft in* Gelsenkirchen „durchaus robuste Verfassung und Ausdauer". *Die Reaktion auf die Umfrage sei zuletzt En*de der 70er Jahre „ähnlich hochgestimmt" gewesen. Weil inzwischen beim privaten Verbrauch „der Knoten geplatzt" sei, spüre nun auch der Handel eine Belebung, die teilweise sogar den Bundesdurchschnitt übertreffe.

Weniger optimistisch sind nach Darstellung der Kammersprecher trotz unverändert hoher Investitionsneigung die Erwartungen für das kommende Halbjahr. Der Aufschwung werde zwar auch an der Ruhr anhalten, aber vor allem der Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrie setzten erneut aufbrechende Anpassungsprobleme, ein rauher Riß im außenwirtschaftlichen Klima und der ungünstige Wechselkurs zu.

Am Bau geht es inzwischen wieder deutlich bergauf

Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten wächst weiter

DW. Essen

Die Bauwirtschaft befindet sich wieder in einer deutlichen Aufwärtsentwicklung. Im Hinblick auf die Baufachmesse Deubau 1987 (28. Januar bis 4. Februar) wies der Sprecher des Bundesbauministeriums, Robert Scholl, in Essen auf die spürbar verbesserte Auftragslage in den Bereichen Wirtschaftsbau und öffentliche Projekte hin.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind außerdem 8,1 Prozent mehr Eigenheime genehmigt worden als im Vorjahr. Scholl führt dies auf *die günstige Entwicklung der Real*einkommen, die niedrigen Preise im Baugewerbe und das Zinsniveau zurück. Gleichzeitig unterstrich er den anhaltenden Trend zur Haus- und Wohnungsrenovierung.

Die Kreditzusagen für die Sanierung alter Gebäude haben die Neubaufinanzierungen in diesem Jahr bereits um 20 Prozent übertroffen. Nach Ansicht des Bauministeriums ist die Sättigungsgrenze für Eigenheime noch längst nicht erreicht. Trotz rückgängiger Bevölkerungszahlen werde die Zahl der Haushalte in den nächsten Jahren noch um rund 800 000 ansteigen.

Die Belebung am Bau wird auch am anhaltenden Anstieg der Nachfrage nach Baukrediten deutlich. So haben die deutschen Sparkassen in den ersten drei Quartalen 1986 neue Wohnungsbaudarlehen von zusammen 21,1 Milliarden Mark zugesagt, sieben Prozent mehr als in den ersten neun Monaten 1985. Damit hat sich dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Bonn zufolge die stabile positive Tendenz des zweiten Quartals mit zweistelligen Zuwachsraten auch im dritten Quartal fortgesetzt.

Boeing funkt dazwischen

He. (London) – Bei dem Tauziehen um Awacs oder Nimrod geht es um mehr als das beste Preisgebot, um die britische Lücke bei der Modernisierung des Frühwarnsystems der NATO zu schließen. Entscheidet sich der britische Verteidigungsminister Younger für Boeings E-3 Awacs, so versetzt er damit der heimischen Radar-Technologie den Todesstoß. Englands GEC-Konzern *hätte keine Chance mehr, Export*aufträge für fliegende Frühwarnsysteme an Land zu ziehen. Boeing wäre im Besitz des Monopols.

Das wäre zumindest im Blick auf den oft beklagten Mangel an Standardisierung in der NATO sicher keine Katastrophe für den Westen. Doch die Engländer tun sich schwer mit dem Verzicht auf „made in England" gerade bei Radar, wo sie im Zweiten Weltkrieg in Führung gegangen waren. Sie tun sich schwer auch deshalb, weil in achtjähriger Entwicklungsarbeit für Nimrod bereits knapp 2,8 Milliarden Mark aufgewendet wurden. Zu allem Überfluß signalisierte auch noch die Royal Air Force, die doch die AEW-Aufklärung übernehmen soll, Mißfallen an dem heimischen Produkt. Und das so massiv, daß London mit einer Ausschreibung die Konkurrenz einlud.

Die Erprobung von Nimrod *brachte gravierende Pleiten:* So „funkte" der Straßenverkehr an der Nordseeküste der Frühaufklärung derartig dazwischen, daß man den „Salat" nicht entwirren konnte. Boeing hat die bittere Pille von Weltmarkt- und Prestigeverlust so dick mit Zucker überzogen, daß sie den Briten fast munden könnte.

Neues im Osthandel?

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Beteiligt sich in Kürze eine westliche Firma an einem Unternehmen in der Sowjetunion? Noch Anfang des Jahres wäre das für ausgeschlossen gehalten worden, und zwar aus ideologischen Gründen; *jetzt wird selbst von der sowjeti*schen Führung – und nicht länger nur von einflußlosen Wissenschaftlern – über dieses Thema gesprochen. Joint-venture wurde zum Modewort, wie es Anfang der 70er Jahre die Kooperationen waren – eingeführt von den Sowjets.

Wie ernst es Moskau meint, zeigt sich allein schon daran, daß just zu dem Zeitpunkt, als Anfang dieses *Monats Forschungsminister* Riesenhuber ausgeladen wurde, eine Delegation des Wirtschaftsministeriums zu intensiven Gesprächen in die sowjetische Hauptstadt reiste. Dort wurde der Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexej Antonow in der übernächsten Woche in der Bundesrepublik vorbereitet. In Bonn trifft er Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann. Beide leiten die deutsch-sowjetische gemischte Regierungskommission. Hauptthema hier wie bei den Gesprächen mit Vertretern deutscher Firmen: neue Formen der Zusammenarbeit.

Moskau spricht mit deutschen Firmen über die Gründung gemeinsamer Unternehmen. Offen ist, ob die wirtschaftlichen Notwendigkeiten stärker als ideologische Vorbehalte sind.

Ursächlich für die Hektik, die *jetzt an den Tag gelegt wird,* wobei Kontakte zu fast allen westlichen Staaten gesucht werden, dürften zwei Gründe sein. Zum einen macht Parteichef Gorbatschow Druck auf die eigenen Institutionen, die sich etwas einfallen lassen sollen. Um die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft voranzutreiben, sollen auch die Beziehungen mit dem Westen intensiviert werden. Man will das lernen, was im eigenen System nicht möglich ist, zum Beispiel moderne Management- oder Vertriebsmethoden. Zum anderen rächt sich jetzt, daß die Sowjets im Westhandel in den letzten Jahren, als die Preise günstig waren, fast ausschließlich auf den Export von Energierohstoffen und anderen Rohstoffen gesetzt haben. Die Ausfuhren wurden nicht diversifiziert. *Der Ölpreisverfall hat sie daher hart* getroffen. Sie mußten, da sie sich nicht zu stark verschulden wollten, ihre Importe drosseln.

So sackten in den ersten acht Monaten dieses Jahres die deutschen Importe aus der Sowjetunion um 26,1 Prozent nach unten. Die deutschen Lieferungen nahmen um 8,1 Prozent ab. Auf Sicht bestimmen die sowjetischen Absatzmöglichkeiten den Unfang des Handels. Daher besteht auch in der deutschen Wirtschaft eine Interesse daran, nach neuen Wegen zu suchen.

Die Idee, gemeinsame Unternehmen zu gründen, wurde der Hoffnungsträger. Allerdings ist auch in Moskau noch nicht abgeklärt, was letztlich unter Joint-ventures alles verstanden werden soll. Es regt sich auch noch Widerstand. Wenn sich zeigen sollte, daß ein solches „kapitalistisches" Unternehmen auch in der Sowjetunion besser arbeitet als die sozialistischen, dann wird es ideologisches Bauchweh geben.

Noch wird das verdrängt. Im Vordergrund steht die Steigerung der Effektivität und eine Ausdehnung der Lieferungen. *Damit zeigen sich* die Unterschiede in den Zielsetzungen. Eine Firma aus dem Westen wird sich in erster Linie in der Sowjetunion engagieren, um den dortigen Markt zu bearbeiten. Den Sowjets geht es um Export.

Ungeklärt sind auch noch solche für ein Gemeinschaftsunternehmen existentiellen Fragen wie: Können *stets* die notwendigen Zulieferungen aus der Sowjetunion selbst sichergestellt werden? Für Planwirtschaften ein Problem. Stehen für Importe auch Devisen zur Verfügung? In welchen Währungen darf ein Gewinn transferiert werden und wie wird er überhaupt ermittelt? Wie erfolgt die Bewertung des*sen, was in die neue Firma einge*bracht wird? Wer sucht die Beschäftigten aus und wie werden sie bezahlt? Können Spezialisten im Ausland angeheuert werden?

Fragen, auf die es bisher keine Antworten gibt, über die aber intensiv gesprochen wird. Für die Sowjets ergibt sich daraus auch noch ein zusätzliches Problem: Wird zunächst ein entsprechendes Gesetz *geschaffen oder erläßt man Verord*nungen und sammelt erst einmal Erfahrungen, bevor man an das Gesetz herangeht.

Es scheint so, daß alle Seiten zunächst nach einem kleineren Pilotprojekt Ausschau halten, um zu sehen, was möglich ist und wie es läuft. Es muß kein Produktionsbetrieb sein, es könnte auch ein Ingenieurbüro die Funktion erfüllen.

Sicher, die Sowjets wollen an westliche Kenntnisse heran, ohne sich verschulden zu müssen. Das ist prinzipiell über ein solches Joint-venture möglich. Nur sollten die Erwartungen nicht zu hochgeschraubt werden, sonst gibt es rasch Verdruß. Die Erfahrungen in China unterstreichen das nur, wobei Peking in wirtschaftlichen Fragen sogar flexibler ist. Sensationell wäre es schon, wenn Moskau über den eigenen ideologischen Schatten springt.

Dollar und Pfund wieder schwächer

dpa/VWD, Frankfurt

Die New Yorker Devisenhändler, die am Mittwoch nach dem Bankfeiertag in den USA (Veterans Day) wieder in das Geschäft eintraten, fanden einen deutlich niedrigeren Wechselkurs des Dollar vor. An der Frankfurter Devisenbörse notierte die US-Währung mit 2,0260 DM nach 2,0347 DM am Dienstag. Nachbörslich lag sie noch leicht unter diesem amtlichen Mittelkurs. Händler sprechen von technischen Faktoren, aber auch schon von der Spekulation mit den nächsten US-Konjunkturdaten.

Das Pfund Sterling sackte deutlich auf 2,8890 (2,9260) DM ab, nachdem der britische Zentralbankchef Robin Leigh-Pemberton erklärt hatte, eine Vollmitgliedschaft Großbritanniens im Europäischen Währungssystem (EWS) sei weiter aus „politischen Überlegungen" nicht aktuell.

Die „stille Emigration" der Bielefelder Wirtschaft

HELMUT BREUER, Bielefeld

In einem dramatischen Appell haben 100 Unternehmer und Wirtschaftsvertreter die Kommunalpolitiker in *Bielefeld aufgefordert, den* weiteren „Niedergang" der von einer rot-bunten Mehrheit regierten Ostwestfalen-Metropole zu stoppen. Die Unterzeichner der ungewöhnlichen *Initiative, darunter* die Verleger beider Bielefelder Tageszeitungen, Repräsentanten des Oetker-Konzerns, der Delius-Gruppe, der Seidensticker GmbH, der Gildemeister AG und des Bankhauses Hermann Lampe, überreichten gestern dem Bielefelder Oberbürgermeister Klaus Schwickert (SPD) eine Untersuchung über die „besorgniserregende" Situation und Entwicklung der Stadt.

In dem Dokument werden die Kommunalwahlen 1979 und 1984 als entscheidende „Zäsur" bezeichnet, da damals Abgeordnete der grün-bunten Liste in den Rat eingezogen seien, die traditionell regierende SPD die Mehrheit verloren habe und seitdem alle für die Wirtschaft Bielefelds wesentlichen Entscheidungen mit den Stimmen der grün-bunten Abgeordneten getroffen worden seien.

Als Folge dieser rot-grünen Mehrheit habe man ein dringend notwendiges neues Verkehrskonzept für Bielefeld nicht erarbeitet, seien die vorhandenen Verkehrsströme „bewußt behindert" worden, wodurch Bielefeld von der ostwestfälischen Region abgenabelt werde. Der durch Staus belastete City-Bereich habe so zwangsläufig an Attraktivität verloren, der Kaufkraftindex Bielefelds sei gesunken, der Anteil der auswärtigen Kunden eines Innenstadt-Warenhauses sei von 48,7 im Jahre 1965 auf 24,6 Prozent 1984 zurückgegangen.

Durch 1979 drastisch einsetzende Steigerungen der städtischen Gebühren und eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 290 Prozent im Jahre 1979 auf einen Hebesatz von heute 420 Prozent habe sich der Abstand zu den Umlandgemeinden immer krasser gezeigt. So müsse ein Bielefelder Unternehmer, der nach Gewerbesteuer das gleiche verdienen wolle wie ein Betrieb der 15 Umlandgemeinden, einen 25 Prozent höheren Gewinn erwirtschaften.

Trotz dieser Steuer- und Gebührenentwicklung verzeichne Bielefeld heute die höchste Schuldenzunahme aller Städte Nordrhein-Westfalens, die zwischen 1981 und 1985 32,8 Prozent betragen habe. Obwohl Bielefeld eine Pro-Kopf-Verschuldung von fast 3000 Mark aufweise, solle sich der „ohnehin überprüfungswerte" Stellenplan der Stadt 1987 um weitere 70 Planstellen erhöhen.

In einem Akt der „stillen Emigration", wie es in der Studie heißt, hätten inzwischen namhafte Bielefelder Unternehmen Betriebsteile ins Umland verlagert und auswärtige Betriebsstätten stärker ausgebaut. Seit 1971 seien der Stadt 500 Firmen – mit tendenzieller Steigerung – verlorengegangen. Bezeichnend für die Situation in Bielefeld sei auch: Die Kompetenz für die Ansiedlung neuer Unternehmen – die auch noch auf ihre „gesellschaftliche Verträglichkeit" hin untersucht würden – sei einem untergeordneten Amtsleiter ohne Erfahrung überlassen worden.

So wundere es kaum noch, daß Bielefeld nach den Planungen der Landesregierung zwar 1685 Hektar Gewerbefläche ausweisen müsse, tatsächlich aber das aktuell vorhandene Angebot keine acht Hektar betrage. Dies sei weniger als der Bedarf eines einzigen ansiedlungswilligen Betriebes, der deswegen nicht nach Bielefeld kommen wird.

Geldmenge in den Industriestaaten stark ausgeweitet

VWD, Washington

Eine starke monetäre Expansion und eine trotzdem nur langsam steigende Industrieproduktion kennzeichneten im ersten Halbjahr 1986 die Entwicklung in den Industrieländern. Dazu stellt der Internationale Währungsfonds (IWF), Washington, fest, beschleunigte sich das jährliche Wachstum der eng definierten Geldmenge in den Industrieländern im zweiten Quartal 1986 um 11,2 Prozent, verglichen mit 9,9 Prozent im vorangegangenen und 8,5 Prozent im entsprechenden Quartal 1985. Der durchschnittliche Anstieg der eng definierten Geldmenge dieser Länder im zweiten Quartal (Bargeld und Sichteinlagen sowie private per Scheck verfügbare Spareinlagen, nichtprivate per Scheck verfügbare Festgeldeinlagen und nichtprivate per Scheck verfügbare Einlagen mit Kündigungsfrist) war, wie der IWF betont, die stärkste Zunahme seit dem dritten Quartal 1983.

Die allgemeine Wachstumsbeschleunigung der Geldmenge im zweiten Quartal 1986 spiegelt nach der Analyse des IWF stärkere Zuwachsraten in sechs der elf berichterstattenden Industrieländern wider. Am stärksten erhöhte sich die Geldmenge in Japan, es folgten die Bundesrepublik und die USA. Frankreich und Großbritannien meldeten Abschwächungen.

Die gewerbliche Produktion in den Industrieländern stieg im zweiten Quartal 1986 geringfügig, nachdem sie in den drei vorangegangenen Quartalen unverändert geblieben war. Durch die 0,9prozentige Zunahme im Vergleich zum ersten Quartal stieg der Gesamtindex der industriellen Produktion – hier erfaßt der IWF saisonbereinigte Daten für 19 Industrieländer – auf 111 Punkte und erreichte damit einen Rekordstand.

Obwohl sich die Handelsposition der Industrieländer in der ersten Jahreshälfte verbesserte, wuchsen die Ungleichgewichte innerhalb dieser Ländergruppe: Die Handelsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik und Japans seien weiter gewachsen, ebenso die Defizite der USA und Großbritanniens. Das zusammengefaßte Defizit betrug 46,8 (58,1) Mrd. Dollar.

Vranitzky setzt auf wirtschaftspolitische Themen

Nur noch zehn Tage bis zu den Nationalratswahlen – WELT-Gespräch mit Österreichs amtierendem Bundeskanzler

Wenn der amtierende österreichische Bundeskanzler, Franz Vranitzky, für die Nationalratswahlen am 23. November seine Reden hält, stehen wirtschaftliche Probleme im Vordergrund. Denn Österreichs rosige Zeiten sind vorbei. Inzwischen steht das Land vor Schwierigkeiten, die früher nicht bestanden. „Bruno Kreisky verschrieb Schuldenmachen gegen die Arbeitslosigkeit. Doch dieses Rezept darf nicht mehr verordnet werden." Vranitzky erkennt Sachzwänge, die ein Entrinnen verbieten. Diese wirtschaftliche Kompetenz ist die Stärke des Bundeskanzlers. Daher hat er trotz Sympathieeinbußen der SPÖ auch nach dem 23. November gute Chancen, als Regierungschef Verantwortung zu tragen.

Für diesen Fall skizziert der österreichische Kanzler in einem Gespräch mit der WELT die wirtschaftspolitische Marschroute: Budgetsanierung, Steuerreform, Privatisierung und Sanierung von Staatsbetrieben, eine neue Industriepolitik und ein engeres Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft kennzeichnen die wesentlichen Ansatzpunkte.

Eine Annäherung zur EG soll sowohl die Handelspolitik als auch Forschung, Entwicklung und Kooperationen betreffen. Aufgrund der geographischen Nähe zum Ostblock will Vranitzky in Zukunft die Orientierung an den westlichen Demokratien hervorheben. „Unsere Neutralität bedeutet ja schließlich nicht, daß wir uns nicht wirtschafts- und gesellschaftspolitisch eindeutig orientieren dürfen", stellt der Kanzler klar.

Mit seinen Lösungsvorschlägen für anstehende Probleme bleibt Vranitzky Pragmatiker. Die Diskussion um die Reprivatisierung, die sich in den letzten Wochen zu einem herausragenden Wahlkampfthema entpuppte, hat das bewiesen. Während er bei der Opposition keine klare Linie erkennen kann, legt Vranitzky sich fest: Eine generelle Privatisierung werde es nicht geben, sondern nur eine selektive, nach betriebswirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Maxime müsse sein, die Unternehmen von sich aus wettbewerbsfähig zu machen. Dann sei auch der Eigentümer nicht so wesentlich. Zunächst gehe es darum, notwendiges Eigenkapital über die Börsen aufzubringen; ob dann weniger oder mehr als 50 Prozent der Anteile in private Hände übergeht, spiele eine untergeordnete Rolle. Auch Teilverkäufe an Unternehmen oder Kooperationen seien angestrebt. Vranitzky weiß, daß die Sanierung insbesondere im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie nicht schmerzlos erfolgen kann. Er trachte jedoch, soziale Härten durch flankierende Maßnahmen und durch die Schaffung anderer, produktiver Arbeitsplätze zu vermeiden.

Ebenso wenig ideologisch sieht Vranitzky die Budgetsanierung. Während der Kanzlerkandidat der Opposition, Alois Mock, das ausufernde Staatsdefizit mit der Gewissensfrage nach dem Staatsanteil in der Wirtschaft verbindet, drückt Vranitzky sein Ziel mit nüchternen Zahlen aus: Binnen fünf Jahren müsse das Nettodefizit von 5,2 auf 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gedrückt werden. Der Kritik der Opposition, daß ihm dies als Finanzminister schon nicht gelungen sei, setzt der Kanzler die schlechten Rahmenbedingungen entgegen.



FOTO: POLY-PRESS

Zum einen seien in den weltwirtschaftlich schwierigen 70er Jahren zur der Erhaltung der Beschäftigung Staatsschulden eingegangen worden, deren Bedienung statt damals 3,5 Prozent inzwischen sieben bis acht Prozent der Gesamtausgaben des Staates ausmacht. Heute seien zudem unvorhersehbare Ausgaben in Höhe von mehreren Milliarden Schilling unter dem Titel „Tschernobyl-Folgen" für die Landwirtschaft hinzugekommen. Die Arbeitslosenzahlen und damit auch die Folgekosten seien höher ausgefallen als es die Wirtschaftsforscher prognostiziert hätten. Und schließlich seien die Steuereinnahmen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil die schwächere Konjunktur zu einem Mehrwertsteuerausfall geführt habe und andererseits sich das Gesetz vom abnehmenden Ertrag insbesondere bei der Einkommensteuer bestätigt habe.

Einen Abbau des Defizits versuchte Vranitzky auch durch eine Steuerreform zu erreichen. Doch während die Opposition eine generelle Senkung der Steuern verspricht, lehnt Vranitzky einen Radikalschnitt ab. Der bereits beschlossenen Senkung des Lohnsteuertarifs per 1. 1. 1987 soll eine Durchforstung der in Österreich üppig wuchernden Subventionen folgen, so daß im Gegenzug beispielsweise der Körperschaftsteuersatz von 55 auf 40 Prozent gesenkt werden könnte. Insgesamt sollen zwei verschiedene Steuerreform-Varianten der Bevölkerung zur Auswahl angeboten werden, die sich dann im Wege einer Volksabstimmung entscheidet. Das in Österreich besonders sensible Thema der Besteuerung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bleibt in dieser Form bei Vranitzky weiterhin tabu, die Sonderzahlungen könnten aber durchaus bei der Bemessung der gesamten Jahressteuer zur Berücksichtigung kommen.

Daß eine Sanierung des Budgets eine Reform des Pensionssystems nach sich ziehen muß, ist Vranitzky klar. An einem Entwurf wird gearbeitet. WOLFGANG FREISLEBEN

Schiffbaukrise nicht entschärft

Verluste der Banken von mehr als 20 Milliarden Dollar

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die Genfer Welthandelsorganisation Unctad, die vor allem die Interessen der Dritten Welt wahrnimmt, plädiert für eine konzertierte weltweite Aktion, um das chronische Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage im Seeverkehr abzubauen. Es wird vorgeschlagen, 1987 eine internationale Konferenz aller Beteiligten – Reederei- und Werftverbände, Gewerkschaften, Banken und Regierungen – einzuberufen und eine gemeinsame langfristige Strategie zu erörtern. Ein Bericht des Unctad-Generalsekretariats zur Weltschiffahrtskrise wird gegenwärtig im Rahmen ihres in Genf tagenden Schiffahrtsausschusses diskutiert.

Inzwischen ist der Tonnageüberhang zwar von seinem 1983 erreichten Höchststand von 196 Mill. Tonnen *Tragfähigkeit (tdw) auf* 162 Mill. gesunken (Mitte 1985), liegt damit aber immer noch bei 24,3 Prozent der Welthandelsflotte verglichen mit weniger als neun Prozent vor zehn Jahren. Im Tankersektor beträgt der Tonnageüberhang noch 37 Prozent, bei den *Trockenfrachtern 23 Prozent.* Ein erhebliches Überangebot besteht nun auch im Containerbereich. Hier drückt das rasche Vordringen von „Rund um die Welt"-Diensten die Frachtpreise.

Dazu kommt, daß die Schiffbaukapazitäten immer noch um rund 40 Prozent zu groß sind und immer noch zu viele Neubauten begonnen werden, um den Markt von der Angebotsseite her zu entlasten. Die Verfasser des Berichtes finden auch keine Anzeichen dafür, daß sich die heutige krisenhafte Situation allmählich durch die Kräfte des Marktes korrigieren wird. Niedrigere Frachten und ungünstige Aussichten allein haben bisher nicht ausgereicht, um den notwendigen Anpassungsprozeß zu beschleunigen.

Der Hauptgrund dafür liegt in der protektionistischen Schiffahrtspolitik vieler Länder und vor allem in den unverändert hohen Staatsbeihilfen durch Steuererlaß und Subventionierung zu Gunsten der Werften. Nach Schätzungen von 1983 wurde der Schiffbau weltweit mit nahezu fünf Mrd. Dollar subventioniert oder zu durchschnittlich einem Viertel der kontrahierten Preise. In traditionellen Schiffbauländern wurden die Neubauten in den letzten Jahren sogar noch stärker – mit rund 40 Prozent – subventioniert.

Hier liegt die Hauptursache der andauernden Krise. Aber auch die allzu großzügigen Finanzierungsbedingungen der Banken seit den siebziger Jahren – oft über den Eurodollarmarkt – haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Heute sehen sich die Banken Verlusten von über 20 Mrd. Dollar gegenüber.

Schließlich ist auch von der Nachfrageseite her in den nächsten Jahren keine wesentliche Entlastung zu erwarten. Alle Prognosen deuten auf eine *nur mäßige Zunahme* des Welthandels bis in die 90er Jahre hin. Als einziger Ausweg bleibt daher der schrittweise Kapazitätsabbau, unter anderem durch schnellere Verschrottung veralteter Tonnage.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Urteile im Dezember

Luxemburg (VWD) – Der Europäische Gerichtshof (EGH) will am 5. Dezember die Urteile in den Vertragsverletzungsverfahren verkünden, die die EG-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Dänemark und Irland wegen Behinderung des freien Versicherungsmarktes eingeleitet hat. Es wird sich dann zeigen, ob sich die Kommission mit ihren Bestrebungen durchsetzt, die nationalen Versicherungsmärkte aufzubrechen. Hinter zum Teil technischen Problemen verbirgt sich letzten Endes die Frage, ob Unternehmen am Markt eines anderen Mitgliedsstaates tätig werden können, ohne dort über eine Niederlassung zu verfügen.

Abkommen unterzeichnet

Bern (AFP) – Die Schweiz und China haben am Mittwoch in Peking ein Kooperationsabkommen im Nuklearsektor unterzeichnet, das u. a. den Austausch von spaltbarem Material, Ausrüstung und Technologie vorsieht. Dies wurde in einem in Bern veröffentlichten Kommuniqué des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten bekanntgegeben.

Drei-Jahres-Tief

New York (VWD) – Der vom Conference Board ermittelte Index des Vertrauens der US-Verbraucher in die Wirtschaftsentwicklung ist im Oktober auf seinen tiefsten Stand seit mehr als drei Jahren abgesackt und *stellte sich auf 88,3 nach 92,8* im September. Rückläufig sind die Pläne der Verbraucher, Pkw, Eigenheime und Großgeräte anzuschaffen.

Datenaustausch unterstützt

Brüssel (VWD) – Die Aktienbörsen der Europäischen Gemeinschaft haben zur Förderung des Austauschs von Kursinformationen eine neue Gesellschaft gegründet. Der Schritt, der von der EG-Kommission unterstützt wird, ist der jüngste in dem Bestreben der EG, die Entwicklung eines einheitlichen Kapitalmarkts in Europa zu beschleunigen. Die neue Gesellschaft firmiert mit „Interbourse Data Information System (Idis)" und hat ihren Sitz in Brüssel. Sie ist mit einem Grundkapital von 192 000 bfr ausgestattet. Sie fungiert als ein Gemeinschaftsunternehmen der Mitglieder aller Börsen in der EG mit Ausnahme Griechenlands.

US-Gewinne steigen

New York (dpa/VWD) – Die amerikanischen Industrieunternehmen haben im dritten Quartal 1986 zum ersten Mal seit Ende 1984 deutliche Ertragssteigerungen erzielt. Nach einer vierteljährlichen Erhebung der Zeitung „The Wall Street Journal" stieg bei den in der Umfrage erfaßten 507 Unternehmen der betriebliche Gewinn um vier Prozent im Vergleich zum dritten Quartal 1985. Der Nettoertrag erhöhte sich danach um sieben Prozent nach fünf Prozent Rückgang im zweiten und zwei Prozent im ersten Quartal.

Verkäufe geplant

New York (dpa/VWD) – Die finanziell notleidende BankAmerica Corp., San Francisco, Amerikas zweitgrößtes Geldinstitut, will bis Sommer 1987 Vermögensteile im Wert von 7 bis 8 Milliarden Dollar abstoßen, um ihre Kapitalbasis zu verbreitern. Damit sollen nach Angaben der Bank Verluste im Kreditgeschäft ausgeglichen *und gleichzeitig eine Abwehr gegen* den Übernahmeversuch durch die Bankgesellschaft First Interstate Corp. (Los Angeles) aufgebaut werden.

Millionen-Kredit

Peking (AFP) – Der Internatioanle Währungsfonds (IWF) wird Peking laut Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Neues China noch in diesem Jahr einen Kredit in Höhe von 600 Mill. Dollar gewähren. Die vom IWF an China vergebenen Kredite werden damit insgesamt über eine Milliarde Dollar betragen. China hatte bisher 930 Mill. Dollar beim IWF geliehen, inzwischen aber wieder 550 Mill. Dollar zurückgezahlt. Der Gouverneur der Chinesischen Staatsbank, Frau Chen Muhua, erklärte am Dienstag auf einem Symposium des Internationalen Währungsfonds, China benötige fünf Jahre zur Restrukturierung des Finanzsystems.

Boeing lockt mit Auftragsvergabe

He. London

Beim Countdown für die Mitte Dezember erwartete Vergabe des lukrativen Auftrags für ein fliegendes Frühwarnsystem für die Royal Air Force hat Boeing das beste Angebot seiner Geschichte gemacht: Statt 100 will Boeing nun 130 Prozent der Anschaffungskosten seines E3 Awacs Flugzeugs durch Auftragsvergabe an die britische Flugzeug- und Elektronikindustrie während der nächsten acht Jahre im Rahmen eines Offset-Pakets decken.

Boeing-Vizepräsident Jerry King betonte in London, für jede 100 Mill. Pfund, die London für das Awacs-System ausgebe, werde Boeing 130 Mill. durch Auftragsvergabe an britische Firmen aufwenden, darunter SDI-bezogene Projekte. King nannte keinen Endpreis, stellte jedoch die Schaffung von 50 000 Arbeitsplätzen während der acht Jahre in Aussicht und hob hervor, daß nur zehn Prozent der Offset-Aufträge Awacs-bezogen wären. GEC Avionics, Boeings britischer Konkurrent mit seinem Nimrod-Frühwarn-System, wollte die Behauptung, Awacs sei billiger und werde mehr Arbeitsplätze schaffen, nicht gelten lassen. GEC-Managing Director Bill Alexander sprach von „starker Übertreibung" und dem auf einen *Schlag drohenden Verlust 2500 britischer* Arbeitsplätze. Da die Möglichkeit eines Ankaufs von Awacs auch durch die Franzosen die Kosten senken würde, bleibt der Ausgang bis zuletzt ungewiß. (SAD)

EG läßt mehr Textilimporte zu

Serie bilateraler Verhandlungen in dieser Woche beendet

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit der Paraphierung eines Textil-Abkommens mit Uruguay hat die EG-Kommission in dieser Woche eine Serie bilateraler Verhandlungen zur Ausfüllung des neuen Multifaserabkommens beendet. Es ist der 26. Vertrag über eine „freiwillige" Begrenzung der *Textilausfuhren* dieser Länder in die Gemeinschaft. Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq wird dem Brüsseler Ministerrat am 24. November einen zusammenfassenden Überblick über die Verhandlungen geben.

Insgesamt haben die unter das 3. Welttextilabkommen (1987 bis 1991) fallenden Länder im vergangenen Jahr 677000 Tonnen in die Gemeinschaft geliefert. Hinzu gerechnet werden müssen noch die Importe aus der Volksrepublik China, die 10 700 Tonnen ausmachten. Das bilaterale Textilabkommen mit Peking läuft erst Ende 1988 aus. Über Stand und Entwicklungsaussichten der chinesischen Industrie informiert sich in diesen Tagen gerade eine Delegation des deutschen Verbandes Gesamttextil.

Die EG-Abkommen sehen für die kommenden fünf Jahre eine gewisse Öffnung des europäischen Marktes vor, wenngleich die den Entwicklungsländern eingeräumten Zuwachsraten mit maximal 6 Prozent sehr gering sind. Die sogenannten dominierenden Exportländer (Hongkong, Korea, Macao und Taiwan) können bei „sensiblen" Erzeugnissen (Baumwollgarne und -stoffe, Synthetikfasern, T-Shirts, Hemden, Blusen, Hosen und Pullover) sogar nur mit Mehrexporten von höchstens einem Prozent rechnen.

Keine bilateralen Abkommen wurden diesmal mit einigen Ländern ausgehandelt, deren Exporte nicht ins Gewicht fallen. Die Quoten für Taiwan wurden wie in der Vergangenheit autonom festgelegt, da die Gemeinschaft mit dem fernöstlichen Inselstaat keine diplomatischen Beziehungen unterhält und folglich auch nicht offiziell verhandeln kann. Die Vereinbarungen mit Bangladesh und Uruguay sehen keine mengenmäßigen Importbeschränkungen mehr vor.

Nicht unter das Welttextilabkommen fallen die Einfuhren aus den Ländern, mit denen die Gemeinschaft Präferenzabkommen abgeschlossen hat, vor allem im Mittelmeerraum. Die EG-Importe aus dieser Region machen gegenwärtig rund 48 Prozent der Gesamteinfuhren an Textilien und Bekleidung aus. Obwohl diese Abkommen grundsätzlich im gewerblichen Bereich keine Einfuhrbeschränkungen mehr zulassen, gab es schon bisher „Arrangements" über Lieferbeschränkungen auf der Grundlage der Schutzklausel dieser Präferenzabkommen. Sie sollen auch in Zukunft den Textilhandel regeln. Einige der bisherigen „Arrangements" (Malta, Türkei) sind noch nicht ausgelaufen, mit Marokko und Tunesien stehen Sondierungsgespräche über deren Erneuerung bevor.

Übernahmefieber in Frankreich

Viele Unternehmen haben sich „Kriegskasse" zugelegt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Pariser Börse wird inzwischen fast täglich mit neuen Übernahmeangeboten konfrontiert. Dadurch wollen sich kapitalkräftige französische wie ausländische Unternehmen oder Unternehmer einen beherrschenden Einfluß auf kleinere, mitunter aber auch größere Aktiengesellschaften der gleichen oder anderer Branchen verschaffen. Meist geht es um finanzielle Engagements, die aber durchweg nicht auf die Realisierung von Kursgewinnen ausgerichtet sind.

Insofern unterscheidet sich diese Bewegung von der großen industriellen Fusionswelle, zu der es in Frankreich unter Staatspräsident Pompidou gekommen war. Damals wollte die Regierung oft unter Bereitstellung gewaltiger staatlicher Hilfen Industriegruppen „europäischer Größenordnung" aufbauen. Dieses Ziel versuchte später die sozialistische Regierung unter anderen Vorzeichen mit ihren Verstaatlichungen zu erreichen. Inzwischen hat die neue Regierung mit ihrer Liberalisierungspolitik auch an der Börse für Bewegung gesorgt.

Das Wiedererwachen der Übernahmeangebote ist wohl vor allem darauf *zurückzuführen, daß sich* der Abstand zwischen den starken und den schwachen Unternehmen in letzter Zeit wesentlich vergrößert hat. Alle Unternehmen, die heute Übernahmeangebote machen, haben sich für diese Zwecke – meist über Kapitalerhöhungen – eine echte „Kriegskasse" zugelegt. Sie wird jetzt systematisch eingesetzt.

Nestlé interessiert

Am stärksten betroffen ist die Lebensmittelindustrie. Hier hatte im Sommer der Branchenführer BSN mit dem Aufkauf von Generale Bisquit das Signal gesetzt. Dem folgte jetzt der Zuckerkonzern SLB mit einem Übernahmeangebot mit der im Speiseöl führenden (größeren) Gesellschaft Lesieur, womit er zum zweitgrößten Lebensmittelkonzern Frankreichs mit 15 Mrd. Franc Umsatz aufsteigen will. Inzwischen baut auch die italienische Lebensmittelgruppe Buitoni (de Benedetti) ihre französische Position zu einer Umsatzgröße von mehr als 4 Mrd. Franc aus, und Nestlé will Vittel (Mineralwasser) übernehmen.

Demgegenüber sind die zahlreichen Zusammenschlüsse und Beteiligungen in der Luxusindustrie vor allem auf die Diversifizierung abgestellt. Betroffen sind die Haute-Couture-Häuser Balmain, Grès, Balenciaga, Yves St. Laurent und Ted Lapidus sowie Veuve Cliquot-Gevenchy (Champagner-Parfüm), die in der gleichen Reihenfolge an Zanimont, Esterel, Bogart, de Benedetti, Boussac-Dior und Louis Vuitton gehen. Als nächstes soll die Cognac-Firma Martel an der Reihe sein.

Baubranche in Bewegung

Aber auch in der Bauwirtschaft sind die Fronten in Bewegung geraten. So sucht der Bauunternehmer Francis Buyges sich die zur Schneider-Gruppe gehörende Weltfirma Spie-Batignollen einzuverleiben, nachdem er schon durch die Übernahme der Screg Branchenführer geworden ist. Gleichzeitig hat er das Warenhaus Trois Quartiers erworben und seine Kandidatur für den zu privatisierenden Fernsehsender TF 1 angemeldet.

Dieses Medienziel verfolgt auch de Benedetti, nachdem er – auf den Verkaufserlös für die französische Olivetti-Beteiligung gestützt – den Autozulieferer Valeo erworben und in Frankreich verschiedene Informatikgesellschaften (*Umsatz: 3 Mrd. Franc*) gegründet hat, während der Brite Jimmy Goldsmith, neben seinem verstärkten Engagement bei Goodyear auf sein Nachrichtenmagazin „L'Express" gestützt, die französische Zeitungsgruppe Press de la Cité (zusammen mit Benedetti) übernehmen und außerdem beim Kanal 5 einsteigen will.

Der größte Brocken, um den sich ausländische Interessenten streiten, ist aber die Telekommunikationsgesellschaft CGCT (früher ITT-France), die allerdings nicht über die Börse, sondern durch einen Kompensationsverkauf *privatisiert werden soll.* Kandidaten sind die amerikanische AT & T und die deutsche Siemens AG. Der starke Wandel der französischen Industrielandschaft wird nun wohl auch in der Bundesrepublik wahrgenommen.

Virgin Group ist an die Londoner Börse gegangen

Branson hat schon acht Prozent am britischen Schallplattenmarkt erobert – Einstieg in USA steht jetzt bevor

SIEGFRIED HELM, London

Richard Branson (36), den Margaret Thatcher gerne als leuchtendes Beispiel für die Art Unternehmergeist *hinstellt, von dessen Wiederbelebung* sie sich wahre Wunder verspricht, ist mit seinem Unterhaltungskonzern Virgin Group jetzt an die Börse gegangen. Branson, der 1970 blutjung mit einem Plattenversandgeschäft angefangen hatte, der auf der Welle von Pop und Rock mit namhaften Stars Furore machte und heute acht Prozent Marktanteil im britischen Plattengeschäft hält, will jetzt ganz groß *auf dem US-Markt* einsteigen. Dazu braucht er Geld. Deshalb die Ausgabe von bis zu 50 Millionen Aktien zum Mindestpreis von 120 Pence, was 26,5 Prozent des Werts seines Unternehmens entspricht.

Bransons Hoffnung auf einen Marktwert von mindestens 217 Millionen Pfund wird sich City-Experten zufolge mehr als erfüllen, die ihm bereits einen Aktienpreis von 150 Pence und einen Marktwert von 270 Millionen Pfund prophezeien. Bransons erklärter Ehrgeiz: Virgin zum größten Unterhaltungskonzern Englands und binnen fünf Jahren zu einem Milliardenkonzern zu machen.

Richard Branson, der mit einer Schnellboot-*Spezialversion mit* deutschen Motoren das „Blaue Band" für England zurückeroberte, den Frau Thatcher zu ihrem „Mr. Saubermann" für ein Jugendarbeitsbeschaffungs-Programm ernannte, will mit dem Schritt zur Börse mehrere Ziele erreichen. Über 90 Prozent der dem Unternehmen jetzt zufließenden Mittel sind für Investitionen in seinem erst im Oktober gegründeten Privat*unternehmen Voyager vorgemerkt,* das die Fluggesellschaft Virgin Airline (Bransons Konkurrenz-Unternehmen zu dem Billigflieger auf der Nordatlantik-Route People Express), seine Nachtklub- und Hotelinteressen aufkaufen soll. Sie seien dem Image von Virgin nicht zuträglich.

Der Erwerb von Aktien betrifft drei Säulen der Virgin-Gruppe: Musik, Einzelhandel und Fernsehen. Der Konzern beschäftigt heute 1600 Menschen in 17 Ländern. Er umfaßt das Geschäft mit Platten (so betreibt Virgin 74 Plattenläden), den Verlagszweig Virgin Books, das Video-Geschäft und das Satellitenfernsehen. Erst vor kurzem erwarb Virgin einen Anteil von 17,5 Prozent bei Superchannel und wurde damit zum zweitgrößten Investor dieses europäischen Unterhaltungskanals.

Richard Branson hatte schon als Neuling bei Pop und Rock ein feines Ohr für zugkräftige Stars. Er nahm Mike Oldfield unter Vertrag, dessen Riesenerfolg mit „Tubular Bells" zum Wachstumshormon für den Giganten Branson wurde. Inzwischen hat er an *die hundert klangvolle Namen* der Branche unter seinem Dach, darunter Veteranen wie Brian Ferry und Phil Collins. Virgin ist immer hart am Ball. Hinzu kamen die neuen Erfolgsgruppen China Crisis, Simple Minds und Human League und Pete Townshend.

Wenn Branson seine frohe Botschaft verkündet, klingen seine Worte denen der bewunderten Lady zum Verwechseln ähnlich: „Ich bin überzeugt, daß die Leute mehr arbeiten, wenn man sie zu Miteigentümern ihres Unternehmens macht", betonte er. Deshalb reservierte er zehn Prozent des Aktienpakets für seine Belegschaft. Betriebsangehörigen gewährt er günstige Überbrückungskredite bis zu 500 Pfund zum Aktienerwerb. Als Frau Thatcher das Fernmeldewesen durch Schaffung von British Telecom privatisierte, hatte Branson mit solchen Überbrückungskrediten für seine Angestellten schon einmal nachgeholfen, um sie zu Aktionären zu machen.

Richard Branson ist der heutzutage selten gewordene Fall des supererfolgreichen Selfmademan. Mit 14 von der Schule abgegangen, hat er sich, was man im Geschäftsleben wissen muß, selbst beigebracht. Das Flair fürs Geschäft brachte er freilich mit. Er ist zuversichtlich, daß, wer auf Virgin setzt, auch Millionär werden kann: „Wer vor drei Jahren bei uns eingestiegen wäre, wäre heute ein reicher Mann. Wir sind eins der am schnellsten expandierenden Unternehmen Englands. Aber wir haben nur britische Künstler unter Vertrag. Über die Börse können wir in Amerika groß einsteigen."

Niederlande wollen die Kohle stärker nutzen

htz. Den Haag

Die Vereinigung der niederländischen Elektrizitätsbetriebe (SEP) will den Energieträger Kohle in Zukunft wieder stärker nutzen. Geplant sind drei neue Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von je 6000 Megawatt. Sie sollen die Stromversorgung in den *90er Jahren zusammen* mit anderen Energieträgern wie Gas, Öl und Kernkraft gewährleisten. Insgesamt, so wird im Haager Wirtschaftsministerium betont, wird die Kohle als Energieträger bei der Stromversorgung künftig wieder eine höhere Priorität genießen.

Als Investitionsvolumen für den Bau der drei Kohlekraftwerke wurde von der SEP ein Betrag von drei Mrd. Gulden veranschlagt. Für jedes der drei Kohlekraftwerke werden nach Angaben des Haager Wirtschaftsministeriums jährlich rund 1,2 Mill. Tonnen Kohle benötigt. „Diese Kohle", so der energiepolitische Sprecher des Haager Wirtschaftsministeriums Jules Wilhelmus gegenüber der WELT, „werden wir hauptsächlich aus der Bundesrepublik, Polen und Australien beziehen."

Das erste Kohlekraftwerk soll spätestens 1993 ans Netz gehen. Der Bau ist nach Angaben der SEP unerläßlich, da in den nächsten zehn Jahren mit einem Stromverbrauchszuwachs *von etwa 1,3 Prozent jährlich gerechnet* wird. Außerdem müssen in den 90er Jahren bestehende Kapazitäten bei Energieversorgungsunternehmen erneuert werden.

Sorge bereitet der SEP die nach wie vor bestehende Unsicherheit in Sachen Kernenergie. Da die christlich-liberale Haager Regierung nach der Tschernobyl-Katastrophe erst einmal einen Ausbaustopp für zwei weitere bereits fest geplante Kernkraftwerke verfügt hat, sei es aber durchaus möglich, daß in Zukunft ausschließlich Kohlekraftwerke den wachsenden Energiebedarf in den *Niederlanden zu decken haben.* Sollte allerdings ein weiterer Ausbau der Kernenergie von der Haager Regierung beschlossen werden, so könne dieser Energieträger bis 2000 rund 30 Prozent des holländischen Strombedarfes decken, betont die SEP.

Börsenstimmung ist vergiftet

Nicht nur Chemieaktien leiden unter Sandoz-Katastrophe

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die gute Stimmung die sich an der Schweizer Börse in der vergangenen Woche anzubahnen schien, hat durch die Umweltkatastrophe des Baseler Chemiekonzerns Sandoz einen Dämpfer erhalten, auch außerhalb des Chemiebereiches. Bei Börsenabschluß lag der Gesamtindex des Schweizerischen Bankvereins in Basel heute um knapp zwei Prozent niedriger als am vergangenen Freitag. Bei den Chemiewerten, wo die Baisse am Mittwoch andauerte, ergab sich ein Rückgang um fünf Prozent.

Die Verseuchung des Rheins durch Sandoz werfe in den Augen ausländischer Anleger einen Schatten über die „saubere Schweiz", heißt es in Basel. Verkäufe sind denn auch vor allem aus dem Ausland gekommen. Diese Tendenz spiegelt sich in den *starken Verlusten der auch* Ausländern zugänglichen Sandoz-Titel wieder, besonders bei den Partizipationsscheinen die seit Freitag von 1740 auf 1420, also um über 18 Prozent gesunken sind. Auch die beiden anderen chemischen Großkonzerne, neben Hoffroche insbesondere die Firma Ciba Geigy, deren Sicherheitsmaßnahmen ebenfalls kritisiert werden, haben deutliche Einbußen erlitten.

Sandoz jedenfalls wird noch auf einige Zeit unter Druck bleiben, da zunächst nicht abzusehen ist, wie groß die Schadensersatzansprüche aus dem In- und Ausland sein und in welchem Umfang sie von der Firma selbst getragen werden müssen. Der Bankverein empfiehlt dennoch seinen Kunden *Sandoz als eine gute* Anlage auf mittlere Sicht zu behalten. Auch ändere die Katastrophe nichts an den sehr günstigen fundamentalen Tendenzen und Aussichten der schweizerischen Wirtschaft und damit auch der Börse.

Haushaltsdefizit bleibt hoch

Auch Privatverschuldung in USA erreicht Rekordstand

AFP/AP, Washington

Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten wird 1991 noch 100 Mrd. Dollar übersteigen und damit weit von dem für das betreffende Jahr vom Gramm-Rudman-Gesetz vorgeschriebenen Ausgleich bleiben. Dies geht aus den vom Weißen Haus ausgearbeiteten, noch vertraulichen Schätzungen hervor.

Das Defizit wird im dem am 1. Oktober begonnenen Steuerjahr 1987 noch 163 Mrd. Dollar anstatt der im Gesetz vorgesehenen 144 Mrd. Dollar betragen. 1988 wird mit einem Defizit von 162 Mrd. Dollar anstatt 108 Mrd. Dollar und 1991 mit 102 Mrd. Dollar anstatt eines ausgeglichenen Haushalts gerechnet. Diese Schätzungen stützen sich auf einen unveränderten Ausgabenrhythmus mit Ausnahme einer regelmäßigen Erhöhung des Verteidigungsbudgets von jährlich drei Prozent über der Inflation.

Die vom Budgetbüro des Weißen *Hauses berechnete Defizitkurve wird* von privaten Wirtschaftsexperten als noch viel zu optimistisch eingestuft, da für die nächsten Jahre ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent eingesetzt wurde und damit die erwarteten Steuereinnahmen stark aufgebauscht worden seien. Private Experten sehen ein Wachstum von 2,8 Prozent als wahrscheinlicher an und rechnen für 1991 mit einem Haus*haltsdefizit von 162 Mrd. Dollar.*

Auch die Haushalte und Privatunternehmen in den USA haben in diesem Jahr einen Rekordschuldenstand erreicht. Wie der Direktor der *US-Depotversicherungsgesellschaft* FDIC, William Seidman, auf der Jahrestagung des Sparkassenverbandes in San Francisco mitteilte, verdoppelte sich die Privatverschuldung seit 1980 von 3,6 Bill. auf sieben Bill. Dollar.

Dramatische Preisentwicklung

Exporte aus Korea beunruhigen Elektronik-Hersteller

dpa/VWD, München

Eindeutig auf Export ausgerichtete Überkapazitäten bei koreanischen Herstellern von elektronischen Speichern und Bildröhren lassen die Branche „dramatische Preisentwicklungen" erwarten. Über einen Anschluß der Europäer an das US-Dum*ping-Verfahren gegen japanische* Anbieter sei noch nicht entschieden, sagte auf der Electronica 86 (11. bis 15. November) in München Jürgen Knorr vom Fachverband Bauelemente der Elektronik im Zentralverband elektrotechnische und Elektronikindustrie (ZVEI).

Mit einem Boom sei 1987 auf dem bundesdeutschen Bauelementemarkt nicht zu rechnen, abgesehen von der Konsumelektronik werde sich der Markt ab Frühjahr aber beleben. Der Inlandsmarkt für Bauelemente der Elektronik soll laut ZVEI 1987 um 7,2 (0,7) Prozent auf 12,1 Mrd. DM wachsen, besonders in den Sparten Kfz-Elektronik, Büroelektronik und Datentechnik.

Weltweite Überkapazitäten bei Standard-Speicherchips seien 1985 nur gut zur Hälfte ausgelastet gewesen, sagte Knorr. Auch bei der erst seit kurzem produzierten Megabit-Chip-Generation erwarte man innerhalb von drei bis vier Jahren Preisstürze wie bei den Vorgängern. 256-K-Speicher etwa würden von koreanischen Herstellern „klar regierungsgestützt" für die Hälfte des in der Bundesrepublik kostendeckenden Preises angeboten. Die betroffene Konkurrenz habe die Produktion auf ein Minimum reduziert. Ähnlich sei die Lage bei Bildröhren. Hier habe Korea bei 1,5 Mill. Stück Eigenbedarf pro Jahr mit japanischer Technologie eine Kapazität von etwa zwölf Mill. Stück aufgebaut.

Mit Elektromechanischen Bauelementen, etwa Steckverbindungen, Schaltern oder Leiterplatten sollen 1987 *gut 4,1* (3,9) Mrd. DM im Inland umgesetzt werden. Die größte Dynamik erwarte die Branche künftig vom Abnehmer Kfz-Industrie. Auf lange Sicht seien Wachstumsraten von zehn bis zwölf Prozent zu übertreffen. Mittelfristig werde sich der Anteil der Elektronik am Durchschnittsauto von heute etwa 20 US-Dollar verzehnfachen, schätzte Knorr. Das sei ein „dramatisch wachsender Bedarf", *selbst wenn die weltweite Automobil*produktion von etwa 30 Mill. Fahrzeugen jährlich stagniere.

Madrider Börse schafft Zweitmarkt

VWD, Madrid

Einen Sekundärmarkt, das heißt einen Markt für Aktien, die im Freiverkehr *gehandelt* werden, wird die Wertpapierbörse in Madrid am Montag eröffnen. Dieser Schritt ist Teil der Bemühungen um eine Ausweitung der noch begrenzten Anzahl spanischer Unternehmen, deren Aktien öffentlich gehandelt werden. Wie das „Wall Street Journal/Europe" schreibt, würden an dem neuen Markt aber zunächst nur die Aktien eines einzigen Unternehmens, der Mercapital S. A., gehandelt. Das Unternehmen aus dem Finanzdienstleistungsbereich will 20 Prozent seines Aktienkapitals zur öffentlichen Zeichnung anbieten. Dies ist zugleich der Mindestsatz, den die staatlichen Richtlinien für diesen neuen Markt vorsehen. Ein Mitglied der Börsenleitung erklärte, mehrere Dutzend andere Gesellschaften hätten an dem neuen Markt ihr Interesse bekundet. Voraussichtlich würden noch vor Jahresultimo die Aktien eines weiteren Unternehmens in den Freiverkehrshandel eingeführt. Welche *Gesellschaft dies sein wird, ließ er zwar offen, er deutete jedoch an, daß es ein Herstel*ler von mechanischen Anlagen sein dürfte.

Alfa-Romeo-Verkauf hat Signalwirkung

Italiens Staatsbetriebe unter Rationalisierungsdruck – Verkäufe werden fortgesetzt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der Verkauf des Automobilunternehmens Alfa Romeo an Fiat durch die staatliche Bereichsholding IRI-Finmeccanica wird für den gesamten Bereich der italienischen Staatsbetriebe nicht ohne Folgen bleiben. Experten sind sich einig in der *Auffassung,* daß der Alfa-Verkauf den Trend, Verlustbringer oder Unternehmen aufzugeben, die nicht mehr in den strategischen Rahmen der Staatsbetriebe passen, – noch weiter beschleunigen wird.

Zwischen Januar 1983 und Juni 1986 verkaufte allein die Staatsholding IRI Beteiligungen und Tochterunternehmen im Wert von 2073 Mrd. Lire (rund 3,1 Mrd. DM). Davon entfielen 879 Mrd. Lire auf die Teilprivatisierung der IRI-Banken. IRI hat 1985 ihren Verlust um 500 Mrd. Lire auf 1590 Mrd. Lire verringert und erwartet 1986 erstmals wieder eine ausgeglichene Bilanz, teilte IRI-Präsident Romano Prodi jetzt mit. Der Verkauf von Alfa Romeo an Fiat habe einen Meilenstein in der Politik der Privatisierung der Staatsbetriebe gesetzt. Diese Politik werde mit dem Verkauf des Zementunternehmens Cementir fortgesetzt, erklärte Prodi.

Druck aus Parteikreisen

Staatliche Experten erwarten, daß jetzt der Druck aus Parteikreisen, der um Alfa Romeo erleichterten Be*reichsholding Finmeccanica* neue Bereiche zuzuführen, bald konkrete Formen annehmen wird. Durch den Verkauf des Automobilunternehmens an Fiat verliert Finmeccanica nicht nur ihren größten Verlustbringer, sondern auch 45 Prozent des Umsatzes (6700 Mrd. Lire 1985) und die Hälfte der Beschäftigten. Geblieben sind ihr *jetzt nur* noch das Flugzeugbauunternehmen Aeritalia, die 25-Prozent-Beteiligung an dem Flugzeugbauunternehmen Aermacchi sowie der Kraftwerksbau (Ansaldo), der Bau von rollendem Eisenbahnmaterial (Ansaldo Transporti) und der Motorenbau (VM).

Um die Lücke zu schließen, werden, so die Experten, vor allem die Parteienbemühungen zunehmen, den von *der kleinsten italienischen* Staatsholding, Efim, kontrollierten Hubschrauberbereich mit Aeritalia zu verschmelzen. Die Bemühungen, den von Efim kontrollierten Helikopter-Hersteller Agusta unter die Fittiche von IRI-Finmeccanica zu geben, datieren seit 1970 und waren vor kurzem fast in die Zielgerade geraten. Nach sechsmonatigen Diskussionen *kamen die dafür eingesetzten* drei Parlamentsausschüsse vor wenigen Monaten aber zu dem Ergebnis, daß dafür die Stimmen der Sozialisten und Sozialdemokraten fehlen.

Die zwei sozialistischen Parteien opponieren gegen eine Aushöhlung von Efim, weil sie als zweite Stufe ein völliges Verschwinden dieser Miniholding befürchten. In diesem Fall würde das Proporz-Gleichgewicht ins Wanken geraten, demzufolge die Christdemokraten die größte Staatsholding, IRI, die Sozialisten den staatlichen Energiekonzern ENI und die Sozialdemokraten Efim als Pfründe betrachten dürfen.

Vertrag mit Buitoni

Die Rationalisierung des staatlichen Teils der italienischen Wirtschaft dient nicht zuletzt dem Zweck, die begrenzten Ressourcen auf die eigentlichen „strategischen" Bereiche wie *Chemie, Stahl, Elektronik, Nach*richten und Transportwesen zu konzentrieren. In dieses Konzept paßt heute weder die Automobil- noch die Lebensmittelindustrie.

Schon 1985 hatte IRI den Versuch unternommen, den über die Finanzholding SME kontrollierten Nahrungsmittelbereich abzutreten. Es wurde auch ein Verkaufsvertrag mit der Firma Buitoni abgeschlossen, die zu der Firmengruppe des Industriellen Carlo de Benedetti gehört. Dieser Vertrag wurde jedoch vor allem von den Sozialisten angefochten und in der Folge für nichtig erklärt, worauf die Firma Buitoni vor Gericht auf Vertragserfüllung klagte.

Dieser Prozeß ist noch im Gange. Da inzwischen außer Buitoni noch andere private Interessenten auf dem Plan erschienen sind, steht aber nicht mehr das Verbleiben von SME im Firmenverband von IRI zur Debatte, sondern nur noch zu welchen Bedingungen SME aus dem Firmenverband entlassen wird.

Blue Chip?

Bm. – Man schrieb das Jahr 1966. Da machte sich ein kommunaler Stromversorger auf, seine Rathausfesseln abzulegen und am Kapitalmarkt durchzuatmen. VEW in Dortmund wurden ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen. Natürlich muß man trommeln, wenn man seine Ware an den Mann bringen will. Das gilt auch für Aktien, und insbesondere für solche, die aus kommunalen Händen feilgeboten werden. Es war also legitim, daß man die junge VEW-Aktie mit dem Nimbus eines Blue Chip umgab.

Ist daraus inzwischen ein Blue Bird geworden? Keineswegs. Der Ausgabekurs betrug damals 112,50 DM. Gestern notierte die Aktie 153,20. Wenn man bedenkt, daß das Aktienkapital von damals 360 auf heute 1000 Mill. DM gestiegen ist und die Bezugsrechte immer attraktiv waren, so haben die alten Aktionäre einen guten Schnitt gemacht. Der relativ niedrige Kurs – gemessen an benachbarten Versorgern – könnte die Spekulation auf morgen anregen. Zunächst aber muß einmal dafür bezahlt werden, daß die idealisierte Landespolitik den Versorgern Kernkraftabstinenz auferlegte. Nun baut VEW in Niedersachsen – für 5 Mrd. DM, was Verluste bis zur Inbetriebnahme 1988 in Höhe von rund einer Milliarde bedeutet.

Doch Anfang der neunziger Jahre wird VEW erneut durchatmen und Luft bekommen für eine hoffnungsfrohere Dividendenpolitik. Paart sie sich mit der Innovationskraft dieses Hauses, so kann VEW ein feines Chip sein – wozu gerade blue?

Es bleibt bei zwölf Prozent

Die Gesamtleistung des VEW-Konzerns hat sich ermäßigt

HANS BAUMANN, Essen

Rechnet man die ersten neun Monate auf das Geschäftsjahr 1986 hoch, so werden die Aktionäre der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, mit einem Ergebnis rechnen können, das sich im großen und ganzen mit dem des Vorjahres vergleichen läßt.

Die Gesamtleistung des Konzerns ermäßigte sich um 20 Mill. auf 4,66 Mrd. DM. Entlastet wurde die Rechnung jedoch von einem um 175 Mill. DM niedrigeren Stoffaufwand. Doch das Bruttoergebnis wird nicht um die rechnerischen 155 Mill. DM besser sein, da für Personal per 30. 9. rund 890 Mill. DM mehr aufgewendet werden müssen, Fremdleistungen 26 Mill. DM erforderten und Abschreibungen, Steuern und Zinsen um 20 Mill. DM steigen. Bleibt unter dem Strich ein gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres verbessertes Bruttoergebnis von 30 Mill. DM.

Auf das ganze Jahr gerechnet werden es rund 50 Mill. DM sein, die dann aber auch erforderlich sind, um das erhöhte Kapital von 1 Mrd. DM zu bedienen und den Rücklagen wieder 25 Mill. DM zuzuführen. Für die Aktionäre bedeutet das eine gleichbleibende Dividende von zwölf Prozent je 50-DM-Aktie.

Wie die VEW in einem Aktionärsbrief mitteilt, ist die Gesamtversorgung mit Strom um 1,3 Prozent auf 18,8 Mrd. kWh zurückgegangen. Der Gasabsatz hat dagegen in den ersten neun Monaten kräftig um 14,3 Prozent auf 31,3 Mrd. kWh zugenommen. Der nach wie vor defizitäre Fernwärmeabsatz ermäßigte sich um 3,7 Prozent auf 1,4 Mrd. kWh.

Der Hochtemperaturreaktor in Schmehausen ist zur Zeit planmäßig abgeschaltet, nachdem er bereits 500 Mill. kWh Strom geliefert hat. Ende dieses Monats wird er voraussichtlich wieder angefahren und im März 1987 soll er dann an die Betreiber übergeben werden.

Zur Zeit wird die Kilowattstunde des Hochtemperaturreaktors mit 10,5 Pfennig kalkuliert. Bei Übernahme durch die Betreiber muß der Kostenpreis kalkuliert werden, der dann etwas höher liegen wird. Kalkulationsbasis ist eine jährliche Benutzungszeit von 6170 Stunden. Sollten dann Verluste eintreten, so tritt ein Verlustausgleichsvertrag zwischen der Betreibergesellschaft und der öffentlichen Hand in Kraft.

Völlige Unklarheit herrscht für die VEW (ebenso wie für andere Stromversorger) über den Ausgleich der Wärmepreisdifferenz nach dem Dritten Verstromungsgesetz, also über den Kohlepfennig. Geklärt werden muß, ob es bei den 4,5 Prozent Ausgleichsabgabe je Kilowattstunde *bleibt oder ob der Mehraufwand* gegenüber schwerem Heizöl aus dem Kassenkreditrahmen gedeckt werden soll. Da dieser Rahmen aber auf 500 Mill. DM beschränkt ist, wird seine *Aufstockung erforderlich oder* aber eine Erhöhung des Hebesatzes über 4,5 Prozent hinaus.

Die Elektrizitätswirtschaft erwartet aber keine Klärung vor der nächsten Bundestagswahl im Januar 1987. Sie gibt aber zu bedenken, ob es nicht sinnvoller sei, den Kreditrahmen zu erweitern, da damit der Weg über das Parlament erspart bleibt, der notwendig wird, wenn der Hebesatz über 4,5 Prozent hinaus erhöht werden soll.

Die VEW haben in den ersten neun Monaten 1986 rund 100 Mill. DM mehr an Kohlepfennigen erhalten als 1985. 1986 werden es insgesamt rund 280 Mill. DM sein.

Wer steht in der Pflicht?

Zwei unterschiedliche Haftungsgrundlagen bei Sandoz

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im Versicherungsschaden des schweizerischen Chemieriesen Sandoz konkurrieren zwei unterschiedliche Haftungs- und Anspruchsgrundlagen. *Die Feuerversicherung* der Schweizer Zürich-Gruppe und die Betriebs-Haftpflichtversicherung, die beim Kölner Gerling-Konzern abgeschlossen worden ist. Obwohl das Zustandekommen der Versicherungs-Verträge trotz Kenntnis der bekanntgewordenen Risikoanalyse seitens der Zürich zumindest für sie noch eine Fülle von Fragen aufwirft, der Gerling-Konzern ist eindeutig in der besseren Position, wenigstens versicherungstechnisch gesehen.

Tatsächlich: Für Gerling steht die Zürich als der Feuerversicherer in erster Linie in der Pflicht. Ein solches Zusammentreffen von Feuer- und Betriebs-Haftpflichtschaden kommt äußerst selten vor. Die Industrie-Feuerversicherung deckt die Schäden, die durch Brand oder Explosion mit anschließendem Brand an Gebäuden, technischen und kaufmännischen Betriebseinrichtungen sowie Vorräten, gleichgültig ob es sich um Rohstoffe, unfertige Waren oder Fertigerzeugnisse handelt, entstanden sind. Das gilt auch für Schäden durch Löschwasser, sofern es auf dem Betriebsgelände bleibt. Erst wenn das Wasser – wie im Fall Sandoz – das Gelände verläßt, also in den Rhein fließt und dort Schäden verursacht, kann die Betriebs-Haftpflichtversicherung herangezogen werden.

Das ist keine Haarspalterei. Diese Spezialform der Allgemeinen Haftpflichtversicherung deckt unter anderem alle Personen- und Sachschäden gegenüber Betriebsfremden, Regreßansprüche gegenüber Krankenkassen, allgemein gesagt gegenüber allen Dritten. Feuer- und Betriebs-Haftpflichtpolicen werden für Industrie und Gewerbe nach Art, Größe, Beschäftigtenzahl und Gefährlichkeit der Produktion tarifiert. Der Umfang der im einzelnen versicherten Risiken ist enorm. Risikoausschlüsse können im Versicherungsfall teuer werden, noch teurer als die ohnehin schon hohe Prämie.

Im Normalfall gibt es kaum Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den beiden Versicherungssparten. Im Fall Sandoz kann es trotzdem dazu kommen. Theoretisch könnte sich die Betriebs-Haftpflichtversicherung auf den Standpunkt stellen, der von ihr zu regulierende Schaden, beispielsweise der Rheinfischer, sei durch mangelnde Sicherheitsvorkehrungen (fehlende Sprinkler, fehlende oder unzureichende Löschwasser-Auffangbecken) erst entstanden. In diesem Falle würde die mangelhafte Risikoanalyse des Feuerversicherers Zürich zur Sprache kommen.

Inwieweit sich die Zürich selbst aus der Regulierung stehlen kann, ist zweifelhaft. Von ihr stammte schließlich die Risikoanalyse. Hier kann sie sich nur dann von hohen Zahlungen freihalten, wenn Chemikalien gelagert wurden, die nicht in den Gefahrenlisten standen und der Zürich nicht bekannt waren. Sandoz soll mit rund 600 Mill. DM versichert sein. Zu welchen Teilen gegen Feuer und Haftpflicht ist nicht bekannt.

Aber auch hier gibt es Auswege. Als vor Jahren das riesige Materiallager von Ford in Köln abbrannte, zahlten auch die Versicherer in Kenntnis der Tatsache, daß die Lagerhaltung, was Menge, allzu dichtes Beieinander und Stapeln leicht entzündlicher Artikel anging, unzulässig war. Schließlich wollte man Ford nicht vollends von der Kundenliste streichen müssen.

Thomae setzt auf Biotechnik

Neues Medikament zur Behandlung akuter Herzinfarkte

nl. Biberach

Europas modernstes Biotechnikum, das Investitionen von 135 Mill. DM erforderte, ist im oberschwäbischen Biberach von der Dr. Karl Thomae GmbH, dem zum Firmenverband Boehringer Ingelheim gehörenden innovationsfreudigen chemisch-pharmazeutischen Unternehmen, in Betrieb genommen worden. Mit diesem finanziellen Kraftakt dokumentiert Thomae zugleich die großen Erwartungen, die an die Fortschritte in der Biotechnik geknüpft werden. Dies gilt zunächst insbesondere im Hinblick auf die für das erste Quartal 1987 für die Bundesrepublik erhoffte amtliche Zulassung eines neuen Wirkstoffs zur Behandlung akuter Herzinfarkte.

Bei diesem biotechnisch industriell hergestellten Stoff „t-PA" handelt es sich um ein natürlich im menschlichen Körper vorkommendes Protein, das in der Lage ist, Blutgerinnsel (ohne Nebenwirkungen) aufzulösen. Der Preis soll, wie angedeutet wurde, unterhalb der Kosten für eine konventionelle Behandlung mit Katheter von 4300 DM liegen. An der Entwicklung dieses Stoffs arbeitete Thomae mit der *amerikanischen Firma* Genentech zusammen.

Zur Geschäftsentwicklung von Thomae war von Heinz Ried, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, zu hören, daß das Unternehmen im laufenden Jahr 1986 voraussichtlich mit einem um 20 Mill. DM geringeren Umsatz gegenüber dem Vorjahr abschneiden werde. In 1985 hatte Thomae seinen Umsatz um 6,5 Prozent auf *589 Mill. DM* gesteigert. Als Grund für den Umsatzrückgang in diesem Jahr gibt Ried das Faktum an, daß immer mehr Präparate nachgeahmt und zu Niedrigstpreisen auf den *Markt gebracht* würden. Zusätzlichen Schub verspreche man sich deshalb von neuen biotechnisch hergestellten Präparaten.

Bescheidener werde auch der Ertrag in diesem *Jahr ausfallen*. Ried rechnet mit einer Halbierung gegenüber dem Vorjahr, in dem man im Durchschnitt der forschenden Pharmaindustrie (3 bis 4 Prozent vom Umsatz) *gelegen* habe. In Sachanlagen investiert werden im laufenden Jahr 118 (1985: 85) Mill. DM, für 1987 sind 60 Mill. DM vorgesehen. Am Jahresende beschäftigte Thomae fast 3200 Mitarbeiter. Das neue Biotechnikum bietet rund 250 neue Arbeitsplätze.

Der Partner Genentech, an dem die Thomae-Mutter Boehringer mit 4,9 Prozent beteiligt ist, zählt rund 1000 *Beschäftigte. In den ersten neun Monaten* dieses Jahres steigerte er seinen Umsatz um fast 53 Prozent auf gut 97 Mill. Dollar, der Nettogewinn nahm auf 8,4 (3,4) Mill. Dollar zu.

Wertberichtigungen belasten Ergebnis

dos, Hannover

Die zur BHF-Bank gehörende Deutsche Hypothekenbank AG (DHB), Hannover/Berlin, rechnet für 1986 mit einem Wertberichtigungsbedarf, der „die aus früheren Jahren gewohnten Beträge" übersteigen wird. Der DHB-Vorstand bezieht sich bei dieser Aussage auf die noch immer unbefriedigende Lage auf dem Grundstücksmarkt. Dennoch werde ein insgesamt zufriedenstellendes Ergebnis erwartet. In den ersten neun Monaten 1986 habe sich das Teilbetriebsergebnis nur um 0,9 Mill. DM auf 28 Mill. DM verringert; der Zinsüberschuß allein sei leicht auf 47,3 Mill. DM gestiegen.

Im Berichtszeitraum erhöhten sich die Darlehenszusagen auf 1,23 (1,12) Mrd. DM. Davon entfielen auf Hypothekendarlehen 377 (345) Mill. DM und auf Kommunaldarlehen 850 (775) Mill. DM. Die Darlehensauszahlungen stiegen gleichzeitig auf 1,11 (0,94) Mrd. DM, die Zusagen auf 1,23 (1,12) Mrd. DM.

Kapitalschnitt bei Hohner

nl. Stuttgart

Bei der seit geraumer Zeit mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden Matth. Höhner AG, Trossingen, dem führenden europäischen *Musikinstrumente-Produzenten*, steht ein noch nicht näher präzisierter Kapitalschnitt bevor. Deshalb ist die Kursnotierung der Hohner-Aktie an der Stuttgarter Börse *seit Dienstag* ausgesetzt. Wie das Unternehmen mitteilt, werde einer für den 30. Dezember dieses Jahres einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung dem Aktiengesetz entsprechend ein Verlust in Höhe der Hälfte des Aktienkapitals angezeigt.

Das Aktienkapital von derzeit 14 Mill. DM liegt zu mehr als 60 Prozent bei der im Besitz der fünf Familienstämme Hohner befindlichen Orion-Stiftung. Morgen will der neuformierte Vorstand den Sanierungsplan erläutern. Der Umsatz war in 1985 um 11,2 Prozent auf knapp 123 Mill. DM zurückgegangen, wobei ein Betriebsverlust von 10 Mill. DM entstand.

Geschmackstest ist zulässig

Urteil des Bundesgerichtshofs in Sachen Cola-Werbung

dpa/VWD, Karlsruhe

Die Aufforderung zu einem Geschmackstest konkurrierender Getränke ist nicht in jedem Falle wettbewerbswidrig. In einem vom Ersten Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) am Mittwoch veröffentlichten Urteil heißt es, es sei noch keine „wettbewerbswidrige kritisierende vergleichende Werbung, wenn die angesprochenen Verkehrskreise aufgrund der überragenden Marktstellung der Mitbewerber ohne weiteres eine gedankliche Beziehung zu dessen Produkt herstellen".

In dem vom BGH entschiedenen Fall hatte ein Verband zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs eine Fernsehwerbung als Verstoß gegen das Wettbewerbsgesetz angesehen, in der Jugendliche zu einem Geschmacksvergleich zwischen „Pepsi-Cola" und anderen, nicht namentlich genannten Cola-Limonaden aufgefordert werden. Bei der überragenden Marktstellung der Marke „Coca-Cola" nehme der überwiegende Teil der Zuschauer ohne weiters an, daß eines der anonymen Vergleichsgetränke „Coca-Cola" sei.

Zwar stimmten die Karlsruher Richter der Ansicht zu, daß die meisten Fernsehzuschauer zu dem Schluß gelangen könnten, eines der anonymen Vergleichsgetränke sei „Coca-Cola". Dies allein könne aber noch nicht als herabsetzende Kritik an der Konkurrenzware aufgefaßt werden. Der Werbespot fordere nur das Publikum auf, die eigene und die Konkurrenzware selbst zu vergleichen. Darin liege in der Regel noch keine Wettbewerbswidrigkeit, vor allem handele es sich nicht um eine kritisierende Aussage des Werbenden über „die Eigenschaften, die Zusammensetzung, die *Beschaffenheit oder* sonstige objektiv feststellbare Eigenschaften der zum Vergleich stehenden Produkte", hieß es in der Urteilsbegründung. (Az.: I ZR 11/85 vom 22. Mai 86)

Energie verträgt keine Hektik

VIK: An „Kohle plus Kernkraft" *festhalten*

Bm. Essen

Ein so komplexes System wie die deutsche Energieversorgung verträgt keine kurzfristigen Neuerungen. Insbesondere aber die Elektrizitätsversorgung bedarf einer Strategie des langen Atems, die weit über das Tagesgeschehen hinaus gültig ist. Das sagt die Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK), Essen, in ihrem neuesten Tätigkeitsbericht. Sie lehnt die zunehmende Politisierung der Energiewirtschaft und die stärkere Einflußnahme des Staates ab.

Der laut geäußerte Vorwurf, in der Bundesrepublik werde in eklatanter Weise Energie verschwendet, lasse sich nicht rechtfertigen. Der spezifische Brennstoffverbrauch gehe zurück und die Wirkungsgrade erhöhten sich. So sei der spezifische Brennstoffverbrauch der deutschen Industrie von 1960 bis 1984 um rund 50 Prozent zurückgegangen. Der Wettbewerb allein *schon zwinge die* Wirtschaft, den Produktionsfaktor Energie mit besonders spitzem Bleistift zu kalkulieren.

Der Forderung nach Kommunalisierung der Elektrizitäts- und Wärmeversorgung mit Überbetonung kleiner, dezentraler Heizkraftwerke stellt die VIK ihr Konzept der „Komplementären Kraft-Wärme-Wirtschaft" entgegen. Dieses *System* sei kostenoptimal und umfasse dezentrale Großkraftwerke ebenso wie dezentrale Heiz- und Heizkraftwerke, verbrauchsnahe Blockheizkraftwerke und auch Wärmepumpen, Heizkessel und sonstige individuelle Energieerzeugungssysteme. Das Zusammenspiel dieses Systems vollziehe sich automatisch in der sozialen Marktwirtschaft, wenn der Staat seine Aufgaben darauf beschränke, den Ordnungsrahmen klar festzulegen. Das System aber funktioniere nicht, wenn der Staat in die sich selbst optimierenden Marktprozesse eingreife und dirigistisch Mehrkosten verursache.

Die VIK warnt davor, Technologien als Selbstzweck zu betrachten. Sie spricht sich dabei für eine weitere Nutzung der Kernenergie im Zusammenspiel mit der Kohle aus. Vertretbare Alternativen – regenerative Energien und Kernfusion – stünden auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung. Ein Ausstieg aus der Kernkraft sei für alle Bürger mit gravierenden *Nachteilen verbunden.*

Ein Ausstieg werde die Umwelt erneut belasten und für die stromintensive Grundstoffindustrie katastrophale Wettbewerbsfolgen haben. Verzicht auf Kernkraft bedeute nicht nur Verlust einiger hochwertiger Arbeitsplätze. Sie treffe vielmehr ganze Industriezweige. Gerade in Nordrhein-Westfalen, wo die Grundstoffindustrie zu 50 Prozent zu Hause sei, würden weite Teile der Zulieferer- und Verarbeitungsindustrie betroffen.

Schweizer Uhren wieder intakt

SMH-Konzern will fünf Prozent Dividende ausschütten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die vor Jahren erheblich aus dem Takt geratene schweizerische Uhrenindustrie hat wieder Tritt gefaßt. So signalisierte dieser Tage der mit Abstand größte eidgenössische Uhrenkonzern, die durch Fusion der SSIH und der Asuag entstandene SMH Schweizerische Gesellschaft für Mikroelektronik und Uhrenindustrie AG, Biel, für 1986 erstmals wieder eine Dividende (fünf Prozent) zahlen zu wollen. Dieser im Zuge eines tiefgreifenden Strukturwandels in einem wahren Kraftakt entstandene neue Uhrenriese, unter dessen Dach sich Marken wie Omega, Tissot, Rado, Longines, Certina und nicht zuletzt die „Umsatzrakete" Swatch befinden, ächzt zwar sehr unter den Wirkungen der Dollarkursschwäche.

Dennoch glaubt man, in 1986 wie im Vorjahr die Umsatzmarke von 1,5 Mrd. sfr im Uhrenbereich – der gesamte konsolidierte Umsatz wird bei 1,8 Mrd. sfr liegen – zu überschreiten. Immerhin wird fast die Hälfte des Umsatzes in Dollar oder in dollarabhängigen Währungen erzielt. Der Mengenabsatz der SMH dürfte in diesem Jahr um nicht weniger als 40 Prozent auf über 15 Mill. Fertiguhren zunehmen. Demgegenüber wird der Uhrwerke-Absatz mit rund 35 Mill. Stück voraussichtlich auf Vorjahreshöhe bleiben.

Aufgrund der Wechselkursverluste geht man bei der SMH in bezug auf das konsolidierte Ergebnis von einer gleichen Größenordnung wie im Vorjahr (gut 60 Mill. sfr) aus. Am SMH-Kapital von 300 Mill. sfr ist eine Unternehmergruppe um den Unternehmensberater und SMH-Verwaltungsratspräsidenten Nicolas G. Hayek mit 51 Prozent beteiligt. Der Konzern umfaßt 94 Gesellschaften und zählt über 11 500 Beschäftigte.

Belebung auf breiter Front

„Leicht aufgehellte Perspektiven" für die eidgenössische Uhrenindustrie findet denn auch eine Branchenstudie der Schweizerischen Bankgesellschaft heraus. Fazit ihrer Umfrage: Mehr als die Hälfte der befragten schweizerischen Uhrenhersteller rechnen für den Zeitraum 1986 bis 1988 mit einem „zunehmenden Geschäftsgang". Eine überdurchschnittliche Belebung erwarten sowohl die Produzenten von Luxusuhren als auch von Billiguhren, wo sich der Swatch-Erfolg niederschlägt.

Deutlichstes äußeres Kennzeichen für die Roßkur, der sich die schweizerische Uhrenindustrie in den letzten Jahren unterzog, ist die Tatsache, daß die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche von 1970 bis 1985 von 89 500 auf 32 000 zusammenschmolz. Die Zahl der Betriebe verringerte sich in dieser Zeit von 1620 auf 600. Zusammenschlüsse, Umgruppierungen, energische Rationalisierungsanstrengungen waren und sind an der Tagesordnung.

Exportplus

Auf der Produktseite schafften die Schweizer, die offenkundig die Marktattacken aus Fernost und den Vormarsch der elektronischen Uhrentechnologie falsch eingeschätzt hatten, gerade noch rechtzeitig eigene Stärken in die Waagschale zu werfen: Anerkannt gutes Styling, Markenprofilierung – ein immer wichtigerer Verkaufsimpulsgeber –, technische Innovationen und Diversifikation machten neue Kräfte frei.

In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 1986 hat sich der Export von elektronischen Uhren und Uhrwerken aus der Schweiz der amtlichen Statistik nach stückzahlmäßig weiter um 18 Prozent erhöht. Uhren aus „anderen Materialien" (also vor allem Kunststoffuhren) kamen auf einen Zuwachs von über 52 Prozent. Rückläufig war hingegen der Absatz von Ankeruhren.

Produziert wurden in der Schweiz im Jahre 1985 60,3 (1984: 49,4) Mill. Uhren und Uhrwerke im Werte von 4,09 (3,65) Milliarden sfr. Exportiert wurden davon 57,3 (46,9) Mill. Uhren und Uhrwerke im Werte von 3,80 (3,40) Milliarden DM. Auf dem Weltmarkt (ohne Staatshandelsländer) hält die Schweiz mengenmäßig einen Anteil von nur noch zehn Prozent, wertmäßig aber immerhin 45 Prozent. Demgegenüber entfällt auf Japan mengen- und wertmäßig ein Part von jeweils 35 Prozent.

Die „Privaten" schießen aus allen Rohren

Streit um Forderung der Gesetzlichen Krankenversicherungen nach Teilkostentarifen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die privaten Krankenversicherer haben an die Beamten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) appelliert, sich nicht von der Forderung der „Gesetzlichen" irreführen zu lassen, sie würden den Beamten Teilkostentarife anbieten können. Beamte, die dennoch darauf warteten, könnten einen irreparablen Fehler begehen, wenn sie von der vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1987 befristeten Öffnung der PKV auch für schlechte Risiken keinen Gebrauch machten. Die PKV bezeichnet die Informationspolitik der GKV für „unverantwortlich".

Auf die Beihilfe abgestimmte Teilkostentarife seien den Gesetzlichen aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Dies sei am 12. August vom Bundesversicherungsamt eindeutig festgestellt worden. Solche Tarife würden gegen den Grundsatz verstoßen, „daß allen Mitgliedern die Leistungen nach den gleichen Maßstäben zu gewähren sind".

Den Vorwurf, mit der Öffnung für Beamte ziele die PKV auf eine finanzielle Auszehrung zulasten der Kassen ab, wollen die Privaten nicht auf sich sitzen lassen. Die Öffnung für Beamtenanfänger und – zeitlich begrenzt – für den privatversicherten Beamtenbestand bestehe gerade darin, daß den schlechten Risiken der Beitritt ermöglicht werde. Gute Risiken könnten jederzeit Mitglied der Privaten Krankenversicherung werden. Den Hinweis auf Belastung der Kassen durch zu große Familien versucht die PKV mit dem Hinweis zu entkräften, für ein Ehepaar um 50 Jahre mit drei Kindern koste der Beihilfetarif der PKV mit rund 300 DM deutlich weniger als die Versicherung einer Person in der GKV (bis rund 500 DM).

Scharf zurückgewiesen wird der Vorwurf von „Dumping-Beiträgen". Die Aufnahme von Beamten sei nicht mit Beitragsvergünstigungen verbunden. Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen bestehe sogar darauf, daß für das ausgesprochen schlechte Risiko ein begrenzter Risikozuschlag erhoben werde.

Der Verband der privaten Krankenversicherer betont dagegen den „nahezu ruinösen Wettbewerb" der Kassen untereinander um die heilfürsorgeberechtigten Berufssoldaten und Polizeibeamten. Hier hätten die Kassen in den letzten zehn Jahren die Beiträge von rund sechs auf rund drei Prozent gesenkt. Die PKV: „Davon lassen sich nicht einmal die Kosten der Krankenversicherung der Rentner, zu der die Heilfürsorgeberechtigten nach ihrer Pensionierung gehören, geschweige denn die der Angehörigen decken.

Es sei auch zu fragen, was die Ortskrankenkassen Bayerns berechtige, trotz entgegenstehenden Urteils des Bundessozialgerichts vom 4. 12. 1985 die Beiträge ihrer eigenen beamtenrechtlich abgesicherten Dienstordnungs-Angestellten wieder zu rund 50 Prozent aus den Mitteln der AOK zu bezuschussen.

Trend zum individuellen Auto

Techno-Einkauf: Zubehörmarkt wächst überproportional

Wb. Wiesbaden

Der deutsche Markt für Kraftfahrzeug-Zubehör – ohne das Ersatzteilgeschäft derzeit bei einem Volumen von rund 4 Mrd. DM – verspricht für die Zukunft überproportionales Wachstum, meint Fritz Haberl, Aufsichtsratsvorsitzender der K.G. Techno-Einkauf GmbH, Hamburg, eines Zusammenschlusses von 109 Autohändlern der Marken Audi/VW, Opel, Ford, BMW und demnächst auch Daimler Benz.

Haberl, auch Präsident des Zentralverbands des Kraftfahrzeuggewerbes, sieht solche Chancen im Geschäft rund ums Auto trotz des Trends zur immer reichhaltigeren Ausstattung ab Werk: „Die Leute wollen ihren Wagen immer stärker individualisieren, um sich damit identifizieren zu können."

Vom Wachstum dieses speziellen Marktes soll auch der Einkaufsverbund der Techno profitieren. 1986 soll die gesamte Gruppierung – einschließlich der Auslandsaktivitäten in Österreich und Dänemark – einen Umsatz von 450 (400) Mill. DM erreichen, davon 420 (386) Mill. DM allein in Deutschland. Das Gesamtsortiment umfaßt 40 000 bis 50 000 Artikel (Haberl: „Man muß sich konzentrieren") und ist so gestaltet, daß man möglichst wenig mit den Automobilherstellern kollidiert.

„Aus dem Teile-Geschäft halten wir uns völlig raus", unterstreicht Haberl. Erste Priorität hat derzeit das Reifengeschäft, „das wir vor zehn Jahren kampflos aufgegeben haben" und das man in die Kraftfahrzeugwerkstätten zurückholen möchte. Andere Produkte des Kernsortiments sind Schmierstoffe und Batterien.

Techno versteht sich selbst weniger als Einkaufs- denn als Marketing-Organisation: „Viel wichtiger als der Preisvorteil ist die Sortimentsgestaltung und die Möglichkeit, durch zwischenbetrieblichen Vergleich zu einer Renner-Liste zu kommen." So unterhält Techno auch kein eigenes Lager, sondern läßt die Händler von den Lieferanten direkt im Streckengeschäft bedienen.

Valmeline für neue Saison ausgelastet

adh. Frankfurt

Um elf Prozent auf 82 (74) Mill. DM steigerte die Valmeline Bekleidung GmbH, eine Tochter der Val.Mehler AG, Fulda, ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1985/86 (30.9.) und knüpfte damit an die positive Entwicklung in den beiden vorangegangenen Jahren an. Erfolge wurden dabei vor allem im Auslandsgeschäft erzielt, die Exportquote stieg auf 40 (33) Prozent.

Rund 56 Mill. DM (plus 15 Prozent) vom Umsatz entfallen auf Damenoberbekleidung. Zwar ist die Marke vor allem stark im Mantelbereich, aber auch bei Kombimode für Damen und Sportswear für Herren zeige sich steigende Tendenz, heißt es. Beide Sektoren sollen zukünftig besonders gepflegt werden. Bis zum Frühjahr sind Valmeline und die 630 Beschäftigten des Unternehmens mit Aufträgen für die neue Saison voll ausgelastet; der Anteil der Eigenfertigung beträgt rund 40 Prozent.

PERSONALIEN

Prof. Dr. **Hans Diergarten**, zuletzt Sonderbeauftragter der Geschäftsführung der SKF GmbH, Schweinfurt, wird heute 85 Jahre.

Dr. **Manfred Brede**, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Doornkaat AG, wurde zum Vice President Finance and Administration der The Allen Group International Inc., Offenbach, gewählt.

Johannes Fürst von Thurn und Taxis übernimmt am Jahresende die Verwaltung seines Vermögens selbst und trennt sich nach 14 Jahren im Einvernehmen von **Hermann Memmer**, Generaldirektor der Gesamtverwaltung.

Helmut Ritter, seit 1978 Geschäftsführungsvorsitzender der Unternehmensgruppe Schunk, Heuchelheim, wird am 15. November 60 Jahre alt.

Norbert Fränken, Vorstandsmitglied der Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach, wurde zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: Werner Rosenberger GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Malereibetrieb Raguse GmbH; Nachl. d. Gertrud Gundermann geb. Behnke; WKF-Consult Beratungsgesellschaft für Organisationsentwicklung u. Informationsverarbeitung mbH; Inge Hans Tischlerei GmbH; **Bremen:** KG in Firma Hermann Engels Blusen-Wäschefabrik GmbH & Co.; Johann Bothe GmbH & Co.; **Delmenhorst:** ISOFOR Selbstbausysteme GmbH, Harpstedt; Herbert Windhorst & Co. GmbH, Harpstedt; **Düsseldorf:** Nachl. d. Hans-Bernhard Peter Gustav Hermann Kawerau, Monheim; **Essen:** ORGA Verwaltungs GmbH; **Hamm:** Bönninghaus Tiefbau- u. Verwaltungs-GmbH; **Krefeld:** Ulrich Beyer, Nettetal; **Rottweil:** Gebr. Jauch Uhrenfabrik GmbH, Deißlingen; **Rüsselsheim:** STARO GmbH; **Stuttgart:** Schwarz Tiefbau GmbH, Neckartenzlingen; **Wetzlar Zweigstelle Braunfels:** Loh Wohn-Collection GmbH, Solms.

Anschlußkonkurs eröffnet: Baden-Baden: Elebau elektronische Bauteile GmbH, Bühl/Baden.

Vergleich beantragt: Niebüll: Tack GmbH; Alex Berndt Bahnsen; **Wilhelmshaven:** BGM Moser Betriebsges. mbH.

Erfolg mit Extrudertechnik

Gute Umsatz- und Ertragsaussichten für Reifenhäuser

Py. Düsseldorf

Die ausschließlich auf die Produktion von Extrusionsanlagen, Maschinen zur Herstellung von Kunststoffgranulaten, von Ummantelungsanlagen für Kabel und Drähte sowie Maschinen für Blas- und Flachfolien konzentrierte Reifenhäuser GmbH & Co. KG, Troisdorf, erwartet für 1986 eine Umsatzsteigerung von zwölf Prozent auf 250 Mill. DM sowie einen Gruppenumsatz von rund 300 Mill. DM. Das vor 75 Jahren aus einer Schmiede entstandene, auch heute noch in Familienbesitz befindliche Unternehmen bezeichnet zur „Kunststoffmesse 86" in Düsseldorf seine Ertragslage rückwirkend wie vorausschauend als gut. Die Nettoerträge seien bei steigenden Umsätzen verbessert worden.

Dabei kommt dem Unternehmen einmal die gute Konjunktur im Kunststoffbereich entgegen. Für 1987 werden die Aussichten als „sehr gut" angesehen. Der Auftragsbestand für das nächste Jahr liege schon heute bei 200 Mill. DM. Noch wichtiger erscheint die hohe technische Innovationsfähigkeit in diesem Markt. Reifenhäuser gilt weltweit als eines der führenden Unternehmen in diesem Sektor. Der Umsatz, allein im Werk Troisdorf 1985 bei rund 1000 Beschäftigten etwa 186 Mill. DM, verteilt sich gleichmäßig auf alle fünf Geschäftsbereiche einschließlich der Planung und des Baus von schlüsselfertigen Produktionsanlagen für den Inlands- und Auslandsmarkt.

In diesem Jahr werden 15 (12) Mill. DM investiert, die aus Eigenmitteln und langfristigen Fremdfinanzierungen stammen. Zusätzlich werden 14 Mill. DM an Entwicklungskosten aufgewendet. Lizenzen werden nach China, Jugoslawien und Indien vergeben. In Brasilien setzte ein eigenes Werk mit 350 Mitarbeitern 20 Mill. DM um.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Thyssen kauft Krause

Düsseldorf (J. G.) – Mit „zunächst" 50 Prozent will sich der zur Thyssen Industrie AG, Essen, zählende Thyssen Maschinenbau am Bremer Familienunternehmen Johann A. Krause Maschinenfabrik GmbH & Co. KG beteiligen und hat dafür eine Absichtserklärung unterzeichnet. Die neue Thyssen-Konzernfirma (120 Mill. DM Umsatz, 500 Beschäftigte) ist auf Montageanlagen besonders für die Autoindustrie spezialisiert. Der Thyssen Maschinenbau (gut 800 Mill. DM Weltumsatz, 5600 Beschäftigte) verspricht sich von diesem Engagement eine Ergänzung seiner auf gleichem Gebiet (von Transferstraßen bis zum Werkzeugbau) bereits breiten Angebotspalette.

Vermögen gesteigert

Frankfurt (VWD) – Der von der Deutsche Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH, Frankfurt, betreute offene Immobilienfonds Grundbesitz-Invest überschritt den Vermögenswert von 2 Mrd. DM. Wie die Fonds-Verwaltung mitteilt, sind 1,5 Mrd. DM in 80 Immobilienobjekten angelegt, die überwiegend in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik liegen. Der Fonds wurde 1970 aufgelegt. Allein in den letzten vier Geschäftsjahren flossen ihm rund 535 Mill. DM zu.

Zweites Darlehen

Frankfurt (adh.) – Zur Sicherung der Finanzierung von deutschen Lieferungen und Leistungen an Pakistan im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Energieausbeute am Tarbela-Staudamm wurde jetzt bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau ein zweites Mischfinanzierungsdarlehen über 100 Mill. DM unterzeichnet (40 Mill. DM Bundesmittel, 60 Mill. DM KfW-Eigenmittel). Für die Zulieferung der Generatoren haben die Firmen Siemens und BBC, Mannheim, ein Konsortium gebildet.

Stiftung „Privathaushalt"

Düsseldorf (Py.) – Die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, hat mit einem zunächst 3 Mill. DM betragenden Kapital die selbständige und gemeinnützige Stiftung „Der private Haushalt" gegründet. Über sie sollen Forschungsarbeiten, die Aus- und Weiterbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte sowie die Herausgabe von Publikationen und die Veranstaltung von Kongressen über Probleme des privaten Haushalts und seiner finanziellen Bedürfnisse gefördert werden.

Höherer Betriebsgewinn

Rotterdam (dpa/VWD) – Der Betriebsgewinn der britisch-niederländischen Nahrungs- und Waschmittelgruppe Unilever NV, Rotterdam/London, ist in den ersten drei Quartalen 1986 um 16 Prozent auf 3,17 Mrd. Gulden (2,81 Mrd. DM) gestiegen. Der den Aktionären zustehende Gewinn lag mit 1,58 Mrd. Gulden um 13 Prozent über dem Ergebnis der ersten neun Monate des Vorjahres. Niedrigere Rohwarenpreise und damit geringere Verkaufserlöse haben dagegen zu einem Umsatzrückgang um sechs Prozent auf 47,07 Mrd. Gulden geführt. Dazu beigetragen hat aber auch die Veräußerung einer Anzahl von konzerneigenen Unternehmen.

Deutschland-Repräsentanz

Frankfurt (VWD) – Die finnische Kansallis-Banken-Gruppe ist über ihre Luxemburger Tochter, die Kansallis International Bank, Luxemburg, jetzt auch offiziell in der Bundesrepublik vertreten. Die Aktivitäten der Repräsentanz in Kelkheim sollen sich nicht auf die Betreuung der über 150 finnischen Unternehmen in der Bundesrepublik beschränken. Auch den über 1300 deutschen Unternehmen, die Geschäfte mit Finnland abwickeln, steht sie zur Verfügung.

Sehr reges Neugeschäft

München (sz.) – Ein sehr lebhaftes Neugeschäft verzeichnete die Münchner Hypothekenbank eG, München, in den ersten neun Monaten 1986 mit einem Anstieg der Darlehenszusagen um 36,7 Prozent auf über 2,04 Mrd. DM. Vom Zinsniveau kräftig stimuliert wurde dabei die Nachfrage nach Hypotheken (plus 47,9 Prozent auf 1,06 Mrd. DM). An Kommunaldarlehen wurden mit 983 Mill. DM aber auch noch 26,3 Prozent mehr bewilligt. Entsprechend kräftig stiegen die Auszahlungen um 46,7 Prozent auf 1,86 Mrd. DM, darunter bei Hypotheken um 75,7 Prozent auf 873 Mill. DM. Im Passivgeschäft wurden 2,37 (1,88) Mrd. DM Schuldverschreibungen plaziert. Angesichts eines Zinsüberschusses von 53,3 (48,5) Mill. DM rechnet das Institut für 1986 mit einem „befriedigenden" Ergebnis.

Wenn Witwer Witwen gleichgestellt sind

Die Zahl der Anträge auf Witwerrente nach dem Tode einer rentenversicherten Frau ist ausgesprochen gering. Vermuteter Grund: Die seit dem 1. Januar 1986 geltende Neuregelung, nach der Witwer unter denselben Bedingungen wie Witwen Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, ist weitgehend unbekannt.

Möglicherweise haben aber auch viele Witwer den Rentenantrag deshalb nicht gestellt, weil sie glauben, Witwerrente wegen der Höhe der eigenen Einkünfte nicht beanspruchen zu können. Dabei übersehen sie zweierlei:

– Das eigene Nettoeinkommen wird in Höhe von 920 DM monatlich gar nicht, der darüber hinausgehende Betrag nur zu 40 Prozent von der Witwerrente abgezogen.

– Für die ersten drei Monate nach dem Tode der Frau steht unabhängig von der Höhe des eigenen Einkommens Rente zu – und das sogar in der Höhe, die die Frau selbst zu beanspruchen hätte, also nicht nur in Höhe von 60 Prozent.

Bei lediglich zum Beispiel 2020 DM Nettoeinkommen des Mannes würde ihm im Anschluß an die dreimonatige Vollrentenzahlung eine Witwerrente von 160 DM pro Monat zustehen (2020 DM minus 920 DM Freibetrag = 1100 DM, davon 40 Prozent = 440 DM Anrechnungsbetrag; 600 DM errechnete Witwerrente minus 440 DM = 160 DM Zahlbetrag).

*

Berechnen gesetzliche Krankenkassen Rentenbeziehern, die ihnen



freiwillig angehören, höhere Beiträge als erlaubt? Dabei handelt es sich um Rentner, die der Kasse deshalb nicht als Pflichtmitglied angehören, weil sie die dafür erforderliche Vorversicherungszeit in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht erfüllt haben. Diesen Rentnern steht (unter Bedingungen) ein freiwilliges Beitrittsrecht zu einer gesetzlichen Krankenkasse zu. Solche freiwillig versicherten Rentner sollen Beiträge von denselben Einkommensarten zahlen wie die pflichtversicherten Rentner. Dem Wortlaut des Gesetzes nach dürfen demnach bei freiwillig versicherten Rentenbeziehern nur die Rente selbst, eine Betriebsrente beziehungsweise andere Versorgungsbezüge sowie Arbeitsverdienst oder -einkommen für die Errechnung der Kassenbeiträge angesetzt werden.

In der Praxis wird das aber vielfach anders gehandhabt. Weil nämlich für freiwillig Krankenversicherte ohne Rente sämtliche „Einnahmen zum Lebensunterhalt" die Grundlage für die Beitragsberechnung bilden – zum Beispiel auch Miet- und Zinseinkünfte –, geschieht das bei freiwillig versicherten Rentnern ebenfalls.

Die Krankenkassen begründen das mit der Gleichbehandlung der freiwillig Krankenversicherten. Sie beziehen sich dabei auf eine Entscheidung des Bundessozialgerichts aus dem Jahre 1982 (Az.: 12 RK 57/81) WOLFGANG BÜSER

Nervöse Aktienmärkte

Noch immer Verstimmung über VW

Der Börsenbeginn stand im Zeichen massiver Verkäufe von VW-Aktien. Anlaß ist der empfindliche Rückgang des Konzernertrages in diesem Jahr. Im Verlaufe wurde das Material hier wie auch bei den anderen Standardaktien aber flott aufgenommen, doch meist unter Vortagsschlußkursen.

VW-Vorzugsaktien, vor einigen Wochen zu 450 DM emittiert, werden nur noch mit 430 DM notiert. Es wird Kritik an dem Emissionspreis geübt, der nach Ansicht der Börsianer die verschlechterte Ertragssituation nicht berücksichtigt hat. Obwohl sich im Falle der Neuen Heimat eine Lösung abzeichnet, die für die Banken akzeptabel zu sein scheint, gaben Bankaktien weiter nach. Bisher war ihre Schwäche mit den drohenden Verlusten bei der Neuen Heimat begründet worden. Schwach lagen Preussag-Aktien, eine Dividendenkürzung scheint zwingend. Aus dem Rahmen fielen AEG-Aktien, die sich entgegen der nachgebenden Allgemeintendenz leicht verbesserten, ebenso übrigens wie RWE, wo die Gerüchte über eine geplante Realteilung nicht verstimmen wollen. Als empfindlich erwiesen sich erneut Maschinenbauaktien, gegen die konjunkturelle Gründe ins Feld geführt werden. Immer noch lebhafte Nachfrage nach Mannesmann, wo für 1987 ein Wiederanstieg der Erträge erwartet wird. Pelikan pendelte sich nur wenig über dem Zeichnungspreis ein.

Nachbörse: leichter

DW-Ak.ind.: 269,50 (272,40)
DW-Ums.ind.: 3314 (3229)
Adv.-decline-Zahl: 65 (79)
38-Tg-Linie: 271,20 (271,16)
200-Tg-Linie: 277,79 (277,90)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 12.11.	11.11.	Stücke	Frankfurt 12.11.	11.11.	11.11. Stücke	Hamburg 12.11.	11.11.	12.11. Stücke	München 12.11.	11.11.	12.11. Stücke
AEG	—313-02-311	308G	8892	307-13-07-311	308,5	3853	305-13,5-05-311	309	5790	308-13-05,5-312	309	8223
BASF	271-1-69-269	274	17300	—271-68-268,5	274	26208	270,5-4-269,5	274	5611	270,5-1-69-269	273,5	7848
Bayer	300-05-299-299G	302,5	21969	—301-299-299	302,5	35208	300-1-0-300	305	9117	300-1-299,5-9,5	304,3	11918
Bayer Hypo	556-6-6-556G	567G	721	556,5-6,5-4-554	567	2656	560-0-55-559	565	906	567-7-55-555	566	4004
Bayer Vbk.	505-5-0-500G	513G	1630	—505-00-501	512	3605	515-5-02-502	513	1610	—505-0-505	513	2580
BMW	—565-1-561	565G	5858	—564-60,5-561	566	25307	567-7-2-567	570	870	567-7-1-562	571	2488
Commerzbk.	306-6-4,5-306	309	11041	—306-04-304,5	308	18933	305-6-4-305	309	16177	305-6-5-305	308	7858
Conti Gummi	330,5-1-0,5-0,5	330,7	35500	—331,8-30-330	329	18737	330,5-1,5-0,5-1	330,5	6912	330-1-29,5-30bG	331	1392
Daimler	1264-74-60-1260G	1278G	3057	—1273-61-1261	1276	8889	1265-70-60-1260	1280B	1962	1265-70-62-1265	1280	2538
Dt Babc St.	207bG-10-07-9,5	208	6702	—210-08-209	209	14490	210-0-0-210	208	971	205-10-05-210	208bG	1444
Dt Babc Vz.	189-90-89-89,5G	191G	1558	191,5-2,5-1-191	192	2399	—	—	917	—189-9-189	191	10
Dt Bank	774-8-3-774	789G	28323	—775-3-773,5	780	20077	771-6-1-774	778	3600	776-6-3-773	779	4423
Dresdner Bk.	394-6-3-394,5	400G	16182	—395-2-395	399	29113	394-5-3,5-395,5	400	9320	402-5-393,5-394	400	3258
FAG Kugelf	483-1-3-480G	482G	479	481,5-3-75,5-75	485	978	•	•	1200	480-7-77—	483	571
Feldmühle	287-7,5-285G	288	3977	284-5-3-283	288	8954	286-6-5,5-285,5	289	2429	285-5-2-287	286bG	533
Hoechst	—260,5-0-260G	261,5	18067	—260,5-59-259G	261,5	51404	259-60-59-260	261,5	4468	259,5-60-260	261	19631
Hoesch	125-5,5-4-124	125,5G	16991	123,1-4,5-3-3,8	125,1	18567	125-5-5-125	125,5	2990	124,8-4,8-124,5	125	7871
Horten	255,5-7,5,5,5-57G	259,8	5998	256-7,5-6-257	257	6434	255-8-5-257	259	1110	260-59-9-259	260	96
Kali u Salz	260,5-1-0-260G	259G	30	—261-0-0-259G	259,9	1588	260-0-0-260	260	912	268-9-1-261	260	892
Karstadt	452-5-2-454	458G	3127	453-6-5-455	457	7001	458-8-6-456	462	964	470-0-55-460	465	924
Kaufhof	528-31-26-531G	530G	560	527,5-32-531,5	529	11552	526-30-26-530	530	910	528bB-31-28-531	535	1166
KHD	185,5-5,5-4-85G	186,5	4203	185,5-7,5-1-5,5	188	3614	186-6-6-186bG	189	960	198-8-89-189	190	276
Klöckner-W	71-1,8-0,5-71,8	71G	1715	71,1-1,3-1-71	71,9G	3388	70-0,9-0-70,5	71,5	3710	71,5-1,5-70,5	72,2	1110
Linde	780-3-0-780G	785	496	780-4-0-792	785	5484	780G-0-0-780bG	788	66	786B-5-2-792bG	786	358
Lufthansa St.	—174-2-172G	171G	578	170-3-0-173	169G	761	—	—	461	—174-4-172B	174	98
Lufthansa Vz.	—152-1-151G	152G	1048	—151-1-151	152	2591	148,5-8,5-159G	152	2223	—152-2-152	154	200
Mannesmann	189-92,5-191,7	190	59196	189-93-29-192,4	190	57216	189-92,5-191,5	190	11290	—192-88-191	169	10971
MAN St.	240,5-1,5-30-30	240,5G	9091	—247,5-28-230	241,5	14275	241-7-27-228bG	241	2916	239,5-41-28-228	241,5	12929
MAN Vz.	195,5-6-1-191,7	198G	2002	198-1—	—	1863	—	—	1862	199bB-7-3-195	193	1243
Mercedes-H	1145-50-45-145G	1155G	840	—1149-45-47	1153	4119	1145-50-45-1150	1162	653	—1160-0-1160	1165	246
Metallges.	316G—315G	317G	170	315-5-5-315	319	3330	—	—	23	329-9-10-310	325	85
Nixdorf	—712,5-06-709	713,5	15462	711,5-2,5-709	715	10501	710-1-05-705	711	3129	—713-0-710	712	1195
Preussag	194-4-1-192	196G	1544	191,2-4,5-194,5	197	1375	190,5-2-0,5-192	200	1310	—195-5-195	200	248
RWE St.	238,4-40,5-239	238	37019	—240-35-238	237	51248	237-40-37-239	257,5	11812	237-40-36-238,5	257,5	10873
RWE Vz.	227-30-27-228	228G	24067	227-7,5-7-228	227,8G	60345	227-39-27-229	227	9113	228-31-28-228,5	228	18001
Schering	621-5-1-624G	627	4855	—625,5-3-625	624,5	6885	621-6-1-625	625	1894	620-5-0-625	625	2453
Siemens	—697-3-694,5	698	15199	—696,5-1-693,5	697	25376	693-7-3-694	696	10829	693-6-3-694	697,5	19859
Thyssen	141-2,5-1-142	143,1	24207	141-2,5-1-142	145,1	38734	140-2,5-0-142	143bG	3552	141-2,5-1-142,5	143,5	6464
Veba	275,5-5,5-3-75G	277G	15803	—274,5-2,2-2,7	277	16257	275-5-3-273	277	1916	274-4-3-274	278	2463
VEW	152,5-4,5-2,5-4	153,5G	2374	153,3-7,5-152,5	153,2	1145	153-3-2,6-152,6	153	1842	—153,5-3,5-3,5	157bG	39
VIAG	158-8-158G	159G	931	159—159	160	12130	•	•	1158	—	158,5	1176
VW	—435-29-430	456	22979	432-27,2-427,2	456,5	52699	437-9-20-428,5	435	34379	429,5-32-430	436	21464
Philips	39,5-9,5-39,3	39,7	27636	39,2-9,3-39,5	39,6	18578	39,3-9,3-39,5	39,6	13761	39,5-9,5-39,2	39,7	8700
Royal D.	184-4,5-4-184,3	187,3	4978	183,5-4,2-183,3	182	7081	182,5-4-2,5-184	182,7	2722	184-4,5-4-184	182,5	3415
DM-Total in 1000 DM			162762			243767			77991			76051

Aktien-Umsätze

Düsseldorf	11.11.	
Allianz Vers.	1069	1595
Garmes	2565	485
Gold.	41	635
Henkel	7867	3515
Hussel	3402	303
IKB	134	502
Trinkaus	771	1441
Varta	2370	1334
Unilever	710	401
Zanders	2567	1542
Frankfurt	11.11.	
Allianz Vers.	1594	2075
Altana	1999	2710
Asko	5192	974
BBC	317	170
BHF	20388	17946
Contigas	245	250
Degussa	1441	1206
DLW	1337	615
IWK	2200	2850
Varta	3169	3710
Hamburg	12.11.	
Allianz Vers.	1020	460
Beiersdorf	1410	1611
Betula	712	2617
Br. Vulkan	5446	2604
HEW	6510	5304
Hussel	6441	340
Phoenix	—	7796
Reichelt	1155	310
Salamander	unerh.	unerh.
München	12.11.	
Ackermann	20	315
Allianz Vers.	1718	221
Dierig	15	10
Dywidag	810	258
Energ. Ostb.	33	38
Isar-Amper	423	202
Münch. Rück	315	396
PWA	1734	953
Salamander	303	56
Südchemie	14	42

Inland

	12.11.	11.11.
H Aach.M.Beh. *2,5	2350	2420
H Aach.M.Vers. 7	2270	2250
D Aach.Rück. 9	2675	2675
D Ascag 14	455T	450T
M Ack.Gogg. 2	156	157
H Adca 7	166	164
D Agfer *2-15	300T	300T
F AEG 0	312,6	309,5
D AEG KABEL 9	398	395
S Aesculap 7	380,5	381G
F AGAB 5	155	155
[illegible]	[illegible]	[illegible]
D dgl. Vz.	252	279
D Commerzb. 3	305	311
D Cobi Rosle *0 RM	14,5T	14T
D Conc. Chem. 4,5	280	280
B Conc. Spinne. *0	630T	610T
D Contigas 6	331	331
D Conti Gummi 5	330,5	333,5
D Dehb. St. 7,75	255,5	256
D dgl. Vz. 14,75	348G	398G
S Daimler 12+2,5	1270	1285
M Doerel AG 6	235	235
D Dt. Atl. Tel. 10	800G	800G
D Dt. Babcock St. 3	209	208
D dgl. Vz. 3,5	189,8	190,5
[illegible]	[illegible]	[illegible]
H Br. Vulkan 0	122	117bG
H Br. Wolle 10	250	252
F BBC 7	299	300
S BSU Textil 30%	2240G	2240G
D Buderus-W. 4,1	116G	117bB
D Buderus *12,5	490G	490G
M Eg. Brau. *17	881	895B
S Bgt. Bm. Rav. *0	356G	356G
F Eintrachtleuchten 7	181,8	180
S Calw D. **12	759bG	759B
F Cassella *15	577	825
F Ceag 5	755	753
D Colonia Vers. 6	730	740
[illegible]	[illegible]	[illegible]
M Goesm. Bk. 3	[illegible]	[illegible]
M Gone *7	227	228B
D Gelsenwasser 5	199	200
D Gerresh. Gl. 7,5	228,5	229
F Gestra 7	173	173
D Gildem. 0	145	143
D Girmes 0	142	145
D Glas & Sp. *11	270T	275T
D Goldschm. 9	234	240
M Glw. Frk. *10	316	307TG
F Grunzw. H. 2	165,5	165,1G
H Gucno *8	420G	420
M Hacker-Psch. 23,3	1345TG	1330G
H Hageda 0	1268	1278
D Hagen Batt. 7,5	256	237
H Hall-Mauer *0	ausg.	ausg.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
D Küppersb. *6	345	[illegible]
D KKB 12	688	[illegible]
F Kupferberg *9	980	[illegible]
F Lahmeyer 10	705	[illegible]
D Langenbr. 10	950B	[illegible]
D dgl. Vz. 10,5	835G	[illegible]
F Lech Elektr. 7,5	341G	[illegible]
D Leffers St. 7,5	380	[illegible]
D dgl. Vz. 8,5	387	[illegible]
B Lehmann 0	136,5G	[illegible]
F Leifheit 12	446	[illegible]
M Leon. Drahtw. 12	750	[illegible]
F Linde 11	782	786
Hn Lind. Gildebr. *13	890B	890
M Löwenbräu 8+1,5	1230G	1230G
[illegible]	[illegible]	[illegible]
H Scheidem. *5,1	270G	270G
D Schering 17	624	627
D Schiess	272	280
[illegible]	[illegible]	[illegible]
D Wedag 3	116G	116G
F Wella 9	754	755
D Westag & Get. 0	93bG	95
[illegible]	[illegible]	[illegible]
F Hornschuch 5	133,5	133G
Hn Ilmebahn St. 0	420G	420G
Hn Ilmebahn Vz. 0	415G	415G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Freiverkehr

[illegible]	[illegible]	[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]	[illegible]	[illegible]

F dgl. Vz. 0	2508	[illegible]
D Köln Verw. 5,5	1500G	[illegible]
D Koenig & B. 6	400T	[illegible]
D dgl. NA. 6	—	[illegible]
F Lengbein-Pl. 0	281	[illegible]
F Masch. Fahr. * 12	360G	[illegible]
S Minbr. Oberk. 8+2	460	[illegible]
Hn Nord. Hefe *12	545G	[illegible]
Hn Osn. Bierb. *6+2	370	[illegible]
F Papier Weiss 0	101G	[illegible]
F Piper	145	[illegible]
D Rheinl. Vers. **24	1808B	[illegible]
D dgl. Vz. *12	890B	[illegible]
F Rieb. Mont **1,15	116	[illegible]
D Schoeller **12	630B	[illegible]
F Schwab 7	464G	[illegible]
D Sportst. Betr. 0	95G	[illegible]
F Venics G. 4	398G	[illegible]
F Warnst. Vict. 0	—	[illegible]

Unnotierte Werte

F Global Nat **0	9,45G	[illegible]
D H. O. Financial **0	,11	[illegible]
M Inv. Propert Inv.	27TG	[illegible]
M Liac **0	0,45TG	[illegible]
M Rückforth St.	5,8TB	[illegible]
M Rückforth Vz.	5,6TG	[illegible]
M Spaten-Br. ** 22%	5200TG	[illegible]
M Tewidata	46Brt	[illegible]

Genußscheine

D Bertelsmann	213,3	[illegible]
F Commerzbk.	120,5bG	[illegible]
F DG Bank 8,5%	115,5	[illegible]
F Dt. Pfandb.anstalt	101,8S	[illegible]
D Klöckner	126	[illegible]
F Ldw. Rentenbk.	104,5G	[illegible]
S Stuttgarter Bk.	103	[illegible]
F Alldephi 7,875%	124	[illegible]
F dgl. 88 4,5%	95	[illegible]
F BBC 11,2	252G	[illegible]
H Dräger 8+1	245	[illegible]
F SGZ-Bk.	186G	[illegible]
M Triumph 3,75	56,5G	[illegible]

Ausland in DM

M Abbott Labor	97,3	[illegible]
M ARGON	84,8	[illegible]
M Ahold	95,6	[illegible]
F L'Air Liquide	706G	[illegible]
D Akzo	140	[illegible]
F Alcan	62,1	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hartzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gierskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

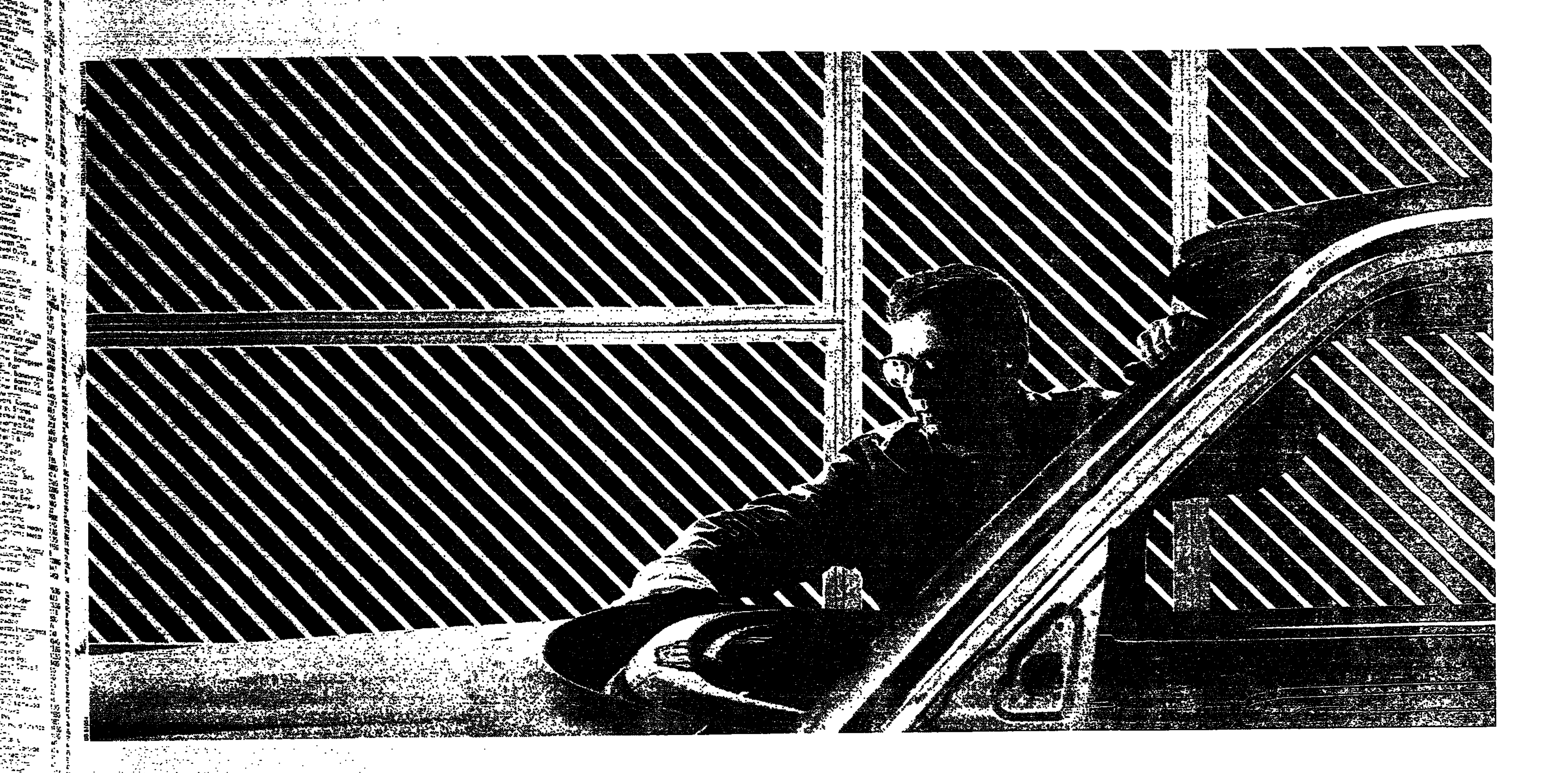
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd-Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Immer wollen wir alles besser machen.

Ein Mercedes gehört ohne Frage zu den anspruchsvollsten Automobilen, die heute gebaut werden. In jeder Klasse.

Wir könnten also mit dem Erreichten hochzufrieden sein.

Aber wir sind es nicht. Denn wir haben uns zum Ziel gesetzt, auch gute Lösungen immer wieder zu überdenken und sie, wenn möglich, durch bessere zu ersetzen.

Nichts anderes erwartet man von uns.

Gleichwohl ist es keine leichte Aufgabe.

Denn unsere Qualitätsmaßstäbe liegen bekanntlich hoch. Sie immer wieder zu erreichen oder gar übertreffen zu wollen erfordert nicht nur die ganze Kreativität und Leistungsbereitschaft unserer Mitarbeiter.

Es erfordert auch die modernsten Produktionsanlagen, die nach dem heutigen Stand der Technik möglich sind.

Deshalb entwickeln und bauen wir viele Anlagen gemeinsam mit unseren Lieferanten.

Die Preßwerkzeuge für die qualitativ anspruchsvollsten Karosseriepartien fertigen wir sogar selbst an.

Die dafür benötigten Daten aus der Fahrzeugentwicklung werden digitalisiert und direkt den Werkzeugmaschinen eingegeben.

Alles, was wir in unsere Autos einbauen, wird von uns mit Röntgengeräten, Computeranalysen und Elektronenmikroskopen auf Herz und Nieren geprüft.

Modernste Technologien und Prüfsysteme sind aber nur die eine Seite, das Auge des Facharbeiters die andere.

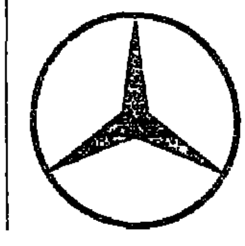
Um eine vollendete Oberflächenbeschaffenheit zu garantieren, werden zum Beispiel die Rohbaukarossen im wahrsten Sinne des Wortes mit Fingerspitzengefühl abgetastet. Damit können auch kleinste Unebenheiten erfaßt und beseitigt werden.

Das Zusammenwirken modernster Anlagen mit dem Wissen und Können unserer Mitarbeiter sichert uns den hohen Qualitätsstandard, für den Daimler-Benz auf der ganzen Welt einen Namen hat.

Wir wissen, daß es das vollkommene Automobil nie geben wird.

Um aber diesem Ziel möglichst nahe zu kommen, bedarf es immer wieder neuer Ideen, neuer Lösungen, neuer Anstrengungen.

Denn es gibt nichts, was man nicht noch besser machen kann.



Ausland

Amsterdam · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Toronto · Wien · Zürich · Brüssel · Hongkong

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Rentenoptionen

[illegible]

Junge Aktien

[illegible]

Devisenmärkte

Die schleichende Abwärtsbewegung des Dollar setzte sich auch am 12. November fort. Bei allgemeiner Lustlosigkeit wurden die ersten Kurse bei 2,031 wieder deutlich unterboten. Der Handel verlagerte sich in Richtung 2,025. Amtlich wurde der Dollar mit 2,026 festgestellt. Sehr schwach war das Britische Pfund, das um 1,26 Prozent auf 2,889 zurückfiel. Ausschlaggebend für den herben Verlust war die Meldung, daß der britische Notenbankchef einen Beitritt zum EWS aus politischen Gründen im Moment nicht für möglich hält. Die Kursverluste der übrigen Währungen waren dagegen mit bis zu drei Promille maßvoll zu nennen. US-Dollar in Amsterdam 2,291; Brüssel 42,1225; Paris 6,6305; Mailand 1401,25; Wien 14,248; Zürich 1,6797; Ir. Pfund/DM 2,726; Pfund/Dollar 1,426; Pfund/DM 2,889.

Devisen und Sorten

[illegible]

---

†

Dr. Fritz-Aurel Goergen

geb. 11. Juni 1909

starb in Genf am 4. November 1986

Die Beisetzung fand auf seinen Wunsch im engsten Kreis statt.

Ilse Goergen geb. Rutsch
Aurelia Goergen
Victoria Goergen
Willy Goergen
und Familie

9, chemin de la Tour Carreé
1223 Cologny/Genf

Heinz Pentzlin

Dr. rer. pol.

* 19. Oktober 1908 Schwetz a. W. † 5. November 1986 Hamburg

In Liebe

Hanna Pentzlin geb. Feldtange
Friederike
Henning
Karl Ludwig und Rita mit
Daniel, Sonja, David,
Eva, Iris und Anna

Hamburg 63, Am Karpfenteich 70

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Tiefbewegt und mit Trauer geben wir davon Kenntnis, daß

Herr Heinz Schnettler

im 55. Lebensjahr, für uns unfaßbar, plötzlich gestorben ist.

Herr Schnettler, der unser Unternehmen in den letzten Jahren als geschäftsführender Gesellschafter zielstrebig und umsichtig zu seiner heutigen Größe ausbaute, wurde als Unternehmerpersönlichkeit geschätzt. Seine Freundlichkeit und menschliche Wärme brachten ihm das herzliche Vertrauen seiner Mitarbeiter und die Hochschätzung seiner Geschäftsfreunde ein.

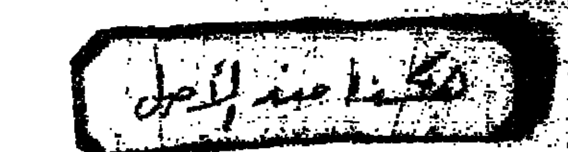
Wir nehmen in Trauer Abschied und werden ihn nicht vergessen.

Geschäftsführung,
Betriebsrat und Mitarbeiter
der Firmen

META-Regalbau und KUSTO

Das Seelenamt wird am Freitag, dem 14. November 1986, um 14.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Petri, Arnsberg 1-Hüsten, gehalten. Die Beerdigung findet anschließend auf dem Friedhof in Hüsten statt.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir anstelle von Blumen um eine Spende zugunsten der Armen Franziskanerinnen von Olpe, Konto-Nr. 33 787 701, BLZ 462 618 22.



Langläufer nachgebend

Der Rentenmarkt blieb voller Nervosität; dabei geht es hauptsächlich um die Frage, ob die nun doch nicht zurückgestellte neue Bundesanleihe zu „Inlandskonditionen" kommt, oder ob ihre Rendite erneut auf (die inzwischen ausgebliebene) Auslandnachfrage zugeschnitten wird. Selbst ein Nominalzins von 6 3/8 Prozent bei einem Ausgabekurs von 100 Prozent wird als problematisch angesehen. Öffentliche Langläufer gaben am Mittwoch bis zu 0,40 Prozentpunkte nach. Bundesobligationen um etwa 0,10.

Bundesanleihen

		12.11.	11.11.
F 7¾ Bund 76 I	12/86	100,3G	100,1
F 7½ dgl. 76 II	1/87	100,5G	100,3
F 6½ dgl. 77	1/87	100,3G	100,25G
F 6¾ dgl. 77	4/87	100,7G	100,7G
F 6½ dgl. 77	7/87	101,05	101,05G
F 6 dgl. 77	10/87	101,1	101,1
F 6 dgl. 78 I	1/88	101,5	101,5
F 6½ dgl. 78 I	9/88	102,25	102,25
F 6½ dgl. 78 II	12/88	103,75	103,25
F 6¾ dgl. 79	1/89	103,85	103,85G
F 7½ dgl. 79 I	4/89	104,5	104,75
F 10 dgl. 81 I	4/89	110,4bG	110,5G
F 7½ dgl. 79 I	6/89	105,55	105,55
F 8 dgl. 79 I	7/89	106,8	107
F 8 dgl. 79 II	8/89	107,1	107,2
F 7½ dgl. 79 II	10/89	105,6	105,85
F 7¾ dgl. 79 II	11/89	106,7	106,8
F 7¾ dgl. 80	1/90	104,85bG	104,9
F 10 dgl. 80	4/90	114,15	114,15
F 5½ dgl. 78	5/90	101,5	101,6
F 8¼ dgl. 80 I	7/90	108,2	108,55
F 8½ dgl. 80 II	11/90	109,25	109,15
F 7½ dgl. 82 I	11/90	107,9	107,95
F 9 dgl. 81	2/91	112,6	112,45
F 7½ dgl. 83 III	6/91	107,1	107,1
F 10½ dgl. 81	7/91	118,3	118,75
F 10¾ dgl. 81	9/91	120,6	120,6
F 10 dgl. 81 II	12/91	118,5	118,5
F 9¾ dgl. 82 I	1/92	117,3	117,2
F 9¾ dgl. 82 II	3/92	117,2	117,3G
F 9¾ dgl. 82	4/92	116,25G	116,25
F 9 dgl. 82 I	5/92	113,9G	113,9
F 8½ dgl. 82	6/92	111,5	111,6
F 9 dgl. 82 II	8/92	114,5	114,5
F 8¾ dgl. 82	9/92	113,2	113,2G
F 9 dgl. 81	3/91	112,62	112,62
F 10¾ dgl. 81	8/91	119,6G	119,6
F 10½ dgl. 81	11/1	119G	119
F 8 dgl. 80 I	2/92	108,7	108,65G
F 10 dgl. 82	2/92	118	118
F 9½ dgl. 82	7/92	116,6	116,9
F 8 dgl. 82	11/92	109G	109
F 7¾ dgl. 83	7/93	107,5	107,6
F 8½ dgl. 83	11/93	110,1G	110,1
F 8¼ dgl. 84	6/94	110,15	110,15
F 7½ dgl. 84	11/94	104,05	104,1
F 7½ dgl. 85	1/95	102,8	102,9
F 7 dgl. 85	11/95	102,7	102,7
F 6½ dgl. 86	2/96	99,05	99,05
F 6 dgl. 86	8/96	95,6	95,5
F 6½ dgl. 86	10/96	99,25	99,5

Bundespost

F 6½ Bdpost 68	6/88	101,8G	101,8
F 8 dgl. 72 I	9/87	102,5	102,5
F 8 dgl. 80	3/90	107,1	107,1
F 7¾ dgl. 80	9/90	107,2	107,2G
F 8½ dgl. 80	12/90	110,55G	110,55G
F 10 dgl. 81	3/89	110,5	110,5
F 10½ dgl. 81	6/89	112,4	112,4G
F 10¾ dgl. 81	10/91	119,4	119,4
F 9½ dgl. 82	2/92	116,85G	116,85G
F 8½ dgl. 82	6/92	112,5	112,5G
F 8½ dgl. 82	10/92	111,3G	111,3G
F 7¾ dgl. 83	2/93	107,6	107,6
F 8½ dgl. 83	9/93	111,6G	111,6
F 8½ dgl. 84	2/94	109,9G	109,9
F 8 dgl. 84	9/94	109	109G
F 6½ dgl. 85	10/95	99,8	99,8
F 6¾ dgl. 85	12/95	100,35	100,45
F 7 dgl. 85	6/97	105	105
F 5¾ dgl. 86	4/01	90,05	90,15
F 6 dgl. 86	7/96	96,3	96,45

F 7¾ dgl. 85/90	106G	106G
F 7¾ dgl. 86/93	107,8	107,8
F 6½ dgl. 85/95	98,5	98,6
F 6½ dgl. 85/95	100G	100G
F 6¾ dgl. 86/96	98,5	98,5
F 6¾ dgl. 86/94	99,8	99,8
F 6 dgl. 86/96	96	96G
F 6 Lawi.Rent.Bk. RS15	100,05	100,05
F 6 dgl. RS 16	100G	100G
F 6¾ dgl. RS 40	100,55G	100,55G
F 7 dgl. 94	103,75G	103,75
F 7 dgl. 99	100G	100G
F 8 dgl. 101	104,7	104,7
F 7½ dgl. 102	106,45G	106,45G
F 9½ dgl. 176	100,55G	100,55G
D 6½ Dt.Ausgl.Bk. 77/87	101,05G	101,05G
D 5½ dgl. 78/88	100,65bG	100,65G
D 7 dgl. 79/87	100,55	100,55
D 6 dgl. 86/96	95,7G	95,9G

Industrieanleihen

F 6 Bodenwk. 78/90	100,6G	100,6bG
F 4½ Harpen 59	2350G	2350G
F 7½ Kaufhof 76/87	100bG	100,1T
F 8 Klöckner 72/87	101,5G	101,5bG
F 6 Preuß. Elec. 62/87	101,3G	101,3G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64/89	100,5G	100,5G
F 6 Rh.Braw. 65/89	100,2	100,4G
F 6 dgl. 65/90	100,3G	100,3G
F 6 RWE 65/88	100,5T	100,5T
F 6 dgl. 65/90	101,25T	101,25
F 7 dgl. 72/87	100,5T	101T
F 6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,65G	100,66G
F 6½ dgl. 68/88	102,9G	102,9G
B 7½ Schenker 85/95	104,1	104,1
F 8 Thyssen 72/87	100,25T	100,75T
F 7½ dgl. 77/92	101,5	101,5bB

Optionsscheine

Optionsanleihen

F PWA 86/94	104	106,2
F Renown Look 86/91	775bG	825
F 5½ Rhythm W. 83/88	1475	1500bG
F dgl. 84/89	639	635
F 3½ RWE 86/96	99,5	101,8
F Ryobi 83	840	850
F Salamander 86/96	153,5	159
F 6½ Schering 83/98	310	317
F 3 Schw. Bankg. 84/89	3090	3105
F 3¾ Schw.Bk.V I 84/89	254	260
F 2½ dgl. II 86/91	150G	150
F Schw.Kredit 86/90	1600T	1555
F Senko 86/91	590	575

F 3¼ dgl. 84/94 oO DM	80,15	88
F 2¼ dgl. 86/96 mO DM	102,5G	102,5
F 2¼ dgl. 86/96 oO DM	78T	78G
F 4 SKA Fin. 85 mO	179	179bB
F 4 dgl. 85 oO	97,5T	97,25bG
F 3 Teijin 85/90mODM	200G	200G
F 3 dgl. 85/90 oO DM	91,5T	91,5T
F 3¼ Kenw. 85/90mODM	119G	119G
F 3¼ dgl. 85/90oO DM	94,5G	94,5G
F 3¼ Toom.84/90mODM	106,5G	106,5G
F 3¼ dgl. 84/89oODM	95,75G	95,75
F 4 Veba 83/93 mO DM	192G	195T
F 4 dgl. 83/93 oO DM	87,5	87,6

9½ dgl. 81/91	112	112,15
9¾ dgl. 82/91	111,25	111,9
7¾ dgl. 82/92	107,75	108,25
6¾ dgl. 83/93	104,5	104,1G
7¾ dgl. 84/94	103,1	103
6½ dgl. 86/96	97,3	97,5
6¾ Austral IDC 72/87	105,25G	105,5
6¾ Autop. C.E. 72/87	101G	101G
7¾ Avon 85/95	102,25G	102,25G
10¼ Banval 82/90	107,75G	107,75
8½ BNDE 77/87	101G	101G
9¾ dgl. 80/88	103,7G	103,5bB
5¾ BK. America 78/90	97	97,5

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

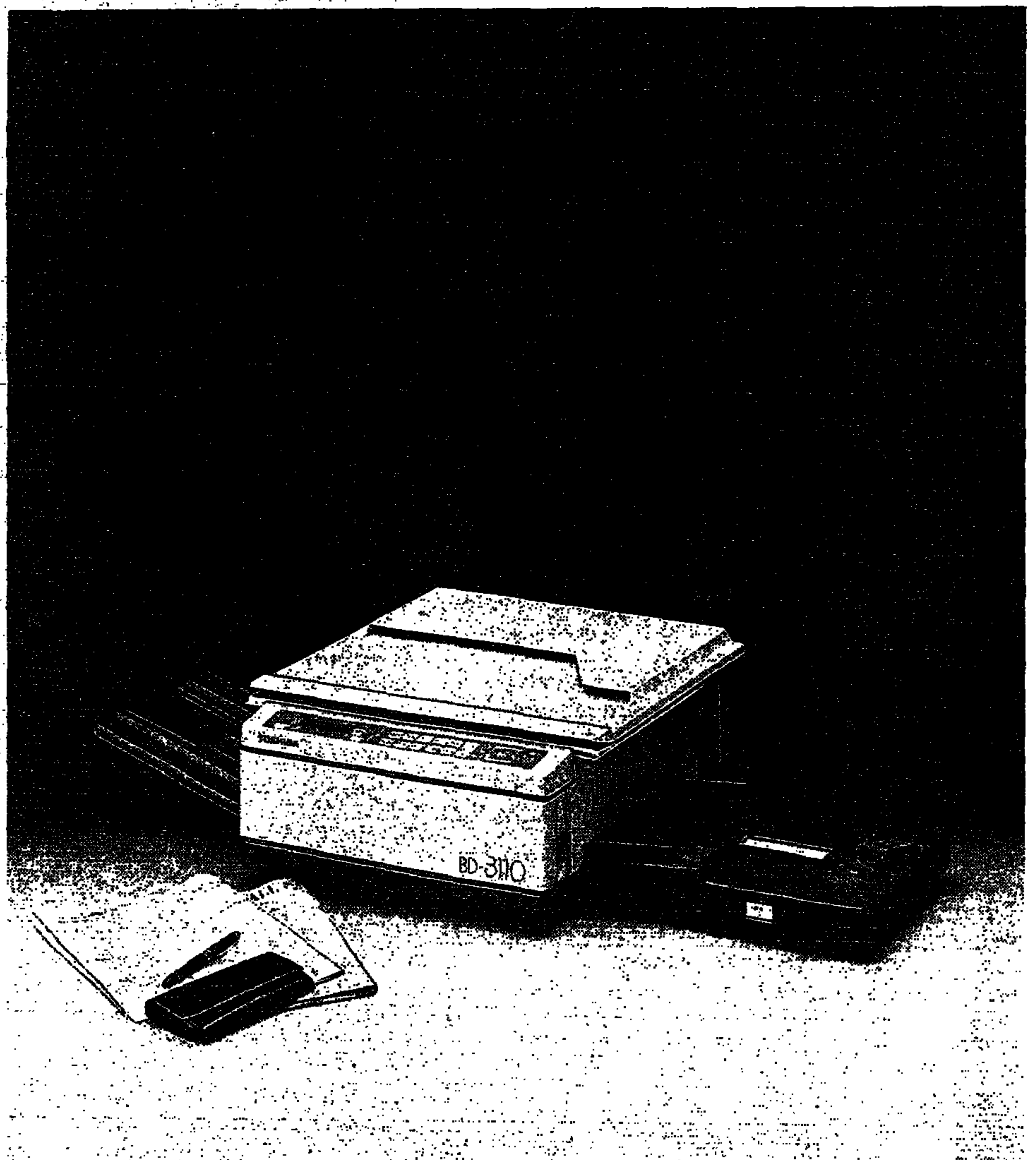
Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn



Neuerdings kopiert der Chef selbst.

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz – Orte und Hotels in der Bundesrepublik Deutschland empfehlen sich.



① **Apart-Hotel Upstalsboom**

Friesische Gastlichkeit direkt am Nordsee-Deich

Eine Alternative mit Pfiff:
Erfolgreich arbeiten, wo andere Urlaub machen!

Unser Pauschal-Angebot
Übernachtung im geräumigen Einzelzimmer
Frühstück, Kaffeepause, Menü am Mittag und Abend
Benutzung von Technik und Räumen
nur DM 85,- pro Tag

Sie erreichen uns über die BAB 29, Richtung WHV, Abfahrt Horumersiel-Schillig. Parkplätze am Haus vorhanden.
Bitte fordern Sie den Tagungsprospekt an!
Apart-Hotel Upstalsboom
Schillighorn, 2949 Nordseebad Horumersiel
Telefon 04425 · 88-0



② „SEE-SEMINARE" IM NORDSEEBAD ST. PETER:

Für erfolgreiche Tagungen bieten wir am Meer: 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer.

Bitte fordern Sie unsere Hotel- und Tagungsunterlagen an

Best Western ★★★★ AMBASSADOR International

Im Bad 26 · 2252 St. Peter-Ording · Tel. 04863/709-0 · Telex 28426 ambad



③ Tagen mit Komfort **Hotel 'KIEFERNECK'**

Ideal für Kongresse, Tagungen und Konferenzen
Alle Zimmer m. Dusche/WC, Radio/TV, Tel., Balkon, Schwimmbad, Sonnenbank, eig. Bade- u. Massageabtlg.

BAD BEVENSEN 3118 Bad Bevensen, Lüneburger Heide, Telefon (0 58 21) 30 33-35

④ **HOTEL FÄHRHAUS**

Ringhotel Bad Bevensen

Eine Oase der Lebensqualität und eine erstklassige Adresse für Tagungen/Seminare, Kur und Urlaub, ruhig am Wald – jeglicher Komfort, 2 Doppelkegelbahnen, med. Badeabteilung, alle Kassen. Sonderpauschalen 20. 10. bis 20. 12. 88: 3 Tage HP DM 234,- pro Pers., 7 Tage VP DM 595,- Weihnachten/Silvester

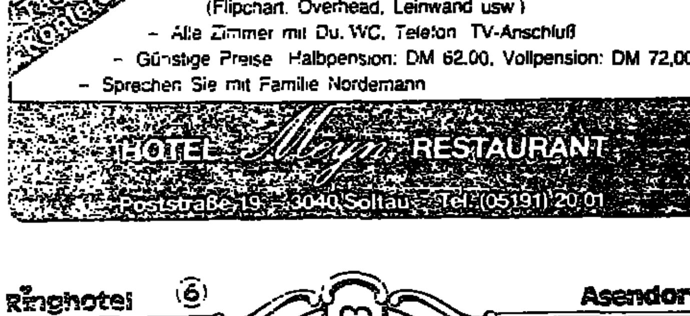
„Ringhotels bieten immer ein bißchen mehr!"

Telefon: (0 58 21) 70 94 · Karl Ries · Lüneburger Heide · 3118 Bad Bevensen

⑤ Tagungen Konferenzen

- Gutbürgerliches Tagungshotel
- mit idealen Räumlichkeiten für 5 bis 150 Personen
- Gesamte Tagungstechnik vorhanden (Flipchart, Overhead, Leinwand usw.)
- Alle Zimmer mit Du, WC, Telefon, TV-Anschluß
- Günstige Preise: Halbpension: DM 62,00, Vollpension: DM 72,00
- Sprechen Sie mit Familie Nordemann

HOTEL Meyn RESTAURANT
Poststraße 19 · 3040 Soltau · Tel. (05191) 20 01



Ringhotel ⑥ Asendorf

Das rustikale Haus in herrlicher Waldlage, aller Komfort, 100 Betten, Hallenbad, Sauna, Solarium.

2116 Asendorf/Hanstedt
Telefon (04183) 2094

Fordern Sie unsere 5 attraktiven Angebote*) an!
*) z.B. unsere Sonder-Arrangements für Familienfeiern, Vereinsfeste, Tagungen und Konferenzen

⑦ Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL

Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9×18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten).
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.

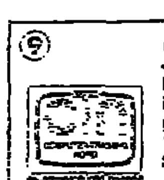
3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031 Telex 924153



⑧ **HOTEL HEIDEHOF**

Ringhotel Hermannsburg
Hallenbad 7 × 12
mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium

Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du, WC, Telefon, Radio, z. T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.
Neu, nur 3 km entfernt:
2 komplette Ferienappartements und 6 Pferde-Gastboxen. Ideales Reitgelände
3102 Hermannsburg, Lüneburger Heide
Tel. (0 50 52) 34 81 < 80 81 >



⑨ *Heidehotel Hudemühle*

Ideal für Tagung und Urlaub. Erstes Hotel mit ständigen EDV-Schulungen, eigenen Trainern und eigenen Programmen: EDV-Grundkenntnisse und Spezial-Workshops, 1–3täg. Seminare zum Komplettpreis. Komforthotel mit *Schwimmbad, fam. Atmosphäre.*

Inf. R. Eisenberg, 3035 Hodenhagen, Tel. 0 51 64 / 5 01

Eine sehr gute ADRESSE . . .

. . . für erfolgreiche Arbeitsessen, anspruchsvolle Konferenzen, Seminare, Tagungen, Festivitäten und als Standquartier im Rhein-Main-Gebiet.

Im ehemaligen Rothschild-Palais, mitten in einer idyllischen Parklandschaft (100 000 m², Südlage) bieten wir Ihnen eine Oase der Ruhe, um gute Gespräche zu führen, konzentriert arbeiten, kreativ schaffen – aber auch „atmosphärisch" im niveauvollen Rahmen feiern zu können. Bei Ihren Geschäftsreisen finden Sie hier ein Refugium abseits vom Alltag und doch „nur einen Katzensprung" (verkehrsgünstig gelegen!) vom Raum Frankfurt–Mainz–Wiesbaden entfernt. Und unsere Küche, die Konditorei, der Weinkeller – vielgerühmt im Rhein-Main-Gebiet – stellen auch den Feinschmecker zufrieden. Wir erwarten Sie gern mit vorbildlicher Gastlichkeit . . .

. . . im zauberhaften Hotel im Park



⑩ **SONNENHOF**

Falkensteiner Straße 7–9 · **6240 Königstein/Ts.**
Heilklimatischer Kurort
Telefon (0 61 74) 30 51 · Telex 04-10 636
Fordern Sie – bitte – unseren Hausprospekt an!

⑪ **intermar**
Glücksburg Malente Grömitz Bad Segeberg

Tagungen im Intermar-Stil

Tagungen, Konferenzen, Seminare im Intermar-Stil sind zu einem Begriff geworden

Fordern Sie bitte unseren Prospekt an

Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit. Ihre Buchung nimmt jedes Intermar-Hotel entgegen oder informieren Sie sich bei der
Zentralen Reservierung, Kl. Reichenstr. 20, 2000 Hamburg 11
Tel. 040/327 457-58, Tx. 214 915



⑭ HOTEL **Königshof**

mal raus aus den Toren der Stadt . . .
Tagen und Erholen im Allgäu
4 Räume, 10–80 Personen

TAGUNGS-VP-PAUSCHALE
zum Kennenlernen, 110.– DM

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und übersenden Ihnen gerne unsere Informationsbroschüre.

Hotel Königshof, 8923 Lechbruck am See
Telefon 0 88 62 / 71 71, Telex 59 755

⑮ gasthof franck

Ihr Tagungs- und Urlaubshotel in der Heide

Wir haben Tagungs- und Festräume für 5–250 Pers., ausgestattet mit moderner Konferenztechnik. 60 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Tel., TV-Anschl. Ausgezeichnete Küche, Schwimmbad, Sauna, Solarium, Kegelbahn, Tischtennis. Viele Freizeitmögl.: Fahrradverleih, golfen, reiten, angeln, wandern, Tennis. Tagungspauschale auf Anfrage

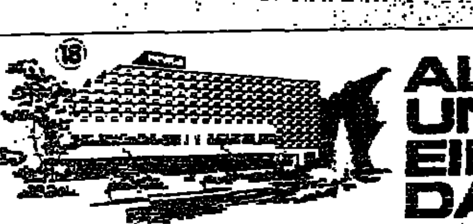
2121 Brietlingen, Bundesstr. 31b, Tel. 0 41 33 / 31 11

② St. Peter-Ording
① Horumersiel
⑪ Hamburg
⑮ Brietlingen
③ ④ Bad Bevensen
⑤ Soltau
⑥ Asendorf
⑦ Schneverdingen
⑧ Hermannsburg
⑨ Hodenhagen
⑱ Bad Lauterberg
Berlin
⑬ Alsfeld
⑰ Siegen
⑩ Königstein
⑯ Bad Dürkheim
⑳ Heilbronn
⑲ Leonberg
㉑ Augsburg
⑭ Lechbruck
⑫ Hemmenhofen

⑰ **Herzlich Willkommen im Herzen des Siegerlandes**

Sie wollen komfortabel tagen und wohnen.
Wir tun unser Möglichstes dafür
Park Hotel Siegen
Koblenzer Str. 135
Telefon 0271/33810

Wir freuen uns auf Sie
Park Hotel Siegen
AM KONGRESS-ZENTRUM SIEGERLANDHALLE



⑱ **ALLES UNTER EINEM DACH**

600 Betten – 15 Konferenzräume von 6 bis 600 Personen

- *gemütliche* Restaurants
- Bierstube mit Kegelbahnen
- Hallenbad, Sauna
- Nachtbar
- Fitness-Räume
- Tennishalle und Freiplätze

Wenn Sie in absolut ruhiger Lage auf nichts verzichten wollen, so sollte Ihr nächster Tagungsort das revita – Tagungs- und Kongreßzentrum sein.
Gern senden wir Ihnen unsere Info-Mappe, der auch ein interessantes Freizeit-Programm beiliegt.
LASSEN SIE SICH ÜBERZEUGEN · Sprechen Sie mit Frau Wetzermann oder Herrn Seela jun.

revita Tagungs- und Kongreßzentrum

EIN FAMILIENBETRIEB
SYMPATHISCH – PRIVAT – PERSÖNLICH
3422 Bad Lauterberg im Harz · Telefon (0 55 24) 8 31

WOHLGEMERKT

Wenn Sie einen Tagungsort mit perfekter Verkehrsanbindung suchen, ist an Leonberg nicht vorbeizukommen. Das wandelbare Raumprogramm und ein munteres Management machen's möglich, Ihre Seminare, Kongresse und Tagungen in den rechten Rahmen zu rücken.

Stadthalle Leonberg · Telefon 07152/204490
Römerstr. 110 · Postf. 1763 · 7250 Leonberg

STADT HALLE LEONBERG

⑯ GARTEN HOTEL **Heusser** OASE DER RUHE

Tagungs- und Familienhotel am Naturpark Pfälzer Wald mit idyllischer Gartenanlage · 80 Zimmer mit allem Komfort · Tagungsräume bis 60 Personen mit moderner Tagungstechnik und Tageslicht · Hallen- und Freibad · Liegewiesen · Sauna, Solarium · Restaurant mit Gartenterrassen

Bitte Info anfordern
Tel. 0 63 22 / 64 91.2 · Telex 4 54 889
Seebacher Straße 50–52
6702 Bad Dürkheim/Weinstraße



⑳ **». . . man soll die Tagung nicht vor dem Abend loben.«**

Dann tagen Sie doch in Heilbronn.

Denn einerseits:
- Verfügen wir in Heilbronn über ausgezeichnete Räumlichkeiten für Tagungen, Symposien, Schulungen und Konferenzen, Ausstellungen usw.,
- *passend für 18 bis 1800 Personen.*
- Unterstützen wir Sie bei der Organisation
- und halten adäquate Hotelzimmer bereit.

Andererseits:
- Sorgen unsere Gastronomen bestens für Ihr leibliches Wohl. Von schwäbisch-rustikal bis international-exquisit,
- laden gemütliche Gast- und Weinstuben zum Entspannen und Kennenlernen nach »Feierabend« ein,
- lernen Sie uns in unseren »Besenwirtschaften« von der besten Seite kennen
- Ist Heilbronn und seine herrliche Umgebung für Damen- und Beiprogramme geradezu prädestiniert.

Unser Raumangebot:
FESTHALLE HARMONIE
Räume für 30 bis 1800 Teilnehmer. Mit großer Tiefgarage. Nur 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

BÜRGERHAUS BÖCKINGEN:
Der ideale Treffpunkt für Veranstaltungen mit 25 bis 500 Gästen. Tiefgarage.

DAS SCHIESSHAUS:
renoviertes Kleinod aus dem Rokoko. Der stilvolle Rahmen für festliche Empfänge und Veranstaltungen bis 140 Personen. Parken ist kein Problem.

Außerdem:
Steht eine große Anzahl von Räumlichkeiten in allen Größen und Variationen in den hervorragend geführten Hotels unserer Stadt für Sie bereit. Bitte fragen Sie an!

Heilbronn

Verkehrsamt der Stadt Heilbronn · Rathaus · 7100 Heilbronn
Telefon (07131) 56 22 65 – 66 · Telex 7-28 638



⑫ *KUR-UND SPORTHOTEL HÖRI*
D-7766 Hemmenhofen
Bodensee Tel. 0 75 35 / 81 10

bietet wirklich **»Alles unter einem Dach«** und damit den Rahmen für eine erfolgreiche Tagung in ruhigster Lage, direkt am See. Unsere Häuser sind bestens geeignet auch für Meetings auf Direktionsebene. Alle technischen Einrichtungen sind vorhanden.
In rustikaler Landhausatmosphäre verwöhnen wir Sie mit feiner, leichter Küche und Spezialitäten der Bodenseelandschaft. Zimmer mit Bad, Du., WC, TV und Telefon.
Freizeitangebote: Reithalle, Tennis, Wassersportschule, Hallenbad, Sauna, Schönheitsfarm, Naturheilpraxis u. a.

Unsere Tagungsmappe informiert Sie über alles.

Die Tagungsorganisation sollten Sie nicht irgend jemandem überlassen:



⑬
- * Wir sind Tagungs- und Seminarprofis
- * mit optimal ausgestatteten Konferenzräumen
- * mit komplettem Tagungsequipment
- * mit ruhiger Lage, mitten in Deutschland
- * mit seminargerechter Ernährung
- * *mit Tennishalle,* Schwimmbad, *Sauna*
- * mit Kegelbahnen, Solarium, Massage

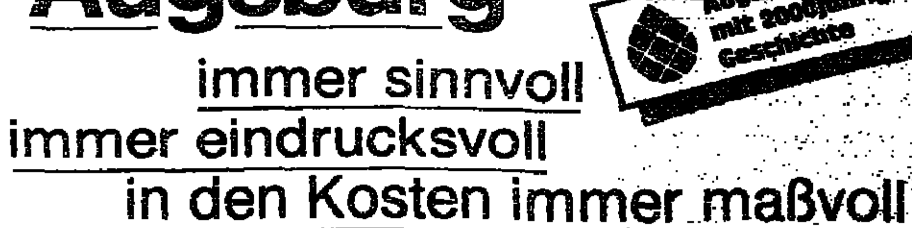
Lassen Sie uns Ihr Partner sein!

Best Western · SPORTHOTEL VOGELSBERG
Kneippstraße 1 · 6320 Alsfeld/Romrod · Telefon (0 66 36) 8 90

㉑ Kongreßzentren
Tagungshotels

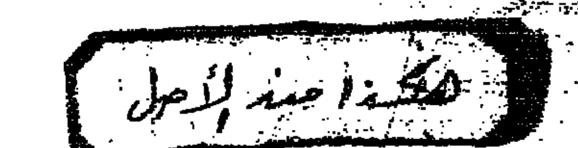


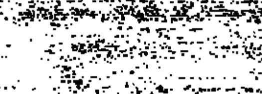
Tagen in Augsburg



immer sinnvoll
immer eindrucksvoll
in den Kosten immer maßvoll

Verkehrsverein Augsburg e. V. Abt. Kongresse
Bahnhofstraße 7 · 8900 Augsburg · Tel. 0821/36024





Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Fester notierte Kakao, schwächer ging Kaffee aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	11.11.	10.11.
Dez.	278,00-277,00	282,75-282,50
März	266,25-264,00	270,25-270,00
Mai	253,00	255,50-256,00

WEIZEN Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	201,98	201,98
Am. Durum	199,76	199,76

ROGGEN Winnipeg (can. $/t)		
Dez.		99,50
März	geschl.	104,50
Mai		104,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.		83,20
März	geschl.	82,70
Mai		82,30

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	151,75	149,30
März	147,50	146,00
Mai	144,00	143,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	170,25-170,50	172,50-172,00
März	179,50-179,00	181,25-181,00
Mai	185,25-185,75	187,75-187,50

GERSTE Winnipeg (can. $/t)		
Dez.		85,90
März	geschl.	84,60
Mai		84,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	11.11.	10.11.
Dez.	165,10-165,50	172,00-172,40
März	163,75-163,80	166,50-167,20
Mai	164,00-164,25	165,10-166,00

KAKAO New York ($/t)	11.11.	10.11.
Dez.	1924-1958	1896-1898
März	1964-1975	1935-1940
Mai	2002	1966-1968
Umsatz	6771	2181

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,15	6,57-6,64
März	6,70-6,74	7,08-7,10
Mai	6,88-6,89	7,20-7,21
Juli	7,00-7,02	7,31
Sept.	7,10-7,12	7,40-7,44
Umsatz	15956	8958

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,19	6,17

KAFFEE London (£/t) Robusta	11.11.	10.11.
Nov.	2280-2285	2379-2380
Jan.	2285	2280-2285
März	2100-2105	2155-2158
Umsatz	4041	4674

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1461-1462	1462-1463
März	1492-1494	1495-1496
Mai	1515-1516	1517-1518
Umsatz	2390	2958

ZUCKER London ($/t) Nr. 6 (fob)	11.11.	10.11.
Dez.	139,60-140,60	146,60-147,20
März	151,80-152,00	158,80-158,80
Mai	155,00	161,40-161,80
Umsatz	4543	2887

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	12.11.	11.11.
schw. Sarow. spez.	960,00	952,50
weiß Sarow.	1355,00	1355,00
weiß Munt.	1370,00	1370,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	11.11.	10.11.
Nov.	121,75	121,90-122,10
Jan.	121,50	122,40
März	121,50-121,60	122,30
Mai	121,50-121,70	122,10-122,30
Juli	121,20-121,40	121,80
Umsatz	900	700

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	11.11.	10.11.
	30,50	30,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,25	21,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	15,28-15,30	15,42-15,41
Jan.	15,42-15,45	15,57-15,60
März	15,72	15,88
Mai	15,97	16,08
Juli	16,10	16,25
Aug.	16,25	16,30
Sept.	15,99-16,00	16,20-16,21

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	15,50	16,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	14,75	14,50-15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	10,50	10,50

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,75
yellow max. 10% fr.F	9,25	9,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	53,20-53,35	52,75-52,65
Febr.	49,40-49,30	49,15-49,00
April	44,05-44,00	43,50-43,40

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	67,45-67,25	66,50-66,20
März	66,50-66,15	64,85-65,20
Mai	66,20-65,95	64,40-64,65

HÄUTE Chicago (c/lb)	11.11.	10.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	498,0-498,25	495,5-495,75
Jan.	499,75-500,0	500,5-500,0
März	503,5-504,0	505,75-506,5
Mai	507,75-508,0	510,75
Juli	509,5-509,75	513,25
Aug.	508,0	511,0
Sept.	500,5	502,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	149,7-149,5	150,2-150,0
Jan.	149,3-149,2	149,6-149,7
März	149,6	149,8-149,5
Mai	149,5	150,0
Juli	149,6	150,0
Aug.	150,0-150,3	150,5
Sept.	149,0-149,1	149,5

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	11.11.	10.11.
Okt.		231,90
Dez.	geschl.	240,50
März		245,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	11.11.	10.11.
	18,00	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	12.11.	11.11.
jegl. Herk. cif	570,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	372,50	370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	312,50	317,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	78,00	74,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	410,00	400,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr. Nr. 2	11.11.	10.11.
Dez.	48,80-48,95	49,90-50,00
März	48,90-49,00	50,10-50,15
Mai	49,40	50,40
Juli	49,45	50,50
Okt.	50,20-50,40	51,20-51,30
Dez.	50,70	51,55

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	45,00	45,00

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.	12.11.	11.11.
Dez.	554-561	558-559
Jan.	548-555	547-550
März	546-550	547-550
Umsatz	2500	2498

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	12.11.	11.11.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz		–

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	12.11.	11.11.
Dez.	661,00-665,00	661,00-670,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12.11.	11.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	12.11.	11.11.
Nov.	12300	12330
Dez.	12237	12250

KAUTSCHUK London (p/kg)	11.11.	10.11.
spot	64,50-67,50	65,00-68,00
RSS 1 Dez.	62,75-63,75	63,75-64,25
RSS 2 Dez.	61,75-62,75	62,25-63,25
RSS 3 Dez.	60,75-61,75	61,25-62,25

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	12.11.	11.11.
Dez.	223,00-225,00	225,00-227,00
Jan.	224,00-226,00	226,00-228,00
Nr. 2 Dez.	220,50-221,50	222,50-223,50
Nr. 3 Dez.	216,50-217,50	218,50-219,50
Nr. 4 Dez.	212,50-213,50	214,50-215,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)	12.11.	11.11.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–), BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

ALUMINIUM: Basis London	12.11.	11.11.
lfd. Mon.	232,69-232,84	233,76-233,91
dritt. M.	234,29-234,43	234,64-234,79

BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	96,15-96,29	94,15-94,30
dritt. M.	95,29-95,40	92,54-92,68

NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	734,14-737,03	733,25-734,72
dritt. M.	746,30-746,59	746,45-747,04

ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	160,73-163,62	159,85-162,78
Prod.-Pr.	186,76	187,56

REINZINN		
99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	12.11.	11.11.
	15,55	15,45

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	12.11.	11.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	268,17-270,20	270,28-272,33
BLEI in Kabeln	103,75-104,75	101,75-102,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	12.11.	11.11.
MS 58, 1.VS	261-263	265-265
MS 58, 2.VS	313	313-314
MS 63	289-293	291-295

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	12.11.	11.11.
Leg. 225	240-260	240-260
Leg. 226	242-262	242-262
Leg. 231	277-292	277-292
Leg. 233	287-307	287-307

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	12.11.	11.11.
PLATIN (DM/g)	37,108	38,458
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.) Bank-Vkfpr.	30780	31008
Rückn.-Pr.	26200	26400
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	27150	27330
Rückn.-Pr.	26420	26600
verarbeitet	284808	286708
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26605	26800
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	384,30	385,50
Rückn.-Pr.	372,50	373,70
verarbeitet	401,208	402,408

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	12.11.	11.11.
10.30	407,45	407,40
15.00	407,00	406,00
Zürich mitt.	406,80-407,30	407,40-407,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	87400	geschl.

SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	402,85	398,60
3 Mon.	413,70	409,75
6 Mon.	424,65	420,05
12 Mon.	447,05	440,80

PLATIN (£/Feinunze) London	12.11.	11.11.
fr. Markt	370,70	382,05

PALLADIUM (£/Feinunze) London	12.11.	11.11.
f. Händl.-Pr.	89,30	89,55

New Yorker Metallbörse

	11.11.	10.11.
GOLD H & H Ankauf	406,25	410,75
SILBER H & H Ankauf	570,50	581,00
PLATIN f. Händl.-Pr.	566,00-568,00	566,00-568,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	130,00-133,00	130,00-133,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

COMEX GOLD		
Nov.	408,10	–
Dez.	409,00-409,50	407,10-407,80
Febr.	410,90	409,10
April	412,30-413,00	410,00-410,70
Juni	415,00	413,90
Umsatz	24000	42000

SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	576,20	–
Dez.	577,00-578,50	575,00-576,50
Jan.	580,60	578,60
März	585,00-586,50	582,50-584,00
Mai	590,50	589,00-589,50
Juli	596,50	592,00-596,00
Sept.	602,40	600,10
Umsatz	10000	13000

KUPFER (c/lb)	11.11.	10.11.
Nov.	58,80	–
Dez.	58,95-59,05	58,80-58,90
Jan.	59,05	59,00
März	59,50-59,60	59,35
Mai	60,10	59,85
Juli	60,50	60,75
Sept.	60,85	60,45
Umsatz	4600	3400

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	12.11.	11.11.
mitt. Kasse	803,50-804,00	797,00-799,00
3 Mon.	809,00-809,50	801,00-801,50
BLEI (£/t) mitt. Kasse	332,00-332,50	320,00-322,00
3 Mon.	322,00-322,50	315,00-315,50
KUPFER grade A (£/t) mitt. Kasse	907,50-908,00	903,00-905,50
3 Monate	931,00-931,50	925,50-926,00
ab. Kasse	–	902,00-903,00
3 Monate	–	925,00-926,00
KUPFER-Standard mitt. Kasse	889,50-890,00	879,00-881,00
3 Monate	912,00-913,00	906,00-807,50
ZINK Highgrade (£/t) mitt. Kasse	587,00-587,50	589,00-590,00
3 Monate	572,50-573,00	565,50-566,00
ZINN (£/t) mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	150-170
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	11.11.	10.11.
Dez.	44,30-44,45	43,18-43,95
Jan.	45,40-45,50	44,85-44,95
Febr.	45,90-46,00	45,40-45,45
März	44,30-44,45	43,95-44,10

GASÖL – London ($/t)	11.11.	10.11.
Dez.	131,00-131,35	130,50-130,75
Jan.	134,25-134,50	133,75-134,00
Febr.	135,50-135,75	135,25
März	131,50-131,75	129,50-130,75
April	129,50	127,50-128,50
Mai	128,00	121,00-127,50
Juni	128,00	128,50-127,50
Juli	119,00	–

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	11.11.	10.11.
Dez.	41,80-41,90	41,55-41,75
Jan.	42,40-42,50	41,90-42,05
Febr.	43,20-43,30	42,55-42,70
März	44,00	43,45-43,50
April	44,65	44,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)	11.11.	10.11.
Dez.	15,40-15,42	15,31-15,35
Jan.	15,57-15,59	15,40-15,45
Febr.	15,57-15,60	15,37-15,40
März	15,53-15,55	15,30-15,33
April	15,50	15,25

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	11.11.	10.11.
Arabian Lg.	11,98	11,91
Arabian Hv.	11,69	11,63
Iran Lg.	14,05N	14,05N
Forties	14,75	14,10
North Brent	14,45	14,35
Bonny Light	13,85N	13,85N

Kartoffeln

London (£/t)	11.11.	10.11.
Febr.	115,00	119,00
April	159,90	163,00
Mai	179,00	181,00
Nov.	85,00	–

New York (c/lb)	11.11.	10.11.
Nov.	4,48	4,56-4,60
März	4,48-4,49	4,75-4,77
Mai	5,29	5,69
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	11.11.	10.11.
Nov.	196,00-195,70	193,70-193,90
Jan.	173,70-173,20	172,50-172,40
März	169,50-168,50	170,50
Mai	169,50	170,30

Devisenterminmarkt

Am 12.11. wurde die D-Mark zu allen Terminen gut bezahlt. Die Deports für Dollar verringerten sich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,28	0,73-0,63	1,40-1,30
Pfund/Dollar	0,60-0,56	1,87-1,84	3,46-3,41
Pfund/DM	2,30-0,90	5,70-3,70	9,10-7,70
FF/DM	-15-p	35-17	51-45

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12.11.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent, Dreimonatsgeld 4,60-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 12.11.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	5⅞-6⅛	4½-4⅝	3-3⅛
3 Monate	6-6⅛	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
6 Monate	6-6⅛	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	6⅛-6¼	4¾-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 12.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,00, Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 13,00, Verkauf 16,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 12.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM)

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	198,00	254,22	35,46
20 ffr Napoleon	5,8070	148,00	197,36	33,96
20 sfr Vreneli	5,8070	163,00	214,32	36,91
1 Sovereign Neu	7,3220	183,00	237,17	32,38
1 Sovereign Alt	7,3220	185,00	239,40	32,70
100 Kronen Öster.	30,4880	765,00	940,50	30,85
20 Kronen Öster.	6,0980	151,00	194,94	31,97
10 Kronen Öster.	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster.	13,7700	368,00	453,72	32,75
1 Dukaten Öster.	3,4420	84,00	116,28	33,78
10 Rubel Tscherw.	7,7425	199,00	255,36	32,98
Krügerrand 1 Uz	31,1035	810,00	963,30	30,97
Krügerrand ½ Uz	15,5517	427,00	509,58	32,77
2 Rand Südafrika	7,3220	181,00	234,84	32,07
1 Rand Südafrika	3,6610	85,00	117,42	32,07
50 C.$ Mapl L.1 Uz	31,1035	858,00	995,22	32,00
5 C.$ Mapl 1/10 Uz	3,1103	87,00	110,58	35,55
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1000,00	1288,20	42,81
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	848,00	1006,67	32,36
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1135,00	1339,50	43,07
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	116,00	148,20	47,65

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,33) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent) 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent) Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 12.11.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,11	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,70
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,50	6,80
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	140,00	9,18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,66	5,52
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,23	5,52
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,70	6,72
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,10	7,22
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,10	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,71	7,05
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,64	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,60	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,46	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,10	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,87	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,01	6,55
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,95	6,64
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,00	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,70	7,13
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,05	5,20
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,80	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,60	5,75
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,00	6,87
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,34
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	36,10	8,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,35	7,87
Prud. Realty	$ 100	15.1.99	72,90	9,04
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,625	7,66
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	66,375	8,14
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,52
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	66,625	8,34
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	65,125	8,40
Gen. Elec (AAA)	100,00	17.2.93	60,75	6,27
Caterp. Fin (AA)	100,00	11.7.94	52,25	9,36
Penney (A+)	100,00	17.2.94	53,625	8,94
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,25	8,70
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	52,25	8,94
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,625	8,52

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* öff. (Vortag)	Emissionspreis** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,72 (4,72)	100,3	[illegible]	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,85 (5,09)	99,90	101,6	103,5	105,3	[illegible]	[illegible]
3	5,40 (5,40)	96,85	101,4	104,1	106,8	109,5	[illegible]
4	5,66 (5,80)	96,90	[illegible]	103,8	107,3	110,6	114,5
5	6,01 (6,02)	[illegible]	[illegible]	103,8	108,0	112,2	116,4
6	6,21 (6,20)	93,53	99,10	104,4	108,5	113,2	118,0
7	6,52 (6,51)	91,15	96,80	102,1	107,6	113,0	118,5
8	6,81 (6,81)	88,50	94,50	101,1	106,5	112,5	[illegible]
9	6,93 (6,92)	86,80	93,90	100,5	106,5	112,8	119,4
10	6,95 (6,95)	85,65	[illegible]	100,4	106,7	113,7	120,7
15	7,20 (7,20)	79,45	88,40	96,20	106,3	115,2	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. 5%)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,021 (112,033)
Performance-Rentenindex: 248,515 (248,584)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	10. Nov.	5,875-5,945
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,80
	60-270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,875
	60 Tage	5,900
	90 Tage	5,775
Certificates of Deposit	1 Monat	5,90
	2 Monate	5,85
	3 Monate	5,85
	6 Monate	5,85
	12 Monate	6,15
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,41
	26 Wochen	5,54
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,34
	30 Jahre	7,62
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	27. Okt.	704,2 Mrd. $ (+1,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	143,00	142,10
März	143,40	142,45

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	11.11.	10.11.
9⅞ EEC 90	105,375	105,5
11½ dgl. 90	110,625	111
10½ EIB 93	109,375	110,125
11 dgl. 91	112,875	113,25
11⅛ dgl. 96	114	114,375
11⅞ dgl. 92	119,875	120,875
12 dgl. 95	121,75	122,5
12½ dgl. 90	116,75	116,625
12⅝ dgl. 93	126,875	127,875
13 dgl. 96	120	120,625
10⅜ Wld. Bk. 95	111,75	112,5
13⅝ dgl. 88	105	105,25
10⅜ dgl. 90	110,25	110,5
10⅝ dgl. 95	114,75	115,375
11 dgl. 97	115,75	114,375
11⅛ dgl. 88	108,5	108,75
11⅜ dgl. 90	113,375	113,75
11⅜ dgl. 89	108,75	109
11⅞ dgl. 90	113,25	113,625
12 dgl. 93	121,625	123,375
12⅛ dgl. 94	124,75	125,25
12⅜ dgl. 94	127,75	128,375
6⅝ Sears 91	104,5	104,25
6⅝ Swed. Ex. 91	102,75	102,625
7 TRW 94	107,75	107,375
6⅛ Un. Tech 92	103,125	102,625
5⅜ W. Dsn. 96	102,75	102,125
6½ World Bk 96	103,125	103
6⅜ dgl. 90	104,25	104
6⅜ dgl. 94	104,625	104,5
7 dgl. 94	107,125	106,75

Euro-Yen

	11.11.	10.11.
6⅜ Al Corp 91	102,375	102,125
6⅜ All. Sign 93	102,5	102,75
7⅜ ADB 94	108,875	108,5
7 Austria 95	106,125	105,75
7 BP 92	106,5	106,25
6⅞ Denmark 92	104,625	104,5
7 Denm. Bk. 92	105,625	105,375
7 Dow Chem. 94	107	101,875
6⅛ EDF 95	105,125	104,875
6⅜ Eurofima 95	102	101,625
6⅜ dgl. 92	103	102,75
6⅜ dgl. 93	102,625	102,5
7⅜ dgl. 94	105,75	105,5
6⅞ Fannie 92	104,75	104,5
6⅞ Finl. Rep. 90	104,75	104,375
6⅜ GMAC 90	102,375	102,125
7⅛ Goodyear 95	102,75	102,5
6⅜ dgl. 94	100,75	100,625
6⅜ ITT 92	103,625	103,375
6⅞ McDonal. 92	102,875	102,5
6⅜ Montreal 95	104,375	103,625
6⅞ NordLB 93	102,5	102,25
6 NIB 91	101,75	101,625
7 dgl. 92	106,125	105,875
7 Pac. Gas 94	–	–
6⅜ Penney 92	102,625	103
6⅜ Procter 92	103,625	105,25
6⅜ Sallie 92	103,5	103,375

Lux. Franc Bonds

	11.10.	10.11.
9⅛ Alcoa 87	–	99,75
9⅜ Asea 89	100,75	102
6⅜ Asian Dvl. 87	99,75	99,5
10⅜ BFG Lux 90	105	105,5
11 BNP 90	105,5	104
9 dgl. 93	106,5	107
10⅞ Ceca 94	106,75	106,5
11 dgl. 92	105,5	105,5
13 dgl. 91	–	101
8⅛ Consol 95	105	105
12⅜ dgl. 92	105	106
8 Copitel 88	100	100,25
8⅜ dgl. 89	100,75	100,5
11 Cr. Lyon. 88	100	102
15 dgl. 89	104	105,25
7⅞ Den. Mtg 88	100	99,75
8⅞ EEC 95	105	106
8⅜ Euratom 89	105,25	103
10⅜ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8⅛ Eurof. 89	101,5	102,5
9 dgl. 95	106	105,5
10 dgl. 91	106,5	105,75
10 dgl. 94	104,75	105
8 EIB 91	100	100
8⅜ dgl. 93	105	105
9⅜ dgl. 95	107,5	107,5
9⅜ dgl. 88	100,25	101,5
9⅜ dgl. 93	107	106
10⅜ dgl. 94	111	112,5
11⅛ dgl. 88	100	101
12⅜ dgl. 90	105	106
8⅜ Goodyear 93	105,5	105,25
9⅛ Ind. B. F. 95	104,5	104,25
9⅝ Hypo Bk. 88	107	101,5
11 Kredbk. 93	104,75	104
7⅜ dgl. 87	99,75	99,75
12⅜ dgl. 88	104	102,5
10 dgl. 90	105,75	104
11⅜ dgl. 89	100,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	100	99,75
8⅜ Met. Chem 92	105,25	105,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8⅜ dgl. 87	99,75	100
9 Paribas 92	107	106
10⅛ Paribas 89	103,5	105,75
8 Philips 89	100,5	100
7⅛ Renault 88	99,75	99,75
7⅜ Sogenal 91	100,5	100
9⅛ dgl. 92	106,25	106
10⅜ Solvay 87	100,25	100,75
8 Svenges 88	100	100,25
9⅜ Volvo 87	100,25	100
8 WorldBk. 96	105,25	105,5
9⅛ dgl. 90	105,5	105,5
10⅛ dgl. 89	101	103

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	11.11.	10.11.
8⅛ Cop City 91	99	99
12⅜ dgl. 92	101	101
8⅜ CCA 91	99,5	99,5
11⅛ Ned. G 88	100,5	100,5
9⅜ Queb. P. 94	99,5	99,5
8⅛ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	11.11.	10.11.
7⅜ Aegon 95	92	92,75
9⅛ ABN 92	102,5	102,5
9 ANA 95	103,75	103,5
9⅜ ANZ 92	106	105,875
10⅜ Austria 93	111,125	111,125
10 BNDA 92	104	103,875
8⅛ B. d. Roma 93	98,875	98,875
9 M.-Hope 97	105,5	105,5
9 Bk. Hels. 96	99,875	99,75
7⅜ BNP 93	95,5	95,375
8⅜ dgl. 95	103,625	103,675
8⅜ Bay Vbk. 88	102	102
8⅜ BFCE 95	102	101,75
9⅛ dgl. 97	107,375	107,25
9⅜ dgl. 95	106,875	107,25
9⅜ Bull 92	102,375	102,375
9⅛ CNT 92	107,125	107,125
9⅜ dgl. 95	106,875	106,75
8⅞ Cargill 95	107,25	107,125
10⅛ Ceca 89	106,5	106,5
9 Chrysl. 97	100,375	100,25
9⅛ dgl. 94	100,375	100,25
9 ClubMed 88	103,375	105,125
9 Colgate 91	102,75	105,375
9 Cop City 95	101,75	101,75
9⅛ CCF 95	104,625	104,375
9⅞ CrdNord 91	104,5	104,375
11⅜ CrdFonc 90	–	–
11⅜ dgl. 90	–	–
6⅜ CrdLyon 97	93,75	93,5
8⅜ CrdNat 95	103,875	103,875
10⅜ dgl. 94	109,625	109,625
8⅜ Crdanst 94	103	103
9⅜ Credito 92	104,5	104,5
7⅜ Denmark 96	96,125	96,125
9 EDF 97	104	103,875
8⅜ EEC 93	105,75	103,625
8⅜ ELFAqu. 88	102	101,875
9 Enso Gut 91	101,625	101,625
9⅛ dgl. 95	101,75	101,625
10 Euratom 97	106,125	106,125
7⅜ dgl. 96	96	95,875
9⅜ Eurofima 93	105,5	105
8⅜ EIB 90	104,75	104,625
8⅜ dgl. 93	104,75	103,5
8⅜ dgl. 97	103,375	103,75
9⅜ dgl. 95	109,125	109,375
10⅜ dgl. 94	111,875	111,625
10⅜ dgl. 94	107,625	107,75
10⅜ dgl. 90	109,375	109,625
11⅛ dgl. 92	109,625	109,625
9 Eutelsat 93	101,625	101,625
6⅜ EDC 96	89,75	89,575
8⅜ Fiat 90	105,175	105
9 IBKFinnl 95	101,5	101,375
8⅜ Ford C. 93	102,875	102,75
7⅛ GdL 93	99	99
7 Giroz 93	94,125	94
10⅜ dgl. 93	109,625	109,5
10 IADB 93	111,625	111,5
8⅜ IBM 90	104,375	104,25
6⅛ Iceland 96	88,5	88,5
9 Imatran 96	101,5	101,25
9⅜ Italie 89	105	104,875
10⅜ dgl. 92	110,125	109,875
9⅜ Kansali 97	105,25	103,125
9⅜ Kalfima 97	102,375	102,25
6⅜ KB/Ibl 95	89	89
10⅜ Megal 95	106,125	105,875
8⅜ Mits. Tr. 93	101,625	101,5
9 MoetHen. 91	104	103,875
9⅜ Mol 90	102	101,875
8½ Morgan 90	105,25	105,25
8⅜ Motorola 92	102,625	102,5
9 Nerna 95	102	102
8⅛ N.S.Wal. 93	103,25	103
9⅜ N.Zeal. 90	105,25	105,25
9⅛ N.Zeal. 92	106,5	106,625
7⅛ Nissan 96	93,75	93,625
9 DnLbk. 89	104,175	104
8⅜ Olivetti 93	102,625	102,625
8⅜ Parbel 89	101,625	101,25
10 Pechin. 90	104,75	104,625
9 Petroc 93	98,375	98,25
9⅛ Peugeot 90	104,125	104
8⅛ Pirelli 96	99,75	99,625
9 Philips 93	102,625	102,5
9⅛ Piba 92	105,375	105,375
10 Prvbk. 92	105,25	105,75
7⅛ Robobk. 96	95,375	95,375
8⅛ Reynolds 91	102,75	102,625
9 SAS 95	103,875	103,875
9 Sanwa 95	102,75	102,675
8⅜ Sacpac 90	102	101,75
9 SNCI 95	103,375	105,175
8⅜ Sumitomo 92	104,125	104
9⅛ dgl. 93	106,125	106,125
9 dgl. 93	104,25	104
6⅜ Schweden 96	89,875	89,375
9 Unbr. Nor. 95	102,25	102,125
8⅛ Vict. 90	104,375	104,125
8⅜ WalfD. 94	104	105,75
9⅜ dgl. 95	105,75	105,625
8⅛ Westpac 96	107,375	107,25
9⅛ Westpac 92	105	105
8⅜ Worldbk. 95	102,5	102,375
8⅜ dgl. 93	104,375	104,25
9⅛ dgl. 92	106,875	106,5
10⅛ dgl. 89	107,575	107,675
10⅜ dgl. 94	109,5	109,375
11 dgl. 93	108,625	108,5
8⅛ Xerox 90	101,125	100,875

ECU-Tageswerte

	11.11.	10.11.
Dollar	1,07709	1,07289
Bfr	43,4048	43,455
DM	2,08930	2,09283
Hfl	2,36128	2,36451
£	0,7140	0,709602
Dkr	7,87163	7,87882
FF	6,83271	6,8778
Lira	1445,11	1446,52
I-£	0,765912	0,767077
Sfr	1,73116	1,72917
öS	14,7059	14,7279
Peseta	139,941	139,931
Skr	7,14854	7,1406
Nkr	7,69135	7,5635
Kan-$	1,47478	1,41895
Esc	153,344	153,073
Fmk	5,07895	5,07765
Yen	166,491	166,291
Drachme	142,769	142,806

SZR-Wert

	11.11.	10.11.
Dollar	1,19856	1,19585
DM	2,45871	2,45012

Getriebe der Demokratie: Das „Parteien-Handbuch"

Die kleinen Zahnräder

Wer weiß noch, daß Anfang der fünfziger Jahre in West-Berlin eine USPD existierte, die die Tradition der gleichnamigen Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auch nach dem Zweiten Weltkrieg fortführen wollte? Oder wem ist das Kürzel FSU geläufig, das für „Freisoziale Union" steht, einer Gruppierung, die seit mehr als drei Jahrzehnten ebenso hartnäckig wie erfolglos für eine Neuordnung des Geldwesens eintritt?

Im vierbändigen „Parteien-Handbuch" (herausgegeben von Richard Stöss) wird der Leser über sämtliche 136 Parteien und Wählergemeinschaften informiert, die seit 1945 zu Bundestags- oder Landtagswahlen angetreten sind. Auf 2586 Seiten wollen die 17 Autoren (die fast alle von



1973 bis 1983 an dem zehnjährigen Forschungsprojekt der Freien Universität Berlin über das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt haben) eine empfindliche Lücke in der hiesigen Parteienforschung schließen.

Dabei läßt sich kaum vermeiden, daß in den Bänden Mini- bis Kleingruppierungen ein übermäßiges Gewicht im Vergleich zu den etablierten Parteien erhalten. Dies entspricht der spezifischen Sicht der Autoren. Der Politologe Stöss vergleicht Parteiensysteme mit Getrieben von Maschinen, „bei denen nicht nur die großen Zahnräder von Bedeutung sind, sondern deren Funktionsfähigkeit ... auch von den scheinbar unbedeutenden kleinen Lagern abhängt, deren Versagen im Extremfall den gesamten Mechanismus blockieren kann".

Um dieses komplizierte Räderwerk zu erklären, werden 45 der „bedeutendsten" Parteien nach einem Rastersystem beschrieben. Das reicht von der Gründung, über Geschichte, Ideologie, Zu- und Absplitterungen, Wahlbeteiligungen, Organisation bis hin zur Propaganda und schließt jeweils mit einer Gesamteinschätzung. Der Herausgeber preist diese Systematik als Stärke des Handbuches, im Vergleich etwa zum Standardwerk Heino Kaacks („Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems"), dem „beliebige Kompilation von Detailanalysen" vorgeworfen werden. Doch die „systematisch erhobenen Datenkränze" der Berliner Parteienforscher haben auch ihre Tücken: Deren Raster wirkt manchmal wie ein Prokrustesbrett. Wenn zu einem Rasterelement besonders viel Sekundärliteratur zur Verfügung steht, geht man in die Breite, findet man dagegen nur sehr wenig und vermag dieses Manko nicht durch Eigenforschung auszugleichen, werden die Auskünfte karg.

Der Forschungsansatz, die Sprache und damit die Begriffsbestimmungen zahlreicher Autoren (zu ihnen zählen u.a. der Sohn Willy Brandts, Peter Brandt; sechs bezeichnen sich als ÖTV-, zwei als GEW-Mitglieder) sind „links". „Wir gehen davon aus, daß die westdeutsche Gesellschaft eine kapitalistische Klassengesellschaft ist", schreibt Richard Stöss im einleitenden Theorie-Teil; entsprechend wird den Parteien im „bürgerlich-kapitalistischen System" ihre spezielle „objektive" Funktion zugeordnet, mal herrschaftsstabilisierend, mal systemüberwindend.

Trotz allem übertriebenen Strukturierens und aller links-sozialistischer Prämissen bleibt die zehnjährige Fleißarbeit des Autorenteams zu würdigen, das beim umfangreichen Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin aus einer schier unerschöpflichen Materialfülle schöpfen konnte. Die Darstellungen der Parteien, die Fülle der Personen-, Organisations- und Titelregister vermitteln dem Interessierten einen Überblick über „die" Parteien der Bundesrepublik, die nach 1945 gegenüber den älteren politischen Mächten eine unangetastete Vormachtstellung erhielten.

Gerade wegen der Bedeutung der Parteien hierzulande erscheint es daher um so beklagenswerter, daß konservative Korrekturen zu dem als Standardwerk einzuschätzenden „Parteien-Handbuch" bislang fehlen und auch weit und breit nicht auszumachen sind. HANS KRUMP

Richard Stöss (Hrsg.): „Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980", Sonderausgabe in vier Taschenbuch-Bänden, 2586 S., Westdeutscher Verlag (Opladen), 98 Mark.



Ein großartiges Duo: Jack Lemmon (links) und Marcello Mastroianni in Ettore Scolas Film FOTO DIE WELT

Nach „Le Bal" nun eine Schüssel mit Nudeln: Ettore Scolas Film „Macaroni"

Am Ende schlägt die Camorra zu

Zwei Männer ziehen die Bilanz ihres Lebens in Ettore Scolas neuem Film „Macaroni". Beide sind an die sechzig. Beide werden durch einen Zufall oder durch die Laune des Schicksals noch einmal mit ihrer Jugend konfrontiert. Sie haben scheinbar nichts miteinander gemeinsam: der Amerikaner Robert, ein kühler Manager mit rüden Manieren, und der herzliche, lebenslustige Neapolitaner Antonio, ein kleiner versponnener Archivar, der in seiner Freizeit deftige Volkskomödien schreibt.

Robert (Jack Lemmon) und Antonio (Marcello Mastroianni), ehemals gute Freunde, begegnen sich nach vierzig Jahren noch einmal in Neapel. Als Soldat gehörte Robert zu den amerikanischen Befreiern und war in Antonios Schwester verliebt. In den drei Tagen, die die Männer nun miteinander verbringen, finden sie die Wärme jener alten Freundschaft wieder, die sie damals verbunden hat.

Eines freilich wundert Robert: in Antonios Familien- und Freundeskreis ist er bekannt wie ein bunter Hund; man scheint ihn lange erwartet zu haben und feiert ihn stürmisch. Bald weiß er warum: Antonio hat ihn zu einem lebenden Mythos gemacht, hat in Roberts Namen seiner Schwester Maria lange Briefe geschrieben, in denen der Amerikaner, angeblich ein berühmter Reporter, von seinen Heldentaten aus allen Teilen der Welt berichtet. Robert steht fassungslos seinem idealisierten Double gegenüber, macht aber gute Miene zum bizarren Spiel.

„Macaroni" ist ein zutiefst menschlicher Film, mitten aus dem prallen Leben gegriffen und in die verschlissene Schönheit Neapels getaucht. Natürlich steht und fällt er mit dem herrlichen Duo Mastroianni/Lemmon, das sich geistreich und witzig die Bälle zuwirft. Diesen beiden Vollblutkomödianten zuzuschauen, ist ein rares Vergnügen: Wenn sie sich in den schmalen Gassen Neapels wie Lausbuben tummeln, die Gesichter verklebt von Zuckerwatte und Cremeschnittchen; wenn sie in Antonios Schmierentheater hocken und die Mimen anfeuern; wenn sie versonnen den alten Zeiten nachhängen.

Ihre Begegnung hat Scola mit einem lachenden und einen weinenden Auge geschildert, urkomisch und doch auch voller Melancholie. Stimmungsvolle Dekors, etwa wenn die Kamera verliebt über den gedeckten Familientisch streift, auf dem in tiefen Schüsseln die Macaroni dampfen, geben dem Film zusätzliche Würze.

Die Begegnung von Robert und Antonio wird brüsk unterbrochen. Antonio, Opfer einer Intrige, wird von der Camorra im Hafen von Neapel brutal niedergeschlagen und stirbt in den Armen des Freundes. Selbstlos kümmert sich der ehemals so egoistische Businessman um Antonios Familie und läßt sogar sein Flugzeug sausen. Ein bißchen ist er jetzt doch zu jenem Helden geworden, den Antonio in kühnen Tagträumen aus ihm gemacht hatte.

„Macaroni" ist weniger streng und präzise komponiert als Scolas beste Filme, etwa der Berlinale-Sieger „Le Bal" von 1983. Auch hätte dem Drehbuch ein kritischer Rotstift gutgetan. Aber die schauspielerischen Kabinettstückchen, die uns Lemmon und Mastroianni hier bieten, sind allerbestes Kintopp und machen diesen Streifen zum hinreißendsten italienischen Film, den wir seit langem gesehen haben. DORIS BLUM

Paris würdigt den 100. Todestag von Franz Liszt

Virtuose an der Seine

Franz Liszt, den gleich drei Nationen zu ihrem Nationaleigentum erklären (Heinrich Heine): nämlich die Deutschen, die Franzosen und die Ungarn (die österreichische Nation war damals noch nicht erfunden) – dieser Komponist fand zu seinem 100. Todestag in jener Stadt eine Würdigung, die „die Stadt seines Herzens" gewesen sein soll: Paris, wo er als junger Virtuose seinen internationalen Ruhm begründete.

Die Stadt seines Herzens liebt ihn jedenfalls heute noch, und es scheint, daß sie ihn, mit ihrem Sinn für hochgezüchtetes *Handwerk, in all seinen* Kunststücken begriffen und gebilligt hat. Mögen sein Pathos und seine Rhetorik ungarisch gewesen sein, seine Kompositionstechnik beethovensch-deutsch – die rituellen Schleifen und Umwege in seinen musikalischen Formulierungen haben sicherlich etwas mit französischer Lebensart zu tun. Und selbst empfand er sich in Ungarn, das er patriotisch liebte, ohne doch seine Sprache gut zu beherrschen, als Repräsentant französischer Kultur.

Darauf wies Deszö Lagany (Budapest) in seinem Referat über französische und belgische Musik in Budapest und Liszts Rolle dabei hin. An der Pariser Sorbonne tagten unter Leitung ihres Musikwissenschafts-Ordinarius Serge Gut, der selber die neuste Liszt-Monographie verfaßte, dieser Tage 22 Musikforscher aus sieben Ländern. Ihre Beiträge betrafen einmal das komplizierte Geflecht der nationalen Bindungen und Engagements dieses europäischsten aller romantischen Komponisten, der zugleich Wortführer der „neudeutschen Schule", Parteigänger der ungarischen Freiheit, aber doch Österreicher alten Stils in seinem „Supranationalismus" war – so das Thema des Schlußvortrages von Gut.

Dementsprechend verzweigt sind die Wege der Rezeption seiner Musik, von der schließlich ein Thema aus den „Préludes" seine makabre Rolle als Signet in der NS-Wochenschau spielte. Gelang den Nazis seine Stilisierung als nordischer Streiter, machte ihn der Osten zum Allgemeinbesitz der sozialistischen Menschheit, während die Hüter des Bayreuther Erbes ihn wohl immer feierten, aber nur als Vorläufer zu Wagner.

Die gründlichen Ausführungen von Dorothea Redepenning aus Hamburg erregten hier den Widerspruch von Wagners Urenkel, Gottfried Wagner, der *über Kurt Weill promovierte*, sich auf Ernst Bloch als Lehrmeister beruft und der seinerseits über den „Caritas"-Begriff aus Liszts „Béatitudes" referierte, in dem er frühsozialistische Utopievorstellungen erblikken will. In Frankreich gab es Zeiten, da Liszt von Komponisten wie Debussy, Fauré und Ravel mehr geschätzt war als vom Publikum, so Christian Goubault, Rouen. Hier wurde ihm vor allem von Chopin der Rang abgelaufen, so Danièle Pistone aus Paris, während die Komponisten der Neuen Musik ihn ablehnten.

Über diese Deutungs- und Wertungsdiskussion ist eine philologische Liszt-Forschung, die auch die Manuskripte in die Hand nimmt und auf ihre Entstehungsgeschichte untersucht, erst im schüchternen Anfang. Diese Manuskripte liegen meist im Weimarer Liszt-Haus, das aber im Unterschied zu entsprechenden Bach-, Händel- und Schumann-Institutionen sich mit aktiver Pionierarbeit zurückhält – diese geschieht dann zum Beispiel von New York aus, wo Rena Müller auch mit Wasserzeichen-Untersuchungen Manuskript-Chronologien erschloß.

Jacques Chailley, Paris, kam auf Grund solcher Untersuchungen zu einer ganz anderen literarischen Vorlage für die „Préludes" als der gleichnamigen Dichtung Lamartines. Ihr musikalisches Material entstammt nämlich früher komponierten, sentimentalen Männerchören auf Texte von Joseph Autran, wie denn Liszt dem geselligen Genre keineswegs abhold war. Dies bezeugten in einem Konzertvortrag Günther Massenkeil, Bariton, und Monika Hoffmann, Klavier, mit seinen Rhein-, Heine- und Goetheliedern, die ganz andere, beschauliche Stimmungswerte in der Stadt seines Herzens erklingen ließen.

Auf dieses gesellige Genre nahm das Bläserensemble „Les Philharmonistes de Châteauroux" in einer Hommage in der Salle Gaveau den Meister beim Wort. Der große Bearbeiter wurde hier von seinem ungarischen Landsmann Janos Komives selbst bearbeitet, und zwar seine h-Moll-Sonate – zunächst virtuos vorgetragen von dem Schumann-Preisträger Ives Henry – für dieses Ensemble aus 15 Holz- und Blechbläsern. Das hat etwas von der Atmosphäre, wie Liszt einmal in sein Heimatdorf Raiding zurückkehrte und von den Bauern aufs wildeste gefeiert wurde.

DETLEF GOJOWY

Der spontane Einsatz von Michael Schanze für die SOS-Kinderdörfer

Dabeisein und das Gute tun

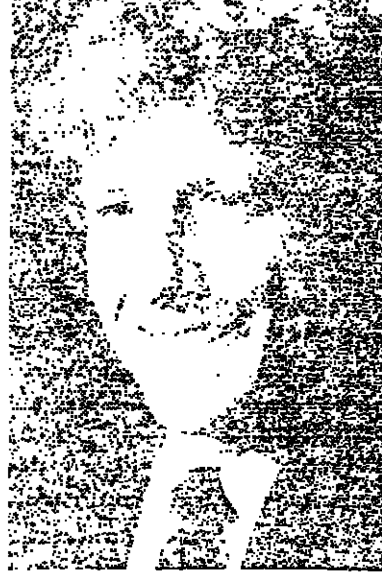
Warum sprichst du so gut deutsch? Diese Frage stellt mir jeder beim ersten Kennenlernen. Wenn die wüßten, was sie mir damit antun, würden sie das Maul halten und erst mal kurz nachdenken!"

Walter Lesniowski (30), Sohn eines farbigen Amerikaners und einer hellhäutigen polnischen Emigrantin aus Breisach, ist einer der ehemaligen SOS-Kinderdorfbewohner, die zur Fernsehveranstaltung mit Michael Schanze zu Gunsten der SOS-Kinderdörfer eingeladen worden sind. Sie dürfen vor den Kameras, umrahmt von einer glühbirnenstarrenden Bilderbuch-Sonnenkulisse aus eigener Erfahrung berichten, wozu die 230 Kinderdörfer auf der Welt gut sind, und warum es hoffentlich bald zum ersten Spatenstich für ein weiteres Kinderdorf, das dritte auf mexikanischem Boden, kommt. Der selbständige Kunsthandwerker Lesniowski hängt wie eh und je zärtlich an seiner Dorfmutter. „Ohne sie stünde ich heute nicht hier", sagt der erwachsene „Sohn". Sie hat uns in der ländlichen Umgebung unseres Dorfes in Diessen am Ammersee Dinge nahegebracht, die keiner von uns im eigenen Milieu erfahren hätte: Den Sinn für Farben und Formen in der Kunst, für das lebendige Musizieren, für das Wandern in den Bergen, für die Pflanzen und Tiere in der freien Natur. Vor allem aber hat sie ihm, der seine Mutter nur ein einziges Mal und seinen Vater niemals gesehen hat, eine liebevolle Bindung ermöglicht in einem Geschwisterkreis, der noch heute zu-

Wir bauen ein Dorf – ARD, 21.05 Uhr

sammenhält. Sie hat den Heranwachsenden ermutigt, sein exotisches Äußeres und seine traumatischen Kindheitserfahrungen zu akzeptieren und eine eigene Familiengründug zu wagen. Sein schönstes Erlebnis? Daß er bei der Geburt seiner Kinder dabeisein konnte!

Dabeisein, wenn etwas geschehen soll, das sich lohnt, das wollen sie alle, die für SOS-Kinderdörfer an der sanften Leine des Entertainers Michael Schanze die Werbetrommel rühren. Es sind Künstler, die den deutschen Fernsehzuschauern nicht alle Tage begegnen, so Amateurgruppen aus Israel und Finnland, aus Togo und Griechenland. Sie setzen eigene Urlaubstage ein und verzichten auf ihr Honorar. Duban Nikol, der Meistertrampolino aus Kolumbien, riskiert buchstäblich und gratis für den guten Zweck Kopf und Kragen beim Senkrechtsprung, zwischen die Seile der tückisch schwingenden Matte. „Die Idee von Hermann Gmeiner, dem Gründer der SOS-Kinderdörfer, muß weiterleben", sagt Michael Schanze dazu und geniert sich dann doch ein bißchen. Nach einer öffentlichen Aktion für Krebskranke, für Unicef und für Wild Life nun schon wieder die Sammelbüchse zu schütteln, ist nicht gerade fein. Trotzdem hat er gleich nach dem Begräbnis von Gmeiner im Sommer spontan auf seine längst ausgemachte und einstudierte 90-Minuten-Galashow verzichtet und dem Südwestfunk statt dessen diese SOS-Kür aufs Auge gedrückt. Warum? Der Sportler Schanze denkt dabei an seinen jüngeren Bruder, der als Kind an Kinderlähmung erkrankt ist, und an viele Kinder in der Schule für spastisch Behinderte in Garatshausen, die er als Pate betreut. Der Sunnyboy mit dem Singemund und dem melancholischen Blick hält's mit



Michael Schanze, ein Entertainer, der zum Nachdenken zwingt FOTO: FELICITAS TIMPE

Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, es sei, man tut es. „Für die Kranken sind sechs Millionen, für die Tiere zwölf Millionen Mark zusammengekommen. Mal sehen, was die Kinder in Not in den SOS-Kinderdörfern den Leuten wert sind", witzelt Schanze. Aber er sieht dabei ziemlich finster drein. INGRID ZAHN

Dicht der „Mini-Serie" um „V – Die Außerirdischen" auf den Video-Spitzenreiterfersen ist Anfang November Andrej Konchalovskys Streifen „**Runaway Train**" mit John Voight und Eric Roberts in den Hauptrollen (VMP, 105 Min.), eine recht ungewöhnliche Flucht-aus-dem-Knast-Geschichte um Manny, der fürchterlich zu leiden hat unter den Schikanen des Gefängnisdirektors und in dem Boxer Buck den Retter aus aller Not findet: Der nämlich will auch zurück in die Freiheit, und als Transportmittel soll den beiden Brüdern im Leide ein mordsmäßiges Ungetüm von Lokomotive dienen. Die beiden springen auf den Runaway Train drauf und merken nicht, daß der Lokführer vom Herzinfarkt gefällt wird – führerlos rasen die Ausbrecher hinaus ins Unbekannte. Eine Labsal für die Action-Fanatiker unter den Videasten.

*

Kinder, Kinder: Sie sind die Helden zweier anderer Video-Spitzenstürmer, „**D. A. R. Y. L.**" und „Goonies". Der erste Film, dessen neugierig machende Abkürzung einen datenanalysierenden Robot in Gestalt eines jungen Menschen meint, stammt von Simon Wincer und hat im Mittelpunkt einen aus dem Waisenhaus geholten Jungen, der nur aussieht wie ein solcher: In Wirklichkeit ist er ein omnipotenter Computer, moderne Ausgabe des kleinen Zauberers für alle Gelegenheiten, über dessen wahre, künstliche „Identität" seine

VIDEO neuheiten

Pflegeeltern nichts wissen. Daryls richtige Eltern sind Nasa-Tüftler, und die wollen den nach einer Entführung verschwundenen Wunder-Knaben zurückhaben. Was sich dann entspinnt ist ein Wettlauf zwischen den Nasa- und den Pflegeeltern, der noch dadurch intensiviert wird, als Daryl ganz wider alle Konstrukteursvernunft auch noch menschliche Gefühle entwickelt.

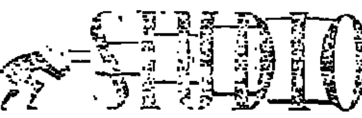
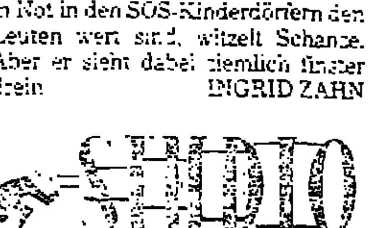
Märchen auf modern, Gut gegen Böse, ganz liebevoll gestrickt: E. T. entläßt seine Nachfahren (RCA-Columbia, 96 Min.).

*

Apropos E. T.: Steven Spielberg, spezialisiert auf die Inszenierung (eigener) Kindheitsträume, hat dem Regisseur Richard Donner das Team für „**Die Goonies**" (Warner Home, 100 Min.) zusammengestellt, und Drehbuchautor Chris Columbus konnte mit seinen „Gremlins" ja auch schon auf einschlägige Fantasy-Erfahrung aufbauen – für dieses schön erzählte, temporeiche und mit jeder Menge netter Gags versehene Märchen, das unter dem Titel „Schatzsuche" so ziemlich jedes Kind irgendwann mal bewegt hat.

Auf einem Dachboden entdeckt eine Gruppe von Kindern, die sich als Clique „Goonies" nennen, eines Tages eine alte Karte, die sich als Wegweiser zu jenem Schatz erweist, um den es bald gar nicht mehr geht. Denn sogleich hebt eine Abenteuerreise durch Gefahren und Höhlen, Flüsse und unterirdische Pfade an, wie sie einem wohlgeratenen Familienfilm bestens ansteht.

ALEXANDER SCHMITZ

Im deutschen Privatfernsehen haben sich die Veranstalter umgruppiert. Die Verlagskonzerne **Bauer** und **Burda** werden sich an dem Satellitenprogramm „musicbox" der Münchner Kabel Media Programmgesellschaft (KMP) beteiligen. Wie KMP-Geschäftsführer Wolfgang Fischer mitteilte, solle das vorwiegend aus Videoclips zusammengestellte Programm im Zuge dieser Beteiligung zu einem „Unterhaltungskanal für Jugendliche" erweitert werden. Die drei neuen Programmpartner KMP, Bauer und Burda sind derzeit noch Mitglieder beim Privatfernsehen **SAT 1**, werden aus dieser Anbietergemeinschaft aber ausscheiden.

Nach Angaben von Fischer werden die beiden Großverlage nur eine Minderheitenbeteiligung erhalten. Außerdem verhandele die KMP noch mit einem weiteren potentiellen Gesellschafter. Der Bauer-Verlag sieht in der beabsichtigten Beteiligungan der „musicbox" die Chance, das bisherige Zielgruppenfernsehen zu einem Vollprogramm auszubauen. Der Burda-Verlag ließ verlauten, das Engagement bei der „musicbox" sei die günstigste von mehreren möglichen Beteiligungen im privaten Fernsehen. (epd)



Sonntag

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Hitparade
11.10 Ein Platz für Tiere
11.55 Umschau
12.10 Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.50 Tagesschau
16.00 Café in Takt – Extrakt
Ausschnitte aus den Jahren 1980/81
16.45 Die Kinder vom Mühlental
Das Versteck
Ein Foto für die Oma
17.15 Achtung, Klappe!
Der Frankfurter Flughafen
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Jude in Deutschland muß sich wehren
Michel Friedmanns Kampf gegen den Antisemitismus
Antisemitismus in der Bundesrepublik gibt es für Michel Friedmann nicht erst seit dem Streit um das Fassbinder-Stück. Neu ist für Friedmann nur, daß sich bisher latenter Antisemitismus jetzt wieder offen zeigt. Und er will nicht – wie die Holocaust-Generation – schweigen.
21.00 Der 7. Sinn
21.05 „Wir bauen ein Dorf"
Show mit Michael Schanze zugunsten der SOS-Kinderdörfer
Gäste: Lil Lindfors (Sängerin); Duban Nickol (Trampolin); Erste Allgemeine Verunsicherung
22.50 Tagesthemen
23.00 Tatort
Der Mann mit den Rosen
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Voltaire: Ist der Mensch von Natur aus böse?

16.00 heute
16.04 Vom Urkrümel zum Atompilz
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Das kalte Herz (1)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gast: Pasadena Roof Orchestra
17.45 Tom und Jerry
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
Das Partyschiff von Ibiza
19.00 heute
19.30 Die Katze läßt das Mausen nicht
Drei Unterhaltungs-Geschichten
1. Berlin 1987: Was für eine Nacht
2. Berlin 1927. Gelegenheit macht Diebe
3. Berlin 1887: Unerwartete Begegnung
Mit Thekla Carola Wied
Regie: Gero Erhardt
20.30 Das waren Hits
Internationale Evergreens
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil der Bürger
Operation mit Folgen
21.45 heute-journal
22.05 Was nun, Herr Rau?
Fragen von Klaus Bresser und Wolfgang Herles an den Kanzlerkandidaten der SPD. Mit einem Überraschungsgast
23.05 Glückliche Tage
Zweiakter von Samuel Beckett
Inszenierung: Roberto Ciulli
Aufzeichnung aus dem Theater an der Ruhr, Mühlheim
0.40 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon. 0221 / 23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Der ungebetene Gast
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Regie: Lewis Allen
21.50 Frank Peter Zimmermann
Ich will ein Weltgeiger werden
22.20 Pacz & Co.
Gespräche zu Fragen der Zeit
23.20 Europäische Erzähler
23.50 Tips für Leser
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.15 Deutschlands grüne Inseln
Helgoland
Von Beatrice Nolte
20.00 Tagesschau
20.15 Tausend Milliarden Dollar
Französischer Spielfilm (1982)
Mit Jeanne Moreau, Anny Duperey, Mel Ferrer
Drehbuch, Regie: Henri Verneuil
22.20 Bücherjournal
23.10 Frauen
Geliebt – gelobt – geduldet
23.55 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.35 Hessen-Rallye
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Der Bandit
Italienischer Spielfilm (1946)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 In bester Gesellschaft
3. Schmutziges Spiel
23.00 Es war 1886
Gründung der Heilsarmee in Deutschland

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Dingsda
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Mädchen von San Frediano
Italienischer Spielfilm (1955)
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Politik / Treffpunkt
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Erste Allgemeine Verunsicherung
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.15 Eltern-Sprechstunde
„Was hast du mir mitgebracht?"
18.45 Rundschau
19.00 Ein Frauenherz vergißt nie
Englischer Spielfilm (1941)
Mit Merle Oberon, Joseph Cotten
Regie: Julien Duvivier
20.30 Flash Gordon (14)
20.45 Gabrielis Ring
Die Reise des Heinrich Schütz nach Venedig
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – Vor Werkeröffnung
Auto- und Chipfabrik Regensburg
22.30 Z. E. N.
22.35 Der Sportstammtisch
23.20 Rundschau
23.25 Unter den Dächern von Paris



15.30 Programmvorschau
15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
17.10 Lou Grant
18.00 Josh
Anschließend: UPA-Cartoon
18.30 blick
18.45 Im Glanz der Krone
Prinzessin Diana, Prinz Charles, Familie und Freunde
19.45 Treffpunkt Tanger
Italienischer Spielfilm (1962)
Mit Lilli Palmer, James Mason
Regie: Charles Frend
21.45 blick
22.15 Reinhard May-Konzert
22.45 Hawaii Fünf-Null
Nach 15 Jahren
23.30 blick



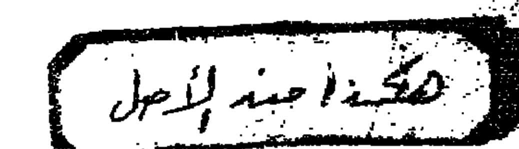
19.00 Titel, Thesen, Temperamente
Kulturmagazin
20.00 Tagesschau
20.15 1 + 1 = 3
Film von Heidi Genée
21.40 Benjamin
Aus dem Tagebuch einer männlichen Jungfrau
Französischer Spielfilm (1967)
Mit Pierre Clémenti, Michele Morgan
Regie: Michel Deville
Galanter Liebesreigen im Frankreich des ausgehenden Rokoko
23.20 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
Qualifikationsspiele zur Fußball-EM
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick: Via Genua
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Alles über Eva
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Bette Davies, Anne Baxter, George Sanders
Regie: Joseph L. Mankiewicz
0.00 Nachrichten



18.15 Starmix / Regional 7
18.36 Komm doch mal in die Küche
Fisch, einmal anders
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Insiders
Killer-Kids
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Lilli, ein Mädchen aus der Großstadt
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Ann Smyrner, Adrian Hoven
Regie: Hermann Leitner
Dazwischen: Zeichentrick
22.00 RTL-Spiel
22.05 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.15 Popeye: Vertauschte Rollen
22.20 Neu im Kino
23.00 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final



Wer löscht, lebt länger

euch – Freut Euch, Brüder und Schwestern an den Radiokästen, freut Euch, die Ihr bislang zwischen der dösig angenehmen Musik auch die Texteinblendungen habt anhören müssen, die der Radiomensch Euch vorbrabbelte, von Not und Unglück, von Freude und hellem Himmel, was schert uns das? Uns schert, daß wohlige Musik uns ins Ohr schwappt, ohne den Geist zu tangieren, ohne das Hirn zu beanspruchen.

Wie haben wir jahrelang geflucht, wenn mitten im Gebrodel der elektronischen Tonklumpen, mitten im nostalgisch aufgemotzten Trompetenschall oder auch im schluchzenden Gejammer eines pubertären Saisonheulers – *plötzlich (und ganz und gar unerwünscht)* einer sich am Mikrophon meldete und uns erzählte, *was in der Welt geschah*. Als ginge uns das was an!

Das hat jetzt ein Ende. Der *menschliche Geist, der am stärksten da ist*, wo er sich selber zerstört, hat auch hier Abhilfe geschaffen: Ein kleines Zwischenelement für paarmarkfuffzig, schnell in den Empfänger *eingebaut*, spürt mit Spezialsensoren auf, wenn statt der wohligen Musikberieselung Wörter *auf den Lautsprecher zusteuern*. Merkt der elektronische Aufpasser das, so blendet er den Ton aus. Hört *das lästige menschliche Wort* endlich auf, so gibt der schlaue Winzling den Ton wieder frei und damit *das Dösen*.

Ist das nicht schön? Übrigens ist es auch wahr, eine wahre Gechichte *also, das muß extra gesagt werden*, wer wollte es denn so auf Anhieb glauben?

Der nächste Schritt auf diesem Wege wäre dann ein elektronisch selbststeuernder Gehirnschrittmacher, der, *wenn menschliche Laute* ans Ohr dringen, dicht macht und die Tätigkeit der grauen Zellen erst *wieder erlaubt, wenn der* Musikteppich sich bemerkbar macht.

Die Schlaueren unter uns werden an *dieser Stelle bemerken:* Der genannte Effekt läßt sich durch eine winzige Veränderung der Program*me viel billiger herstellen*, billiger und für alle!

Masse und Asse: Warschauer Jazz Jamboree '86

Weiße Flecken getilgt

Das Jazztrio des Sowjet-Armeniers David Azarjan legte sich ins Zeug, wie es nur konnte. Doch in der frühen Morgenstunde war das Aufnahmevermögen der Nachtschwärmer im Warschauer Club „Aquarium" doch arg begrenzt – der Geräuschpegel ging an die Grenze des Erträglichen. Der grauhaarige Herr Petrow zu meiner Rechten, Musikwissenschaftler in Erewan und zum siebten Mal beim Warschauer Jazzhappening Nummer eins, faßte die Lage in lakonischen Worten zusammen: „Das war ein Festival der Polen – und der Amerikaner."

Tatsächlich waren die armenischen *Jazzfreunde mit* ihren unter großem Ernst vorgetragenen Wandelgängen zwischen Lyrik, Folklore und Expressivität die einzigen ausländischen Vertreter des Ostblock-Jazz, wenn man einmal von dem tschechischen Anteil in der „Polen-Tschechen-Leader-Bigband" absieht. Die Warschauer Veranstalter schienen unter *ihrem* Motto „*Jazz für die Masse und für die Asse*" vor allem darum bemüht, weiße Flecken in der Liste *westlicher Gaststars zu füllen.*

Zur Feier des 10. Jubiläums der polnischen Jazzgesellschaft – der einzigen Interessenvertretung des Jazz im Ostblock überhaupt – zeigte sich Blues-Meister B. B. King in glänzender Laune. Den Polen gefiel er ebenso wie der überaus dynamische John Scofield, der zuvor noch mit Großmeister Miles Davis in Warschau gastiert hatte. Mit *großem* Respekt wurden auch das Count Basie Orchestra – nach dem unerwarteten Tod von Quincy Jones unter der Führung von Frank Foster – sowie die beeindrukkend flexible und gefühlswarme Band des Kontrabassisten Dave Holland aufgenommen.

Allzugroß waren die Erwartungen wohl beim Konzert des aus Amerika „heimgekehrten" Geigers und Saxophonisten Michal Urbaniak, der seit über zehn Jahren den Paß der USA besitzt. Sei es durch Übermüdung, sei es durch zu schlechte Einstellung der elektronischen Effekte in vier Kisten voller Elektronik des Fusion-Meisters – ein „Superkonzert" wurde es nicht. Im späteren Trio mit dem Keyboarder Wojchiech Karolak spitzten die Zuhörer dennoch die Ohren – beim wie eh lyrischen Geigenstrich Urbaniaks und nicht zuletzt, wenn der legendäre Cieslaw Niemen nicht nur zaghaft die Tasten seines Umhänge-Pianos drückte, sondern in Titeln wie dem Blues, „Jednego Serca" – „Eines Herzens" – zeigte, daß er immer noch eine delikate Sangesröhre besitzt.

Daß die jungen polnischen Musiker erheblich „unter Dampf" stehen, konnte man im Konzert der Allstars-Nachwuchsband „Young Power" sowie im Gespräch mit den beteiligten Musikern merken. „Wir haben einen heftigen Kampf der Generationen im Jazz und auch Schwierigkeiten, auf den staatlichen Plattenlabeln zu erscheinen", meinte Krzysztof Popek, einer der jungen „Power"-Musiker. „Aber wir lassen uns durch nichts beirren."

Hans Kumpf, unermüdlicher Vermittler *zwischen den Jazz-Szenen* in West und Ost als Kritiker und aktiver Klarinettist, freute sich derweil über *ein Wiedersehen besonders:* Aus der „*DDR*" waren Vertreter des Dresdner Jazz-Clubs „Tonne" nach Warschau gereist. In der „Tonne" hatte der Schwabe vor einem Monat erst einen Vortrag über Jazz und neue Musik halten können. „Die Genehmigungsprozedur dauerte wohl bald ein Jahr", berichtete er. „Und es war schon ein Erlebnis, zumal ich meine Konzerte mit sowjetischen Musikern bislang meistens spontan und ohne große Vorbereitung durchführen konnte."

Klar, daß der Schwabe bei den abendlichen Konzerten in Dresden ein besonders umsorgter Gast war. Beim Warschauer Jazz Jamboree, so fand er, nahmen die vormaligen Dresdner Gastgeber aus verständlichen Gründen aber auch jedes Konzert wahr: „Die gingen an die Konzerte beispielsweise von B. B. King mit einem Ernst heran, dem man anmerkte, es könnte ihr letztes Konzert mit diesem Musiker in ihrem Leben sein . . .

HERMANN SCHMIDTENDORF

Die neue Studie des Instituts für Museumskunde

Keine Chance für Klötze

Offenbar angespornt vom seit Jahren statistisch belegten eigenen Fleiß als Museumsgäste, haben die Deutschen 1985 noch einmal zugelegt. Mit 60 778 921 Besuchen im vergangenen Jahr wurde die Zahl von *1984* erneut übertroffen: *um mehr als* vier Millionen oder sieben Prozent, obwohl bereits gegenüber 1983 eine *Steigerung von 4,7 Millionen zu* verzeichnen gewesen war. Das ergibt sich aus der jüngsten veröffentlichten Erhebung des *Berliner Instituts* für Museumskunde (IfM) der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Die Liste der in diese Untersuchungen einbezogenen Museen wird jährlich neu revidiert, wobei „*die Kulturhoheit der Länder beachtet wird*", wie Bernhard Graf von dem Berliner Institut im Gespräch mit der WELT betont. Im Klartext heißt das: Was ein Museum ist, bestimmt nicht das IfM, sondern das tun die Länder.

Diesmal wurden 2043 Einrichtungen für die Untersuchung herangezogen, nur 18 mehr als 1984. Wohl nicht *zuletzt wegen des guten Rufes* der Berliner Museumsforscher war die Rücklaufquote der Fragebogen mit 90,1 *Prozent* gegenüber dem Vorjahr (88,9) noch leicht verbessert. Wer da mehr oder minder notorisch nicht antwortet, sind überwiegend kleine oder kleinste Häuser.

Wie schon in den Vorjahren bewies auch die jetzige Untersuchung die bedeutende Schubkraft von Sonderausstellungen für den Museumsbesuch. 1985 gab es in 820 Häusern insgesamt 3578 solche Veranstaltungen (1984: 3435 in 788 Museen). In der Rangordnung der Gründe, die die Museen für ein starkes Ansteigen der Besucherzahlen nennen konnten, stehen solche Sonderveranstaltungen mit Abstand an der Spitze, während das Fehlen derartiger Aktivitäten die Zahlen sinken läßt. *Und zwar* unabhängig von der Größe der Häuser. So verzeichneten zum Beispiel das Heimatmuseum in *Berlin-Neukölln* ebenso wie das Brüder Grimm Museum in Kassel einen Anstieg der Zahlen um *mehr als* 100 Prozent. Als nicht gering zu schätzende Nebenwirkung von Sonderausstellungen wurde *auch registriert*, daß sie die Besucher zum späteren Wiederkommen motivieren.

Mit einer „Hitliste" der Sonderausstellungen kann das IfM nicht aufwarten, denn nur in 241 der 820 Museen wurden die Besucher getrennt gezählt. Wegen der unterschiedlichen Zählverfahren und anderer gravierender Unterschiede nennt das Berliner Institut auch nicht mehr die „erfolgreichsten" deutschen Museen. Immerhin wird mitgeteilt, daß einige große, meist überregionale Museen für 1985 einen deutlichen Rückgang ihrer Zahlen melden mußten. Stark im Kommen zeigten sich dagegen die kleinen Häuser mit bis zu 10 000 Besuchern *im Jahr*.

Ob das Publikum beginnt, der immer größeren „Klötze", der immer weiter ausufernden Superschauen überdrüssig zu werden? Solche und andere kulturpolitischen Folgerungen will das Berliner Institut traditionell nicht ziehen. Sie sollen, wie IfM-Direktor Andreas Grote im Vorwort der jüngsten Erhebung schreibt, dem Deutschen Museumsbund, den anderen Gremien des deutschen Museumswesens und nicht zuletzt den Politikern vorbehalten bleiben.

HEINRICH KÖNIG

Jeder einzelne Tanz setzte sich die Regel selbst – Zum hundertsten Geburtstag von Mary Wigman

Soli, die zur Einsamkeit verurteilt sind

Nichts im Leben der großbürgerlich umhegten Kaufmannstochter Marie Wiegmann. heute vor 100 Jahren in Hannover geboren, wies darauf hin, daß sie ausgerechnet Tänzerin werden würde. Aus dem Alter, in dem man zu tanzen beginnt, war sie längst heraus, und die Wiesenthal-Schwestern, die sie in Berlin tanzen sah und nach der Vorstellung ansprach, machten denn auch Marie beinahe mitleidig darauf aufmerksam, daß sie den Gedanken, zur Tanzbühne zu gehen, ganz einfach zu spät gefaßt hätte. Sie schlugen der Wiegmann vor, sich in Wien ein paar tänzerische Kabarettnummern einstudieren zu lassen und es damit zu versuchen, wenn es denn schon Tanz *sein* müsse.

Es mußte sein. Das hat Marie Wiegmann, verwandelt in Mary Wigman hinlänglich bewiesen; *in einem Alter* beginnend, in dem andere Tänzerinnen langsam anfangen, an den Rück*zug von der Bühne zu denken. Die* Wigman war 34, als sie 1919 die ersten Tanzschritte vor der breiten Öffentlichkeit wagte. *Sie wurde anfangs* verhöhnt, verlacht, als Wahnsinnige verschrien. Sie stiftete eine neue Ästhetik. Amerika ernannte sie zur „Hohenpriesterin" einer neuen Tanzbewegung und nannte sie „German Dance".

Eine Wigman-Schule wurde in New York eröffnet. Im Dresdner Zentralinstitut, *in dem die Meisterin* lehrte, wurden Hunderte von Tänzerinnen und Tänzer ausgebildet. Eine neue Tanzbesessenheit war erwacht und erstmals auch in Tausende von Laienkörper gefahren. Wie Anna Pawlowa zur Gallionsfigur des Balletts, wurde die Wigman die Fahnenträgerin des Neuen Tanzes.

Ein Scherzwort ging um: „Als Gott der Herr die Pawlowa schuf, sagte er: Du tanzt!" – und sie tanzte. Als Gott der Herr Mary Wigman schuf, sagte er: „Du tanzt nicht!" – und sie tanzt doch!!" Genau das war es. Wigman *tanzte an gegen* jeden Einwand. Sie tanzte jeden Widerspruch nieder.

Sie war auf bestürzende, auf geradezu erschreckende Art zum Tanz gekommmen. Gegen alle eigenen inneren Widerstände hatte sie sich als brave Tochter in eine honorige Verlobung gefügt. Auf dem Höhepunkt der Feier hatte man dem Brautpaar *schmunzelnd* gestattet, sich für ein Weilchen zurückzuziehen. Kaum mit Marie allein, brach jedoch der Bräuti*gam plötzlich nieder* und begann vor den Augen des erschrockenen jungen Mädchens um sich zu schlagen. Ein epileptischer Anfall. Man schaffte den Unglücklichen fort. Marie lief,



Sie war von Anfang an alles zugleich: Tänzerin, Choreographin, Lehrerin, Künderin: Mary Wigman FOTO: STEFAN MOSES

buchstäblich händeringend, verzweifelt, verstört, zutiefst geschockt auf und nieder.

Plötzlich aber begann sie unvermutet dieses bewegungsmäßige Hin und Her zu genießen: Die Niederbrüche, die Verzweiflungsgebärden, der Jammer bog sich um in einen Klagegesang der Bewegung. In ihm fand Marie Wiegmann Trost. In diesem Augenblick war im Grunde Mary Wigman geboren. So und nicht anders hat sie es mir selbst erzählt.

Ich habe ihren Berliner Abschiedstanzabend noch gesehen, mit dem sie sich von der Bühne zurückzog, damals 1942, in der Berliner Volksbühne am jetzigen Luxemburgplatz. Ich erinnere mich noch deutlich. Voll war das Theater gerade nicht. Ich konnte meine Karte mühelos an der Kasse kaufen. Auf dem Programm standen Tänze der Brunhild und Niobe. Ich hatte, ein Siebzehnjähriger, den Eindruck einer düsteren Heroik. Mary Wigman tanzte weibliche Heldenlieder in Moll.

Längst hatte ich Harald Kreutzberg tanzen sehen und seine dem Kichern zugeneigten Miniaturen. Ich kannte Paluccas kraftvoll gesunde Reigen. Bei der Wigman war weder hiervon noch davon auch nur die geringste Spur. Ihre Solo-Tänze, damals, schienen tatsächlich zum Solo verurteilt. Es waren Soli aus Einsamkeit. Sie schienen tief in sich selbst versunken. Sie zeichneten nicht das Bild des Optimismus, wie er staatstragende Vorschrift war. Mary Wigman tanzte strikt am Nazismus vorbei, obwohl sie der Mentalität nach ihm durchaus hätte verfallen können. Sie verfiel ihm nicht.

Ausgebildet hatte man Miß Mary in Dresden-Hellerau im Institut Jaques-Dalcroce zur Gymnastiklehrerin mit allen vorgeschriebenen Diplomen. Sie aber verfiel Rudolf von Laban, dem verführerischen Experimentator des Tanzes, Ideologe, Philosoph, Sektenstifter und Animator in einem. Auf dem Monte Verità in Ascona fand die Wigman unter Labans Anleitung zu sich selbst – und zu ihm. Laban wurde der Lehrer, Förderer, Freund und Geliebte. Aus dieser starken Bindung im zutiefst Privaten erklären sich die späteren extrem leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppen des Freien Tanzes.

Frei war der Tanz von allen Bindungen an ein unverrückbares Reglement, wie das Ballett es besaß. Gerade gegen die akademische Regel mit ihren vorgeschriebenen Schritten und Körperhaltungen revoltierte der Freie Tanz in seiner emotionalen Unbedingtheit.

Jeder einzelne Tanz setzte sich die Regel. Jeder trug seine künstlerische Wahrheit einzig in sich selbst. Die bei aller Lieblichkeit strenge Form des Balletts mit ihrem über die Jahrhunderte sich fortzeugenden Kanon, diese in alle Ewigkeit anscheinend fest verfügte Bastion aus immer den gleichen Schritten und Posen, sprengte der Freie Tanz durch seine Improvisationslust wie durch seinen Ungehorsam gegen jede außerpersönliche *Vorschrift. Man wollte den Tanz nicht* mechanisch. Man forderte ihn ausdruckssatt, unverwechelbar individuell. *Höchste Erfüllung fand dieser* Ausdruckstanz in den Arbeiten Mary Wigmans.

Sie war von *Anfang* alles *zugleich:* Tänzerin, Choreographin, Lehrerin, Künderin. Ihrer Dresdner Schule entsprangen wie auf Anhieb eine Reihe von Großtalenten: Palucca, Yvonne Georgi, Kreutzberg, Max Terpis. In einem einzigen Jahrzehnt, *zwischen* 1920 und 1930, sah sich der Freie Tanz etabliert, die Revolte institutionalisiert, der Aufstand domestiziert. Das vielleicht war schon der Anfang vom vorläufigen Ende.

Sektenbildende Kraft hatte der Freie Tanz schnell angesetzt, gruppenbildende kaum. Dazu fehlten die finanziellen Voraussetzungen. Unterschlupf bei staatlichen Subventionen fand er selten. Er blieb der Tanz der großen Einzelgänger. Auf eigenschöpferische Leistung trainiert, zeugte er Tausende von Solisten.

Er konnte mit der Massenbewegung der Vielen nicht harmonieren. Die Nazis erklärten die Arbeit der Wigman annähernd für kulturbolschewistisch. Man sah ihr mit Argwohn zu. Später schloß man ihre Dresdner Schule. Nach dem Kriege setzte sie sich nach West-Berlin ab und arbeitete am Rande des Grunewalds weiter. Doch die Zeit des Freien Tanzes schien durch die knospende Ballett-Renaissance vorbei. 1973 aber, im Jahr, in dem Mary Wigman starb, gründete Pina Bausch in Wuppertal ihr Tanztheater. Mary Wigmans Unabhängigkeitsdrang, Grundlage ihrer Tanzästhetik, ist heute lebendiger denn jemals zuvor seit dem Anfang der dreißiger Jahre.

KLAUS GEITEL

München erinnert an den Karikaturisten E. Thöny

Erfinder des Leutnants

Die Karikatur siegt allemal über die Wirklichkeit. Louis Philippe, den Bürgerkönig sehen wir nur als „Birne", so wie ihn die Karikaturisten des „Charivari" und der „Caricature" wieder und wieder gezeichnet haben, obwohl diese Analogie – wie Photographien beweisen – recht weit hergeholt war. Und den preußischen Leutnant stellen wir uns so vor, wie er im „Simplicissimus" zu finden ist. Das hat er vor allem Eduard Thöny zu verdanken, dem die Stuck-Villa in München eine Ausstellung widmet.

In einer Vitrine liegen zwei Blätter, auf denen Olaf Gulbransson *1950*, nachdem Thöny 84jährig gestorben war, seine Erinnerungen an den Kollegen und Freund festgehalten hat. Da ist zu lesen: „Den ‚preussischen Leutnant' hat er geschaffen, ohne Thöny wüssten wir jetzt nicht mehr, wie dieser Leutnant gewesen ist. Dabei liebte er keine billigen Karikaturen, er hat ihn einfach so dargestellt, wie er *war*, und *unterstrichen*."

Der erste Teil dieser Feststellung ist zweifellos richtig und deshalb *glauben wir, daß* es *der zweite* Teil auch sei. Aber in der Ausstellung hängen ein paar Photos aus Thönys Besitz, die das widerlegen. Sie zeigen diese Leutnants und andere Chargen wie sie wirklich aussahen.

Der Vergleich von Photo und Karikatur erlaubt jedoch, die Technik des Karikaturisten zu erkennen. Thöny zeichnete die Uniformkragen ein wenig höher, die Nasen spitz, die Stirnen flach, schob den Kopf eine Kleinigkeit nach vorn, so daß sich diese Details zum Ausdruck des Blasierten und Degenerierten summierten. Die Texte, die dann die Redaktion hinzufügte, taten ein übriges.

Thöny war sicherlich kein großer Künstler. Das verraten die frühen Aquarelle und die Skizzen des Kriegsberichterstatters im Ersten Weltkrieg genauso wie die späten Pferde- und Jagdbilder, von denen einige in der Ausstellung zu sehen sind. Er war jedoch *ein sicherer* Zeichner, der alle Feinheiten seines Metiers beherrschte. Viele seiner *Blätter sind einfach gute* Genrezeichnungen, die erst durch den Text zur Karikatur werden. Die Chinesen, Russen, Türken könnten beispielsweise genausogut als Illustrationen zu einem Reisebericht in der „Gartenlaube" oder der „Leipziger Illustrierten" gedacht gewesen sein.

Thöny wußte sehr genau, durch welche kleinen Abweichungen von der Wirklichkeit der Eindruck des Dummen, Bornierten zu erzielen war. Das wird besonders deutlich, wenn er Militärs mit Zivilisten konfrontiert. Da gewinnt er den komischen Effekt aus der Konfrontation von stilistischen Gegensätzen. Denn wenn der „realistische" Bürger, vielleicht sogar noch freundlichen Gesichts, neben dem karikierten Offizier sitzt, sind die Sympathien klar verteilt.

So ist diese Ausstellung nicht nur ein Spaziergang durch die guten Zeiten des „Simplicissimus" (und – wenngleich bewußt sehr viel sparsamer – auch durch die trostlosen nach 1933), sondern zugleich ein guter Anschauungsunterricht für die Eigentümlichkeiten der Karikatur. Karikieren heißt nämlich nicht nur grob übertreiben und verzeichnen. Viel wirkungsvoller ist die Tücke eines scheinbaren Naturalismus. Das lehrt das Beispiel Thöny anschaulich und amüsant.

PETER DITTMAR

Bis 20. Nov.; Hannover: 10. Jan. bis 20. Febr.; Bozen: 1. bis 30. März; Katalog 25 Mark.



Der kleine Maler als Großer Kürassier mit Pickelhaube: Adolph Menzel, als er 1899 geadelt wurde, von Eduard Thöny karikiert FOTO: KATALOG

Deutsch-deutsche Kunst oder Eve Rub in Berlin

Die Freunde im Tunnel

In der Berliner „Deutschlandinformation" ist eine kleine, aber wichtige Ausstellung zu sehen. Sie verbreitet Grandezza und wirft zugleich ein wenig Licht in jenes Abseits, in das das deutsch-deutsche Kulturabkommen so viele Künstler stellt. Gezeigt werden Bilder von Eve Rub – fast ein Jahr, nachdem sie von Jena nach Berlin (West) wechselte.

Eve und Frank Rub seien keine Künstler, sondern Provokateure, war die einhellige Meinung der staatlichen Behörden in der „DDR". Versuche der beiden, mit der Kulturbürokratie in Gera ins Gespräch zu kommen, um Ausstellungsmöglichkeiten zu erhalten, endeten stets mit Vorladungen, Warnungen und Drohungen der *Abteilung Inneres*, den *getarnten* Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes. So blieben den Rubs nur private und kircheneigene Räume, um ihre Bilder zu zeigen. Aber auch von den Kirchenbehörden verlangten *die Staatsorgane, daß einige* Gemälde von Eve Rub abzuhängen seien. Sie verteufelten die sowjetische Armee, meinten einige findige Funktionäre.

Obgleich die künstlerische Qualität von Eve Rubs Bildern nie in Frage stand – sogar von großzügiger Förderung war früher einmal die Rede – wurde alles hintertrieben, was der Malerin Anerkennung hätte verschaffen können. Seichte Kost hatte Eve Rub allerdings nicht anzubieten. Die staatlich bestellten Betrachter sahen sich in einigen Bildern mit ihren eigenen Gewalttätigkeiten konfrontiert. Viele Gemälde sprechen von der unerfüllbaren Sehnsucht nach Geborgenheit und mehr Menschlichkeit. Die Angst, die die Malerin immer wieder überfiel, wenn behördliche Maßnahmen anstanden, wird in ihren Bildern sichtbar, geht dem Betrachter unter die Haut.

Die Berliner Ausstellung umfaßt eine größere Auswahl wichtiger Arbeiten von Eve Rub. „Die Tunnel", 1981 in Jena entstanden, wirken heute wie eine Rückblende in ihre kaum vergangene Gegenwart. Das Bild umschreibt nämlich den absurden Abgang ihrer Freunde in jenen Tagen. Mit der für sie typischen fahlen, erdigen Farbigkeit gelingt es ihr, oft mit einfachsten Mitteln, monumentale Wirkungen zu erzielen.

Auf dem mittelgroßen Bild „Bedrohung 2" nähert sich ein Zug kampfbereiter *Militärs* einer *isolierten Familiengruppe*. Einige dieser Waffenträger, behütet *mit* rotbesternten budjo*nowkaähnlichen* Mützen und Ordensspangen an der Brust, haben sich rote Armbinden umgebunden. Deshalb *schauen selbst die kleinen Gesichter* eines „Kinderzuges" nicht gerade hoffnungsvoll auf ein von Uniformträgern bewachtes, fest *umschlossenes* „Areal". Wie sollten sie auch fröhlich sein, die, die sich bald in Kindergärten und Schulen vormilitärisch tummeln müssen und früh diverse Feindbilder zu verkraften haben.

Die erlebte Realität konnte eine so sanfte Künstlerin in ihren Bildern nicht immer aussparen. Aber sie ist nicht darauf fixiert. Katzen- und hundeartiges Getier sind für Eve Rub ein Lieblingssujet. In wilden Tänzen tollen dann solche seltsamen Wesen unter übergroßen Himmelskörpern über die Bildfläche – animalische Turbulenzen erzeugend. Aber bedrohlich sind sie nicht. Ein solches großes, bildfüllendes Mähnentier von unbeholfener Majestät läßt sich unbedenklich reiten. (Bis 27. November)

SIEGHARD POHL

KULTURNOTIZEN

„Die andere Berta Hummel", die durch die „Hummel-Figuren" weltberühmt wurde, steilt die Kunstsammlung des Bistums Regensburg im Diözesanmuseum Obermünster bis zum 1. Februar mit „unbekannten Werken einer bekannten Künstlerin" vor.

Rainer Küchenmeister *ehrt* die Staatsgalerie moderner Kunst in München zu seinem 60. Geburtstag mit einer Studioausstellung (Bis 30. November)

„Stillgelegte Zeit – Industriewelten" ist der Titel einer Ausstellung in der Bielefelder Kunsthalle über die Künstlichkeit der industriellen Maschinenwelt (bis zum 18. Januar 1987).

„Annibale Carracci und seine Graveure" werden bis zum 30. November im römischen Nationalinstitut für Graphik anhand ihrer Stiche und Zeichnungen gewürdigt.

Werke von *Bruno Munari*, einem der wichtigsten italienischen Designer, werden vom 27. November bis Februar 1987 im *Palazzo* Reale in Mailand gezeigt.

Polnische Kinderbücher sind in einer Sonderausstellung bei der Oldenburger Kinder-und Jugendbuchmesse 1987 zu sehen.

JOURNAL

Lübeck erhält eine Urkunde zurück

AP, **Bonn**

Nach über 40 Jahren wird die Hansestadt Lübeck ihre von Kaiser Friedrich II. unterschriebene Urkunde zurückerhalten, mit der sie 1226 zur freien Reichsstadt erklärt worden war. Im Gegenzug wird unter anderem die Universität Rostock ihre Gründungsurkunde aus dem Jahr 1419 wieder in ihr Archiv aufnehmen können. Der Austausch der Dokumente ist Teil einer Vereinbarung von Kulturexperten beider deutscher Staaten, mit der eine mehr als vier Jahrzehnte dauernde, durch den Zweiten Weltkrieg verursachte Odyssee wertvoller Urkunden und Akten ihr Ende findet.

Eine Gedenktafel für Friedrich Wilhelm Hegel

DW. **Heidelberg**

Am 14. November, dem Geburtstag Hegels, wird in Heidelberg am *Haus Plöck Nr. 48–50 eine Gedenk*tafel für den Philosophen eingeweiht. Aufgrund eines bislang unbekannten Hegel-Autographs, den die Hegelforscherin Katharina Comoth im Heidelberger Rathaus entdeckte, konnte festgestellt werden, wo Hegel 1818 wohnte. Es handelt sich um ein Formular, auf dem die Hausbewohner ihr Dienstpersonal aufgelistet hatten, um für sie einen bestimmten Beitrag an das akademische Hospital zu zahlen. Katharina Comoth berichtet über ihren Fund und die Identifizierung des Hauses in Band 20 der „Hegel-Studien" (Bouvier-Verlag, Bonn).

Königliche Oper in London muß umziehen

dpa, **London**

Das Königliche Opernhaus Covent Garden in London sucht ein Ausweichquartier, das von 1991 an mindestens zwei Jahre lang als Ersatzgebäude für Opern- und Ballett-Inszenierungen dienen kann. Wie jetzt bei der Veröffentlichung des Jahresberichts von Covent Garden bekannt wurde, sind das Theatre Royal, Drury Lane, das Sadler's Wells Theatre und das Lyceum in London im Gespräch. Der Umzug wird durch umfangreiche Bau- und Renovierungsarbeiten erforderlich, die voraussichtlich umgerechnet 150 Millionen Mark kosten werden. Unter anderem soll der Zuschauerraum erweitert werden.

PEN-Club: 349 Autoren in aller Welt inhaftiert

dpa, **Hamburg/Köln**

Genau 349 Schriftsteller und Journalisten sind derzeit in aller Welt inhaftiert, wie der jüngste Bericht des Writers-in-Prison-Komitees des Internationalen PEN-Clubs ausweist. Allein in Europa befinden sich 97 Autoren in Haft, im Nahen *und Mittleren Osten 81, in Asien 84*, in Afrika 37 und in Lateinamerika 50. Der PEN-Club hat den 15. November zum „Internationalen Tag inhaftierter Autoren" erklärt. Damit soll auf das Schicksal von Schrift*stellern in Gefängnissen und* Lagern aufmerksam gemacht werden.

Spielbergs erster Zeichentrickfilm

AFP, **New York**

US-Filmproduzent und -Regisseur Steven Spielberg hat seinen ersten Zeichentrickfilm produziert. „An American Tail" kommt Ende November in den USA heraus. Der Film erzählt die Geschichte einer Mäusefamilie, die Ende des 19. Jh. aus Europa in der Neuen Welt ankommt und glaubt, die Straßen New Yorks seien mit Käse gepflastert und es gebe dort keine Katzen. Spielberg plant einen weiteren Zeichentrickfilm zusammen mit seinem Freund George Lucas.

Eduardo del Pueyo †

AFP, **Brüssel**

Der spanische Pianist Eduardo del Pueyo ist im Alter von 81 Jahren in Rhode-Saint-Genese bei Brüssel gestorben. Der aus Saragossa stammende Pianist war ein renommierter Beethoven-Kenner. Im Alter von 21 Jahren triumphierte er in Paris mit einem Konzert zum 100. Todestag Ludwig van Beethovens. Für die „Societé Philharmonique" in Brüssel interpretierte er jährlich die gesamten 32 Beethoven-Sonaten. Er unterrichtete auch an der Königlichen Musikhochschule in Brüssel.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Natürlich kann man immer die Wahrheit sagen – wenn man einsam und von aller Welt gemieden leben will. Wer aber die Geselligkeit liebt, den Ernst des Lebens nicht gar so ernst zu nehmen gewillt ist, der sollte sich der schönen Kunst des Lügens befleißigen. Und wer dieses *Metier nicht* von Natur aus beherrscht, dem sei als Lehr- und Leitfaden „Die Welt will belogen sein" empfohlen, Edgar Forschbachs „heiterer Wegweiser für Freunde des schönen Scheins". Ungelogen, ein lesenswertes Opus.

P. D.

Edgar Forschbach: „Die Welt will belogen sein", Ullstein, 240 S., 9,80 Mark

Das Geschwader-Wappen war noch gut erkennbar

40 Jahre danach werden noch viele Vermißtenschicksale geklärt

CLEMENS RANGE, **Oldenburg**

Mit Metallsuchgeräten, Landkarten und Kopien aus Kriegstagebüchern zieht der Universitätsangestellte Werner Oeltjebruns an seinen freien Tagen mit einer Gruppe junger Leute über Ostfrieslands Weideland. Seit Jahren forschen die vier Männer als freiwillige Helfer des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge nach Flugzeugwracks. Die Teile von 40 zerschellten Maschinen fanden sie bereits. Fünf Vermißtenschicksale wurden mit ihrer Hilfe geklärt.

Auf einer Wiese südlich der Ortschaft Stickhausen im Landkreis Leer ortete die Gruppe am 31. Juli das Wrack einer Jagdmaschine vom Typ Focke-Wulf FW 190. Mit Hilfe eines Baggers, der vom Suchteam selbst bezahlt wurde, fanden sie in dem morastigen Boden Teile des Doppelsternmotors, des Seitenleitwerks, des sogenannten Seenotpacks, der Flieger-Pelzstiefel sowie die Bordmunition. Wenig später kamen auch einige Skeletteile ans Tageslicht. Eine Erkennungsmarke war jedoch nirgends zu entdecken.

In mühevoller Kleinarbeit wurden ältere Ortsbewohner befragt, Erkundigungen über Vermißte beim Kasseler „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ eingeholt und die bei der Berliner Wehrmacht-Auskunftsstelle (WASt) vorhandenen Verlustlisten der Luftwaffengeschwader mit dem Fundort verglichen. Teile des noch gut erkennbaren Geschwaderwappens am Seitenleitwerk sowie die im Motor eingeprägte Werknummer und das Herstellungsjahr der Munition fügten sich langsam zu einem vollständigen Mosaik zusammen.

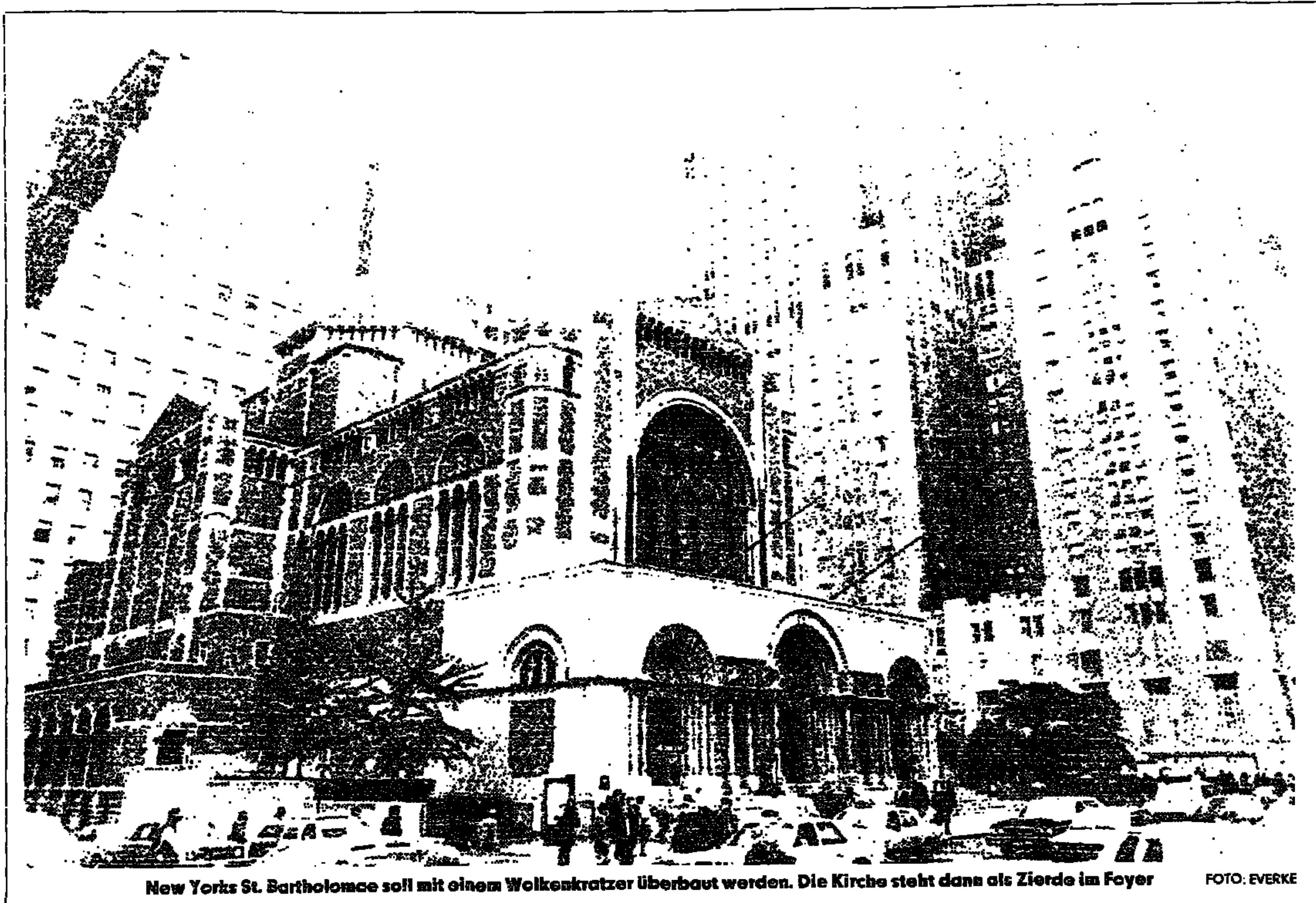
Anhand der Verlustliste des Jagdgeschwaders „JG“ 1, in der auch die Flugzeug-Werknummer und der Name des Piloten registriert wurden, war es nunmehr möglich, die Ereignisse vom 4. Februar 1943 zu rekonstruieren. An diesem Tag verzeichnete das JG 1 bei der Verfolgung amerikanischer „Fliegender Festungen“ drei eigene Verluste. Zwei Pilotenschicksale konnten später geklärt werden. Der zur 12. Staffel gehörende Unteroffizier Rudolf Mayer aus Wien galt jedoch seit dem Luftkampf als vermißt. Aufgrund der Aufprallwucht der FW 190 war sein Körper zertrümmert worden, so daß an dem nach 43 Jahren gefundenem Skelett weder das Gebiß gefunden noch Messungen, um die Größe festzustellen, vorgenommen werden konnten. Die gefundenen Indizien scheinen jedoch für die Identifizierung auszureichen, und somit konnte wieder ein Vermißtenschicksal aufgeklärt werden.

Das Finden von Kriegstoten ist auch nach mehr als 40 Jahren noch immer nichts ungewöhnliches. Der 1919 gegründete „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge“ registrierte allein in diesem Jahr 757 Funde. So entdeckten im Frühjahr Spaziergänger im Wölfinger Wald in der Nähe des französischen Saargemünd die sterblichen Überreste eines deutschen Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg. *Neben dem Skelett, das* noch einen Helm trug, lagen Pfeife, Rasierzeug, Geldbeutel und Erkennungsmarke. Mehrmonatige kriminalistische Kleinstarbeit ergab, daß der Tote mit der Erkennungsmarkenbeschriftung „Krad. Schütz. Schwd./SS-T-A. A.“ etwa 30 bis 35 Jahre alt und 1,72 Meter groß war. Eine Identifizierung war dennoch nicht möglich. Grund: Das Personalamt der Waffen-SS hatte beim Einrücken der Roten Armee in Berlin sämtliche Unterlagen vernichtet, um die Soldaten vor Repressalien zu schützen. Selbst Spezialisten beim Volksbund und der WASt, die inzwischen mit Erfolg ein Dechiffriersystem für zahlreiche Waffen-SS-Verbände entwickelt haben, gelang die Entschlüsselung in diesem Fall nicht. Somit mußte der Gefallene aus dem Wölfinger Wald als unbekannter Soldat in Niederbronn-les-Bains bestattet werden.



Nachlaß eines toten Soldaten: Koppelschloß, Panzerkampfabzeichen, EK II FOTO: DIE WELT

Von Jahr zu Jahr wird die Identifizierung von geborgenen Gefallenen schwerer. Angehörige und Freunde der Toten sind durch den Volksbund kaum mehr ausfindig zu machen. Dennoch gelingt es den vielen ehrenamtlichen und hauptberuflichen Volksbund-Mitarbeitern noch immer wieder, Verwandten letzte Gewißheit über das Schicksal eines Vermißten zukommen zu lassen und auf manches Soldatengrab nach mehr als vier Jahrzehnten einen Namen zu schreiben. Dies konnte seit Ende des Zweiten Weltkrieges der Volksbund mehr als 140 000 Mal tun.



New Yorks St. Bartholomae soll mit einem Wolkenkratzer überbaut werden. Die Kirche steht dann als Zierde im Foyer FOTO: EVERKE

Schwunghafter Handel mit Luftschlössern

FRIEDRICH NEWEL, **New York**

New Yorks Luft, nachweislich die schlechteste im ganzen Land, ist manchem Immobilienkönig trotz der Schadstoffe einige Millionen Dollar wert. Wer hoch hinaus will, so ihre Geschäftsdevise, darf selbst vor Luftschlössern nicht zurückschrekken. Daraus entwickelte sich in den letzten Jahren ein schwunghafter Handel mit den Luftrechten über Manhattan, das mangels Weite und Breite nur noch in den Himmel wachsen kann.

Hinderlich ist dabei nur, daß nicht alles abgerissen werden darf, was zwar klein und fein, aber auch wenig profitabel auf der Granitscholle zwischen East River und Hudson herumsteht. Denkmalschützer haben Kirchen, Theater, Wohnhäuser, Feuerwehrwachen und Polizeistationen *vor den begehrlichen Blicken finanzkräftiger Bauherren in Sicherheit gebracht,* um einen Kahlschlag allergrößten Ausmaßes auf der Insel zu verhindern. Was sie dabei allerdings unterschätzten, war der Einfallsreichtum, mit dem sich pfiffige Immobilien-Experten im Paragraphendickicht dennoch einen Weg nach oben freischaufeln. Ein kompliziertes Gesetzeswerk gibt Hausbesitzern mehr oder weniger das Recht, alles zu versilbern, was sich über ihren eigenen vier Wänden befindet.

Zu den ersten, die daraus Kapital zu schlagen hofften, gehörte die Kirchengemeinde St. Bartholomae. Mit 375 zu 354 Stimmen beschloß die Kirchenvertretung 1981, die Luftrechte über ihrem Gotteshaus mitten im teuren Bürodistrikt an der exklusiven Park Avenue für 99 Jahre zu vermieten. *Um über dem 67 Jahre* alten Gotteshaus zwei Glaspaläste mit 59 Stockwerken bauen zu dürfen, war ein Immobilien-Konzern bereit, der Kirche jedes Jahr vier Millionen Dollar zu bezahlen, die damit ihre sozialen Dienste retten wollte.

Der Plan liegt heute bei den Gerichten, nachdem Anwohner gegen *das gewagte Vorhaben klagten.* An vorderster Front kämpften seinerzeit sogar Jacqueline Kennedy Onassis und Woody Allan gegen die ihrer Meinung nach „wenig christlichen Pläne“ der Kirche mit. In erster Instanz gewann die Geistlichkeit. Anfang nächsten Jahres soll nun die endgültige Entscheidung für St. Bartholomae fallen. Der Stadt hätte es kaum Schwierigkeiten bereitet, das Projekt zu Fall zu bringen, doch aus dem Rathaus war keine Kritik zu hören. Lediglich der für Denkmalschutz zuständige Direktor machte aus seiner Abneigung gegen den Wolkenkratzer über der Kirche im byzantinisch-romanischen Stil kein Hehl.

Das Schweigen seiner Vorgesetzten hatte einen guten Grund: Kurze Zeit später nämlich gab das städtische Planungsamt bekannt, daß es ebenfalls vom Luft-Boom profitieren werde: Betroffen waren das City Center of Music und Drama an der 56. Straße im Westen Manhattans sowie eine alte Polizeiwache am Broadway.

Über dem 1943 gebauten Kleintheater, das zum Lincoln Center mit der Metropolitan Opera im Mittelpunkt gehört, soll ein kombinierter Wohn- und Büro-Wolkenkratzer mit 72 Etagen in den Himmel ragen. Ihre Luftrechte stellt die Stadt mit 13 Millionen Dollar in Rechnung. Und die Polizeiwache soll ein 40stöckiges Hütchen aufgesetzt bekommen. Dafür kann die Stadt zehn Millionen Dollar kassieren.

Zu den abenteuerlichsten Konstruktionen zählt das Projekt an der Westend Avenue in Höhe der 85. Straße. Dort möchte der Besitzer eines alten, fünfstöckigen Wohnhauses mit Zinnen, Erkern und Türmchen einen modernen Neubau mit sechs Etagen auf die halb antike Immobilie setzen. Zwei Bürgerinitiativen bekämpfen diesen Plan, der bereits den städtischen Segen besitzt.

Inzwischen schrecken die Bauherren nicht einmal mehr vor architektonischen Denkmälern wie dem Hauptbahnhof Manhattans zurück: Die First Boston Real Estate Development Company möchte für stolze 56 Millionen Dollar die Luftrechte der Grand Central Station an der 42. Straße im Herzen Manhattans erwerben und dort einen 72stöckigen Wolkenkratzer in die Höhe ziehen. Damit würde nicht nur die klassische Säulenfassade des fast 74 Jahre alten Prachtbaus ruiniert, sondern auch das von Gropius kreierte PanAm Building dahinter. Nur schwierige Eigentumsverhältnisse haben bislang den Baubeginn verhindert.

Bern sagt „Pistensäuen“ den Kampf an

oth. **Genf**

Skifahrer können ein trauriges Lied davon singen: Rücksichtslose Raser jagen die Hänge hinunter, rieten Anfänger um und zerstören die Umwelt. Diesen von Einheimischen als „Pistensäue“ bezeichneten skrupellosen Skifahrern soll in der Schweiz nun das Handwerk gelegt werden. Die Berner Bundesregierung hat eine Verfügung erlassen, die alle Transportunternehmen mit staatlicher Konzession betrifft. Jedem, der einen Sport „ohne Skrupel oder in einer verwegenen Art und Weise ausführt“, kann vom 1. Januar an der Skipaß für Kabinenbahnen und Skilifte, aber auch das Abonnement für Bahn und Bus entzogen werden. Skibobfahrer *und Drachenflieger* sind ebenfalls von der Bestimmung betroffen.

Opfer des Bandenkriegs

AP, **Caserta**

Der blutige Bandenkrieg zwischen rivalisierenden Familien der Camora, des neapolitanischen Gegenstücks *zur Mafia,* hat gestern in Caserta vier weitere Todesopfer gefordert. Aus einem fahrenden Auto heraus wurden vier mutmaßliche Bandenmitglieder auf einer Baustelle mit Schnellfeuerwaffen erschossen. Ein fünfter Mann erlitt schwere Verletzungen.

Wahltip wurde Lottoglück

dpa, **Koblenz**

Mit einer privaten Prognose zur Hamburger Bürgerschaftswahl hat eine 40jährige Frau aus dem Hunsrück zwar politisch völlig falsch gelegen, der Tip brachte ihr auf dem Lottoschein allerdings 1,5 Millionen Mark Gewinn ein. Die Frau habe in der vergangenen Woche die von ihrem Mann vorausgesagten Prozentzahlen auf dem Tipschein notiert, hieß es gestern bei der rheinland-pfälzischen Lottogesellschaft.

Bergsteiger tot gefunden

dpa, **Innsbruck**

Die Leiche eines seit August 1985 vermißten 75jährigen Bergsteigers aus Schwaig (Bayern) ist von Bergsteigern in einem Wasserfall im Fegützbachgraben bei Matrei in Osttirol gefunden worden. Der Körper war durch das umspülende eiskalte Wasser unverwest geblieben. Der Bergsteiger wurde seit August 1985 im Gebiet des 2771 Meter hohen Zunigs vermißt. Ein Jäger hatte vor einer Woche die Stiefel und den Führerschein des Bayern gefunden.

Reisen im eigenen Pkw

AP, **Düsseldorf**

Jeder zweite bundesdeutsche Urlauber tritt seine Reise im eigenen Wagen an. Das geht aus einer gestern veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid hervor. Danach reisten im vergangenen Sommer 11,4 Millionen (57 Prozent) der Urlauber mit dem Auto, 4,5 Millionen benutzten das Flugzeug, rund 2,6 Millionen die Bahn. Besonders beliebt war das Auto bei 30 bis 39jährigen und bei Familien mit Kindern bis 14 Jahren.

Im Auto verbrannt

dpa, **Michelbach**

Drei Männer im Alter zwischen 21 bis 26 Jahren sind gestern in Michelbach (Nordwürttemberg) bei einem Verkehrsunfall in einem Auto verbrannt. Der Wagen war kurz vor fünf Uhr am Ortsausgang von Michelbach in einer Linkskurve vermutlich wegen überhöhter Geschwindigkeit ins Schleudern geraten und gegen einen Baum geprallt. Das Auto wurde mit großer Wucht auf die Straße zurückgeschleudert und brannte aus.

Zug-Kollision in Ukraine

dpa, **Moskau**

Bei einem Zugunglück in der Ukraine sind eine unbestimmte Anzahl von Menschen ums Leben gekommen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass teilte gestern mit, zwei Züge seien am frühen Morgen des 6. November in dem kleinen Bahnhof Koristowka in der Nähe von Kirowograd zusammengestoßen. Beide Züge hätten Verspätung gehabt und seien zu gleicher Zeit in den Bahnhof eingelaufen.

Krähe legte Züge lahm

rtr, **Tokio**

Während des morgendlichen Berufsverkehrs hat gestern in Zentraljapan eine Krähe mehrere Züge lahmgelegt. Betroffen waren vor allem die Hochgeschwindigkeitszüge auf einem 30 Kilometer langen Streckenabschnitt der Shinkansen-Linie. Aber auch Zubringerzüge mußten gestoppt werden, bis die Ursache des Stromausfalles gefunden wurde: Die Krähe war in einen Kabeltunnel geraten und hatte einen Kurzschluß ausgelöst. Den Vogel kostete es das Leben; 5000 Reisende eine Stunde Zeit.

ZU GUTER LETZT

„Jeder Kindergarten feiert Fasching und jede Gaststätte, die was auf sich hält, lädt zur Fete“. Aus einem Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ zum Karnevalsbeginn am 11. 11. In der „DDR“ gibt es 778 registrierte Karnevalsvereine.

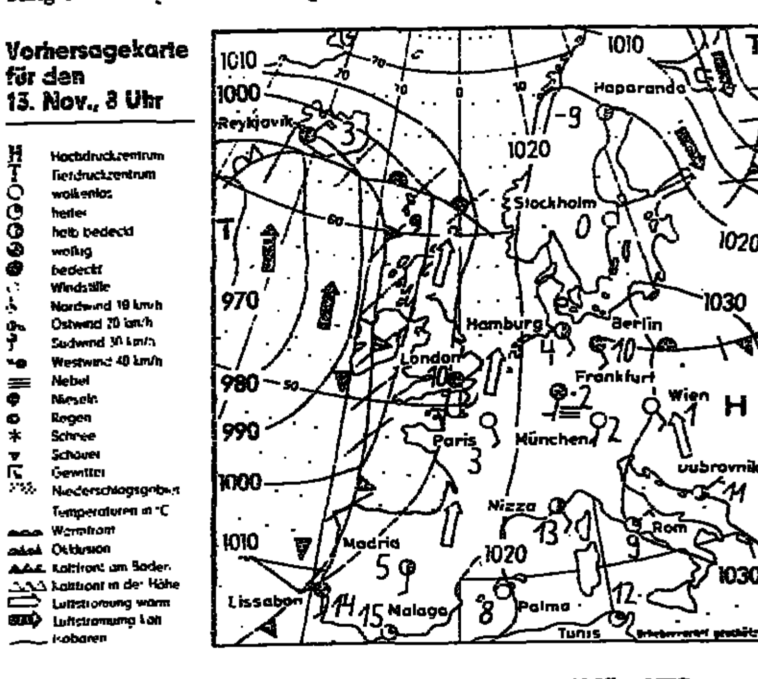
WETTER: Sehr mild

Lage: Zwischen einem Hoch über Südosteuropa und einem Tiefdrucksystem über dem Ostatlantik wird sehr milde Luft nach Deutschland gelenkt.

Vorhersage für Donnerstag: Im Norden und in der Mitte niederschlagsfrei. Anstieg der Temperaturen auf 15, nachts um 10 Grad. Frischer Wind aus Süd. Im Süden in den Niederungen nur zögernde Nebelauflösung und Temperaturen wenig über 6 Grad, sonst heiter und trocken und Temperaturen nahe 17 Grad. Nachts um 3 Grad. Mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten: Am Freitag im Westen zunehmend bewölkt und gelegentlich etwas Regen, sonst noch keine Änderung des ruhigen Hochdruckwetters.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.37 Uhr*, Untergang: 16.35 Uhr; **Mondaufgang:** 15.37 Uhr, Untergang: 5.14 Uhr (* MEZ: zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	12	he
Bielefeld	12	be
Braunlage	8	bw
Bremen	11	he
Dortmund	11	bw
Dresden	11	bw
Düsseldorf	12	bw
Erfurt	10	he
Essen	12	he
Feldberg/S.	5	he
Flensburg	10	he
Frankfurt/M.	12	bw
Freiburg	16	he
Garmisch	12	he
Greifswald	11	bw
Hamburg	10	he
Hannover	11	he
Kahler Asten	8	bw
Kassel	11	bw
Kempten	13	he
Kiel	10	bw
Koblenz	11	bw
Köln-Bonn	13	bw
Konstanz	6	he
Leipzig	13	he
List/Sylt	10	bw

Lübeck	10	he
Mannheim	13	bw
München	15	he
Münster	11	he
Norderney	11	he
Nürnberg	12	wl
Oberstdorf	12	he
Passau	4	wl
Saarbrücken	14	bw
Stuttgart	15	he
Trier	13	bw
Zugspitze	1	he
Ausland:		
Alger	22	he
Amsterdam	11	he
Athen	15	he
Barcelona	19	bw
Belgrad	15	he
Bordeaux	16	bw
Bozen	8	he
Brüssel	9	bw
Budapest	10	he
Bukarest	12	he
Casablanca	18	bw
Dublin	11	bd
Dubrovnik	13	he
Edinburgh	9	bw

Faro	18	he
Florenz	16	bw
Genf	7	he
Helsinki	7	R
Hongkong	22	bw
Innsbruck	9	he
Istanbul	13	he
Kairo	19	he
Klagenfurt	1	Ne
Konstanza	12	he
Kopenhagen	9	he
Korfu	19	he
Las Palmas	21	bw
Leningrad	8	Rs
Lissabon	16	he
Locarno	12	he
London	12	he
Los Angeles	20	wl
Luxemburg	11	he
Madrid	15	bw
Mailand	9	Ne
Malaga	15	bw
Mallorca	22	bw
Moskau	5	bd
Neapel	19	wl
New York	6	bd
Nizza	19	he
Oslo	7	he

Ostende	11	bw
Palermo	18	he
Paris	12	bw
Peking	12	wl
Prag	9	wl
Rhodos	17	he
Rom	16	he
Salzburg	13	he
Singapur	26	bw
Split	17	bw
Stockholm	5	bd
Straßburg	16	bw
Tel Aviv	17	bw
Tokio	17	he
Tunis	17	Rs
Valencia	14	bw
Varna	14	he
Venedig	7	Ne
Warschau	11	bw
Wien	6	wl
Zürich	10	he

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Ge = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall, Ss = Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

Regen und Sturm überraschen Israel

dpa, **Tel Aviv**

Die Israeli jubeln und stöhnen über Regen und Sturm. Vier Jahre lang stand der Pegel von Grundwasser und Seen beängstigend niedrig – jetzt fielen innerhalb von vier Tagen rund 50 Prozent des durchschnittlichen jährlichen Niederschlags. Insgesamt ersparte der Regen Israel mehr als 20 Millionen Dollar an Bewässerungskosten, gleichzeitig wurde aber auch fruchtbarer Boden weggeschwemmt und die Ernte beschädigt.

In Tel Aviv fielen wegen der Wassermassen für Stunden die Verkehrsampeln aus, in Jerusalem gab es keinen Strom. Viele Straßen im Land waren unpassierbar. Die israelisch besetzte Stadt Gaza war für Stunden von der Umwelt abgeschnitten.

Besonders peinlich sind die Regenfälle dem obersten Wetterexperten des Landes: *Jehuda Tokatli,* Chef des meteorologischen Instituts Israels, hatte vor kurzem noch eine „Saison mit geringen Niederschlägen“ vorausgesagt.

LEUTE HEUTE

Wahrer Reichtum

Der reichste Mensch der Welt ist eine Frau, die japanische Ex-Schau*spielerin* ***Hideko Osano.*** *Das Vermögen der Witwe und Alleinerbin des Hotel-Königs Kenji Osano wird auf 38* Milliarden Mark geschätzt. Damit nennt sie viermal so viel ihr eigen wie Amerikas reichster Mann, Supermarkt-Magnat **Sam Walton.**

Verdienter Preis

Dem irischen Rocksänger ***Bob Geldof,*** der eine internationale Kampagne für die Hungernden in Afrika ins Leben gerufen hat, ist in London der mit 100 000 Dollar dotierte Preis der Dritten Welt zuerkannt worden. Die Auszeichnung wird von der Stiftung Dritte Welt verliehen. Geldof hatte mit seinen Veranstaltungen Band Aid, Live Aid und Sport Aid Spenden von 130 *Millionen* Dollar zusammengebracht. Vor Geldof wurde mit dem Preis der Dritten Welt unter anderen der ehemalige Bundeskanzler **Willy Brandt** ausgezeichnet.

Reizender Auftritt

Im Pariser Revue-Theater „Folies-Bergère“ übt zur Zeit **Amanda Lear** (Foto), wie man sexy und verführerisch die Stufen zum Publikum hinabschreitet. Am 2. Dezember wird die



40jährige Disco-Queen und ehemalige Muse von **Salvador Dali** in Straß und Federn gekleidet in einer Wohltätigkeits-Gala auftreten. Sie kann sich vor Angeboten kaum retten, seit sie in Audienz bei Papst **Johannes Paul II.** geladen war. Anlaß: Sie hatte ihn in Öl porträtiert.

Fähre vor Haiti gesunken: 200 Tote

AP, **Port-au-Prince**

Beim Untergang eines Fährschiffes vor der Westküste Haitis sind am Dienstag mindestens 200 Menschen ums Leben gekommen. Etwa 20 Personen sollen überlebt haben. Da die Fähren keine Passagierlisten führen, dürfte die genaue Zahl der Todesopfer nicht festzustellen sein.

Zum Zeitpunkt des Unglücks soll es windig gewesen sein und geregnet haben. Die „Okolele“ war offenbar *mit Menschen und Waren überladen.* Das Schiff verkehrte zwischen Port-au-Prince und der nur knapp 50 Kilometer davon entfernt gelegenen Insel Gonave. Gegen Mittag wurde nach offiziellen Angaben auf Gonave ein Notruf der Fähre aufgefangen. Die Behörden hätten daraufhin sofort einige Schiffe in das Unglücksgebiet geschickt, die Überlebende aufnahmen. Bei den Todesopfern handelt es sich vermutlich ausnahmslos um Fischer und Bauern von der Insel Gonave, auf der etwa 50 000 Menschen leben.

Die Italiener wissen, was sie Goethe schuldig sind

Seit dem 11. September, dem 200. Jahrestag von Goethes Ankunft in Italien, braucht man nur in seiner „Italienischen Reise“ die Daten zu prüfen, um zu wissen, wo Goethe gerade gefeiert wird. Denn keine Stadt, die er erwähnt hat, läßt es sich entgehen, dem deutschen Dichterfürsten dafür zu danken. Mit Ausstellungen oder Aufführungen, Lesungen oder Konzerten, mit ganzen Seiten in großen und kleinen Zeitungen, die Goethe im allgemeinen und der „Italienischen Reise“ im besonderen gewidmet sind. Fast möchte man wetten, daß ein italienischer Durchschnittsbürger in diesem Goethe-Jubiläumsjahr mehr über Deutschlands größten Dichter weiß als dessen Landsleute. Das liegt wohl zum einen daran, daß hier erstklassige Germanisten in Artikeln zu Wort kommen, die bei aller Gelehrsamkeit lebendig und allgemein verständlich sind.

Zum anderen hat man in Italien nie vergessen, daß Goethe seit der Erstausgabe seiner Reiseerinnerungen, die noch „Auch ich in Arkadien“ hieß, wirksamer als Werber um die *Gunst der Gäste fungiert* hat als alle heutigen Reiseveranstalter zusammen. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern überall dort auf der Welt, wo Goethe-Lektüre zum Pflichtfach für jeden Gebildeten gehört. Rot werden könnte man vor Stolz und Scham, wenn man heuer in Italien hört, daß wir nicht deutsch, sondern „la lingua di Goethe“ (Goethes Sprache) sprechen. Schön wär's!

Schön ist es, daß man auch bei uns an das Goethe-Jubiläum in Italien gedacht hat. Zum Beispiel der Pferde- und Kutschenspezialist Andreas Nemitz, ein gebürtiger Pommer und gelernter Bayer, der eben wieder, wie zu Goethes Zeiten, mit einer Postkutsche die Alpen überquert hat.

Wie weiland Philipp Moeller, pittore tedesco – so Goethes Pseudonym bei seiner Ankunft in Italien –, war er im September mit einer sechsspännigen Road-Coach über den Brenner gefahren, genau die gleiche Strecke mit denselben – nur etwas bequemeren – Nachtquartieren für seine zahlenden Gäste. Im Reisegepäck lagen die gleichen Schriften, die der Dichter *damals mit sich trug: Nur waren* es jetzt anstatt der Hefte seiner Opera Omnia die acht Bändchen der Erstausgabe bei Göschen in Leipzig. Dazu das Gedicht, das Herder Goethe am 28. August 1786 zu seinem 37. Geburtstag geschenkt hatte, sowie die Prosafassung der „Iphigenie auf Tauris“, die in Rom erst ihre endgültige Versform erhalten hat.

Acht Tage lang kutschierte der riesige Postillon Nemitz auf Goethes Spuren am Gardasee auf und ab. Daß er dabei seine Rösser mit dem Ruf „Wahlverwandtschaften“ zum Durchparieren brachte, daß die mächtigen Oldenburger Rappen Faust und Gretchen, Wilhelm und Meister, Tasso und Götz hießen, war ebenso der Phantasie eines Mailänder Journalisten entsprungen wie die Behauptung, Andreas Nemitz reise in diesen Tagen in Goethes Namen nach Mailand.

War Goethe je in Mailand? Er hat zwar von einer „schönen Mailänderin“ berichtet, aber die traf und verlor er in Castel Gandolfo südlich von Rom. Andreas Nemitz aber fuhr wirklich mit fünf Rappen vor einer gelben Postkutsche nach Mailand. Ich habe sie unterwegs gesehen – eine Taugenichts-Vision von Eichendorff auf eine Landstraße zwischen bunten Herbstwäldern im Tessin gezaubert. Hoch auf dem gelben Wagen saß neben dem Kutscher in blauer Postillonsuniform ein Schweizer Postbeamter, der fröhlich sein Horn blies. An den Türen der brandneuen „antiken“ Postkutsche stand: „Brieg-Simplon-Domodossola-Mailand-Verona“. Die fünf Passagiere erzählten mit glänzenden Augen von der Reise über den Simplon.

Auf dem 2500 Meter hohen Gipfel der Paßstraße zwischen verschneiten Riesenbergen hatte der Augustiner-Prior, der dort mit ein paar Brüdern für müde Reisende sorgt, sein Alphorn für sie geblasen. „Es war die aufregendste Fahrt unseres Lebens“, sagten sie. „Aber was, bitte, hat Goethe mit einer Reise nach Mailand zu tun?“ „Gar nichts“, lachte der Postillon vom Bock, „wir fahren im Auftrag der Messe-Verwaltung zur internationalen Pferdemesse in Verona.“

MONIKA von ZITZEWITZ